

Globalisierung und internationale Arbeiterklasse

Eine marxistische Einschätzung

Erklärung des Internationalen Komitees der Vierten Internationale

Einleitung

Das Ende des zwanzigsten Jahrhunderts erlebt einen Kapitalismus in völlig neuer Gestalt: Die Veränderung ist höchstens mit der industriellen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts vergleichbar, oder mit dem Aufstieg des Monopolkapitalismus im ausgehenden 19. Jahrhundert. Transnationale Konzerne, die im Weltmaßstab operieren und direkt für den Weltmarkt produzieren, sind das charakteristische Merkmal einer hoch entwickelten internationalen Arbeitsteilung; – nie zuvor war die Produktion in solchem Ausmaß global organisiert.

Die internationalen Banken verschieben täglich riesige Kapitalien rund um den Globus. Auf der Suche nach den höchsten Profiten kaufen und verkaufen sie unablässig Aktien und Wertpapiere in Milliardenhöhe. Die verschobenen Summen sind so gigantisch, daß sie jedes Regierungsbudget und auch das Vermögen jeder staatlichen Zentralbank übertreffen. Transnationale Gesellschaften koordinieren aus einer Hand Produktion, Design, Marketing und Management über mehrere Kontinente hinweg. Und auch der Arbeitsmarkt, den sie ausbeuten, nimmt zunehmend globalen Charakter an.

So wie die Erfindung der Dampfmaschine zum treibenden Faktor der industriellen Revolution wurde, so haben revolutionäre Erfindungen wie der Mikrochip und der integrierte Schaltkreis die Globalisierung vorangetrieben. Computertechnologie und Telekommunikation haben die Welt im Sturm erobert, auch die Transportkosten werden immer geringer, so daß die Konzerne ihre Produktion mit Leichtigkeit über nationale und kontinentale Grenzen hinweg organisieren können.

Anders als die multinationalen Konzerne, deren ausländische Töchter beinahe ausschließlich für die jeweiligen nationalen Märkte produzierten, beliefern die weit auseinander liegenden Fabriken moderner TNCs (TNC: transnational Corporation, transnationaler Konzern) den ganzen Weltmarkt.

Dennoch haben diese Entwicklungen in Wirtschaft und Technik dem Profitsystem keine neue historische Perspektive eröffnet. Im Gegenteil, sie haben die grundlegenden Widersprüche, mit denen der Weltkapitalismus schon während des ganzen zwanzigsten Jahrhunderts zu kämpfen hatte, aufs Äußerste zugespitzt. Dabei handelt es sich einerseits um den Widerspruch zwischen Weltwirtschaft und kapitalistischem Nationalstaat, andererseits um denjenigen zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung.

Während des Nachkriegsbooms konnten diese Widersprüche durch eine Reihe von Regulierungsmaßnahmen unter Kontrolle gehalten werden. Aber in den letzten zwanzig Jahren haben enorme Veränderungen im Produktionsprozeß, der Telekommunikation und dem internationalen Finanzwesen, den Nationalstaat zur Organisierung der Produktion zunehmend überflüssig gemacht. Dies eröffnet eine neue Periode revolutionärer Kämpfe der Arbeiterklasse.

Marx erklärte vor 150 Jahren, daß die Ursache für Revolutionen nicht in erster Linie die Veränderungen im Bewußtsein seien, sondern daß umgekehrt objektive gesellschaftliche

Prozesse dazu führen, daß sich die politischen Ansichten der Bevölkerung verändern und sich ein Bewußtsein entwickelt, wie es für eine Periode revolutionärer Kämpfe charakteristisch ist.

»Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein.« (Karl Marx, »Kritik der Politischen Ökonomie«, Berlin 1974, S.15)

Dem kurzsichtigen Betrachter, der nur die Verwirrung in der Arbeiterbewegung nach dem Bankrott der Sowjetunion und dem Zusammenbruch der alten Parteien und Gewerkschaften sieht, scheint die Perspektive der sozialistischen Revolution völlig unrealistisch oder bestenfalls der fernsten Zukunft angehörig.

Aber Marx erklärte weiter: »Sowenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dies Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären.« (a.a.O.)

Der Zerfall der stalinistischen Regime und der Zusammenbruch der traditionellen Arbeiterorganisationen haben in der Arbeiterbewegung zu Verwirrung geführt. Aber dieser Prozeß hat seinen Ursprung in der Krise des Nationalstaats, hervorgerufen durch die Globalisierung der Produktion. Der Zusammenbruch der alten Organisationen und die Lähmung, die er in der Arbeiterbewegung erzeugte, sind also letzten Endes das Ergebnis einer historischen Entwicklung, die in eine neue Periode revolutionärer Kämpfe münden wird.

Nicht die Perspektive des Sozialismus ist zusammengebrochen, sondern die nationalistischen Vorstellungen, denen die Arbeiterklasse eine ganze Epoche lang verhaftet war. Der Zusammenbruch der stalinistischen Regime hat gezeigt, daß das Programm der nationalen Autarkie, das die Bürokratie unter der Parole des »Sozialismus in einem Lande« verfolgte, nicht lebensfähig war. Der Reformismus der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, der sich auf eine unter dem Schutz des Staates expandierende nationale Wirtschaft stützte, ist durch den grundlegenden Wandel der Organisation der kapitalistischen Produktion zertrümmert worden.

Das Internationale Komitee der Vierten Internationale hat in den letzten zehn Jahren die Globalisierung immer wieder analysiert und ihre Bedeutung für die Arbeiterklasse und die sozialistische Bewegung aufgezeigt. In den Internationalen Perspektiven des IKVI vom August 1988 heißt es:

»Es ist schon immer eine Grundaussage des Marxismus gewesen, daß der Klassenkampf nur der Form nach national, seinem Wesen nach aber international ist. Unter den gegebenen neuen Merkmalen der kapitalistischen Entwicklung muß jedoch auch die *Form* des Klassenkampfes einen internationalen Charakter annehmen. Selbst die elementarsten Kämpfe der Arbeiterklasse verlangen die Koordinierung ihrer Aktionen im internationalen Maßstab. Es ist eine Grundtatsache des Wirtschaftslebens, daß die transnationalen Konzerne zur Herstellung eines Endprodukts die Arbeitskraft von Arbeitern in verschiedenen Ländern ausbeuten, und daß sie auf der Suche nach der höchsten Profitrate die Produktion zwischen ihren Fabriken in verschiedenen Ländern und auf verschiedenen Kontinenten verteilen und verlagern. ... Durch die beispiellose internationale Mobilität des Kapitals sind so alle nationalen Programme für die Arbeiterbewegung der verschiedenen Länder hinfällig und durch und durch reaktionär geworden. Solche nationalen Programme beruhen unweigerlich auf der freiwilligen Zusammenarbeit der Arbeiterbürokratien mit ›ihrer‹ herrschenden Klasse bei der

systematischen Senkung des Lebensstandards der Arbeiter, um die Position ›ihres‹ kapitalistischen Landes auf dem Weltmarkt zu stärken.«

Diese Analyse ist durch bittere Erfahrungen der Arbeiterklasse und durch zahllose empirische Studien der Funktionsweise des globalen Kapitalismus bestätigt worden.

Während diese Zeilen geschrieben werden, erschüttert die Währungskrise der ostasiatischen Tigerstaaten bereits die gesamte Weltwirtschaft. Sie zieht den Zusammenbruch ganzer Banken und Industrieunternehmen in Japan nach sich und bringt die Aktienmärkte in Europa und in den USA ins Wanken. Westliche Bankiers und Politiker warnen bereits davor, daß in der heutigen globalisierten Wirtschaft die Anarchie der Märkte die ganze Welt in eine deflationäre Spirale ähnlich der großen Depression der dreißiger Jahre ziehen könnte.

Im Milieu »linker« Organisationen – und das trifft besonders auf jene zu, die während der Radikalisierung kleinbürgerlicher Schichten in den sechziger Jahren entstanden sind – herrscht dagegen Übereinstimmung, daß sich im Kapitalismus nichts Wesentliches geändert habe und die Globalisierung lediglich ein von der Bourgeoisie erfundener Mythos sei.

(Hier ist es notwendig, eine Bemerkung zur Klärung der politischen Terminologie zu machen. Wenn wir Begriffe wie »links« und »radikal« auf diese Organisationen anwenden, dann meinen wir damit nicht, daß ihre Politik in irgendeiner Weise radikal oder gar marxistisch sei. Sie haben ausgesprochen rechte politische Positionen entwickelt. Sie sind zu Anhängern der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bürokratien geworden, und ihre Orientierung auf den kapitalistischen Staat ist Ausdruck der langen Rechtswendung einer ganzen sozialen Schicht. Sie kann vielleicht besser als das Milieu kleinbürgerlicher Ex-Radikaler bezeichnet werden.)

Die Art, wie die Globalisierung der Produktion und ihre Auswirkungen auf die Kämpfe der Arbeiterklasse eingeschätzt wird, unterscheidet heute Marxisten von allen Tendenzen des kleinbürgerlichen Radikalismus. Eines haben alle kleinbürgerlichen Tendenzen bei allen Unterschieden gemeinsam: ihren tief verwurzelten Nationalismus. Konkret äußert sich dies in ihrer Ablehnung jeder internationalen Strategie, die auf der unabhängigen Rolle der Arbeiterklasse basiert.

Eine solche Perspektive verurteilen alle kleinbürgerlichen Tendenzen als »unrealistisch« und »sektiererisch«, und sie flüchten sich in den hochindustrialisierten Ländern unter die Fittiche der stalinistischen und sozialdemokratischen Bürokratien. In den unterdrückten Ländern behaupten sie, daß der Kampf für den Sozialismus von den dortigen nationalistischen Strömungen des Kleinbürgertums geführt werde.

Diese Gruppierungen hatten ihre Blütezeit vor allem während des Nachkriegsbooms, als man auch mit einer nationalistischen Perspektive gewisse unmittelbare Errungenschaften erreichen konnte. Das erschien ihnen als weitaus »realistischer« als der Kampf für die langfristigen historischen Interessen der Arbeiterklasse. Aber wieder einmal erwiesen sich die Widersprüche des Kapitalismus als stärker als die Perspektiven der Opportunisten.

Seit die traditionellen Parteien und Gewerkschaften und ihr jeweils »linker« Flügel unter dem Druck der Globalisierung zerfallen, bemühen sich die kleinbürgerlich-radikalen Tendenzen verzweifelt, dem Nationalstaat und damit dem Programm, ihn unter Druck zu setzen, neues Leben einzuhauchen. Sie behaupten, die Globalisierung sei eine pure Erfindung der Unternehmer, um die Arbeiter zu betrügen und daran zu hindern, gewerkschaftlichen Druck auf den Staat auszuüben; – was nach ihrer Meinung die einzig richtige Strategie für die Arbeiterklasse sein kann.

Bei ihrer Ablehnung des Internationalismus spielt ihre Haltung den Gewerkschaften gegenüber, die sie in Fetische verwandeln, generell eine große Rolle. Sie fordern von den

Arbeitern, sich der Autorität der Gewerkschaften zu beugen, und verurteilen jeden Versuch, den Bürokratien die Kontrolle streitig zu machen.

Kraft ihres Ursprungs und ihrer Entwicklung ist die Spartacist League unter Führung von James Robertson die klassische Verkörperung des amerikanischen kleinbürgerlichen Radikalismus. Diese Organisation hat letztes Jahr sozusagen im Namen der ganzen "linken" Bruderschaft ein vierteiliges Dokument veröffentlicht, worin sie das Internationale Komitee der Vierten Internationale, die Socialist Equality Party der USA und deren nationalen Sekretär David North angriff.

Dieses Dokument mit der Überschrift »Die ›Weltwirtschaft‹ und der Reformismus in der Arbeiterbewegung; Wie David North Karl Kautsky umarmt« ist ein wahres Manifest des kleinbürgerlich-radikalen Milieus.

Die zentralen Aussagen der Spartacist League sind folgende:

1. Die Globalisierung stellt keine qualitative Veränderung in der Struktur des Weltkapitalismus dar. Die wirtschaftliche und politische Macht der Nationalstaaten bleibt intakt. Die Globalisierung ist ein Mythos, ein Propagandafeldzug der Bourgeoisie, der das Ziel hat, die Arbeiterklasse davon zu überzeugen, daß Widerstand gegen die Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen zwecklos sei.
2. Daraus folgt, daß auch das gewerkschaftliche Programm seine Gültigkeit behält, das darin besteht, durch Druck auf den Staat Reformen zu erkämpfen.
3. Der Verrat der Gewerkschaften ist nicht die Folge objektiver Prozesse, die in der Weltwirtschaft und dem Charakter der Gewerkschaften selbst wurzeln, sondern lediglich das Ergebnis der Schlechtigkeit individueller Gewerkschaftsführer.
4. Die kleinbürgerlich-nationalistischen Elemente in den ehemaligen Kolonien sind die wirklichen Träger der Revolution, und die Perspektive der Mobilisierung der Arbeiterklasse auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus ist eine abstrakte und unrealistische Utopie.

All diesen Behauptungen ist gemeinsam, daß sie die marxistische Methode des historischen Materialismus zurückweisen. Der Marxismus strebt ständig danach, die objektiven Prozesse zu enthüllen, die den politischen Veränderungen zugrunde liegen. Spartacist hingegen bedient sich einer völlig subjektivistischen Methode, welche die Politik auf die Absichten und Entscheidungen individueller Politiker reduziert.

Eine Untersuchung des Spartacist-Dokuments wird den klassenbedingten Abgrund zwischen Marxismus und kleinbürgerlichem Radikalismus sichtbar machen und so einen Beitrag zur Erziehung einer neuen Generation von Revolutionären leisten.

1. Globalisierung und Dynamik der kapitalistischen Entwicklung

Bei der Spartacist League steht die Aussage im Mittelpunkt, daß die Globalisierung bloß Propaganda sei, um die Arbeiter einzuschüchtern. Folgerichtig bestreiten sie alle qualitativen, wenn nicht gar alle Veränderungen der Weltwirtschaft schlechthin. Die internationale Organisation des Finanzkapitals, sagen sie, sei »schwerlich etwas Neues«, und in gewisser Hinsicht sei die Weltwirtschaft in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg sogar schon »globaler« gewesen als heute.

»In den letzten paar Jahrzehnten ... ist die kapitalistische Weltwirtschaft zu den Normen der imperialistischen Ordnung von vor 1914 zurückgekehrt. Um die richtigen Proportionen zu wahren, sollte man wissen, daß erst in den frühen siebziger Jahren das Verhältnis zwischen

Welthandel und globaler Produktion wieder das Niveau erreichte, das es vor 1914, am Vorabend des Ersten Weltkriegs, erreicht hatte.« (*Workers Vanguard*, 7. Februar 1997)

Spartacist betont, daß der Goldstandard von vor 1914 und das schnelle Wachstum des Welthandels schon damals eine solche Integration der Weltwirtschaft geschaffen hätten, daß die Vorstellung, »die internationale Entwicklung des Finanzkapitals sei ein hervorstechendes Merkmal des heutigen Profitsystems, schwerlich etwas Neues« sei (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997). Sie behaupten, daß der damalige Goldstandard zu einem »so hohen Maß an finanzieller Integration unter den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern führte, wie es seither nie wieder erreicht worden ist.« (*Workers Vanguard*, 21. Februar 1997)

An sich sind die Argumente von Spartacist bloß lächerlich. Kein vernünftiger Mensch könnte glauben, daß zu einer Zeit, als das Telefon gerade erst aufkam und internationale Telefonate noch die größten Schwierigkeiten bereiteten, die wirtschaftliche Ordnung globaler funktioniert hätte als heute, wo ganze Produktionsketten mithilfe von Telekommunikation über nationale Grenzen hinweg organisiert und Milliarden Dollars in einem einzigen Augenblick von einem Erdteil zum andern transferiert werden.

Mehr noch, wenn man behauptet, daß die Wirtschaft vor 1914 stärker international organisiert gewesen sei als die heutige, und sich dabei auf die Tatsache beruft, daß der Welthandel oder die Auslandsinvestitionen einen größeren Anteil am Bruttoinlandsprodukt als heute ausmachten, dann ignoriert man ganz einfach die Tatsache, daß zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts riesige Teile der Erde der kapitalistischen Wirtschaft gerade erst nach und nach eingegliedert wurden.

In gewisser Hinsicht ist es richtig, davon zu sprechen, daß die heutige Phase der kapitalistischen Globalisierung eine Art Rückkehr zur Vergangenheit darstelle. Doch ist dies keineswegs Wasser auf die Mühle der Spartacist League, wie unsere Untersuchung der Wirtschaftsgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts zeigen wird. Spartacist behauptet nämlich, daß die Nationalstaaten und die Gewerkschaftsorganisationen ihre volle Lebenskraft erhalten hätten. Aber gerade das folgt daraus nicht.

Man kann mit der Methode von Spartacist nicht das Geringste lernen. Sie reißt Statistiken aus ihrem historischen Zusammenhang und vergleicht formal eine geschichtliche Periode mit einer andern. Dabei ist gerade die Analyse der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung entscheidend. Eine solche Analyse wird nicht zu dem Schluß kommen, daß die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg die am meisten »globale« Periode der Menschheitsgeschichte gewesen sei. Hingegen kann sie sehr wohl aufzeigen, daß die heutige Wirtschaft gewissermaßen denselben Weg wie damals – auf einer höheren Ebene – noch einmal beschreitet.

Kürzlich schilderte ein Bericht des Internationalen Währungsfonds anschaulich das dynamische Wachstum der Weltwirtschaft in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg: »Die Periode von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg zeigt ein relativ rasches Wachstum des Welthandels, da die Exportzunahme (3.5 Prozent pro Jahr) die wirkliche Ertragssteigerung (2.7 Prozent pro Jahr) deutlich überstieg. Der Anteil der Exporte an der Weltproduktion erreichte 1913 das höchste Niveau, das bis 1970 nicht wieder erreicht wurde. Zum Teil wuchs damals der Handel infolge verbilligter Zölle und stark reduzierter Transportkosten, worin die schnelle Ausbreitung der Eisenbahnen und Dampfmaschinen zum Ausdruck kam. Außerdem erlebte diese Periode eine Angleichung der Warenpreise über mehrere Länder hinweg. ...

... In den fünfzig Jahren vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich ein starker Kapitalfluß aus den alten Ländern Westeuropas in die schnell wachsenden Wirtschaftszentren von Amerika, Australien und andern Ländern. Auf seinem Höhepunkt betrug der Kapitalfluß aus Großbritannien netto neun Prozent des Bruttosozialprodukts; fast ebenso viel Kapital führten Frankreich, Deutschland und die Niederlande aus. Dies ist mit den Spitzenwerten

vergleichbar, die Deutschland und Japan Mitte und Ende der achtziger Jahre als Währungsüberschuß auswiesen, nämlich vier bis fünf Prozent ihres BSP. Vor dem Ersten Weltkrieg konnte Privatkapital ohne Einschränkung transferiert werden. Ein Großteil davon floß in Aktien, mit denen Eisenbahnen und andere Einrichtungen in der neuen Welt finanziert wurden, oder in langfristige Regierungsanleihen, obwohl es auch eine hohe Zahl von direkten Auslandsinvestitionen gab.« (*International Monetary Fund Report*, Seite 112-115)

Aber diese Internationalisierung führte nicht zu einem harmonischen Wachstum der Produktivkräfte. Ganz im Gegenteil, der Weltkapitalismus wurde bis ins Mark erschüttert, und der Erste Weltkrieg brach aus. Und dies hatte große politische Konsequenzen. Im Krieg wurde schlagartig klar, was der nationale Reformismus der Parteien der zweiten Internationale und der Gewerkschaften wirklich wert war. Sämtliche führenden Arbeiterorganisationen der Vorkriegszeit schlugen sich auf die Seite »ihrer« Bourgeoisie.

Die Internationalisierung der Wirtschaft brachte die historische Krise des Kapitalismus in Form eines Krieges zwischen den imperialistischen Mächten zum Ausbruch. Aber sie brachte auch eine soziale Explosion mit sich, und dadurch veränderte sich in der Arbeiterbewegung das Verhältnis zwischen dem nationalen Opportunismus und dem sozialistischen Internationalismus von Grund auf. Waren Internationalisten wie Lenin und Trotzki bei Kriegsausbruch noch eine scheinbar isolierte Minderheit gewesen, so standen sie kurze Zeit später an der Spitze der aufständischen Arbeiter in Rußland und führten die erste sozialistische Revolution zum Sieg. Sie gründeten eine neue Internationale, die Dritte Internationale, welche schon nach wenigen Jahren die klassenbewußtesten und revolutionärsten Arbeiter aller Länder anführte.

Die zwanziger und dreißiger Jahre wurden zum Einen dadurch geprägt, daß es der Bourgeoisie nicht gelang, das Vorkriegsgleichgewicht im Kapitalismus wiederherzustellen, noch ihre Wirtschaftsordnung wieder zu stabilisieren. Auf der andern Seite war jedoch auch die Arbeiterklasse nicht in der Lage, die internationale Bourgeoisie zu stürzen, weil sie von ihrer eigenen Führung, erst von der Sozialdemokratie, dann vom Stalinismus, verraten wurde.

Die Versuche, das System wie vor dem Krieg mittels des Goldstandards wieder unter Kontrolle zu bringen, mißlang. Großbritannien verfügte nicht mehr über seine frühere Fähigkeit, das weltweite Finanzsystem zu stützen, und die USA waren dazu noch nicht in der Lage. Der Welthandel brach zusammen, zwischen 1929 und 1932 schrumpfte er auf ein Drittel, und der internationale Kapitalfluß versiegte fast völlig. Die ganze Welt stürzte in eine Depression und einen neuerlichen Krieg.

Der Prozeß des wirtschaftlichen Wiederaufbaus, der nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte, zielte nicht darauf ab, die einheitliche Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft der Vorkriegszeit wiederherzustellen. In vieler Hinsicht war es ein Versuch, mit Hilfe der Nationalstaaten die internationalen Tendenzen, die drei Jahrzehnte zuvor zum Zusammenbruch des Weltkapitalismus geführt hatten, in ihrer Entfaltung einzuschränken.

Unter Führung der Vereinigten Staaten wurden die Handelsblöcke der Vorkriegszeit aufgebrochen, und der europäische Markt, bisher durch Kartelle und Zollgrenzen aufgeteilt, wurde vereinheitlicht. Der Welthandel, der in den dreißiger Jahren fast vollständig zum Erliegen gekommen war, begann wieder zu wachsen. Das Bretton Woods System, mit dem wir uns später näher befassen wollen, führte zur Expansion des Handels und garantierte, daß Währungen zu festen Wechselkursen ausgetauscht werden konnten, was die Gefahr zerstörerischer Währungskriege beseitigte.

Dennoch wurde die internationale Mobilität des Kapitals, die für die Periode von vor 1914 charakteristisch gewesen war, nicht wieder erreicht. Es war sogar so, daß die Urheber des neuen Systems, besonders Harry Dexter White und John Maynard Keynes, der Meinung

waren, daß gerade die internationale Mobilität des Kapitals zum Zusammenbruch der dreißiger Jahre geführt habe. Sie fürchteten, daß die sozialstaatlichen Maßnahmen und die Stimulierung der Nachfrage durch öffentliche Mittel, die eine neue Massenarbeitslosigkeit verhindern sollten, bedroht würden, sobald sich das Kapital frei von einem Land zum andern bewegen könnte. Keynes hatte seine Theorien erstmals in den dreißiger Jahren erläutert. Seiner Ansicht nach sollten sich zwar Waren und Ideen international frei bewegen können, beim Kapital komme es jedoch darauf an, daß es »heimatverbunden« bleibe.

In der Nachkriegszeit konzentrierte man sich auf die nationale Wirtschaft, um erneut Kapital anzuhäufen. Und dies führte notwendigerweise dazu, daß die sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften wieder eine zentrale Rolle im Staat spielten. Sie waren diejenigen, die das Keynes'sche Programm der Sozialreformen und der nationalen Wirtschaftsregulierung in die Tat umsetzten.

Obwohl das Bretton Woods System ein Versuch war, die Kräfte zu kontrollieren, die 1914 zum Wirtschaftszusammenbruch geführt hatten, konnte es doch die Widersprüche nicht lösen, die der kapitalistischen Weltwirtschaft selbst innewohnen. 1971 brachen die Grundlagen des Bretton Woods Systems ein, als dem Dollar die Golddeckung entzogen wurde, und 1973 mußte man schwankende Wechselkurse wieder zulassen.

Sobald der Damm nationaler Kontrollen mittels fester Wechselkurse gebrochen war, veränderte sich alles sehr schnell. Sämtliche großen kapitalistischen Länder gaben ihre Kontrollen der Kapitalströme auf, – die Vereinigten Staaten und Deutschland 1974-75, Großbritannien 1979, Japan 1980 und das restliche Europa in den achtziger Jahren. Kurz darauf stellten auch die sogenannten Entwicklungsländer nach und nach alle Kapitalkontrollen ein und warfen ihre nationalen Kontrollmechanismen über Bord.

Seit dem Ende des Bretton Woods Systems 1971-73 hat sich der internationale Kapitalfluß mit unerhörtem Tempo beschleunigt. In den Augen von Fachleuten wie Keynes bedeutete gerade das die größte Gefahr für die Stabilität der kapitalistischen Ordnung.

Der Handel mit Aktien und Wertpapieren über die Grenzen hinweg hatte in den achtziger Jahren in fast allen Industrieländern weniger als zehn Prozent des Brutto-Inlandsprodukts ausgemacht, bis 1995 stieg er auf über hundert Prozent an. Direkte Auslandsinvestitionen zwischen den hochentwickelten Ländern haben sich in der zweiten Hälfte der achtziger und der ersten Hälfte der neunziger Jahre mehr als verdreifacht, direkte Auslandsinvestitionen aus den großen kapitalistischen Ländern in die sogenannten Entwicklungsländer von 1984 bis 1990 sogar vervierfacht.

Dieser kurze Überblick über die Wirtschaftsgeschichte unsres Jahrhunderts soll dazu beitragen, die globale Veränderung, die vor unseren Augen abläuft, in ihrem historischen Zusammenhang zu verstehen: Das Kapital hat die rasante Entwicklung von vor 1914 nun mit gesteigertem Tempo wieder aufgenommen, nachdem man seine internationalen Entwicklungstendenzen mehrere Jahrzehnte lang durch wirtschaftliche und politische Maßnahmen bewußt verzögert hatte. Die Folgen werden sich als noch explosiver erweisen als damals.

Globale Wirtschaft versus Nationalstaatensystem

Die mit der Entwicklung der Computertechnologie einhergehenden enormen Veränderungen in der kapitalistischen Produktion während der letzten zwei Jahrzehnte haben die kapitalistische Weltwirtschaft von Grund auf verändert. Die Ausbreitung transnationaler Konzerne und die Organisation der Produktion im Weltmaßstab haben den grundlegenden Widerspruch des Kapitalismus erneut auf die Spitze getrieben: Es ist der Widerspruch zwischen der Weltwirtschaft einerseits mit ihren Produktivkräften, die sich außerordentlich

rasch entwickeln und ausbreiten, und auf der andern Seite dem Nationalstaatensystem, der Bastion bürgerlicher Herrschaft und des Privateigentums.

In einem drückt sich dies besonders deutlich aus: Sämtliche Organisationen, die sich auf eine nationalistische Perspektive stützen, brechen zusammen. Der Niedergang der stalinistischen Regime in der Sowjetunion und in Osteuropa war letzten Endes der Beweis dafür, daß sich das nationalistische Programm des Sozialismus in einem Land als bankrott erwiesen hatte. Parallel dazu haben sich die Gewerkschaften in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern als unfähig erwiesen, die soziale Stellung der Arbeiterklasse zu verteidigen, und sind dazu übergegangen, dem Kapital bei der Durchsetzung seiner Angriffe direkt zu helfen. Diese Organisationen sind deshalb zur offenen Kollaboration mit der herrschenden Klasse übergegangen, weil ihr eigenes reformistisches Programm, das die Ausdehnung der nationalen Wirtschaft zur Grundlage hatte, Schiffbruch erlitten hat.

Der Widerspruch zwischen der Globalisierung der Produktion und dem Nationalstaatensystem bestimmt die historische Krise der kapitalistischen Produktionsweise. Hier liegt auch der Grund für die momentane Perspektivlosigkeit in der Arbeiterbewegung. Aber diese Krise selbst bestätigt eine weitere wichtige Voraussage von Marx: Ein Problem stellt sich immer dann, wenn die materiellen Bedingungen für seine Lösung herangereift oder im Entstehen begriffen sind.

Die Globalisierung der Produktion hat dazu geführt, daß die internationale Arbeiterklasse enorm angewachsen ist. Die kapitalistische Produktion ist in neue Regionen der Erde vorgedrungen und hat Millionen Menschen, die bis vor kurzem nur Landwirtschaft betrieben haben, in Lohnarbeiter verwandelt. In den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern haben die großen Konzerne rücksichtslos Fabrikschließungen und Massenentlassungen durchgesetzt, um Kosten zu senken und Profite zu steigern, und dadurch besonders den relativ privilegierten Schichten der Mittelklasse den Boden entzogen. In nur zwanzig Jahren ist das Proletariat weltweit zur zahlenmäßig vorherrschenden sozialen Klasse geworden.

Der gleiche Prozeß, der immer größere Teile der Weltbevölkerung ins Proletariat stößt, führt auf der ganzen Welt zu gleichen Ausbeutungsbedingungen. So hat die Globalisierung der Produktion wie nie zuvor die Bedingungen geschaffen, daß sich die Arbeiter im gemeinsamen Kampf gegen die transnationalen Konzerne und das internationale Kapital zusammenschließen können. Gleichzeitig hat die globale Produktion objektiv die Bedingungen für eine weltweit geplante Wirtschaft hervorgebracht, weil sie jede Grundlage für eine nationale Wirtschaftsplanung unterhöhlt.

Der Marxismus geht seit jeher davon aus, daß der Nationalstaat und die bürgerlichen Eigentumsformen, die er trägt, geschichtlich bedingt und geschichtlich zum Untergang verurteilt sind, wie zuvor die Sklaverei, der Feudalismus oder andere veraltete Gesellschaftsformen vor ihm. Wenn jedoch wahr ist, was Spartacist behauptet, dann ist der Nationalstaat von ewiger Dauer, und die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus haben sich getäuscht. Dann ist es utopisch, zu glauben, daß die Nationalstaaten und die bürgerlichen Herrschaftsformen überwunden werden können. Ganz egal, was für Fortschritte dann die Produktivkräfte machen, bleibt der Nationalstaat auf ewig die vorherrschende Wirtschaftseinheit.

Marx selbst hat das klar zum Ausdruck gebracht: »...wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfinden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.« (Karl Marx, »Grundrisse«, Berlin 1974, S.77)

Wenn es stimmt, was Spartacist sagt, daß das Wachstum der Produktivkräfte das Nationalstaatensystem nicht untergräbt, dann müssen wir zum Schluß kommen, daß die ganze

marxistische Perspektive nichts weiter als ein moralisches oder ethisches Postulat ist. Wenn man von der ewigen Lebensdauer des Nationalstaates ausgeht, dann ist in der Tat die Perspektive einer geplanten sozialistischen Wirtschaft, in der die Produktion durch die »Assoziation der Produzenten« organisiert wird, nicht nur eine idealistische Utopie, sondern geradezu ein schädliches Unterfangen.

Außerdem erweist sich dann auch die Perspektive der internationalen Einheit der Arbeiterklasse – die Parole der sozialistischen Bewegung seit Erscheinen des Kommunistischen Manifests vor 150 Jahren – als nicht weniger utopisch. Wenn der Nationalstaat seine Lebensfähigkeit als Grundeinheit der Wirtschaft bewahrt, dann werden die Bourgeoisie und ihre Agenturen in der Arbeiterbewegung immer eine unerschütterliche materielle Basis für ihr nationalistisches Programm haben.

Ehe wir uns mit den Argumenten von Spartacist im einzelnen befassen, ist es notwendig, einige fundamentale Charakterzüge der kapitalistischen Produktion in Erinnerung zu rufen, um zu zeigen, worin die qualitative Veränderung der Weltwirtschaft durch die Globalisierung besteht.

Kapital, so erklärte Marx, existiert in drei Formen: Geldkapital, produktives Kapital und Warenkapital. Im Prozeß der kapitalistischen Produktion und der Akkumulation des Mehrwerts – seiner eigentlichen Triebkraft – geht das Kapital ständig von einer dieser drei Formen in eine andere über.

Im ersten Stadium erscheint Kapital auf dem Markt in der Form von Geld. Dieses Geldkapital wird benutzt, um Produktionsmittel (Rohmaterial und Maschinen) und Arbeitskraft einzukaufen. Hier wird also Geldkapital in produktives Kapital umgewandelt.

Im zweiten Schritt, in der Produktion, wird das produktive Kapital in Warenkapital verwandelt, das jedoch einen höheren Wert aufweist. Die Quelle dieses zusätzlichen Werts oder Mehrwerts entspringt aus dem Unterschied zwischen dem Wert der Ware Arbeitskraft, die der Kapitalist eingekauft hat, und dem Wert, den die Arbeiter im Verlauf eines Arbeitstages dem Produkt zusetzen.

Im dritten Schritt werden die neu erzeugten Waren wieder auf den Markt gebracht, wo sie erneut in Geldkapital umgewandelt werden (wodurch der in ihnen verkörperte Mehrwert realisiert wird), worauf der Prozeß der Akkumulation aufs Neue beginnt.

Durch diese ständige Metamorphose – von Geldkapital zu produktivem Kapital zu Warenkapital und wieder zu Geldkapital – findet die Akkumulation oder die Ausdehnung von Kapital statt, und die Quelle dieser Ausdehnung ist der Mehrwert, der während des Produktionsprozesses aus der Arbeiterklasse gepreßt wird.

Die Geschichte des Kapitalismus zeigt die Globalisierung oder internationale Entwicklung dieser drei Formen von Kapital. Als sich im 19. Jahrhundert die kapitalistische Produktion ausbreitete, erfuhr das Kapital zuerst in seiner Warenform eine internationale Entwicklung: Die Waren, die in den Fabriken und der Landwirtschaft erzeugt worden waren, wurden auf dem expandierenden Weltmarkt verkauft. Ende des 19. Jahrhunderts brachte der Aufstieg des Industriekapitals auch die Ausdehnung der Banken und des Finanzkapitals mit sich, die mit immer größeren internationalen Investitionen die ganze Welt eroberten.

Während sowohl das Warenkapital als auch das Finanzkapital zunehmend global wurden, blieb das Produktionskapital jedoch immer noch auf die Nationalstaaten begrenzt. Der Mehrwert, aus der Arbeiterklasse ausgepreßt und in Waren verkörpert, wurde immer öfter auf dem Weltmarkt realisiert, und das Geldkapital, das diesem Prozeß entsprang, wurde von den Banken im internationalen Maßstab investiert, aber die tatsächliche Produktion des Mehrwerts

– das Herz des Akkumulationsprozesses – fand immer noch innerhalb des Nationalstaates statt. Das ist heute nicht länger der Fall.

Globalisierung der Produktion bedeutet nicht einfach die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsteile in Niedriglohnländer. Das ist nur ein Aspekt dieses Prozesses. Globalisierung der Produktion meint die weltweite Mobilität des produktiven Kapitals. Sie bezeichnet nicht einfach eine quantitative Zunahme der internationalen Tätigkeit kapitalistischer Unternehmen, sondern eine qualitative Veränderung ihrer Produktionsweise. Zum erstenmal in der Geschichte ist das Produktivkapital in der Lage, sich auf der ganzen Welt frei zu bewegen, wie zuvor schon das Waren- und das Geldkapital.

Die Spartacist League kritisiert das Internationale Komitee, weil es angeblich behauptete, daß »die Verlagerung der Produktion durch die multinationalen Konzerne von den hochindustrialisierten Ländern wie Amerika, Europa und Japan in Länder der dritten Welt die kapitalistische Struktur grundlegend verändert« habe. Weiter sagen sie, »ist der Gedanke, daß der kapitalistische Markt »global« sei, daß die Banken und Konzerne sich die Länder aussuchten, wo sie die höchsten Profite aus ihren Investitionen erhalten, und daß die internationale Entwicklung des Finanzkapitals ein vorherrschendes Merkmal des heutigen Profitsystems sei, kaum etwas Neues«. (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Hier wird alles durcheinander geworfen und verwirrt, um die wesentliche Entwicklung zu verschleiern und die Behauptung zu stützen, daß sich zumindest seit 1914 in der Struktur des Weltkapitalismus nichts Wesentliches verändert habe.

Qualitative Veränderung des Weltkapitalismus

Der Prozeß der Globalisierung bedeutet nicht einfach die Verlagerung von Produktion an sich. Es ist vielmehr die Aufspaltung vorher einheitlicher Produktionsprozesse, die Verteilung dieser Prozesse auf verschiedene Teile der Welt, seien es hochentwickelte oder rückständige Länder, um Kosten zu senken und Profite zu steigern, und die Integration dieser über nationale Grenzen und ganze Kontinente aufgeteilten Produktion.

Das heißt, zum erstenmal in der Geschichte ist der Gewinn von Mehrwert selbst – das Wesen der kapitalistischen Akkumulation – international organisiert. Das ist die qualitative Veränderung des Weltkapitalismus, die wir Globalisierung nennen.

Die globale Produktion wird dadurch wesentlich bestimmt, daß ein gegebener Produktionsprozeß gleichzeitig an verschiedenen Enden des Planeten stattfindet. Das wurde erst durch eine Entwicklung der Infrastruktur, durch neue Kommunikationstechniken und ein effizienteres Transportwesen möglich.

Die Spartacist League behauptet, eigentlich gebe es nichts Neues, da das Finanzkapital schon immer international investiert worden sei. Damit ignoriert sie aber völlig die gigantische Zunahme der internationalen Kapitalströme und seine zahllosen neuen Formen. Das blitzschnelle Verschieben von hohen Summen, die Abschaffung von Devisenkontrollen, die Entwicklung globaler Märkte von Aktien, Anleihen und internationalen »Futures« – um nur einige Erscheinungen zu nennen – stellen in ihrer Gesamtheit eine qualitative Veränderung dar.

Ein Maßstab für diese Verwandlung ist die Tatsache, daß die grenzüberschreitenden Finanzströme zwischen den G-7-Ländern sich von 1980 bis 1992 verzehnfacht haben. Rein nationale Aktienmärkte sind so gut wie verschwunden. Von 1980 bis 1990 nahm der grenzüberschreitende Handel mit Wertpapieren um jährlich 28 Prozent zu und wuchs von 120 Mrd. Dollar auf 1,4 Billionen Dollar an. In der gleichen Periode stiegen die internationalen Bankkredite von 324 Mrd. Dollar auf 7,5 Billionen Dollar und der Wert der internationalen Aktienmärkte schwoll von 295 Mrd. Dollar auf 1,6 Billionen an.

Weil das Handelsvolumen im Vergleich zum Brutto-Inlandsprodukt erst 1970 wieder das Niveau von 1913 erreichte, behauptet die Spartacist League, daß die internationale Wirtschaft vor achtzig Jahren globaler gewesen sei. Aber sie ignoriert dabei einen wichtigen Umstand: Ein beträchtlicher Teil des Welthandels ist durch die internationale Produktion der transnationalen Konzerne ersetzt worden.

Zahlen der UNO beleuchten diesen Prozeß: 1993 überstieg die Produktion der 170.000 ausländischen Tochterunternehmen internationaler Konzerne das Gesamtvolumen des Welthandels um 37 Prozent. Der gesamte Welthandel betrug in diesem Jahr vier Billionen Dollar, während die lokalen Verkäufe dieser transnationalen Konzerne 5,5 Billionen Dollar ausmachten.

Die Absurdität der Behauptungen der Spartacist League wird noch offensichtlicher, wenn man betrachtet, wie sich der Welthandel selbst verändert hat. Früher bestand der Handel im Kauf und Verkauf von Rohstoffen oder Fertigprodukten. Heute besteht ein immer größerer Teil des Welthandels im Austausch von Waren oder Zwischenprodukten innerhalb einzelner transnationaler Konzerne. Diese Art des Austauschs macht mindestens ein Drittel des Welthandels aus. Ungefähr die Hälfte des Welthandels wird von transnationalen Konzernen abgewickelt, und etwa zwei Drittel aller ausgetauschten Waren und Dienstleistungen sind von den Aktivitäten transnationaler Konzerne abhängig.

Jede einzelne Statistik beweist die wachsende Integration der Weltwirtschaft unter den Fittichen transnationaler Konzerne. Während der Wert der Exporte von 1975 bis 1989 um das Dreieinhalbfache stieg, nahmen die ausländischen Direktinvestitionen in der gleichen Periode um das Siebenfache zu. (*UNTCT World Investment Report 1991*)

Im Zeitraum von 1970 bis '88 verdoppelten sich die jährlichen Auslands-Direktinvestitionen alle fünf Jahre. In den siebziger Jahren nahmen die Auslands-Direktinvestitionen, die Inlands-Produktion und die Inlands-Investitionen ungefähr gleichmäßig zu. Von den frühen achtziger Jahren an begannen die Auslands-Direktinvestitionen wesentlich schneller zu wachsen, und von 1985 bis '90 nahmen sie beinahe viermal so schnell zu wie die Inlands-Produktion, und mehr als zweimal so schnell wie die Inlands-Investitionen.

Die starke Zunahme der Auslands-Direktinvestitionen ist der statistische Ausdruck einer qualitativen Veränderung der Art und Weise, wie die transnationalen Konzerne ihre Produktion organisieren. Die globalen Konzerne versuchen, Planungsmethoden zu entwickeln, um dem anarchischen Markt entgegenzuwirken. In den Worten eines UNO-Berichts: »Infolge der Strategie transnationaler Konzerne entstehen nach und nach Bestandteile eines ausgedehnten internationalen Produktionssystems. In diesem Sinne kann man sich vorstellen, daß die internationale Produktion eine wichtigere Rolle spielen wird als der Handel, d. h. daß nicht bloß Waren und Dienstleistungen über die Grenzen hinweg bewegt werden, sondern auch wichtige Bestandteile des Produktionsprozesses und organisatorische Methoden, Fertigkeiten und Technologien, die einem einheitlichen Management unterstehen. ... Als Ergebnis dieser neuen Organisationsformen wird die Weltwirtschaft qualitativ verändert: Der Handel und andere Verbindungen werden ergänzt, wenn nicht übertroffen, durch Verbindungen im Produktionsbereich. In einem internationalen Produktionssystem für Waren und Dienstleistungen spielen immer mehr Firmen – transnationale Konzerne – die koordinierende Rolle. Sie organisieren nicht mehr bloß Handelsgeschäfte, sondern eine internationale Arbeitsteilung.« (*United Nations World Investment Report, 1992, S. 256*)

Um Kosten zu sparen, ist es möglich, die unterschiedlichen Produktionszweige auf die verschiedensten Länder und Kontinente aufzuteilen. Früher standen dem zwei Hindernisse entgegen: Erstens hohe Transportkosten, was aber heute infolge stark gesunkener See- und

Luftfrachtkosten kaum mehr eine Rolle spielt. Zweitens war es notwendig, daß ein bestimmter Produktionsprozeß in einer einzigen Fabrik oder in nahe beieinander gelegenen Anlagen ausgeführt wurde, um eine einheitliche Qualität zu erreichen. Heute können verschiedene Bestandteile eines Produktionsprozesses problemlos an Firmen auf dem ganzen Erdball vergeben werden.

Schnelle und relativ billige Transportwege und Computer-gestützte Informationssysteme machen es möglich, Prozesse aufzuspalten, die vorher notwendigerweise einheitlich organisiert waren. Früher mußte das Design in der Nähe der Produktion entwickelt werden. Auch das ist heute anders: Entwürfe können genauso leicht um die ganze Welt übermittelt werden, wie sie früher von einem Büro ins andere getragen wurden.

Globale Produktion und die Gewerkschaften

Die Spartacist League hat vor allem einen wichtigen Grund, warum sie die weitreichende Bedeutung der globalen Produktion nicht anerkennt: ihre Verteidigung der Gewerkschaften. Deshalb hat sie es besonders auf ein Argument abgesehen, das David North, der nationale Sekretär der amerikanischen SEP, 1992 in einer Rede wie folgt ausführte:

»Der Zusammenbruch der alten Organisationen der Arbeiterklasse ist im Grunde das Ergebnis besonderer historischer und ökonomischer Umstände. Diese Umstände zu verstehen bedeutet nicht, daß wir die Führer dieser Organisationen von der Verantwortung für das Geschehene freisprechen. Es ermöglicht uns aber zu erkennen, daß die Niedertracht der Führer selbst nur der subjektive Ausdruck eines objektiven Prozesses ist. ... Die globale Integration der kapitalistischen Produktion unter der Regie riesiger transnationaler Konzerne und die Todeskrise des Nationalstaatsystems haben das geo-ökonomische Fundament zerschlagen, auf das die alten Organisationen der Arbeiterklasse ihre Tätigkeit begründeten. Auf Nationalstaaten bezogene Arbeiterorganisationen sind einfach unfähig, international organisierte Konzerne ernsthaft herauszufordern.« (David North, »Kapital, Arbeit und Nationalstaat«, *Vierte Internationale*, Jg.20 Nr.1, Essen 1994, S.12-13)

Das Kapitalverbrechen, dessen die Spartacist League das Internationale Komitee und David North bezichtigt, besteht darin, daß »er behauptet, daß die Gewerkschaften an sich durch objektive Veränderungen der Weltwirtschaft impotent geworden seien«. Laut Spartacist League ist es vollkommen normal, daß Gewerkschaftsbürokraten die Arbeiter verraten, weil sie schlicht vor der Bourgeoisie kapitulieren und sich weigern, ihre Mitglieder zum Kampf mit härteren Bandagen aufzurufen. »Der Niedergang der amerikanischen Arbeiterbewegung«, so sagen sie, »ist nicht zwangsläufig das Ergebnis objektiver Auswirkungen der ›Globalisierung‹, sondern der defätistischen und verräterischen Politik der AFL-CIO-(Irre)Führer.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Es liegt dem Internationalen Komitee völlig fern, die verräterische Rolle der Gewerkschaftsbürokraten zu leugnen oder sie ihrer Verantwortung für die miserable Lage der Arbeiter zu entheben. Dennoch erklären wir, daß die Rolle der Gewerkschaftsbürokraten letzten Endes Ausdruck tieferer objektiver Tendenzen ist, die auf der einen Seite mit den Veränderungen der Weltwirtschaft, auf der anderen mit den Organisationsformen der Gewerkschaften selbst zusammenhängen.

Auf diese Frage werden wir später noch genauer eingehen. Für den Moment genügt die Feststellung, daß die Erklärung der Spartacist League, der Grund für den Verrat der Bürokraten liege ausschließlich in deren korruptem Charakter, wie jede subjektive Begründung in Wirklichkeit nichts erklärt.

Wie kann man zum Beispiel die Tatsache erklären, daß sämtliche Flügel aller Gewerkschaften in allen Ländern zur gleichen Zeit die gleiche Politik annehmen? Und warum war dann die

Arbeiterklasse früher in der Lage, bis zu einem bestimmten Grad mithilfe der Gewerkschaften Errungenschaften zu erkämpfen, während sie heute nur noch auf dem Rückzug ist? Bedeutet das vielleicht, daß die haßerfüllten Antikommunisten der fünfziger Jahre weniger korrupt waren als die heutigen Gewerkschaftsbürokraten? Und wie soll man die Tatsache erklären, daß die Gewerkschaften alle die gleiche Politik machen, obwohl sie unterschiedlichen politischen Richtungen angehören?

Um ihre These zu stützen, daß das Internationale Komitee dem Defätismus das Wort rede, vor der Propaganda der Konzerne und ihrer Politiker in die Knie gehe und eine Rechtfertigung für den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie liefere, zitiert die Spartacist League folgenden Ausschnitt aus einer Rede von Nick Beams, dem nationalen Sekretär der (australischen) SEP: »Solange der Mehrwert noch innerhalb der festen Grenzen eines Staates gewonnen wurde, war es der Arbeiterklasse möglich, Reformen und Zugeständnisse vom Kapital zu erzwingen, indem sie Druck auf den Staat ausübte. Darin bestand das Programm der Gewerkschaften und Arbeiterorganisationen. Dies ist nicht mehr möglich.«

Der Kommentar der Spartacist League zu diesem Zitat macht deutlich, was für eine nationalistische Haltung hinter ihren Angriffen auf das Internationale Komitee steckt: »Anders ausgedrückt sind die North-Leute der Meinung, daß es, unabhängig von Taktik und politischer Linie, für die Arbeiterklasse unmöglich geworden sei, sich gegen die räuberische Erpressung des Kapitals mit Hilfe von Streiks und andern Aktionen zur Wehr zu setzen.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Hier haben wir eins der politischen Axiome der kleinbürgerlichen Radikalen aller Couleur: Sie identifizieren den Klassenkampf mit der nationalen gewerkschaftlichen Form, den er in der Nachkriegszeit angenommen hatte.

Wie das Internationale Komitee erklärt, ist die Zeit des nationalen Reformismus vorbei, in der Arbeiter versuchten, ihre gesellschaftliche Stellung zu verteidigen und zu verbessern, indem sie im Betrieb und in der Politik Druck auf »ihr« nationales Unternehmen und auf den Staat ausübten. Laut der Spartacist League bedeutet dies, zu leugnen, daß die Arbeiterklasse überhaupt irgend eine Möglichkeit habe, ihre Interessen zu verteidigen. Anders ausgedrückt ist Arbeiterklasse gleich Gewerkschaft, der Klassenkampf ist der gewerkschaftliche Kampf und die Aussage, die wirtschaftliche Macht des Staates sei unterhöhlt, ist gleichbedeutend mit der Aussage, der Klassenkampf sei vorbei.

Nachdem die Spartacist League den Klassenkampf mit seiner besonderen, stark beschränkten nationalen Form der Nachkriegszeit gleichgesetzt hat, muß sie zu »beweisen« versuchen, daß es möglich sei, den Kampf in dieser Form fortzusetzen. Sie möchte beweisen, daß die Globalisierung der Produktion nichts mit dem Niedergang der Gewerkschaften zu tun hat, wenn sie erklärt: »In keinem einzigen der größeren Streiks, die den Niedergang und die Niederlage der amerikanischen Arbeiterbewegung der achtziger Jahre begleiteten – das sind der PATCO-Streik der Fluglotsen, der Greyhound-Busfahrer-Streik, der Streik der Kupferbergarbeiter, der Streik bei Eastern Airlines, der Hormel-Fleischpackerstreik – spielte die ausländische Konkurrenz oder ein multinationaler Konzern im Ausland irgend eine Rolle. Greyhound, Eastern Airlines und Hormel gewinnen ihren Mehrwert fast ausschließlich durch Ausbeutung von Arbeitskraft innerhalb amerikanischer Grenzen.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Eine peinlichere Zurschaustellung ihres geistigen Niedergangs kann man sich kaum vorstellen. Erstens muß man daran erinnern, daß die Zerschlagung von PATCO im Jahre 1981, die allen folgenden Angriffen auf die Arbeiter den Boden bereitete, von der Regierung der Vereinigten Staaten organisiert und ausgeführt wurde, der politischen Führung des Weltkapitalismus. Sie reagierte damit auf Veränderungen der internationalen

Wirtschaftspolitik, organisiert vom amerikanischen Finanzkapital und eingeleitet vom Direktor der amerikanischen Bundesbank Paul Volcker, der die Zinsraten 1979 auf das bisher höchste Niveau an hob und damit die tiefste Rezession der Nachkriegszeit auslöste.

Abgesehen von diesem höchst wichtigen politischen Tatbestand zeigt die Analyse der Spartacist League außerdem ihre völlige Ignoranz der Funktionsweise des kapitalistischen Systems, ganz zu schweigen von marxistischer politischer Ökonomie.

Im dritten Band des »Kapital«, im 10. Kapitel unter dem Titel »Ausgleich der allgemeinen Profitrate durch die Konkurrenz«, weist Marx nach, daß die Profithöhe eines einzelnen Betriebs nicht dadurch bestimmt ist, wie viel Mehrwert diese spezielle Fabrik aus den Arbeitern preßt, die sie unmittelbar ausbeutet. Jedes Unternehmen erhält vielmehr einen Anteil vom Mehrwert, der insgesamt aus der ganzen Arbeiterklasse ausgebeutet wird, je nach ihrem Anteil am Gesamtkapital, das dabei zum Einsatz kam. Diese Aufteilung des Mehrwerts in Form von Profit ist ein gesellschaftlicher Prozeß, der durch den Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Abteilungen des Kapitals stattfindet. Jene Kapitalisten, die unter den Durchschnittskosten produzieren, werden mehr als den Durchschnittsprofit erhalten, jene, deren Kosten über dem Durchschnitt liegen, erzielen eine Profitrate, die unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt liegt.

Diese Durchschnittswerte sind selbst Veränderungen unterworfen, sobald neuartige Produktionsmethoden und Technologien entwickelt werden. Ein Produktionsprozeß, der eine Zeit lang zu durchschnittlichen oder unterdurchschnittlichen Kosten abläuft, kann plötzlich überdurchschnittliche Kosten verursachen, weil sich neue Produktionsmethoden entwickelt haben.

Früher, als die Unternehmen noch sehr stark innerhalb nationaler Märkte operierten, fand der Kampf um die Verteilung des Mehrwerts in erster Linie innerhalb der Nationalstaaten statt. Die Globalisierung der Produktion hat eine neue Situation geschaffen. Ohne Rücksicht darauf, wie groß die Profite sind, die einem Unternehmen vom nationalen Markt erwachsen, werden alle seine Kosten, die Arbeitsproduktivität und die Profitrate auf internationaler Ebene bestimmt. Es ist unwichtig, ob eine spezielle Firma global, national oder selbst nur regional oder lokal operiert. Die Kostenstruktur, mit der sie es zu tun hat, ist das Resultat eines weltweiten Wirtschaftsprozesses, der völlig unabhängig von ihr abläuft.

Selbst wenn Waren und Dienstleistungen innerhalb des nationalen Marktes erzeugt und verkauft werden, müssen sie dem Standard und den Kosten gerecht werden, die global gelten. Es wurde ausgerechnet, daß auf dem größten Binnenmarkt, den Vereinigten Staaten, in den sechziger Jahren nur vier Prozent der nationalen Produktion internationaler Konkurrenz ausgesetzt waren, heute sind es siebenzig Prozent.

Außerdem sind alle Unternehmen, auf welchem Markt sie auch immer ihre Waren oder Dienstleistungen anbieten, den Vorgaben der internationalen Kapital- und Finanzmärkte unterworfen. Jene Konzerne, die mit ihren Kosten über dem internationalen Niveau liegen - was bedeutet daß sie die international geltenden Profitraten nicht erreichen - müssen damit rechnen, daß Kapital für sie immer teurer wird.

Kapitalismus und der Ursprung des Nationalstaats

Die Haltung der Spartacist League zum Nationalstaat könnte man als militaristisch und letzten Endes subjektivistisch bezeichnen. Sie sehen den Staat nicht als politischen Ausdruck eines besonderen Stadiums in der Entwicklung der Produktivkräfte, sondern als politisch-militärischen Apparat, den die Bourgeoisie zur Behauptung ihrer wirtschaftlichen Macht erfunden hat.

Der kapitalistische Nationalstaat ist jedoch nicht einfach das Produkt militärischer Konflikte, sondern aus tiefgehenden wirtschaftlichen Umwälzungen entstanden, in einer Zeit, als der Handel aufblühte, das Geld in Umlauf kam und der Feudalismus dadurch untergraben wurde. Der treibende Faktor war keineswegs militärische Gewalt. Wie Engels erklärte: »Lange ehe die Ritterburgen von den neuen Geschützen in Bresche gelegt, waren sie schon vom Geld unterminiert; in der Tat, das Schießpulver war sozusagen bloß der Gerichtsvollzieher im Dienst des Geldes. Das Geld war der große politische Gleichmachungshobel der Bürgerschaft.« (F. Engels: »Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie«, Ausgewählte Werke, Berlin 1990, Bd. VI, S. 328)

Die wichtigste Triebkraft bei der Herausbildung des Nationalstaats war die Ökonomie. Das Anwachsen kapitalistischer Produktion und die Akkumulation von Kapital erforderten die Entwicklung eines nationalen Marktes, die Zunftprivilegien mußten beseitigt werden, politische Einschränkungen und lokale Zollschranken mußten fallen.

Die kapitalistische Entwicklung gliederte das rückständige Dorf in die Provinz ein, verband die Provinzen mit den Städten und schuf einen nationalen Markt mit einer gemeinsamen Sprache und Währung und allgemein verbindlichen Gesetzen.

Dennoch blieb die Entwicklung der Produktivkräfte nicht beim nationalen Markt und dem Nationalstaat stehen. Sie entwickelte sich weiter und überwand schließlich auch das Nationalstaatensystem. Die ganze Geschichte des zwanzigsten Jahrhundert seit der Zuspitzung der imperialistischen Rivalitäten und dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs ist von diesem Widerspruch gezeichnet. Der Erste Weltkrieg selbst war, wie alle damaligen Marxisten erklärten, Ausdruck der Tatsache, daß die Produktivkräfte die Grenzen des Nationalstaats sprengten.

»Der Kern des gegenwärtigen Krieges«, schrieb Trotzki 1915, »ist der Aufruhr der Produktivkräfte, die den Kapitalismus erzeugten, gegen ihre nationalstaatliche Ausbeutungsform.« ... Er »bedeutet vor allem die Zertrümmerung des *nationalen Staates* als eines selbständigen Wirtschaftsgebietes. ... der objektive Sinn des Krieges besteht in der Zertrümmerung der gegenwärtigen national-wirtschaftlichen Zentren im Namen der Weltwirtschaft.« (L. Trotzki: »Der Krieg und die Internationale« in: »Europa im Krieg«, Essen 1998, S. 377)

Dieser Widerspruch erreichte durch die Entwicklung der globalen Produktion neue Schärfe. Der Staat spielt weiter eine politische und militärische Rolle, genau wie der feudal-absolutistische Staat zu der Zeit, als der Kapitalismus entstand. Aber genau wie jener hat auch dieser seine wirtschaftliche Bedeutung verloren, und gerade dieser ökonomische Niedergang schafft die Bedingungen für seinen Sturz.

Die Verherrlichung des Nationalstaats durch die Spartacist League geht nicht auf Lenin, sondern eher auf ältere Persönlichkeiten zurück – wie den kleinbürgerlichen Radikalen Eugen Dühring, der ebenfalls darauf bestand, daß Politik und Militär über die Wirtschaft bestimmen könnten.

Engels' Bemerkungen über Dührings kleinbürgerliche Vorstellungen und seine Faszination für den Militärapparat der Bourgeoisie passen auch sehr gut auf die Spartacist League: »Und wenn die Bourgeois jetzt an die Gewalt appellieren, um die zusammenbrechende ›Wirtschaftslage‹ vor dem Einsturz zu bewahren, so beweisen sie damit nur, daß sie in derselben Täuschung befangen sind wie Herr Dühring, als seien ›die politischen Zustände die entscheidende Ursache der Wirtschaftslage‹; daß sie sich einbilden, ganz wie Herr Dühring, sie könnten mit dem ›Primitiven‹, mit ›der unmittelbar politischen Gewalt‹ jene ›Tatsachen zweiter Ordnung‹, die Wirtschaftslage und ihre unabwendbare Entwicklung umschaffen und also die ökonomischen Wirkungen der Dampfmaschine und der von ihr betriebenen modernen

Maschinerie, des Welthandels und der heutigen Bank- und Kreditentwicklung mit Krupp-Kanonen und Mauser-Gewehren wieder aus der Welt schießen.« (F. Engels: »Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft«, Berlin 1980, S. 153-54)

Die Spartakisten gehen von der Unsterblichkeit des Nationalstaats aus – und schreiben damit die Geschichte der kapitalistischen Entwicklung neu. »Norths' Ansicht über die Kapitalisten als internationale Klasse«, schreiben sie, »schlägt der marxistischen Auffassung ins Gesicht, daß die Bourgeoisie nicht über die nationalen Interessen hinausgehen kann.« (*Workers Vanguard*, 21. Februar 1997)

Was für eine Fälschung der Geschichte des Kapitalismus! Nach Ansicht der Spartacist League hat der Nationalstaat die Bourgeoisie hervorgebracht, und der Weltmarkt ist nichts weiter als eine Aneinanderreihung der verschiedenen nationalen Märkte, wie eine Reihe von Wohnblöcken an der Straße.

In Wirklichkeit hat die Geschichte mit dieser mechanischen Konzeption nicht das Geringste zu tun. Die Bourgeoisie entstand in Europa vor den Nationalstaaten, und sie wirkte schon im absolutistischen Feudalismus als eine internationale Klasse, das gilt sowohl für ihren Handel und ihr Bankwesen als auch für ihre Manufakturen. Historisch entstand der internationale Markt vor den nationalen Märkten, und aus diesem Grund ist überhaupt die lokale Produktion im Rahmen des Feudalismus zusammengebrochen, weil sie durch die Warenproduktion für den Markt verdrängt wurde.

Der kapitalistische Nationalstaat entstand in einem komplexen historischen Prozeß, als die Bourgeoisie versuchte, politische Strukturen zu entwickeln, mit denen sie ihr Eigentum und ihre wirtschaftlichen Interessen verteidigen konnte – ihren Reichtum, der selbst ein Produkt des Weltmarkts war. Das bedeutet, daß die Bourgeoisie sowohl den Weltmarkt als auch das Nationalstaatensystem hervorgebracht hat.

Die Logik des Kapitals ist allgemein gültig. Der ihm innewohnende Trieb zur Akkumulation bringt es in Konflikt mit allen früheren Formen der Produktion. In seinem unaufhaltsamen Streben nach Akkumulation reißt das Kapital jede Schranke nieder und macht vor keiner Grenze Halt.

Der Nationalstaat jedoch errichtet Grenzen und Schranken, um seine Autorität und seine Rechtsansprüche klar abzugrenzen. Das kapitalistische System gründet sich auf diesen objektiven Widerspruch zwischen dem Streben des Kapitals nach globaler Expansion und den Grenzen, die ihm durch die Nationalstaaten der anderen gesetzt werden. Im zwanzigsten Jahrhundert haben zwei Weltkriege die explosive Sprengkraft dieses Widerspruch bewiesen, der dem Kapitalismus seit seiner Entstehung innewohnt.

Die Bourgeoisie kann diesen Widerspruch nicht lösen. Sie kann das Nationalstaatensystem, in dem ihr Eigentum verwurzelt ist, nicht beseitigen, noch kann sie die Produktivkräfte auf das Maß zurückschrauben, das den nationalen Grenzen entsprechen würde. Die Bourgeoisie wird von der objektiven Logik des Kapitals selbst getrieben. Darum ist sie gezwungen, in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit die Nationalstaaten ständig zu untergraben und über sie hinauszugehen.

Nicht die Analyse des Internationalen Komitees, sondern das Geschwätz der Spartakisten »schlägt der marxistischen Auffassung ins Gesicht«. Die nicht ganz unbekanntenen Marxisten Karl Marx und Friedrich Engels schrieben folgendes im Kommunistischen Manifest: »Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.

Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. Sie hat zum großen Bedauern der Reaktionäre den nationalen Boden der Industrie unter den Füßen weggezogen. Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird, durch Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden. An die Stelle der alten, durch Landeserzeugnisse befriedigten Bedürfnisse treten neue, welche die Produkte der entferntesten Länder und Klimate zu ihrer Befriedigung erheischen. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur.« (Marx/Engels: »Manifest der Kommunistischen Partei«, Berlin 1973, S. 47)

Spartacist und die »rücksichtsvollen Aktienbesitzer«

Weil die Spartacist League der Meinung ist, politische und militärische Entscheidungen seien wichtiger als die grundlegenden wirtschaftlichen Triebkräfte des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, haben sie eine völlig subjektive Auffassung darüber, wie die kapitalistische Wirtschaft funktioniert.

So kommt es, daß sie sich in folgender Weise über die Perspektiven des Internationalen Komitees auslassen: »Konzerne wie IBM, Siemens und Toshiba streben angeblich bloß nach einer internationalen Profitmaximierung, und ihre Direktoren und Aktionäre nehmen angeblich keine Rücksicht auf die Auswirkungen ihres Handelns auf den amerikanischen, deutschen oder japanischen bürgerlichen Staat.« (*Workers Vanguard*, 21. Februar 1997)

Es ist überhaupt nicht die Frage, ob die Aktionäre und Direktoren auf den nationalen Staat oder was auch immer »Rücksicht nehmen«. Der Prozeß der kapitalistischen Produktion wird, wie Marx nachwies, nicht von den subjektiven Wünschen oder Absichten der Kapitalbesitzer vorwärtsgetrieben, sondern von der objektiven Logik der Kapitalakkumulation. Dies ist nicht irgend ein »Teilaspekt« des Marxismus, sondern das Wesen der Analyse von Marx über den Warenfetischismus, die den Kern des »Kapitals« bildet.

»Die Funktionen, die der Kapitalist ausübt, sind nur die mit Bewußtsein und Willen ausgeübten Funktionen des Kapitals – des sich verwertenden Werts durch Einsaugung der lebendigen Arbeit – selbst. Der Kapitalist funktioniert nur als personifiziertes Kapital ...« (K. Marx, »Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses«, Berlin 1988, S. 85)

Die Großkonzerne sind gezwungen, ohne Rücksicht auf ihren »eigenen« Nationalstaat ihre Profite zu maximieren, weil sie sonst riskieren würden, daß ihre Rivalen das Geschäft machen würden. Es zwingt sie dazu das Finanzkapital, das unaufhörlich in Bewegung ist. Die Aktionärsfonds der Großkonzerne werden nicht mehr von individuellen Kapitalisten kontrolliert, sondern bestehen aus Bankinvestitionen, Lebensversicherungen, Renten- und Krankenkassen oder anderen Arten von aufgehäuften Ersparnissen. Diese Fonds umkreisen die Erde auf der Suche nach der besten Profitrate, und sie zwingen die Konzerne, völlig unabhängig vom Willen ihrer Direktoren, ihre Produktionsmethoden ohne Unterlaß weiter zu entwickeln, um den Aktienfonds eine relativ gute Profitrate zu sichern. Der Kurs jener Konzerne, die nicht in der Lage sind, ihre Profite im internationalen Maßstab zu maximieren, wird an der Börse unweigerlich fallen, weil die großen Kapitalfonds dorthin abfließen werden, wo sie höhere Profitraten finden.

Das führt dazu, daß jeder Konzern erkennt, daß er, um Kapital anzuziehen, höhere Prämien ausschütten muß, oder andernfalls, wenn seine Aktien an Wert verlieren, den Banken höhere Zinsraten bezahlen muß. Kann er das nicht, so wird er durch eine Übernahme oder eine Fusion von andern Konzernen geschluckt, sofern ihn nicht seine Rivalen ganz aus dem Rennen werfen.

Die Analyse der objektiven Funktionsweise der kapitalistischen Produktion stand immer im Zentrum der marxistischen Kritik an allen sozialreformistischen Quacksalbern, die behaupten wollten, man könne die schlimmsten Exzesse des Kapitalismus ausmerzen und ihm seine Giftzähne ziehen, indem man die Arbeiter an den Fabriken beteilige oder »rücksichtsvollere Direktoren« in den Führungsetagen einsetze.

Vom Standpunkt einer wissenschaftlichen Analyse der kapitalistischen Funktionsweise sind die Positionen von Spartacist einfach Unsinn, aber sie haben einen definitiven Klasseninhalt. Wenn es möglich wäre, daß man die Chefetagen dazu bringen könnte, auf das Schicksal ihres »eigenen« Nationalstaats »Rücksicht zu nehmen«, unabhängig von den Konsequenzen für die Profitmaximierung, dann könnte man sie auch dazu bringen, sich um andere Fragen zu kümmern wie höhere Löhne für die Arbeiter oder steigende Sozialleistungen. In der Tat hieße das, man könnte eine ganze Reihe sozialer Reformen durchsetzen.

Hier liegt die politische Perspektive der Spartakisten. Wenn sie die Vorherrschaft der globalen Wirtschaftskräfte leugnen und erklären, die Konzerne seien ihrer Nation verpflichtet, so bedeutet das, daß sie selbst sich Schichten der Bourgeoisie zuwenden, die »auf ihre Heimat Rücksicht nehmen«.

Die Spartacist League ist da nicht alleine. Sie haben Gesinnungsgenossen im radikalen Milieu, die schon sehr klar ausgedrückt haben, wohin die Reise geht. Ihre Perspektive ist zum Beispiel in einem Buch zusammengefaßt, das von Paul Hirst und Grahame Thompson, zwei Vertretern der linken britischen Mittelklasse, verfaßt wurde. Ihre Schrift »Globalization in Question« (»Globalisierung in Frage gestellt«) ist für alle diese Gruppen zur Bibel geworden. Die Autoren beschreiben ihre Perspektive als »eine Mischung aus Skepsis über die globalen Wirtschaftsprozesse und Optimismus in die Möglichkeiten, die internationale Wirtschaft zu kontrollieren, und in die Lebensfähigkeit einer nationalen politischen Strategie«.

Sie geben zu, daß soziale Ziele wie Vollbeschäftigung »problematisch« geworden seien, aber halten dafür, »daß das uns nicht dazu verleiten sollte, die Formen der Kontrolle und der sozialen Verbesserung zu mißachten oder zu ignorieren, die relativ schnell mit einem bescheidenen Wechsel der Herangehensweise auf Seiten der Schlüsseleliten erreicht werden können. Es ist deshalb entscheidend, linke und auch konservative Reformer, die sich um den Zusammenhalt ihrer Gesellschaften sorgen, davon zu überzeugen, daß wir den globalen Prozessen nicht machtlos ausgeliefert sind.« (Hirst und Thompson, »Globalization in Question«, S. 6-7, aus dem Englischen)

In England, wo Hirst und Thompson schreiben, bedeutet eine solche Perspektive eine Annäherung an die Euroskeptiker in der Tory-Partei, an Personen, die sich gegen die EU wenden, wie den verstorbenen Milliardär Sir James Goldsmith und seine Referendumspartei, wie auch an einen Teil der Labour Party, der Gewerkschaftsbürokratie und der Nationalisten von Arthur Scargills Socialist Labour Party.

In den Vereinigten Staaten haben die Spartakisten sich schon an einer ähnlichen »Front« beteiligt: Während der Kampagne gegen die NAFTA kam es faktisch zu einer Allianz, der die AFL-CIO-Bürokratie, der neofaschistische Demagoge Pat Buchanan, der Milliardär Ross Perot, der Vertreter der Verbrauchervereinigung Ralph Nader und diverse kleinbürgerlich radikale »Linke« angehörten. Die Spartakisten versuchten, sich dieser Allianz anzuschließen

und sich bei Teilen der Bürokratie und der Bourgeoisie einzuschmeicheln, indem sie an deren Wirtschaftsnationalismus appellierten.

Es ist weder zufällig noch einmalig, daß sie sich der extremen Rechten derart anpassen. Das linke Kleinbürgertum hat die Arbeiterklasse schon vor langer Zeit als revolutionäre Kraft aufgegeben. Es stützte sich immer auf die Arbeiterbürokratien, den Stalinismus und die nationalistischen Bewegungen, um den Imperialismus international in seine Schranken zu weisen und um im eignen Land Reformen durch Druck auf die herrschende Klasse zu erreichen. Weil diese alten Führungen ihre Bedeutung verlieren, müssen sich die linken Gruppen nach neuen sozialen Kräften umschaun, mit denen sie Druck auf den Staat ausüben können. Ihre nationalistischen Anschauungen bringen sie in die Nähe der rückständigsten Schichten der Bourgeoisie, deren reaktionäre politische Sprecher – von Le Pen in Frankreich bis zu Buchanan in den USA – genau wie sie die Globalisierung denunzieren.

Wir haben gesehen, daß die Spartacist League als Grund für den Bankrott der Gewerkschaften bloß die subjektiven Motive der Bürokraten und deren Weigerung annimmt, mit »harten Bandagen« zu kämpfen. Hier schließt sich der Kreis. Die großen Konzerne werden nicht von globalen Wirtschaftskräften getrieben, sondern von den subjektiven Bindungen ihrer Direktoren und Aktionäre an die Heimat. Folgerichtig können die beiden auf nationalem Boden zusammenkommen, wo die Gewerkschaften Druck auf die großen Konzerne ausüben, um Reformen und Zugeständnisse zu erreichen.

Ein Bündnis der Gewerkschaftsbürokraten mit Teilen der Bourgeoisie, die auf ihre Nation »Rücksicht nehmen«: Darauf läuft das politische Programm von Spartacist hinaus. Es hat tatsächlich einiges mit den Perspektiven der heutigen Faschisten und der ultranationalistischen Bewegungen gemein, die als Reaktion auf die Globalisierung wie Pilze aus dem Boden schießen.

Das internationale Finanzwesen und der kapitalistische Staat

Wenn die Spartacist League sich dem Finanzkapital zuwendet, tut sie es mit der bekannten subjektivistischen Methode, nur kommt dazu noch der Respekt des Kleinbürgers vor dem staatlichen Militärapparat. Zuerst zitieren sie eine Rede von David North, in der er folgendermaßen auf die wachsende Macht des Finanzkapitals einging: »Selbst auf dem Gipfel seines Ruhms verfügte das britische Empire gegenüber seinen kolonialen Untertanen nicht einmal über einen Bruchteil der Macht, wie sie heute die modernen Institutionen des Weltimperialismus – Weltbank, Internationaler Währungsfonds (IWF), GATT und EG – ganz selbstverständlich über die sogenannten unabhängigen Staaten in Lateinamerika, Asien, Afrika und im Nahen Osten ausüben.« (D. North, »Kapital, Arbeit und Nationalstaat«, *Vierte Internationale*, Jg.20 Nr.1, Essen 1994, S. 9-10)

Diese unbestreitbare Tatsache des Wirtschaftslebens, untermauert durch eine ganze Reihe von Statistiken, rief bei Spartacist helle Empörung hervor: »Die Vorstellung, die Weltbank und der IWF würden größere Macht über die Arbeiter und Bauern in Indien ausüben als die britische Kolonialarmee und Polizei, ist pazifistischer Unsinn.« (*Workers Vanguard*, 21. Februar 1997)

Hier reduziert Spartacist wiederum alle historischen Prozesse auf die Ausübung militärischer Gewalt. Aber fand nicht die Plünderung von Indiens Reichtum in erster Linie mit Hilfe wirtschaftlicher Maßnahmen statt? Die wichtigsten Hilfsmittel, um die indische Wirtschaft dem britischen Empire unterzuordnen, waren nicht die Gewehre, sondern billige Baumwollstoffe und die Eisenbahn.

Nicht die Schlagkraft der Armeen treibt den Kreislauf der kapitalistischen Produktion voran, sondern das internationale Finanzwesen. So waren die Regierungen der halbkolonialen Länder gezwungen, die berüchtigten sogenannten »Strukturanpassungs«-Programme des

Internationalen Währungsfonds und der Weltbank durchzusetzen, wenn sie weiterhin Geld für Investitionen, Infrastruktur und die öffentliche Versorgung erhalten wollten. Diese Programme, die nach der mexikanischen Schuldenkrise Mitte der achtziger Jahre aufkamen, erwiesen sich als die effektivste Methode, um ganzen Weltregionen das Lebensblut auszusaugen und – alleine durch die Wirkungsweise der Finanzmärkte – enorme Reichtümer in die Tresore der großen Banken und Konzerne zu transferieren.

Das Ausmaß dieses Finanztransfers kann man aus folgenden statistischen Zahlen eines einzigen Jahres ablesen: 1992 betrug die Zinsen für Schulden der armen Länder an die Banken und internationalen Kreditinstitute 125 Milliarden Dollar, während der geschätzte Profit aus den Investitionen der transnationalen Konzerne (berechnet zu 15 Prozent des Aktienkapitals von 420 Milliarden Dollar) 64 Milliarden Dollar betrug. Beides zusammen macht eine Summe von 189 Milliarden Dollar aus. Selbst wenn man 59 Milliarden Dollar abzieht, die in sogenannte Hilfeleistungen rückerstattet wurden, beträgt der Geldtransfer insgesamt noch 130 Milliarden Dollar. Aber auch diese verblüffende Zahl zeigt noch nicht die ganze Wahrheit. Hinzu kommen noch die Auswirkungen der fallenden Rohstoffpreise und der steigenden Preise für die Nutzung von Technologie und Patentrechte usw.

Die jüngsten Ereignisse selbst haben den Tiefsinn von Spartacist widerlegt und die Fähigkeiten des Finanzkapitals und seiner Institutionen demonstriert. Denn das Weltfinanzwesen ist in der Lage, nicht nur den Kolonien, sondern auch offiziell unabhängigen Staaten seinen Willen aufzuzwingen. Präsidenten und Premierminister von Thailand bis Südkorea und sogar von Japan – der zweitgrößten nationalen Wirtschaft der Welt – mußten in den letzten Monaten gewaltig dazulernen, was die Machtverhältnisse zwischen dem Internationalen Währungsfonds und den nationalen Staaten angeht. Ein Bild drückt dies klarer aus als tausend Worte: Es ist das Foto, das in den Zeitungen von Jakarta bis Washington erschien und Indonesiens Diktator Suharto zeigt, wie er seine Unterschrift unter die erpresserischen Bedingungen des IWF setzt, während ihm Camdessus, der leitende Direktor des IWF, über die Schulter blickt.

Die Verherrlichung des Nationalstaats durch Spartacist tritt besonders deutlich hervor, wenn sie zur Rolle der internationalen Finanzagenturen wie Weltbank und Internationalem Währungsfonds Stellung nehmen:

»Die Vorstellung, daß ›transnationale‹ Konzerne das Nationalstaatensystem überwinden«, so schreiben sie, »führt zu der Auffassung, daß gewisse internationale Wirtschaftsagenturen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) heute eine Art kapitalistische Weltregierung geworden seien.« Und sie fahren fort: »Nicht weniger absurd ist die Vorstellung, daß diese Institutionen selbständige Mächte seien, unabhängig von den imperialistischen Nationen. ... Diese internationalen Agenturen handeln jedoch im Interesse der großen kapitalistischen Mächte, sie sind nicht von diesen unabhängig und stehen ganz sicherlich nicht über ihnen.« (*Workers Vanguard*, 21. März, S.4)

Für Spartacist gibt es keine höhere Realität als den nationalen Markt und den nationalen bürgerlichen Staat, und was das globale Finanzsystem und die internationalen Finanzinstitutionen betrifft, so werden sie als Summe der nationalen Märkte aufgefaßt, oder als Herrschaftsinstrumente der nationalen Märkte.

Diese Fixierung auf den Nationalstaat hat allem oberflächlichen Radikalismus zum Trotz nichts mit Marxismus zu tun, der, wie Trotzki erklärte, »von der Weltwirtschaft aus[geht], nicht als einer Summe nationaler Teile, sondern als einer gewaltigen, selbständigen Realität, die durch internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt geschaffen wurde« (L. Trotzki, »Permanente Revolution«, Essen 1993, S. 39)

Die Spartakisten zitieren in ihrem Angriff auf das Internationalen Komitee oft und gerne Lenin und seinen »Imperialismus«. Aber nichts wäre weniger geeignet, um die herrschende Rolle des Nationalstaats nachzuweisen. Im Gegenteil: hier wird ja gerade die Vorherrschaft und globale Rolle des Finanzkapitals in der imperialistischen Epoche erläutert. Weit von der Behauptung entfernt, der Nationalstaat übe alle Herrschaft aus, beharrte Lenin gerade auf dem Gegenteil: »Das Finanzkapital ist eine so gewaltige, man darf wohl sagen, entscheidende Macht in allen ökonomischen und in allen internationalen Beziehungen, daß es sich sogar Staaten unterwerfen kann und tatsächlich auch unterwirft, die volle politische Unabhängigkeit genießen; ...« (»Der Imperialismus«, *Lenin Werke*, Berlin 1988, Bd.22, S. 264)

Lenin analysierte den Weltkapitalismus, als er am Beginn dieses Prozesses stand, und die Tendenzen, die er aufdeckte, sind seither in ungeahnten Ausmaßen angewachsen. Der Nationalstaat und die Banken sind beide Kreationen der Bourgeoisie, ihre Geschichte ist zum großen Teil miteinander verflochten. Aber die Macht der Banken kommt nicht aus dem Nationalstaat, sondern aus ihrer Kontrolle über Kredite und Finanzen, dem Lebensblut der kapitalistischen Wirtschaft. Weit von der einseitigen Beziehung entfernt, die Spartacist unterstellt – die Banken als untertänige Ausführungsorgane des Nationalstaats – hat sich die wirkliche Beziehung viel stürmischer entwickelt. Die Geschichte des Bank- und Finanzwesens der Nachkriegszeit zeigt das unaufhörliche Streben der Banken, sich von der Kontrolle durch den Nationalstaat zu befreien. Und der Aufstieg des internationalen Finanzkapitals und der globalen Finanzmärkte vollzog sich in direkter Opposition zum Staat.

Das Wachstum des internationalen Finanzsystems der Nachkriegszeit kann nur im Zusammenhang mit der Entwicklung des Weltwährungssystems verstanden werden, das 1944 in Bretton Woods aus der Taufe gehoben wurde. Fast genau von dem Tag an, an dem die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, beschäftigten sich führende Politiker der Roosevelt-Regierung mit der Entwicklung einer gangbaren Finanzstruktur für die Nachkriegszeit. Aufgrund der bitteren Erfahrungen der vorausgegangenen zwei Jahrzehnte sahen sie ein, daß die Weltwirtschaft in eine neue Depression stürzen würde, falls nicht notwendige Voraussetzungen für einen expandierenden Weltmarkt geschaffen würden. Zölle und Importkontrollen waren abzubauen, und ein stabiles internationales Zahlungssystem mußte eingerichtet werden. Denn eine neue Depression hätte die Gefahr sozialer Revolutionen mit sich gebracht.

Aufstieg und Fall des Bretton Woods Systems

Die Konferenz von Bretton Woods legte den Grundstein für ein hoch reguliertes internationales Währungssystem. Der Dollar der Vereinigten Staaten wurde als internationale Leitwährung zu einer Rate von 35 Dollar pro Feinunze Gold festgelegt. Der Eckstein dieses Systems war die Einrichtung fester Wechselkurse zwischen den wichtigsten Währungen. Um zu verhindern, daß es noch einmal zu Deflation und fieberhaften Währungsschwankungen wie in den dreißiger Jahren käme, wurde der Internationale Währungsfond eingerichtet, der Reserven für jene Länder bereitstellen sollte, die mit ihrer Zahlungsbilanz in Schwierigkeiten gerieten. Die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (die Weltbank) wurde gegründet, um Fonds für langfristige Anleihen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau in Westeuropa bereitzustellen.

Die Einrichtung eines Systems fester Wechselkurse setzte notwendigerweise voraus, daß die internationalen Kapitalbewegungen von den Zentralbanken und den staatlichen Regierungen kontrolliert wurden. Aus diesem Grund ist der Niedergang dieser monetären Ordnung der Nachkriegszeit eng mit dem Scheitern der nationalen Kontrolle über das Finanzkapital verbunden, während ein internationales Finanzsystem aufstieg wie Phönix aus der Asche.

Damit das Bretton Woods System funktionieren konnte, mußten die Vereinigten Staaten über eine Dollarreserve verfügen, die sie dem Rest der Welt zur Verfügung stellen konnten, sei es über die Finanzierung privater Kapitalinvestitionen der US-Konzerne oder durch Regierungsanleihen und Hilfeleistungen. Diese Dollars wurden umgekehrt wieder benötigt, um den Handelsbilanzüberschuß der USA gegenüber dem Rest der Welt zu finanzieren. In diesem Übereinkommen war von Anfang an ein Widerspruch enthalten: Einerseits war das Abkommen auf der wirtschaftlichen Übermacht der Vereinigten Staaten über seine kapitalistischen Rivalen gegründet, während sein Funktionieren andererseits dazu führen mußte, die restlichen fortgeschrittenen kapitalistischen Nationen zu stärken und die Position der USA im Verhältnis zu ihnen zu schwächen.

Diese Widersprüche wurden zum erstenmal Ende der sechziger Jahre an einer Goldkrise sichtbar. Das System stützte sich darauf, daß die USA garantieren konnten, sämtliche Dollars in einem Verhältnis von 35 Dollar pro Feinunze Gold aus ihren Beständen in Fort Knox gegen Gold einzutauschen. Zu Beginn der fünfziger Jahre floß auch nur eine geringe Menge Gold aus Fort Knox ab, weil eine ständige Nachfrage nach Dollars bestand, mit denen man die heiß begehrten US-Exporte kaufen konnte. Aber als die europäische und japanische Industrie wieder auf die Beine kamen, nahm die Nachfrage nach US-Exporten ständig ab. Die Dollarmenge außerhalb der USA wuchs im Verhältnis zu den Goldreserven, die sie decken sollten, und 1958 überstieg die außer-amerikanische Dollarmenge zum erstenmal den Goldvorrat in den USA.

Die sechziger Jahre waren von einer wachsenden Krise des Bretton Woods Systems gekennzeichnet. Zu Beginn der sechziger Jahre hatten die USA Goldvorräte im Wert von 18 Milliarden Dollar, aber diese nahmen um eine halbe bis eine ganze Milliarde pro Jahr ab. 1964-65 nahm der Goldvorrat bereits um 1.5 Milliarden ab, weil die Regierung von Charles de Gaulle in Frankreich dem US-Dollar den Kampf ansagte. 1968 näherte sich der Goldvorrat gefährlich der Marke von zehn Milliarden, die man als Mindestreserve für das Funktionieren des Bretton Woods System ansah. Die US-Goldvorräte beliefen sich nun gerade noch auf die Hälfte ihres Werts von 1950.

Als Reaktion auf die sich verschärfende Goldkrise versuchte Präsident Johnson, das Abfließen von amerikanischem Kapital mit einer Reihe von Restriktionen zu belegen. Aber diese Maßnahmen führten in Wirklichkeit dazu, daß die amerikanischen Banken nach Wegen suchten, wie sie der Wechselkontrolle entgehen könnten. Sie gingen den ersten Schritt in die Richtung einer Verselbständigung des ganzen internationalen Finanzsystems, das nun begann, außerhalb der Kontrolle der einzelnen Nationalstaaten oder Zentralbanken zu funktionieren.

Ihren Ursprung hatte diese neue Funktionsweise im sogenannten Eurodollarmarkt der fünfziger Jahre. Dieser bestand ursprünglich aus kleinen Mengen Dollars, die in den europäischen Banken und in den europäischen Töchtern der amerikanischen Banken lagen. Solange das Bretton Woods System relativ reibungslos funktionierte, wurden diese Dollars zum größten Teil dazu benutzt, um den Vereinigten Staaten Exporte abzukaufen. Aber gegen Ende der fünfziger Jahre, als die Nachfrage nach US-Exporten nach und nach zurückging, nahm die Menge der Eurodollars zu.

Es entwickelte sich ein Markt für Anleihen in Eurodollar, ein enormes Anwachsen von Bankkrediten aus Beständen außerhalb der USA. Dieser Eurodollarmarkt expandierte schnell in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre, als die US-Regierung versuchte, das Abfließen von Dollars aus Amerika zu kontrollieren, während die multinationalen Konzerne und Banken nach neuen Wegen suchten, um diesen Kontrollen zu entgehen, weil sie für ihre Investitionen in Europa verfügbares Geld brauchten.

Während das Bretton Woods System 1971-73 schließlich ganz zusammenbrach, hatten sich die sogenannten Eurowährungsmärkte bereits zu einem richtigen Weltfinanzmarkt ausgewachsen, der Währungen außerhalb von deren Nationalstaaten handelte. Und die amerikanischen multinationalen Konzerne und Banken spielten selbst die wichtigste Rolle bei dieser Entwicklung, weil sie nach Wegen suchten, wie sie der Kontrolle des mächtigsten imperialistischen Staates aus dem Weg gehen könnten.

Es gibt viele Beispiele aus der jüngsten Geschichte, wie der Nationalstaat dem Druck von seiten der internationalen Finanzmärkte nachgeben mußte – so zum Beispiel der Sturz der britischen Callaghan-Regierung 1975-76, die Regierung von Mitterrand 1982-83, sowie Brasilien und Mexiko in den achtziger Jahren. Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit ist auch der Rückzug Großbritanniens aus dem europäischen Währungsabkommen 1992, wobei die britischen Banken beim Ausverkauf des Pfundes eine Schlüsselrolle spielten.

Die Spartacist League, die behauptet, daß internationale Finanzinstitutionen bloße Agenturen der imperialistischen Staaten seien, kümmert sich keinen Deut um dieses auffällige Merkmal der kapitalistischen Wirtschaft: den tiefen Konflikt zwischen der geographisch unbegrenzten Profitakkumulation und dem an politische Grenzen gebundenen Nationalstaat.

Wie die übrige kleinbürgerlich radikale Bruderschaft, die bis heute gläubig an Maos Slogan – »die Macht kommt aus den Gewehrläufen« – festhält, leugnet Spartacist den Einfluß, den der IWF und andere Finanzinstitutionen ausüben, weil diese weder Waffen noch Armeen besitzen.

2. Marx und das »eherne Lohngesetz«

Eine der Schlüsselaussagen, die die Spartacist League anführt, um ihre Verteidigung der gewerkschaftlichen Organisationsform zu untermauern, lautet, jede Untersuchung über die objektiven Auswirkungen der Globalisierung auf die kapitalistische Produktion und ihre Zerstörung der Löhne und des Lebensstandards sei gleichbedeutend mit einer »Neuaufgabe des »ehernen Lohngesetzes«, wie es im 19. Jahrhundert vertreten worden war« (*Workers Vanguard*, 7. Februar 1997).

Diese Aussage ist in der Tat eine so entscheidende Komponente ihrer politischen Perspektiven, daß es uns notwendig erscheint, diese Verwirrung und ausgewachsene Fälschung durch die Spartacist League im Detail auseinanderzupflücken.

Die These, die dem »ehernen [eisernen] Lohngesetz« zugrunde lag, lautete, daß jeder Versuch der Arbeiter, ihre Löhne durch Gewerkschaftskämpfe oder andere Aktionsformen zu verbessern, bloß zu einer allgemeinen Steigerung der Warenpreise führe, ergo seine Auswirkungen im Endergebnis gleich Null seien.

Marx griff diese Konzeption in seiner Rede »Lohn, Preis, Profit« auf, die er 1865 als Antwort auf George Weston hielt, ein Mitglied des Generalrats der Ersten Internationale. Die Spartacist League hat sich nie die Mühe gemacht, zu untersuchen, worum es Marx ging, noch den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Hintergrund dieser Frage zu studieren. Dennoch beschuldigt sie das Internationale Komitee, es greife den Standpunkt des »eisernen Lohngesetzes« wieder auf und verlasse den Standpunkt des Marxismus, wenn es die objektiven Auswirkungen der globalisierten Produktion auf den Lebensstandard untersucht und die Unfähigkeit der Gewerkschaften nachweist, die grundlegendsten Interessen der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Marx wies in seiner ersten Ansprache an die Erste Internationale nach, daß das »eherne Lohngesetz« nach Weston sich auf die irrige Annahme stützte, die Warenpreise würden durch die Löhne bestimmt und reguliert. Westons Vorschläge lieferten Marx zwar den unmittelbaren

Anlaß für seine Ausführungen, in Wirklichkeit richteten sie sich jedoch gegen die Anhänger Proudhons, dessen Politik in der französischen und in anderen Sektionen der Internationale beträchtlichen Einfluß ausübte.

Die soziale Grundlage des Proudhonismus bildeten die kleinen Handwerker von Paris, die immer noch außerhalb der großen Industriebetriebe arbeiteten. Die engstirnige Weltanschauung dieser sozialen Schicht spiegelte sich in den Grundanschauungen des Proudhon'schen Programms wider: Sie lehnten es ab, durch gewerkschaftliches und politisches Handeln staatliche Regelungen zur Absicherung der erkämpften Arbeitsbedingungen herbeizuführen, sie waren gegen Frauen im Betrieb, und sie forderten die Einrichtung einer Volksbank. Das Programm des Proudhonismus zielte nicht auf die Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Kapitalismus ab, sondern auf die Beseitigung der Monopole am freien Markt. Von einer Volksbank erwarteten sie, daß sie größere Summen billiger Kredite für die kleinen Produzenten bereitstellen würde.

Marx betrachtete das Scheitern der kleinbürgerlich anarchistischen Konzepte des Proudhonismus als wesentliche Voraussetzung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung, die mit dem Wachstum der kapitalistischen Industrialisierung einher ging. Die Proudhonisten waren die politischen Sprecher einer Gesellschaftsschicht, die in der ökonomischen Entwicklung auf der Strecke geblieben war.

Hier gibt es eine direkte Parallele zur Rolle der Spartakisten. Wie die Proudhonisten sprechen sie für kleinbürgerliche Schichten, deren wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Existenz durch die enormen Veränderungen im Kapitalismus unterhöhlt werden.

Marx entlarvte unablässig die kleinbürgerlichen Illusionen des Proudhonismus, seit er 1847 »Das Elend der Philosophie« geschrieben hatte. Zur Zeit seiner Antwort auf Weston hatte er schon eine seiner wichtigsten Entdeckungen – über den Ursprung des Mehrwerts – gemacht, die zeigte, warum die Ausbeutung der Arbeiterklasse notwendigerweise aus der Funktionsweise des Marktes selbst entspringt.

Der Wert jeder Ware, so erklärte er, ist bestimmt durch die Summe der in ihr enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit, d. h. die durchschnittliche Zeit, die für ihre Herstellung notwendig ist. Was man gemeinhin als Wert der Arbeit betrachtet, ist in der Tat der Wert der Arbeitskraft, der Fähigkeit des Arbeiters zu arbeiten. Auch deren Wert ist, wie der jeder anderen Ware, durch die Quantität der zu ihrer Reproduktion notwendigen Arbeit bestimmt. Anders ausgedrückt ist der Wert der Arbeitskraft gleich dem Wert der Waren, die erforderlich sind, um den Arbeiter und seine Familie zu erhalten.

Die Mehrwerttheorie, so erklärte Marx, geht von der Tatsache aus, daß der Wert der Arbeitskraft in Wirklichkeit stark vom Wert abweicht, den der Arbeiter im Verlauf eines Arbeitstages hervorbringt. Zum Beispiel braucht es im Durchschnitt sechs Stunden, um den Arbeiter und seine Familie zu erhalten, der Arbeiter arbeitet jedoch zwölf Stunden für den Kapitalisten. Dieser Unterschied ist die Grundlage der unbezahlten Mehrarbeit oder des Mehrwerts, der aus dem Arbeiter im Verlauf eines Arbeitstages herausgeholt wird.

Gestützt auf seine Analyse erklärte Marx, daß eine Steigerung der Löhne im allgemeinen nicht zu einer Steigerung der Warenpreise führen müsse, sondern zu einer Veränderung der Verteilung des gesellschaftlichen Produkts zwischen den Profiten und den Löhnen. Also sei zwischen dem Maximum des Profits (entsprechend dem physischen Minimum des Arbeitslohns) und dem Minimum des Profits eine »unendliche Stufenleiter von Variationen möglich«. »Die Fixierung ihres faktischen Grads erfolgt nur durch das unaufhörliche Ringen zwischen Kapital und Arbeit«, wodurch die Frage sich auflöse »in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden« (K. Marx, »Lohn, Preis, Profit, Berlin 1972, S. 65-66).

Eine Fälschung der Position von Marx

An diesem Punkt weicht die Darstellung der Spartakisten von der eigentlichen Fragestellung ab und beginnt, ihre eigenen Fälschungen einzubringen. Gestützt auf ihre Darstellung des »ehernen Lohngesetzes« als einer »Doktrin, der zufolge die Löhne durch – gewerkschaftliche oder wirtschaftliche – Kampfmaßnahmen der Arbeiterklasse nicht dauerhaft über ein bestimmtes Niveau hinaus angehoben werden können«, – impliziert Spartacist, Marx habe das Gegenteil vertreten.

In Wirklichkeit hoffte Marx, wie er am Anfang erklärte, daß Weston »am Schluß finden [wird], daß ich mit dem übereinstimme, was mir als der eigentliche Grundgedanke seiner Sätze erscheint« (a.a.O. S. 3). Dieser »Grundgedanke« ist gerade die Auffassung, daß die ökonomischen und politischen Aktionen der Arbeiterklasse das Lohnniveau unabhängig von den objektiven wirtschaftlichen Bedingungen nicht auf Dauer anheben können.

Nachdem er gezeigt hat, daß der Ausgang des Lohnkampfes vom Kräfteverhältnis der Kämpfenden abhängig ist, wendet sich Marx den Prozessen zu, die sein Ergebnis bestimmen. Er betont im Gegensatz zu Weston, daß zum Beispiel englische Pächter, konfrontiert mit dem Steigen der Landarbeiterlöhne, nicht in der Lage waren, den Marktpreis des Weizens anzuheben, und sich sogar mit seinem Fallen abfinden mußten. Auf die Lohnsteigerungen reagierten sie nicht mit Preiserhöhungen, sondern mit der Einführung von Maschinen und wissenschaftlicheren Methoden. Dadurch verringerten sie die Nachfrage nach Arbeit, indem sie deren Produktivkraft steigerten, und »machten die ländliche Bevölkerung wieder relativ überflüssig«.

»Dies ist in altbesiedelten Ländern allgemein die Methode, wie eine raschere oder langsamere Reaktion des Kapitals auf eine Lohnsteigerung vor sich geht. Ricardo hat richtig bemerkt, daß die Maschinerie ständig mit der Arbeit konkurriert und oft nur eingeführt werden kann, wenn der Preis der Arbeit eine bestimmte Höhe erreicht hat, doch ist die Anwendung von Maschinerie bloß eine der vielen Methoden, die Produktivkraft der Arbeit zu steigern. Genau dieselbe Entwicklung, die die ungelernete Arbeit relativ überflüssig macht, vereinfacht andererseits die gelernte Arbeit und entwertet sie.« (a.a.O. S. 67)

Marx erklärte, daß im Fortschreiten der industriellen Entwicklung die Akkumulation des Kapitals bedeutend schneller zunimmt als die Nachfrage nach Arbeit, von der er sagt: »Sie wird zwar noch wachsen, aber in ständig abnehmender Proportion, verglichen mit der Vergrößerung des Kapitals.« (a.a.O. S. 69)

Die Spartacist League versucht, sich auf Marx als Unterstützer ihrer reformistischen These zu berufen, daß die Arbeiterklasse durch gewerkschaftliche Aktion fähig sei, sich eine ständige Zunahme ihrer Löhne und des Lebensstandards zu sichern. In Wirklichkeit zieht Marx die gegenteilige Schlußfolgerung. Nachdem er gezeigt hat, wie das Kapital auf eine Lohnsteigerung reagiert, sagte er: »Diese wenigen Andeutungen werden genügen, um zu zeigen, daß die ganze Entwicklung der modernen Industrie die Waagschale immer mehr zugunsten des Kapitalisten und gegen den Arbeiter neigen muß und daß es folglich die allgemeine Tendenz der kapitalistischen Produktion ist, den durchschnittlichen Lohnstandard nicht zu heben, sondern zu senken oder den Wert der Arbeit mehr oder weniger bis zu seiner Minimalgrenze zu drücken.« (a.a.O. S.69)

Nachdem Marx die hauptsächliche Entwicklungstendenz aufgezeigt hatte, erklärte er jedoch, daß dies keineswegs bedeute, daß Arbeiter auf ihren Widerstand gegen die Übergriffe des Kapitals verzichten und ihre Versuche aufgeben sollten, »die gelegentlichen Chancen zur vorübergehenden Besserung ihrer Lage auf die bestmögliche Weise auszunutzen«.

Er bestand jedoch darauf, daß »die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen« sollte. »Sie sollte nicht vergessen, daß sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; daß sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; daß sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, daß das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des konservativen Mottos: ›Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!‹ sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: ›Nieder mit dem Lohnsystem!‹ « (a.a.O. S.69-70)

Die Spartacist League bemüht sich, ihr Urteil über das Internationale Komitee auf eine der Schlußfolgerungen zu gründen, die Marx aus dieser Analyse zog:

»Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. ... Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d. h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems.« (a.a.O. S.70)

Laut Spartakist: »So wenden sich die North-Leute offen gegen diese grundlegende marxistische Position. Sie behaupten, daß Gewerkschaften nicht mehr als Zentren des Widerstands gegen die Übergriffe des Kapitals dienen, und sie stellen einer sozialistischen Umwandlung der Gesellschaft die Verteidigung der Arbeiterinteressen innerhalb des Kapitalismus diametral entgegen.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Die Behauptung, die »Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals«, ist jedoch keinerlei »marxistische Position«. Es war ein bedingtes Zugeständnis von Marx zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt – Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts – als die Gewerkschaften in einer Reihe von Ländern gerade erst die Bühne betraten. Es war ein Zugeständnis, das in einem ganz bestimmten historischen Entwicklungsstadium des Kapitalismus gemacht wurde, und keine Erklärung mit absoluter Gültigkeit. Und selbst als Marx die Bedeutung der Gewerkschaften unterstrich, wies er auf die Beschränktheit hin, die ihnen innewohnte.

Schon zum Ende des 19. Jahrhunderts trat diese Beschränktheit hervor und wurde von den bedeutenderen Marxisten untersucht. Ende der dreißiger Jahre unseres Jahrhunderts wies Trotzki auf die wachsende Tendenz der Gewerkschaften hin, sich in integrale Bestandteile des kapitalistischen Staatsapparats zu verwandeln – eine Tendenz, die während des zweiten Weltkriegs zunahm und sich besonders im Nachkriegsboom rasch beschleunigte, als die Gewerkschaften zu wichtigen Verwaltern des Sozialstaats wurden.

Als jedoch der Nachkriegsboom Mitte der siebziger Jahre zu Ende ging, und das Kapital seine Orientierung änderte, von beschränkten Zugeständnissen an die Arbeiterklasse zu nicht enden wollenden Kürzungen der realen Löhne und der Arbeitsbedingungen, erwiesen sich die Gewerkschaften, weit davon entfernt, »gute Dienste zu leisten«, als völlig unfähig, den Übergriffen des Kapitals zu widerstehen. Das Ergebnis ist in allen wichtigen Industrieländern über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg dasselbe: Reallohnsenkungen, Niederlage über Niederlage für die Arbeiterklasse und das Aufgeben von Errungenschaften, die in einer früheren Periode bereits erkämpft worden waren.

Es wurden nicht nur Reallöhne gesenkt, sondern alle großen Industrieländer kürzten auch die Sozialleistungen als direkte Konsequenz der Globalisierung der Produktion. Die Bourgeoisie ist jetzt in der Lage, verschiedene Abteilungen des Produktionsprozesses zu verlagern, nicht nur um von den niedrigeren Löhnen zu profitieren, sondern auch um so wenig Steuern wie möglich zu bezahlen. Die Folge davon ist ein scharfer Wettkampf der kapitalistischen Nationalstaaten, transnationale Konzerne auf ihr Territorium zu locken, indem sie Steuern und andere Abgaben reduzieren. Darüber hinaus bedeutet die Globalisierung des Finanzwesens, daß selbst dort, wo Konzerne Steuern bezahlen müssen, sie diesen weitgehend ausweichen können.

Vor kurzem zog die australische Steuerbehörde zum Beispiel in einem Bericht den Schluß, daß viele multinationale Konzerne, sowohl heimische als auch ausländische, in Wirklichkeit gar keine Gewerbesteuer bezahlten.

Der Druck auf die Löhne geht nicht nur von den traditionellen Niedriglohnregionen aus. So zeigte vor nicht langer Zeit eine Studie auf: »... Die Angleichung der Arbeitsbedingungen über die Länder hinweg findet nicht nur aufgrund der Konkurrenz der Niedriglohnländer statt; auch Europa, Amerika und Japan sind gezwungen, sich anzupassen. Der Druck in Richtung größerer Flexibilität des Arbeitsmarkts und Abbau des Sozialstaats in Westeuropa geht nicht so sehr von Ostasien aus als von der Konkurrenz der Vereinigten Staaten. Es wird zunehmend schwieriger für japanische Konzerne, lebenslange Beschäftigung für ihre dreißig Prozent privilegiertesten Arbeitskräfte zu garantieren, wenn sie mit einer offenen Wirtschaft wie Amerika konkurrieren müssen, wo die Konkurrenten flexible Beschäftigung praktizieren.« (Manuel Castells, »The Rise of the Network Society«, S. 239, aus dem Englischen)

Die Zurückweisung einer revolutionären Perspektive

Die Thesen der Spartacist League über die Gewerkschaften als Zentren des Widerstands gegen Übergriffe des Kapitals werden zwar schon allein durch die Macht der Tatsachen widerlegt. Sie werfen jedoch Fragen von weitreichender historischer Bedeutung auf. Wenn es wahr ist, was Spartacist behauptet, daß es keinen vernünftigen Grund gibt, warum die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter nicht systematisch gegenüber den Angriffen des Kapitals vertreten könnten – »die Interessen der Arbeiter innerhalb des Kapitalismus verteidigen« könnten – dann gibt es sicherlich auch keine Notwendigkeit für die Abschaffung des Kapitalismus.

Es gibt dann für die Arbeiterklasse keinen objektiven Grund, für Sozialismus zu kämpfen, denn ihre materiellen Interessen können durch die Gewerkschaften auch innerhalb des Profitsystems gewahrt werden, weil diese ja – vorausgesetzt sie stehen unter ausreichend militanter Führung – »gute Dienste tun«. Folgerichtig ist die sozialistische Revolution nicht eine objektive Notwendigkeit, sondern eine bloße Idee oder Utopie. Die revolutionäre Partei ist nicht das notwendige Instrument zur Emanzipation der Arbeiterklasse, sie ist höchstens eine Propagandagesellschaft für diese Utopie.

Anders gesagt käuen die Spartakisten in ihrer Denunziation des Internationalen Komitees nur die alten Argumente wider, die jeder Gewerkschaftsbürokrat seit Gründung der Gewerkschaften den Marxisten an den Kopf geworfen hat: daß für die Verteidigung der unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiterklasse nichts weiter als gute Gewerkschaften nötig seien.

Die tiefe Feindschaft der Spartacist League gegen die sozialistische Revolution zeigt sich klar an ihren Einwänden gegen folgende Passage aus einem Artikel von Nick Beams, der den Zusammenhang zwischen den unmittelbaren Kämpfen der Arbeiterklasse und dem sozialistischen Programm erklärte: »Wenn die Arbeiterklasse auch nur ihre minimalen Bedingungen – die einfachsten und alltäglichsten Forderungen – verteidigen will, ist sie mit

der Notwendigkeit konfrontiert, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden, die auf Kapital und Lohnarbeit gegründet sind und vom kapitalistischen Markt beherrscht werden, durch dessen Funktionsweise die Aneignung von Mehrwert stattfindet.«

Die Spartacist League entgegnet: »Auf den ersten Blick scheint dies eine schrecklich revolutionäre Position zu sein. In Wirklichkeit zeigt sie eine defätistische und enthaltsame Haltung bezüglich der tatsächlichen Kämpfe der Arbeiterklasse, ohne die schließlich alles Gerede von der Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich auf Lohnarbeit und Kapital gründen, bloße Rhetorik ist.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1998)

Die »tatsächlichen Kämpfe« der Arbeiterklasse dem Kampf für eine sozialistische Perspektive entgegenzustellen, ist das Kennzeichen jeder opportunistischen Tendenz. Jede reformistische und gewerkschaftliche Bürokratie dieses Jahrhunderts und des vorigen hat das vertreten.

Die Position von Beams – daß auch die minimalen Bedingungen nur mit einem Programm der politischen Machteroberung verteidigt werden können – bedeutet keineswegs Enthaltbarkeit gegenüber den tagtäglichen Arbeitskämpfen. Sie zeigt vielmehr – und dagegen richten sich die Einwände der Spartakisten – was die Haltung von Marxisten diesen Kämpfen gegenüber sein muß: Sie müssen der Arbeiterklasse die Notwendigkeit aufzuzeigen, aus den Fesseln der Gewerkschaftsbürokratie auszubrechen, die versucht, sie den Gesetzen des Kapitals unterzuordnen.

Die Sektionen des Internationalen Komitees zeigen der Arbeiterklasse die neuen Aufgaben, mit denen sie konfrontiert ist, weil sich die objektiven Bedingungen verändert haben. Die wirklichen Praktiker der Enthaltbarkeit und der Kapitulation sind jene, die behaupten, daß die Arbeiterklasse einfach weitermachen könne wie bisher, obwohl sich das ganze Umfeld verändert hat. Nicht nur gibt es keine neuen Zugeständnisse mehr, sondern die Bourgeoisie versucht, sämtliche früheren Zugeständnisse rückgängig zu machen. Das bedeutet, daß es nicht möglich ist, heute einen Kampf um die Verteidigung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu führen, außer durch einen politischen Kampf, der die Eroberung der politischen Macht beinhaltet. Die Arbeiterklasse kann nichts verteidigen, wenn sie nicht alles in Frage stellt und die Herrschaft des Kapitals und seines Profitstrebens über die ganze Gesellschaft herausfordert.

Die Haltung des Internationalen Komitees dem »tatsächlichen Kampf« der Arbeiterklasse gegenüber gründet sich auf das Programm der Marxisten in diesem ganzen Jahrhundert. Als die Opportunisten der Bernstein-Schule versuchten, die »tatsächlichen Kämpfe« der Arbeiterklasse um Lohnerhöhungen und Arbeitsbedingungen von der Überwindung des Kapitalismus und der sozialistischen Revolution zu trennen, antwortete Rosa Luxemburg, daß Reformen in jedem Falle ein Nebenprodukt der Revolution seien, entweder vergangener revolutionärer Kämpfe oder einer gegenwärtigen revolutionären Bewegung.

In den dreißiger Jahren bezog sich Trotzki in seiner Kritik des Programms der französischen Kommunistischen Partei direkt auf diese Trennung der unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse vom Kampf um die politische Macht. Wie er erklärte, war deren Programm von folgender Aussage gekrönt: »»Während sie täglich kämpfen für die Linderung des Elends der arbeitenden Massen, zu dem diese durch das kapitalistische Regime verdammt sind, unterstreichen die Kommunisten, daß die endgültige Befreiung nur erreicht werden kann durch die Abschaffung des kapitalistischen Regimes und die Errichtung der Diktatur des Proletariats«« (Leo Trotzki, »Wohin geht Frankreich?«, S. 41)

Diese Formel, die ein halbes Jahrhundert davor von der Sozialdemokratie aufgestellt worden war, hatte sich zur Zeit des Ersten Weltkriegs bereits überlebt, wurde aber nun von den Stalinisten im Namen von Marx und Lenin wieder aufgewärmt.

»Wenn sie ›unterstreichen‹ daß die ›endgültige Befreiung‹ nur durch die Abschaffung des kapitalistischen Regimes zu erreichen sei, so haben sie nichts anderes im Sinn, als mit Hilfe dieser Elementarwahrheit die Arbeiter zu betrügen. Denn sie erwecken bei ihnen die Vorstellung, als sei eine gewisse, wenn auch unbedeutende Besserung im Rahmen des gegenwärtigen Regimes möglich.« (a.a.O.)

Die Spartakisten unserer Tage wiederholen fast wortwörtlich die Positionen der Stalinisten von vor über sechzig Jahren. Sie geben natürlich zu, daß letzten Endes die Emanzipation der Arbeiterklasse die Überwindung des Kapitalismus erfordert, und daß eine revolutionäre Partei, keine Gewerkschaft, dazu notwendig ist. Aber das sozialistische Programm wird in eine unendlich ferne Zukunft verlegt und hat mit den »tatsächlichen Kämpfen« der Arbeiterklasse nichts zu tun, weil diese »die Verteidigung der Arbeiterinteressen innerhalb des Kapitalismus« durch gewerkschaftliche Mittel beinhalten.

Gegen die Stalinisten erklärte Trotzki: »Die marxistische politische Formel aber muß lauten: ›Indem die Kommunisten (oder Sozialisten) täglich den Massen erklären, daß der faulende Kapitalismus nicht nur keine Besserung ihrer Lage, sondern nicht einmal die Aufrechterhaltung des bisherigen Elendsniveaus gestattet, indem sie offen vor den Massen die Aufgabe der sozialistischen Revolution als die unmittelbare Aufgabe unserer Tage stellen, indem sie die Arbeiter für die Machtergreifung mobilisieren, indem sie die Arbeiterorganisationen mittels der Miliz verteidigen, lassen sie gleichwohl keine Gelegenheit fahren, nebenbei dem Feinde die eine oder andere Teilkonzession abzuringen oder zumindest ihn daran zu hindern, das Lebensniveau der Arbeiter noch weiter zu senken.« (a.a.O.)

Diese Herangehensweise wurde von Trotzki im Übergangsprogramm, dem Gründungsdokument der Vierten Internationale von 1938, weiter ausgeführt.

»Die Vierte Internationale verwirft die Forderungen des alten Minimalprogramms nicht, soweit sie sich noch einige Lebenskraft bewahrt haben. Sie verteidigt unermüdlich die demokratischen Rechte und sozialen Errungenschaften der Arbeiter. Aber sie leistet diese Alltagsarbeit im Rahmen der richtigen, realen, das heißt revolutionären Perspektive. Sofern die alten ›minimalen‹ Teilforderungen der Massen mit den zerstörerischen und entwürdigenden Tendenzen des verfallenden Kapitalismus zusammenstoßen – und dies geschieht auf Schritt und Tritt – stellt die Vierte Internationale ein System von Übergangsforderungen auf, deren Sinn darin besteht, daß sie sich immer offener und entschiedener gegen die Grundlagen der bürgerlichen Herrschaft selbst richten. Das alte ›Minimalprogramm‹ wird aufgehoben vom Übergangsprogramm, dessen Aufgabe darin besteht, die Massen systematisch für die proletarische Revolution zu mobilisieren.« (Leo Trotzki, »Das Übergangsprogramm«, Essen 1997, S. 87-88)

Trennung der unmittelbaren Forderungen vom Kampf für Sozialismus

Nachdem sich der Weltkapitalismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit und dem darauf folgenden, 25 Jahre dauernden Boom wieder stabilisiert hatte, wurde die Verteidigung der Errungenschaften der Vergangenheit und die Erkämpfung neuer Errungenschaften immer mehr vom Kampf um die politische Macht getrennt. Während der kapitalistischen Expansion lebten die diskreditierten Thesen des Sozialreformismus und Opportunismus und ihre Behauptung wieder auf, daß die »tatsächlichen Kämpfe« der Arbeiterklasse niemals über den Rahmen des Kapitalismus hinausgehen könnten.

Die Expansion des Kapitalismus während des Nachkriegsbooms bedeutete, daß sich sozusagen ein objektiver Graben zwischen den unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse und dem politischen Kampf für ihre langfristigen Interessen auftat. Das Internationale Komitee und seine Sektionen kämpften in dieser ganzen Periode darum, diesen Graben zu überbrücken, indem die Arbeiterklasse für die Forderung mobilisiert wurde, daß ihre alte

Führung mit der Bourgeoisie brechen und den Kampf für ein sozialistisches Programm aufnehmen müsse.

Unter Bedingungen, in denen materielle Errungenschaften durch gewerkschaftliche Kämpfe gewonnen werden konnten, folgten Massen von Arbeitern den Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern. Das Internationale Komitee kämpfte dafür, die Illusionen in diese Führungen zu zerstören, indem es die Arbeiterklasse in einen politischen Kampf gegen jene führte. Breite Schichten der kleinbürgerlichen Radikalen verleumdete diese taktische Initiative, darunter niemand lauter als die Spartacist League. Ihre Opposition richtete sich damals wie heute dagegen, daß man die Arbeiterklasse gegen die Gewerkschaftsbürokratie und für ein unabhängiges Programm mobilisierte.

Während die Arbeiterklasse in der Lage war, auf der Grundlage militanter gewerkschaftlicher Kämpfe gewisse materielle Errungenschaften zu gewinnen, widerlegte die Erfahrung der Nachkriegszeit dennoch keineswegs die marxistische These über die Beziehung zwischen Reform und Revolution. Sie wurde sowohl positiv als auch negativ bestätigt. Die unmittelbaren Vorteile hinsichtlich der sozialen Lage der Arbeiterklasse in der Nachkriegszeit waren ein direkter Ausdruck der Angst der Bourgeoisie vor revolutionären Kämpfen, falls sie keine Zugeständnisse machen würde. Um wirklich sicher zu sein, stützte sich die Bourgeoisie dabei auf die sozialdemokratischen und stalinistischen Führungen, die sich in der Nachkriegszeit der Restauration der kapitalistischen Ordnung verschrieben hatten. Wäre es wieder zu Bedingungen wie in den dreißiger Jahren gekommen, dann hätte ein bedeutender und schneller Umschwung der Massen nach links stattgefunden.

Die nächste Periode, in der wichtige soziale Errungenschaften erreicht wurden – die Zeit von Ende der sechziger bis zum Anfang der siebziger Jahre – war ebenfalls das Ergebnis potentieller revolutionärer Kämpfe, die von Mai-Juni 1968 in Frankreich bis 1975 reichte, als ein Bergarbeiterstreik die britische Heath-Regierung stürzte.

Und die marxistische These hat auch eine nicht weniger starke negative Bestätigung erfahren. Gerade die Trennung des Kampfs für ihre unmittelbaren Interessen von einer sozialistischen politischen Perspektive führte dazu, daß die Arbeiterklasse auf die globale Offensive, die die Bourgeoisie in den vergangenen zwei Jahrzehnten eröffnet hat, unvorbereitet war.

Das wesentliche Argument, das die Spartacist League gegen das internationale Komitee schleudert, gehört zur Grundausstattung aller Sozialdemokraten, Stalinisten und Opportunisten. Es lautet, wer der Arbeiterklasse erkläre, sie könne ihre Interessen nur auf der Grundlage eines revolutionären Programms verteidigen, verbreite Defätismus. Die stillschweigende Voraussetzung dafür ist die demoralisierte Annahme, daß die Arbeiterklasse niemals jenes Niveau an politischem Bewußtsein und Organisation erreichen würde, das notwendig ist, um den Kapitalismus zu überwinden. Aus diesem Grund sei die Perspektive einer sozialistischen Revolution unrealistisch.

Die Haltung von Spartacist kann auf folgende Argumentation reduziert werden: Die Gewerkschaften sind die einzige legitime Form der Organisation der Arbeiterklasse. Ihr traditionelles Programm, auf die Bourgeoisie Druck auszuüben, ist das einzig realistische Programm. Wenn diese Organisationen und dieses Programm nicht mehr länger in der Lage sind, die Arbeiterklasse zu verteidigen, dann ist alles verloren. Entweder man akzeptiert das heutige reformistische Niveau des politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse und die Organisationen, die dieses Bewußtsein aufrechterhalten, oder man gibt den Kampf überhaupt auf.

Die Spartacist League leugnet, daß der Lebensstandard sinkt

In ihrer Verteidigung der Lebensfähigkeit der Gewerkschaften schlägt Spartacist die absurdesten Kapriolen und leugnet sogar, daß der Lebensstandard sinkt.

Die Perspektivresolution der Workers League von 1993, »Die Globalisierung der kapitalistischen Produktion und die internationalen Aufgaben der Arbeiterklasse«, führt aus, daß die Verschiebung der Produktion in Länder mit Löhnen, die nur einen Bruchteil derjenigen in den hoch industrialisierten Ländern ausmachen, dazu führt, daß Löhne und Lebensstandard unausweichlich nach unten gedrückt werden, ein unaufhörliches Sperrfeuer auf die sozialen Reformen der Vergangenheit gerichtet wird und alle Gesetze, die bisher die Arbeiter vor der Ausbeutung des Kapitals schützten, unter Angriff stehen.

Laut Spartacist haben »die North-Leute« jedoch dadurch, daß sie diesen unbestreitbaren Prozeß erwähnten, »hier ein Argument vorgebracht, nur durch eine dünne Schicht marxistischer Rhetorik verhüllt, das von einer breiten Schicht von Bourgeois und kleinbürgerlicher Liberaler vertreten wird.« Anders ausgedrückt, weil auch eine Reihe bürgerlicher Ökonomen und Journalisten, die um die Stabilität der kapitalistischen Herrschaft fürchten, diese Tendenz festgestellt haben, muß man schlechthin abstreiten, daß sie überhaupt existiert.

Auf der Grundlage dieses lächerlichen Arguments könnte man ebensogut schließen, daß der »Imperialismus« von Lenin hinfällig ist, weil er in diesem Werk ausführlich den Sozialliberalen Hobson zitiert, nicht zu reden von anderen bürgerlichen Ökonomen und Journalisten seiner Zeit.

Die Passage, die von der Spartacist League so abgelehnt wird, ist in sich selbst keine politische Perspektive, sondern eine einfache Feststellung ökonomischer Tatsachen, die sich auf die Funktionsweise des kapitalistischen Markts stützen. Wenn das Kapital in der Lage ist, Waren auf einem Markt billiger als auf einem andern einzukaufen – und die Arbeitskraft der Arbeiter, gelernt oder ungelernt, ist ganz sicherlich eine Ware – dann wird auch der Preis für diese Ware auf allen andern Märkten sinken.

Der Angriff auf das Internationale Komitee durch Spartacist läuft letztlich auf die Leugnung der grundlegenden historischen Tendenzen der kapitalistischen Produktionsweise hinaus. Marx enthüllte, daß der Kapitalismus sich von allen früheren gesellschaftlichen Produktionsmethoden durch seine Tendenz unterscheidet, allumfassend zu werden, jeden Winkel dieser Erde zu durchdringen und einen Weltmarkt zu schaffen. Dazu gehört das unaufhaltsame Streben des Kapitals nach Vergrößerung des Mehrwerts, den es aus der Arbeiterklasse herauszieht.

Die Thesen von Spartacist treten nun sehr klar hervor: Dem Kapital wohnt eine allgemeine Tendenz zu einem Weltmarkt inne, was sich auf jede einzelne Ware auswirkt – außer einer: der Ware Arbeitskraft. Das Kapital strebt danach, jede Barriere niederzubrechen und jede Einschränkung seiner Aktivitäten – der Anhäufung von Mehrwert – aufzuheben; vor einer Schranke aber macht es halt: der Arbeitsmarkt verbleibt innerhalb der Grenzen des Nationalstaats.

Der Prozeß der globalen Produktion drückt sich am Arbeitsmarkt durch zwei miteinander verbundene Tendenzen aus: die zunehmende Fähigkeit des Kapitals, Arbeitskraft in jedem Teil des Erdballs einzukaufen, und die enorme Zunahme der weltweiten Reserven von Arbeitskraft. Es wird geschätzt, daß sie innerhalb der nächsten zehn Jahre um ungefähr eine Milliarde Menschen wachsen wird. Die massenhafte Zerstörung der sozialen Existenz der Bauern durch das globale Kapital hat eine nie dagewesene Situation geschaffen: Zum erstenmal in der menschlichen Geschichte bildet das Proletariat, die Klasse, die nichts zu verkaufen hat außer ihrer eigenen Arbeitskraft, die Mehrheit der Weltbevölkerung.

Zwar wandte sich Marx gegen die Verfechter des »ehernen Lohngesetzes«, aber er wies auf die unerbittlichen Tendenzen hin, die im Prozeß der kapitalistischen Produktion den Preis der Arbeitskraft, d.h. der Löhne, niederdrücken. Vor allem der ständige Fortschritt in den Produktivkräften und die Entwicklung neuer Technologien verschlechtern die Position der Arbeiterklasse, weil sie die Nachfrage nach Arbeit vermindern und ihr Angebot vergrößern.

Gerade darin bestehen die Auswirkungen der Computerisierung und der Automation des Produktionsprozesses während der vergangenen zwei Jahrzehnte. Die technologische Veränderung des gesamten Produktionsprozesses hat es möglich gemacht, enorme Mengen an Arbeitskraft zu eliminieren. Gleichzeitig wurde der Produktionsprozeß in die Lage versetzt, weit auseinander liegende Produktionsstätten zu integrieren und dadurch dem Kapital zu erlauben, arbeitsintensive Operationen dahin zu verlagern, wo die Arbeit am billigsten ist.

Laut Spartacist League sind jedoch diese Prozesse, die die Produktion und das Leben von Millionen von Menschen verändert haben, nichts weiter als die Hirngespinnste einer reinen Propaganda-Kampagne.

»Die ›Globalisierung‹«, so schreibt sie, »ist bloß eine neue Variante eines alten Themas. In den fünfziger und den frühen sechziger Jahren wurde der Ausdruck ›Automation‹ eingeführt, mit den gleichen apokalyptischen, erdbebengleichen Konsequenzen. Liberale Intellektuelle sagten voraus, daß die industrielle Arbeiterklasse zum großen Teil durch Roboter und andere Maschinen ersetzt würde. Eine Schlußfolgerung war, daß die Gewerkschaften sich als veraltet erweisen würden.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Man wird schwerlich einen klareren Ausdruck für die Gleichgültigkeit der kleinbürgerlichen Radikalen dem Schicksal von Millionen Arbeitern gegenüber finden können. Über die letzten zwei Jahrzehnte hinweg wurde das Leben von hunderten Millionen Menschen – egal, ob einfache Arbeiter oder Angestellte – durch die Einführung von Computer und Automation in der Produktion und den Informationsprozessen verändert, und eine enorme Zerstörung von Arbeitsplätzen hat stattgefunden.

Man muß nicht die Voraussagen bürgerlicher Kommentatoren unterschreiben, Roboter würden die Arbeiterklasse ganz ersetzen; dennoch ist unverkennbar, daß die Automation weitreichende Veränderungen in das Arbeitsleben eingeführt hat. Die Gewerkschaften haben jämmerlich dabei versagt, die Arbeiter dagegen in Schutz zu nehmen oder ihnen Methoden an die Hand zu geben, wie sie diese Veränderungen längerfristig zu ihrem eigenen Vorteil nutzbar machen könnten. Es ist ein unleugbarer Fakt, daß junge, ungelernete und angelernte Arbeiter heute viel weniger Chancen haben, einen sicheren, gutbezahlten Arbeitsplatz in der Autoindustrie, den Bergwerken oder vielen anderen Industriezweigen zu erhalten, als das noch für ihre Väter oder Großväter der Fall war. Und die Ursache dafür ist zum großen Teil die Einführung von Robotern und anderer Automationstechnik.

Spartacist tut die Automation ab, gerade so wie sie die Globalisierung leugnet, um Illusionen in die Gewerkschaften zu schüren, die weder auf das eine noch auf das andere Phänomen eine Antwort wissen, die den Interessen der Arbeiterklasse entsprechen würde.

Wirtschaftsnationalismus und amerikanischer Chauvinismus

Laut Spartacist: »Aus zwei Gründen werden die Löhne in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern nicht annähernd so weit abgesenkt wie in der dritten Welt: Einer ist wirtschaftlicher, der andere politischer Natur.« (*Workers Vanguard*, 7. Februar 1997)

Der politische Grund gipfelt in der Behauptung, daß die verschiedenen imperialistischen Mächte es nicht erlauben werden, Kapital in solchem Ausmaß zu verschieben, daß militärische Kapazitäten gefährdet würden. An einem bestimmten Punkt würden sie Zölle und andere Restriktionen über die Bewegung des Kapitals verhängen.

»In den nächsten paar Jahren werden die USA, Deutschland und Japan – gegen die unmittelbaren Interessen und Wünsche von Teilen ihrer eigenen Kapitalistenklasse – ein hohes Maß von Handelsprotektionismus, Kontrollen über Transaktionen ausländischer Währungen und strikte Begrenzungen des ein- und ausfließenden Kapitals einführen.«
(*Workers Vanguard*, 7. Februar 1997)

Laßt uns für einen Moment die Behauptungen von Spartacist für bare Münze nehmen. Es gibt also in den hoch industrialisierten Ländern ein festgesetztes Lohnminimum, so argumentieren sie, weil die imperialistischen Mächte an einem bestimmten Punkt Maßnahmen ergreifen werden, um die Bewegung des Kapitals rund um die Welt einzuschränken. Folgerichtig wird es für die Gewerkschaften möglich sein, auf die nationale Bourgeoisie Druck auszuüben (vorausgesetzt, ihre Führung ist bereit, »mit harten Bandagen« zu kämpfen) und ihrer Bestimmung der »Verteidigung der Arbeiterinteressen innerhalb des Kapitalismus« gerecht zu werden. Wiederum ist alles zum besten bestellt, und man hat es geschafft, die Notwendigkeit einer sozialen Revolution noch einmal abzuwenden.

Wir wollen jedoch zur Realität zurückkehren und einen Moment lang die Konsequenzen der Aktionen betrachten, die nach Ansicht von Spartacist die Reallöhne sichern können. Die Weltwirtschaft ist so stark integriert, daß Zölle und andere protektionistische Maßnahmen nicht nur den Welthandel unterbrechen würden, was zu einer neuen Katastrophe wie in den dreißiger Jahren führen würde. Sie würden ebenso zu einer schweren Störung der Produktionsprozesse bei den Großkonzernen führen, denn diese betreiben ja nicht mehr nationale Fabriken, sondern organisieren die verschiedenen Produktionsstufen bereits im Weltmaßstab. Die Einführung von Zöllen und die Einschränkung des Kapitalflusses würden zum finanziellen und industriellen Zusammenbruch in enormer Größenordnung führen.

Dies ist keine Frage von Vermutungen. In groben Zügen wurde dieses Szenario bereits sichtbar. Als zum Beispiel 1995 die USA und Japan einander im Handelskrieg gegenüberstanden, und die Clinton-Regierung drohte, den Autoimport mit hohen Zöllen zu belegen, endete das Ganze in einem Kompromiß, weil die japanische Regierung damit drohte, daß solche Maßnahmen den Rückzug der japanischen finanziellen Beteiligungen in Amerika provozieren würden, von denen die amerikanischen Aktienmärkte weitgehend abhängig sind.

Die Maßnahmen, die Spartacist im Auge hat, würden nicht nur zum finanziellen Kollaps führen, sie würden auch die Bedingungen für einen neuen inter-imperialistischen Krieg hervorbringen, weil jede imperialistische Macht ihre Position auf Kosten ihrer Rivalen auszudehnen sucht.

Anders ausgedrückt würden die politischen Maßnahmen, von denen Spartacist behauptet, sie würden in den hoch industrialisierten Ländern die Erhaltung relativ hoher Löhne garantieren – wenn sie denn zur Anwendung kämen – einen Zusammenbruch der kapitalistischen Weltwirtschaft hervorrufen, der unweigerlich in einen neuen Krieg münden würde.

Während die Argumente der Spartacist League auf den ersten Blick wie eine Art Wahnsinn erscheinen mögen, enthüllen sie doch eine gesellschaftliche Logik und Methode. Wie Lenin und andere Marxisten zu Beginn unseres Jahrhunderts erklärten, lag die materielle Grundlage für die Herausbildung einer privilegierten Arbeiteraristokratie und Gewerkschaftsbürokratie der hoch industrialisierten Länder in den Überprofiten, die die imperialistischen Mächte aus den Kolonien und zurückgebliebenen kapitalistischen Nationen herausgepreßt hatten. Dies ist die gesellschaftliche Schicht, zu deren Wortführer sich die Spartacist League macht – eine Schicht, die nach Protektionismus, Finanzkontrollen durch den nationalen Staat und schließlich militärischen Aktionen schreit und behauptet, dies sei notwendig, um Löhne, Lebensstandard und den amerikanischen »way of life« zu erhalten.

Die gleiche Klassenposition zeigt sich in den Wirtschaftsargumenten, die die Spartacist League vorbringt, um ihre Theorie vom »ehernen Mindestlohn« zu stützen. Großkonzerne, so behaupten sie, werden auch weiterhin die teurere Arbeitskraft der hoch industrialisierten Länder nutzen, »weil 15 unausgebildete Arbeiter in Indonesien (die weniger als einen Dollar die Stunde verdienen) nicht in der Lage sind, einen ausgebildeten Maschinisten in den USA zu ersetzen (der 15 Dollar die Stunde verdient) oder in Deutschland (wo er 25 Dollar die Stunde verdient).« (*Workers Vanguard*, 7. Februar 1997)

Auch hier bricht wieder der ungezügelter Chauvinismus durch, so typisch für die bürokratischen Schichten, für die Spartacist spricht. Es kommt ihnen niemals in den Sinn, daß es auch in Indonesien, Indien, China und anderswo ausgebildete Fachkräfte gibt. Facharbeiter bewohnen offenbar nur die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder.

Es geht gar nicht darum, einen amerikanischen Maschinisten, der 15 Dollar die Stunde erhält, durch 15 Arbeiter in Indonesien zu ersetzen, die nur einen Dollar die Stunde oder weniger erhalten. Es geht darum, einen Maschinisten in den USA durch einen Maschinisten in China oder Indonesien zu ersetzen, oder im Fall von Deutschland, durch einen in Tschechien oder Polen, Spanien oder Rußland, der wesentlich weniger Lohn erhält.

Wenn früher aus technischen Gründen ein ganzer Produktionsprozeß an einem Ort stattfinden mußte, so wurde der Standort dieser Industrien zum großen Teil dadurch bestimmt, wo ausgebildetes Fachpersonal und Ersatzteile für die Maschinen zu finden waren. Aber Arbeitskräfte können auf der ganzen Welt ausgebildet werden. Es gibt heute nicht nur für Hilfsarbeiter einen internationalen Markt, sondern genau so für geschultes Personal. Ein Computerprogrammierer in den USA steht im Wettbewerb mit einem Programmierer in Bangalore, ein amerikanischer Maschinist muß mit einem Maschinisten in China oder Indien konkurrieren.

Nicht nur, daß sie ihre durch und durch chauvinistische Weltanschauung enthüllt, mit ihren ökonomischen Ausführungen zeigt die Spartacist League außerdem, daß ihnen die vielen tausend anderen Arbeiter in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern völlig gleichgültig sind, die viel weniger als 15 Dollar, geschweige denn 25 Dollar die Stunde verdienen. In Wirklichkeit sind die Löhne so tief gesunken, daß viele Unternehmer feststellen, daß sie die hoch industrialisierten Länder gar nicht verlassen müssen, um »Dritte Welt«-Bedingungen zu finden – sie existieren auch schon hier.

Globale Produktion und proletarischer Internationalismus

Die Heftigkeit, mit der die Spartacist League ihre politischen und wirtschaftlichen Argumente über das »Lohnniveau« vorbringt, bringt ihre organische Feindschaft gegen eine revolutionäre Perspektive zum Ausdruck. Im Kern laufen die Argumente von Spartacist auf nichts anderes als einen Appell zur Erhaltung der sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen hinaus, die früher eine so entscheidende Stütze für die Bourgeoisie dargestellt haben.

In der Vergangenheit, als die Produktion national stattfand, wurden die Löhne und der Lebensstandard der Arbeiter nicht nur durch die Art Arbeit bestimmt, die sie ausübten, sondern auch durch das Land, in dem sie lebten. Das heißt, der Lebensstandard und die gesellschaftlichen Bedingungen wurden nicht nur durch die Klasse, sondern auch durch die Nationalität bestimmt, und dieser materielle Faktor war mit ausschlaggebend dafür, daß die Bourgeoisie in der Lage war, in Zusammenarbeit mit den reformistischen und stalinistischen Parteien die Entwicklung einer wirklich sozialistischen und internationalistischen Weltanschauung in der Arbeiterklasse zu verhindern.

Vom Standpunkt der kurzfristigen, unmittelbaren Interessen der Arbeiter aus gab es eine Grundlage für die Behauptung, daß was gut war für General Motors, auch gut war für den

amerikanischen Arbeiter, desgleichen für den Arbeiter von Holden in Australien oder von Opel in Deutschland. Und folgerichtig gab es eine materielle Grundlage für einen Appell an den Nationalismus.

Diese Situation hat sich unwiderruflich verändert. Die Bedingungen der Arbeiterklasse in einem Land sind nun mehr und mehr unmittelbar von der gesellschaftlichen Stellung der Arbeiterklasse in der ganzen Welt abhängig. Die Globalisierung der Produktion hat wie nie zuvor materielle Bedingungen für die Entwicklung eines wirklichen Internationalismus geschaffen, nicht als eine Art formale Solidarität zwischen nationalen Arbeiterklassen, sondern als Kampfweise einer globalen Arbeiterklasse. Dies ist die objektive Grundlage für die Perspektiven des Internationalen Komitees – der Aufbau einer Weltpartei der sozialistischen Revolution als organisiertes Zentrum des Weltproletariats.

Wenn Spartacist und andere kleinbürgerliche Radikale so darauf aus sind, die Fiktion aufrecht zu erhalten, daß Globalisierung nichts verändert habe, dann deshalb, weil sie instinktiv erkennen, daß dadurch die Grundlage ihrer eigenen nationalistischen und opportunistischen Politik im Innersten erschüttert werden.

Der Gipfel der chauvinistischen Argumente der Spartacist League ist ihr Versuch, sie auch noch mit Trotzki's Theorie der permanenten Revolution zu rechtfertigen.

»Der Begriff der North-Leute von der ›Globalisierung‹, so schreiben sie, »ist in seinem theoretischen Gehalt eine Zurückweisung des trotzkistischen Verständnisses der permanenten Revolution, weil er eine Tendenz behauptet, die wirtschaftlichen Bedingungen in der ganzen Welt zu vereinheitlichen, indem die Produktivität in den rückständigen Ländern nach oben und in den fortgeschrittenen nach unten angeglichen wird.« (*Workers Vanguard*, 7. Februar 1997)

Zunächst einmal wirft man hier alle Prozesse durcheinander, die in der globalen Entwicklung des produktiven Kapitals vor sich gehen. Wenn man auf die ausgleichende Tendenz bei den Löhnen hinweist, ist dies laut Spartacist gleichbedeutend mit der Behauptung, daß die Produktivität in den hoch industrialisierten Ländern sinke und in den zurückgebliebenen Ländern steige. In Wirklichkeit sind die Lohnraten nicht direkt und mechanisch mit der Produktivität verknüpft, wie jedermann weiß, der auch nur einen Schimmer von marxistischer politischer Ökonomie hat. Die Lohnraten für die Arbeiter in irgend einem Industriezweig, ob sie ausgebildet oder unausgebildet sind, werden nicht dadurch bestimmt, wieviel sie produzieren, sondern durch den Wert ihrer Arbeitskraft. Wenn ausgebildete Arbeiter höher als ungelernete Arbeiter bezahlt werden, dann nicht deshalb, weil sie produktiver sind, sondern weil es länger braucht, sie hervorzubringen. Es wurde beträchtliche Zeit zu ihrer Ausbildung und ihrer Schulung aufgewendet, und der Wert ihrer Arbeitskraft, um den herum ihr Lohnniveau am Markt pendelt, ist höher.

Die Tendenz zur Angleichung der Löhne entspringt nicht der Entwicklung der Produktivität – die Arbeitsproduktivität steigt sowohl in den hoch industrialisierten als auch in den zurückgebliebenen Ländern – sondern dem größeren Reservoir an Arbeitskräften. Das produktive Kapital hat heute so enorme Mengen von Arbeitskräften zu seiner Verfügung, wie sie ihm früher nicht zugänglich waren.

Auf die Behauptung, die Tendenz der Globalisierung zur Angleichung der ökonomischen Bedingungen widerspreche der Theorie der permanenten Revolution, hat Trotzki selbst recht klar geantwortet:

»Im Unterschied zu den ihm vorausgegangenen Wirtschaftssystemen strebt der Kapitalismus seinem Wesen gemäß ständig danach, wirtschaftlich zu expandieren, neue Gebiete zu durchdringen, wirtschaftliche Unterschiede zu überwinden und abgeschlossene provinzielle

und nationale Wirtschaftssysteme in ein System gegenseitiger finanzieller Beziehungen zu verwandeln. Dadurch bewirkt er ihre *Annäherung* und gleicht die wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklungsstufen der fortgeschrittensten und rückständigsten Länder einander an. Ohne diesen grundlegenden Prozeß wäre die verhältnismäßige Angleichung zunächst von Europa und Großbritannien und später von Amerika und Europa ebensowenig vorstellbar wie die Industrialisierung der Kolonien, welche die Kluft zwischen Indien und Großbritannien verringert, sowie alle Konsequenzen, die sich aus den angeführten Prozessen ergeben. Darauf beruht nicht nur das Programm der Kommunistischen Internationale, sondern auch deren Existenz überhaupt.« (L. Trotzki, »Die Dritte Internationale nach Lenin«, Essen 1993, S. 38-39)

Diese Zeilen wurden gegen die Stalinisten geschrieben, die sich auf die »ungleichmäßige Entwicklung« beriefen, um ihre nationalistische Perspektive des »Sozialismus in einem Land« zu untermauern. Sie passen aber genau so gut auf die Spartacist League, die sich auf eine »ungleichmäßige Entwicklung« beruft, um ihre Behauptung, die Arbeiterklasse könne auch im Rahmen des Kapitalismus immer noch für ihre Interessen kämpfen, wenn nur ihre Führung ausreichend militant sei, zu rechtfertigen. Anders ausgedrückt erklärt man nun die ungleiche Entwicklung zur Grundlage einer Theorie des Sozialreformismus in einem Land oder in einer Ländergruppe, genauer gesagt, für einen Teil der Arbeiterklasse, eine immer kleinere und privilegierte Arbeiterschicht in einem Land oder einer Ländergruppe.

3. Transnationale Produktion, Nationalstaat und Ursache für Kriege

Im letzten Teil ihrer vierteiligen Serie zeigt sich am deutlichsten, wie vehement die Spartakisten den Nationalstaat verteidigen. Hier schreiben sie dem Staatensystem ausdrücklich eine »fortschrittliche« Rolle zu und sprechen es von jeder Verantwortung für imperialistische Kriege frei.

Einige Passagen einer Rede von David North, die er 1992 unter dem Titel »Kapital, Arbeit und Nationalstaat« hielt, bringen die Spartakisten vollends in Rage. Es heißt dort:

»Unter der Regie des Imperialismus stößt die Globalisierung der Produktion mit der nationalstaatlichen Form zusammen, in der die kapitalistische Herrschaft verankert ist. *Die Versuche der Imperialisten, die Schranken zu überwinden, die das Nationalstaatensystem ihren weltweiten Wirtschaftsinteressen setzt, führen zu Krieg.* Das Bündnisnetz, das verschiedene transnationale Konzerne wie Toshiba, IBM und Siemens geschaffen haben, ist Ausdruck des organischen Drangs der Produktivkräfte, sich auf Weltebene zu organisieren. Aber die andere Seite dieses selben Prozesses sind die zunehmenden Gegensätze zwischen den Nationalstaaten und der Ausbruch nationaler und regionaler Konflikte.« (*Vierte Internationale*, Jg. 20 Nr. 1, Essen 1994, S. 16)

Weil sie das Nationalstaatensystem verteidigen und, wie wir noch sehen werden, zu bestreiten versuchen, daß es zu Krieg führt, haben die Spartakisten den Satz, den wir hervorgehoben haben, in ihrem Zitat ausgelassen. Sie kommentieren die Passage folgendermaßen:

»Hier werden transnationale Konzerne imperialistischen Nationalstaaten entgegengestellt. Mehr noch, erstere läßt man als (relativ) fortschrittlich erscheinen, da sie ja der weltweiten wirtschaftlichen Integration dienen, während letztere als reaktionär und überholt angesehen werden. Norths Erklärung steht im diametralen Gegensatz zu dem, was Lenin in seinem *Imperialismus* schreibt.« (*Workers Vanguard*, 21. Februar 1997)

In diesen Sätzen ist die Klassengrundlage aller politischen Positionen der Spartakisten zusammengefaßt. Sie greifen das Internationale Komitee dafür an, daß es den zentralen marxistischen Standpunkt vertritt, wonach das Nationalstaatensystem reaktionär und überholt ist, weil es der weltweiten Entwicklung der Produktivkräfte im Wege steht, und weil der Konflikt zwischen der globalen Entwicklung der Produktivkräfte und dem Nationalstaatensystem die Ursache imperialistischer Kriege ist.

Das ist keine rein theoretische Streitfrage. Seit 1914, als der erste Weltkrieg ausbrach, bildete die Haltung zum Nationalstaatensystem die Scheidelinie zwischen dem Programm des Marxismus, der für die Einigung der internationalen Arbeiterklasse im Kampf für den Sozialismus eintritt, und dem Opportunismus, der seine »eigene« Bourgeoisie und ihren Nationalstaat verteidigt.

In seinem »Imperialismus« wies Lenin gerade nach, daß dieser Krieg das Ende der fortschrittlichen Rolle des Kapitalismus und seines Systems von Nationalstaaten anzeigte. Deshalb sei der Sozialismus eine objektive Notwendigkeit geworden. Entweder stürze die internationale Arbeiterklasse die kapitalistische Ordnung, oder sie würde in immer neue Kriege geworfen, da die Bourgeoisie die Welt in einem endlosen Kampf um Märkte, Rohstoffe und Profite immer wieder neu aufteilen müsse. Das war die wesentliche Bedeutung von Lenins strategischer Perspektive, den imperialistischen Krieg in einen Bürgerkrieg zu verwandeln.

Diese Perspektive stützte sich auf ein gründliches Studium der neuen Erscheinungsformen, die Produktion und Finanzwesen im Kapitalismus angenommen hatten. Aus der Nähe betrachtet, bleibt von den Behauptungen der Spartakisten, die Analyse des Internationalen Komitees stehe in »diametralen Gegensatz zu dem, was Lenin in seinem *Imperialismus* schreibt«, nichts mehr übrig.

In der von den Spartakisten zitierten Passage erklärt North die Bedeutung der transnationalen Produktion als »Ausdruck des organischen Drangs der Produktivkräfte, sich auf Weltebene zu organisieren« (a.a.O.) – eine Tendenz, die dem Nationalstaatensystem diametral entgegensteht. Genau auf diesen Widerspruch wies Lenin hin, als er zu Beginn dieses Jahrhunderts die entstehenden multinationalen Konzerne analysierte und untersuchte, wie sie Partnerschaften miteinander eingehen.

Auf die Behauptung bürgerlicher Ökonomen, daß das kapitalistische System zwar von »Verflechtung« verschiedener Unternehmen gekennzeichnet sei, die marxistische Prognose der »Vergesellschaftung« der Produktion aber nicht eingetroffen sei, erwiderte Lenin:

»Was bedeutet dieses Wörtchen ›Verflechtung‹? Es erfaßt bloß einen einzelnen, wenn auch den auffallendsten Zug des Prozesses, der sich vor unseren Augen abspielt. ... ›Zufällig verflochten sich‹ Aktienbesitz und Privateigentümerverhältnisse. Aber das, was dieser Verflechtung zugrunde liegt, was ihre Grundlage bildet, sind die sich verändernden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse. Wenn aus einem Großbetrieb ein Mammutbetrieb wird, der planmäßig, auf Grund genau errechneter Massendaten, die Lieferung des ursprünglichen Rohmaterials im Umfang von zwei Dritteln oder drei Vierteln des gesamten Bedarfs für Dutzende von Millionen der Bevölkerung organisiert; wenn die Beförderung dieses Rohstoffs nach den geeignetsten Produktionsstätten, die mitunter Hunderte und Tausende Meilen voneinander entfernt sind, systematisch organisiert wird; wenn von einer Zentralstelle aus alle aufeinanderfolgenden Stadien der Verarbeitung des Materials bis zur Herstellung der verschiedenartigsten Fertigprodukte geregelt werden; wenn die Verteilung dieser Produkte auf Dutzende und Hunderte von Millionen Konsumenten nach einem einzigen Plan geschieht (Petroleumabsatz in Amerika wie in Deutschland durch den amerikanischen ›Petroleumtrust‹) – dann wird es offensichtlich, daß wir es mit einer Vergesellschaftung der

Produktion zu tun haben und durchaus nicht mit einer bloßen ›Verflechtung‹; daß privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine Hülle darstellen, die dem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher unvermeidlich in Fäulnis übergehen muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird, eine Hülle, die sich zwar verhältnismäßig lange in diesem Fäulniszustand halten kann (wenn schlimmstenfalls die Gesundung von dem opportunistischen Geschwür auf sich warten lassen sollte), die aber dennoch unvermeidlich beseitigt werden wird.« (Lenin, »Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus«, Berlin 1973, S. 135f)

Lenins Ausdrucksweise ist hier etwas weniger direkt als sonst, da der »Imperialismus« mit Rücksicht auf die Militärzensur geschrieben wurde, dennoch ist die politische Aussage völlig klar. Die entscheidende Aufgabe besteht darin, das auf Privateigentum beruhende Nationalstaatensystem zu stürzen, das zu einer Hülle geworden ist, die ihrem Inhalt (der gesellschaftlichen Produktion) nicht länger entspricht und beseitigt werden muß. Lenin betont, daß der Schlüssel zur Lösung dieser Aufgabe im Kampf gegen die opportunistischen Führungen der Arbeiterklasse liegt, die sich unter der Losung der »Vaterlandsverteidigung« beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs um den Nationalstaat sammelten.

Die Vergesellschaftung der Produktion, deren Anfänge von Lenin in der Ölindustrie beobachtet wurden, hat sich mittlerweile auf jeden Bereich der Wirtschaft ausgedehnt. Transnationale Konzerne, alleine oder in Allianzen, beherrschen jeden Bereich der Wirtschaft und organisieren Herstellung und Absatz von Waren auf Weltebene. Diese Vergesellschaftung der Produktion gerät jedoch auf Schritt und Tritt in Konflikt mit dem Profitsystem und der Aufteilung der Welt in rivalisierende Nationalstaaten.

Die Spartacist League leugnet nicht nur den »reaktionären und überholten« Charakter des Nationalstaatensystems, in Wirklichkeit weist sie die sozialistischen Perspektiven überhaupt zurück. Wenn das Nationalstaatensystem auch heute noch fortschrittlich ist – worauf die Spartakisten ganz entschieden beharren – dann gibt es auch keine Grundlage für seinen Sturz.

Die marxistische Analyse des reaktionären Charakters des Nationalstaatensystems ist keine Beschimpfung, die sich auf das ethische Ideal der Vereinigung der Arbeiterklasse gründet. Sie stützt sich vielmehr auf ganz objektive Grundlagen. So wie das feudale Staatensystem vor ihm ist das bürgerliche Nationalstaatensystem historisch überholt, weil es im Gegensatz zur Entwicklung der Produktivkräfte und der internationalen Arbeitsteilung steht.

Der Kapitalismus stößt an die Schranken des Nationalstaats

Die Produktivkräfte streben danach, die Schranken des Nationalstaats zu überwinden, – und gerade darin liegt die historische Bedeutung der transnationalen Produktion. Es ist die weitere Entwicklung eines Prozesses, den Marx in seinem Beginn analysierte, als Aktiengesellschaften gerade erst aufkamen und das Kreditwesen noch am Anfang stand.

Marx schrieb über die Herausbildung von Aktiengesellschaften: »Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital ... im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. Es ist die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.« (Karl Marx, »Das Kapital«, Band III, *MEW* 25, Berlin 1973, S. 542)

Diese »Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst« unterstrich die Bedeutung der Aktiengesellschaft als einem »Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform«. (a.a.O. S. 454)

Dem entsprechend bedeutet die transnationale Produktion die Aufhebung des Nationalstaatensystems im Rahmen des Nationalstaatensystems selbst. In diesem Sinne kennzeichnet sie den Übergang zu einer höheren sozialen Ordnung. Das heißt, die transnationale Produktion beginnt damit, die objektiven Grundlagen für den Aufbau einer geplanten sozialistischen Weltwirtschaft zu schaffen.

Die Entwicklung der transnationalen Produktion im Rahmen des Kapitalismus kann das Nationalstaatensystem jedoch nicht überwinden. Deshalb reproduziert sie alle Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise in noch schärferer Form. Solange das Nationalstaatensystem bestehen bleibt, werden durch das Streben der Produktivkräfte nach seiner Überwindung nur die Gegensätze zwischen den Imperialisten verstärkt, was einen drohenden neuen Weltkrieg heraufbeschwört. Anders ausgedrückt: Bleibt das Nationalstaatensystem bestehen, droht der Menschheit gerade durch die weitere Entwicklung der Produktivkräfte eine neue nie gekannte Barbarei.

Glaut man jedoch den Spartakisten, so sind diese Kernaussagen von Programm und Perspektive des Marxismus heute nicht mehr gültig.

»Natürlich leugnen North & Co. nicht, daß es eine Tendenz hin zu imperialistischen Kriegen gibt. Aber sie tun es, indem sie ›transnationale‹ Konzerne reaktionären Nationalstaaten gegenüberstellen. Konzerne wie IBM streben angeblich eine transnationale kapitalistische Ordnung an, werden aber vom schlechten, alten, überholten Nationalstaatensystem daran gehindert. Die eigentliche Ursache von imperialistischen Kriegen liegt aber ganz im Gegenteil nicht im Nationalstaatensystem als solchem, noch weniger in nationalistischer und chauvinistischer Ideologie und Demagogie.« (*Workers Vanguard*, 21. März 1997)

Die Spartacist League argumentiert hier nicht gegen irgendeine neue theoretische Erfindung des Internationalen Komitees, sondern gegen die traditionelle Analyse der marxistischen Bewegung. In seiner im August 1915 veröffentlichten Broschüre »Sozialismus und Krieg« schrieb Lenin: »Fast alle erkennen an, daß der heutige Krieg ein imperialistischer Krieg ist, aber zumeist verfälscht man diesen Begriff oder wendet ihn jeweils nur auf eine Seite an oder unterstellt schließlich trotzdem die Möglichkeit, daß dieser Krieg die Bedeutung eines bürgerlich-fortschrittlichen, eines nationalen Befreiungskrieges haben könne. Der Imperialismus stellt die erst im 20. Jahrhundert erreichte höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus dar. Dem Kapitalismus ist es zu eng geworden in den alten Nationalstaaten, ohne deren Bildung er den Feudalismus nicht stürzen konnte.« (»Sozialismus und Krieg«, in: »Lenin und Trotzki über Krieg«, Essen 1983, S. 16)

Trotzki schrieb in seiner im November 1914 veröffentlichten Streitschrift »Der Krieg und die Internationale«: »Die Politik des Imperialismus ist vor allem ein Zeugnis dafür, daß der alte nationale Staat, der in den Revolutionen und Kriegen der Jahre 1789-1815, 1848-1859, 1864-1866 und 1870 geschaffen wurde, sich überlebt hat und nun als ein unerträgliches Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte erscheint. Der Krieg von 1914 bedeutet vor allem die Zertrümmerung des *nationalen Staates* als eines selbständigen Wirtschaftsgebietes.« (Leo Trotzki, »Europa im Krieg«, Essen 1998, S. 377)

Man könnte unzählige weitere Zitate anführen, die zeigen, daß das theoretische Fundament, auf das sich die Analyse des Internationalen Komitees über die Ursachen von imperialistischen Kriegen stützt, über Jahrzehnte hinweg von der marxistischen Bewegung geschaffen worden ist. Da die Spartakisten diese Analyse ablehnen, erhebt sich folgende Frage: Wenn die Ursache für imperialistischen Krieg nicht im Konflikt zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und dem nationalen Staat liegt, worin liegt sie dann? Die Spartakisten halten es nicht für nötig, darauf näher einzugehen. Aber die Logik ihrer Politik ist klar. Wenn das Nationalstaatensystem nicht die Ursache von imperialistischen Kriegen ist

– worauf die marxistische Bewegung immer bestanden hat – dann ist es »Sozialisten« auch ohne weiteres möglich, ihren eigenen Nationalstaat zu unterstützen.

Auch wenn die Spartacist League auf die Ursachen der Kriege nicht weiter eingeht, ist doch klar erkennbar, daß sie sich ganz und gar auf Bahnen des kleinbürgerlich-radikalen Milieus bewegt.

Diese kleinbürgerlich-radikalen Tendenzen spielten eine politisch verhängnisvolle Rolle im Bürgerkrieg auf dem Balkan, der dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens folgte. Sie alle forderten ein Eingreifen der Imperialisten, entweder direkt oder in Gestalt der UNO. Die ausgeprägtesten Exemplare dieser Gattung waren die deutschen Grünen und die britische Workers Revolutionary Party unter Führung von Cliff Slaughter. Die Grünen standen an der Spitze der Kampagne für einen deutschen Militäreinsatz »aus humanitären Gründen«, während die WRP für ein Eingreifen des britischen Imperialismus die Trommel rührte, Diskussionen mit Vertretern der kroatischen Tadjman-Regierung abhielt und die Aktivitäten faschistischer Milizen bejubelte.

Im Fall der WRP ging der direkte Übergang ins Lager des Imperialismus mit der wiederholten Versicherung einher, daß die marxistische historische Analyse dieser komplexen Frage nicht länger gültig sei. Vor mehr als drei Jahren erklärte das Internationale Komitee die umfassende Bedeutung der Entwicklung der WRP als »Vorbote von bedeutsamen Veränderungen in den Klassenbeziehungen im Weltmaßstab« (»Marxismus, Opportunismus und die Balkankrise«, Essen 1994, S.78). Einer solchen Wende gehen immer rasche Veränderungen in den Positionen kleinbürgerlich-radikaler Tendenzen voraus, die sich auf ihre neue Rolle als direkte Stützen des Imperialismus vorbereiten.

So wie die Grünen ihren früheren Pazifismus aufgegeben haben und deutsche Militäreinsätze unterstützen, so wie die WRP den NATO-Einsatz auf dem Balkan feierte, so ist auch die offene Leugnung des reaktionären Charakters des imperialistischen Nationalstaats durch die Spartakisten das deutlichste Anzeichen dafür, daß sie sich darauf vorbereiten, in seine Dienste zu treten.

Karl Kautsky und der »Ultra-Imperialismus«

Schon im Untertitel ihrer Serie schleudern die Spartakisten dem Internationalen Komitee ihre Hauptanklage entgegen: Die Analyse der Globalisierung sei gleichbedeutend mit einer »Umarmung« der Theorie vom Ultra-Imperialismus. Diese stammte von Karl Kautsky, dem theoretischen Führer der deutschen Sozialdemokratie, der sie zur Zeit des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges entwickelt hatte.

Kautskys Thesen lieferten die wesentliche theoretische Rechtfertigung für die Führer der deutschen Sozialdemokratie, die ihre eigene Bourgeoisie im Krieg unterstützten und auf die russische Oktoberrevolution von 1917 mit wütender Feindschaft reagierten.

Obwohl die Anklage des »Kautskyanertums« den Kern des Angriffs der Spartakisten bildet, erklären sie nirgends, worin Kautskys Positionen eigentlich bestanden, und sie zeigen auch nicht, wie sich diese Positionen in der Globalisierungs-Analyse des Internationalen Komitees widerspiegeln. Tatsächlich sind es, wie wir noch zeigen werden, die Spartakisten selbst, die in Kautskys Fußstapfen treten.

Bevor wir uns mit der Spartacist League befassen, sehen wir uns zunächst einmal an, worin die wesentlichen Positionen von Kautsky bestanden, und wie mit ihnen die Verrätereien der Führer der deutschen Sozialdemokratie gerechtfertigt wurden. Gerade als der Krieg ausbrach, veröffentlichte Kautsky seine Theorie des Ultra-Imperialismus in einem Artikel in der Theoriezeitschrift der SPD *Die Neue Zeit*, die er herausgab. Die marxistische Bewegung hatte ständig vor dem drohenden Krieg gewarnt, der aus dem immer härteren Kampf der

kapitalistischen Großmächte über die Kontrolle von Märkten und Zugang zu Rohstoffen hervorgehen würde. Auf den Kongressen in Stuttgart 1907 und in Basel 1912 verabschiedete die Zweite Internationale Resolutionen, die die Arbeiter der verschiedenen kapitalistischen Länder aufriefen, sich im Kampf gegen den Krieg zu vereinen. Sie forderten die Arbeiterklasse und ihre parlamentarischen Vertreter für den Fall eines Kriegsausbruchs dazu auf, »die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen«. (Zitiert nach Lenin, »Der Imperialismus«, Anhang, S. 138)

Die Resolutionen der Zweiten Internationale erklärten, daß Kriege ein organischer Bestandteil des kapitalistischen Systems seien, daß sie aus dem Kampf um Märkte und Profite erwachsen und erst mit dem Kapitalismus verschwinden würden. In seiner Theorie des Ultra-Imperialismus vertrat nun Kautsky eine neue Perspektive – die der friedlichen Entwicklung des Kapitalismus unter der Herrschaft eines einzigen Weltkartells, das durch eine Vereinbarung zwischen den größten Finanzmächten zustande kommen würde. Diese würden dann gemeinsam die Welt ausbeuten.

Kautsky schrieb: »Was Marx vom Kapitalismus sagte, paßt ebensogut auf den Imperialismus: Das Monopol erzeugt Konkurrenz und die Konkurrenz Monopole. Der wahnwitzige Wettbewerb gigantischer Firmen, riesiger Banken und Multimillionäre zwang die großen Finanzgruppen, welche die kleinen schluckten, über die Kartellbildung nachzudenken. Ebenso könnte das Ergebnis des Weltkrieges zwischen den großen imperialistischen Mächten eine Föderation der Stärksten sein, die das Wettrüsten aufgeben.

Daher ist es vom rein ökonomischen Standpunkt nicht ausgeschlossen, daß der Kapitalismus eine weitere Phase durchleben könnte, die des Ultra-Imperialismus. Diesen müßten wir natürlich ebenso energisch bekämpfen wie den Imperialismus, aber seine Gefahren liegen auf anderem Gebiet, nicht auf dem des Wettrüstens und der Bedrohung des Weltfriedens.« (Kautsky, »Ultra-Imperialismus«, zitiert nach *New Left Review* Nr. 59, Januar 1970, aus dem Englischen übersetzt)

In einem weiteren Artikel, der im April 1915 in der *Neuen Zeit* veröffentlicht wurde, erläuterte Kautsky seine Position folgendermaßen: »Der Rückgang der schutzzöllnerischen Bewegung in England, die Herabsetzung der Zölle in Amerika, die Bestrebungen nach Abrüstung, der rasche Rückgang des Kapitalexports aus Frankreich und Deutschland in den letzten Jahren vor dem Kriege, endlich die zunehmende internationale Verfilzung der verschiedenen Klüngel des Finanzkapitals veranlaßten mich, zu erwägen, ob es nicht möglich sei, daß die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte. Eine solche neue Phase des Kapitalismus ist jedenfalls denkbar. Ob auch realisierbar, das zu entscheiden fehlen noch die genügenden Voraussetzungen.« (zitiert nach Lenin: »Der Zusammenbruch der II. Internationale«, W. I. Lenin – Werke, Berlin 1977, Bd. 21, S.217)

Wie Lenin nachwies, waren Kautskys Spekulationen über die Möglichkeit des Ultra-Imperialismus die Grundlage für seine Verteidigung des Sozialchauvinismus und der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bürokratie, die wiederum die Hauptstütze für den imperialistischen Krieg bildeten. Kautsky zufolge sei »die äußerste Linke« darauf aus, dem unumgänglichen Imperialismus »den Sozialismus entgegenzusetzen, das heißt, nicht bloß seine Propagierung, die wir seit einem halben Jahrhundert allen Formen der kapitalistischen Herrschaft entgegensetzen, sondern seine sofortige Durchführung. Das sieht sehr radikal aus, ist aber nur geeignet, jeden, der nicht an die sofortige praktische Durchsetzung des Sozialismus glaubt, in das Lager des Imperialismus zu treiben.« (a.a.O. S. 218)

Lenin erklärte, daß es nie darum ging, den Sozialismus »sofort« einzuführen, sondern um die Orientierung der Partei – daß es notwendig war, sofort eine Propaganda gegen den Krieg zu entfalten, um den unabhängigen Kampf der Arbeiterklasse zu entwickeln.

Kautskys war der festen Meinung, der Krieg stelle überhaupt keinen grundlegenden Wendepunkt in der geschichtlichen Entwicklung des Kapitalismus dar. Er könne auch ein bloßes Zwischenspiel sein, das eine neue Phase kapitalistischer Prosperität einleite. Es sei nicht notwendig, daß die Partei sich aktiv auf die Übernahme der politischen Macht vorbereite, sie könne weitermachen wie bisher, mit allgemeiner Propaganda für den Sozialismus auf der einen Seite, dem Tageskampf um soziale Reformen auf der andern.

Die Differenzen zwischen Lenin und Kautsky wurzelten in diametral verschiedenen Einschätzungen der Entwicklung des Kapitalismus. Für Lenin war der Krieg das Zeichen für eine tiefgehende Krise des Kapitalismus – ausgedrückt im Übergang vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus – und das hieß, daß es notwendig wurde, in der sozialistischen Revolution die Macht zu ergreifen. Für Kautsky eröffnete der Krieg ganz neue Möglichkeiten, so zum Beispiel die neue Form des Ultra-Imperialismus. Für ihn ging es nicht um die Alternative Imperialismus oder sozialistische Revolution. Für Kautsky sollte die Partei deshalb keinesfalls den Kampf um die Macht aufnehmen, sondern mußte im wesentlichen so weitermachen wie vor dem Krieg.

Kautskys Haltung zum Krieg und seine Angriffe auf »die Linke« hatten vor allem ein politisches Ziel: der Partei die theoretische Rechtfertigung zu liefern, nach Beendigung der Feindseligkeiten ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen wie vor dem Krieg. Mit anderen Worten, Kautskys Theorien dienten der Verteidigung einer ganz bestimmten gesellschaftlichen und politischen Praxis und damit der Verteidigung einer sozialen Schicht, nämlich der Partei- und Gewerkschaftsbürokratie und den mit ihr verbundenen Teilen des Kleinbürgertums.

Kautskyanertum und Spartakismus

Die Politik der Spartakisten verteidigt genau die gleichen sozialen Kräfte. So wie Kautsky zu widerlegen versuchte, daß der Ausbruch des Krieges einen grundlegenden Wendepunkt in der Entwicklung des Kapitalismus bedeute, beharren heute die Spartakisten darauf, daß die Globalisierung der Produktion keine qualitative Veränderung in der Struktur des Weltkapitalismus darstelle. Demnach könne man auch heute noch mit der Politik der Nachkriegsperiode weitermachen. Diese Politik basierte auf drei Säulen: der zentralen Rolle des Nationalstaats, der Vorherrschaft der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbürokratien über die Arbeiterklasse und der Möglichkeit, im Rahmen des Kapitalismus Reformen durchzusetzen.

Allen theoretischen Positionen Kautskys lag vor allem ein Bedürfnis zugrunde: Man mußte widerlegen, daß der Kampf um Sozialismus für die Arbeiterklasse zu einer Frage von Leben und Tod geworden war, und man mußte daran festhalten, daß alle Kampfmethoden der Vorkriegszeit ihre Gültigkeit behalten hatten, d.h. daß man weiterhin völlig losgelöst von der politischen Machteroberung um Reformen kämpfen konnte.

Die Spartakisten teilen diese Haltung. Kautsky hielt Lenin und der Linken in der SPD die Behauptung entgegen, daß die Alternative Sozialismus oder Imperialismus jene, die nicht an die Notwendigkeit des Sozialismus glaubten, ins Lager des Imperialismus treiben würde. Als das Internationale Komitee erklärte, daß die Arbeiterklasse zur Verteidigung selbst ihrer elementarsten Lebensbedürfnisse den Kapitalismus stürzen müsse, griffen die Spartakisten das ganz genauso als »defätistische und enthaltsame Position gegenüber den tatsächlichen Kämpfen der Arbeiterklasse« an.

An die Frage der Globalisierung gehen die Spartakisten mit der gleichen subjektiven Methode heran wie Kautsky an den Krieg. Kautsky zufolge hatten das Wettrüsten und die Kosten des Kolonialismus schon lange vor dem Krieg ein Ausmaß erreicht, daß sie bereits die Grundlagen der Kapitalakkumulation bedrohten. Dementsprechend »wäre ein wirtschaftlicher Zusammenbruch zuerst das Ergebnis der Weiterführung der gegenwärtigen Politik des Imperialismus. Diese Politik des Imperialismus kann nicht länger aufrechterhalten werden.«

Das heißt, das Wettrüsten und der Ausbruch des Krieges waren nicht die Folge objektiver Tendenzen des Kapitalismus, sondern lediglich eine Frage bestimmter politischer Entscheidungen der Bourgeoisie. Deshalb würde die Bourgeoisie denn auch, wenn die Gefahren dieser Politik einmal deutlich zutage treten würden, einfach andere Entscheidungen treffen.

In gleicher Weise bestehen die Spartakisten darauf, daß die Globalisierung nicht den inneren Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise entspringt, sondern bloß eine bestimmte Art Politik ist, die die Bourgeoisie gerade verfolgt. An einem bestimmten Punkt wird die Bourgeoisie die Gefahr erkennen, die diese Politik für den Nationalstaat darstellt – und ihre Politik ändern. So wie Kautsky spekulierte, daß die Imperialisten erkennen würden, wie der Krieg ihren Interessen schade, und sich deshalb auf die gemeinsame Herrschaft über die Welt einigen würden, werden heute, glaubt man den Spartakisten, die imperialistischen Mächte die Gefahren der Globalisierung erkennen und ihnen entsprechend begegnen.

Was die Beschuldigung der Spartakisten angeht, daß das Internationale Komitee die Möglichkeit einer friedlichen »ultra-imperialistischen« Entwicklung des Kapitalismus auf der Grundlage der Globalisierung der Produktion das Wort rede, so ist das leicht zu widerlegen. Außer den bereits genannten programmatischen Erklärungen braucht man nur etwa das Manifest des IKVI »Gegen imperialistischen Krieg und Kolonialismus« zur Hand zu nehmen, das für die internationale Arbeiterkonferenz in Berlin am 16./17. November 1991 veröffentlicht wurde.

Diese Resolution erklärte, daß der Golfkrieg und die weitgehende Zerstörung der industriellen Infrastruktur des Irak den Beginn erneuter Ausbrüche imperialistischer Barbarei bedeute. Sie warnte, daß der Kapitalismus, nachdem er die Menschheit in diesem Jahrhundert schon in zwei Weltkriegen gestürzt habe, nun auf einen noch schlimmeren Weltbrand zusteure.

In den Worten der Resolution: »Diese Widersprüche – zwischen gesellschaftlicher Produktion und Privateigentum, zwischen dem internationalen Charakter der Produktion und dem Nationalstaatsystem – bilden die grundlegende Ursache der wirtschaftlichen Zusammenbrüche und gewaltsamen politischen Eruptionen, die den Erdball im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts immer wieder erschüttert haben. Trotz aller Versuche, sie zu unterdrücken, spitzen sie sich abermals zu einer Explosion zu. Es gibt keinen anderen Weg, sie zu verhindern, außer einer siegreichen, internationalen proletarischen Revolution und dem Sturz des Kapitalismus. Alle anderen Vorschläge zur Verhinderung des Krieges – von Forderungen nach Abkommen zur Einschränkung der Atomwaffenverbreitung und Abrüstungsvorschlägen bis hin zu pazifistischen Appellen an die Bourgeoisie, Kriegsdienstverweigerung, Gebeten und Mahnwachen – sind letztlich kaum mehr als Zynismus oder Selbstbetrug.« (Zitiert nach: *Vierte Internationale*, Jg.18, Nr. 1, S. 9)

Weiter erklärte die Resolution, daß die Globalisierung der Wirtschaft die Konflikte und Spannungen zwischen den Imperialisten durchaus nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil verschärft habe:

»Der moderne transnationale Konzern ist heute vom ökonomischen Standpunkt her den alten, kümmerlichen Maßstäben des Nationalstaates längst entwachsen. Seine Vorstände sind gezwungen, in Begriffen der Weltproduktion, des Weltmarktes, des Weltfinanzwesens und der

Weltressourcen zu denken und zu handeln. Der moderne transnationale Konzern führt, egal, wo er geographisch beheimatet ist, einen Kampf auf Leben und Tod um die Vorherrschaft auf dem Weltmarkt. Aber obwohl der Nationalstaat seine objektive wirtschaftliche Bedeutung verliert, nimmt seine Rolle als politisch-militärisches Instrument konkurrierender nationaler Kapitalistencliquen im Kampf um die Vormachtstellung auf der Welt in enormem Maße zu. Diese Tatsache findet ihren stärksten Ausdruck in den immer schnelleren Vorbereitungen auf einen neuen Weltbrand.« (a.a.O. S. 14f)

Panik vor den revolutionären Folgen der Globalisierung

Die Spartacist League drückt die Angst einer Schicht kleinbürgerlicher Radikaler vor den revolutionären Implikationen der Globalisierung aus. Es versetzt sie in Angst und Schrecken, daß die ihnen vertraute Welt und die politischen Beziehungen, die sie über Jahrzehnte hinweg aufgebaut haben, nun in Stücke gerissen werden.

Lenin hat die Tendenzen, auf die Kautsky hinwies – die wachsende Internationalisierung des Finanzkapitals, die Verflechtung verschiedener nationaler Unternehmen und die Unterordnung der Nationalstaaten unter die Vorherrschaft weltweiter finanzieller Interessen – niemals geleugnet. Ihm ging es darum, ihre historische und revolutionäre Bedeutung herauszuarbeiten. Er lag mit Kautsky nicht darüber im Streit, ob die dem Weltkapitalismus innewohnenden objektiven ökonomischen Tendenzen dazu führten, daß das Finanzkapital sich zunehmen international verflechte und über das national begrenzte Finanzkapital hinauswachse. Er bestritt vielmehr die Schlußfolgerungen, die Kautsky aus dieser wirtschaftlichen Tatsache zog.

In »Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale« schrieb Lenin über Kautsky: » Zunehmende internationale Verfilzung der verschiedenen Klügel des Finanzkapitals.« Das ist die einzige wirklich allgemeine und unzweifelhafte Tendenz nicht weniger Jahre und nicht zweier Länder, sondern der ganzen Welt, des gesamten Kapitalismus. Doch warum soll sich daraus das Streben nach Abrüstung, nicht aber, wie bisher, nach Aufrüstung ergeben? ... Aus der Vereinigung und Verfilzung der verschiedenen nationalen Kapitale zu einem einheitlichen internationalen Ganzen eine ökonomische Tendenz zur Abrüstung abzuleiten – das heißt spießhafte fromme Wünsche nach Abstumpfung der Klassengegensätze an die Stelle ihrer tatsächlichen Verschärfung zu setzen.« (Lenin: »Der Zusammenbruch der II. Internationale«, W. I. Lenin – Werke, Berlin 1977, Bd. 21, S.221)

In einem anderen Kommentar zu den von Kautsky entwickelten wirtschaftlichen Thesen bemerkte Lenin: »Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Entwicklung in der Richtung auf einen einzigen, ausnahmslos alle Unternehmungen und ausnahmslos alle Staaten verschlingenden Welttrust verläuft.« (Vorwort zu N. Bucharins Broschüre »Weltwirtschaft und Imperialismus«, W. I. Lenin – Werke, Berlin 1988, Bd. 22, S. 106)

Im Gegensatz zu Kautsky betont Lenin jedoch, diese Entwicklung erfolge »unter solchen Umständen, in einem solchen Tempo, unter solchen Widersprüchen, Konflikten und Erschütterungen – keineswegs nur ökonomischen, sondern auch politischen, nationalen usw. usf. -- , daß notwendigerweise, bevor es zu einem einzigen Welttrust, zu einer »ultraimperialistischen« Weltvereinigung der nationalen Finanzkapitale kommt, der Imperialismus unweigerlich bersten muß, daß der Kapitalismus in sein Gegenteil umschlagen wird.« (a.a.O.)

Nichtsdestotrotz beharren die Spartakisten darauf, daß es bedeute, sich auf Kautskys Standpunkt zu stellen, wenn man auf die Verflechtung des Finanzkapitals und auf die Schaffung neuer Institutionen hinweise, die dessen gemeinsame Interessen vertreten. Sie gehen dabei mit der bürgerlichen Logik des gesunden Menschenverstands vor, der sich auf den Ausschluß des Widerspruchs gründet. Dieser Logik zufolge bedeutet die internationale Verflechtung des Kapitals die Abschwächung der Konflikte zwischen den Imperialisten.

Lenin betonte, daß gerade die Entwicklungstendenzen, die Kautsky aufgezeigt hatte, die Triebkräfte des Krieges waren, und ebenso die der sozialistischen Weltrevolution. Die Integration des Finanzkapitals und der Übergang vom Konkurrenz- zum Monopolkapitalismus habe die Grundlagen für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft gelegt.

»In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet.« (Lenin, »Der Imperialismus«, S. 28)

Lenin betonte, daß der Imperialismus nicht eine Politik des Finanzkapitals, sondern eine objektive Entwicklung sei, die unabhängig von Willen und Bewußtsein der Kapitalisten selbst wirke. Obwohl sie die Grundlage ihrer Herrschaft bedrohe, seien sie nicht in der Lage, sie rückgängig zu machen. Für Kautsky dagegen war der Imperialismus eine bestimmte Politik, die vielleicht rückgängig gemacht werde oder auch nicht, aber keine objektive Tendenz der kapitalistischen Entwicklung. Die modernen Vertreter dieser Auffassung sind in der Spartacist League zu finden, die darauf besteht, daß die Globalisierung nur eine Kampagne der Bourgeoisie sei und rückgängig gemacht werden könne, sobald sie für die Nationalstaaten der imperialistischen Großmächte zur Bedrohung werde.

Im Gegensatz zu dieser subjektiven Methode hat das Internationale Komitee gezeigt, daß die Globalisierung eine objektive Tendenz der Weltwirtschaft ist – die Vertiefung und Intensivierung einer Entwicklung, die zuerst von Lenin und anderen Marxisten zu Beginn dieses Jahrhunderts analysiert worden ist – die zu Krieg und sozialistischer Revolution führt.

4. Die Spartacist League und die Gewerkschaften

Der wichtigste Grund für den Angriff der Spartacist League auf die Globalisierungs-Analyse des Internationalen Komitees besteht darin, die Perspektive des Gewerkschaftertums im allgemeinen und die Autorität des AFL-CIO [amerikanischer Gewerkschaftsdachverband] in den USA im besonderen zu verteidigen. Dies geht mit ihrer Verteidigung eines nationalen Programms für die Arbeiterklasse Hand in Hand. Die gewerkschaftliche Organisationsform ist historisch dem Boden der nationalen Wirtschaft und der wachsenden Macht des nationalen Staats entsprungen. Trotz aller Unterschiede, ob die Gewerkschaften nun wie in Deutschland Ende des 19. Jahrhunderts von einer sozialistischen Massenpartei geschaffen wurden, oder ob sie als rein wirtschaftliche Organisationen mit Verbindungen zur liberalen Bourgeoisie wie in England entstanden, sie stützten sich in jedem Fall auf die nationale Wirtschaft und die nationale Industrie.

Die Politik der Gewerkschaften konzentrierte sich darauf, den Staat zum Schutz der nationalen Industrie zu zwingen, etwa durch Zölle o.ä. Dieser historische Prozeß führte zur Entstehung starker und schließlich beherrschender national-opportunistischer und reformistischer Tendenzen. Diese grundlegende Entwicklung der Gewerkschaften verlief nicht nur in Opposition zur sozialistischen Revolution, sondern auch zum Klassenkampf selbst. Als das Wirtschaftsleben der Nationalstaaten Europas und Amerikas sich zunehmend von der nationalen in die Weltarena ausdehnte und sich der Imperialismus herausbildete, wurde die nationalistische Politik der Gewerkschaften zur imperialistischen Politik der Gewerkschaften.

Die Tendenz der Gewerkschaften zum Nationalismus und zur Integration in den Staat hat also eine sehr reale materielle Grundlage. Die Entwicklung der globalisierten Wirtschaft hat die

Lebensfähigkeit der Gewerkschaften als nationale Verteidigungsorganisationen der Arbeiterklasse untergraben. Im Verfall dieser Organisationen und ihrer Verwandlung in Anhängsel der Unternehmer und des Staates ist eben dieser Prozeß ausgedrückt.

Worin besteht nun im wesentlichen die Argumentation der Spartakisten? Die Globalisierung existiert in Wirklichkeit nicht. Seit Beginn dieses Jahrhunderts hat sich im Kapitalismus nichts grundlegendes verändert. Es gibt keine objektive Ursache für die Welle der Niederlagen der Arbeiterbewegung in den letzten zwei Jahrzehnten und den allgemeinen Niedergang von Löhnen, Rechten und Arbeitsbedingungen, den die Arbeiter hinnehmen mußten. Diese Entwicklung kann allein mit der persönlichen Feigheit und dem Verrat der Gewerkschaftsführer erklärt werden.

Spartacist greift die Socialist Equality Party [Partei für Soziale Gleichheit] an, weil diese betont, daß der Niedergang der Gewerkschaften nicht nur und nicht einmal hauptsächlich mit den persönlichen Charaktereigenschaften der Gewerkschaftsführer erklärt werden kann. Vielmehr müsse das korrupte und reaktionäre Verhalten dieser Führer letztlich als subjektiver Ausdruck grundlegenderer objektiver Prozesse verstanden werden.

Der Marxismus hat sich von jeher durch das Bemühen ausgezeichnet, den Zusammenhang zwischen politischen Prozessen und den tieferen Entwicklungen und Veränderungen in der Produktionsweise aufzuzeigen. Diese wissenschaftliche Herangehensweise ergibt sich aus den philosophischen Grundlagen und der Weltanschauung des historischen Materialismus. Dies war unbestreitbar die Methode der größten Vertreter der marxistischen Bewegung, einschließlich Marx, Engels, Lenin, Trotzki und Luxemburg. Sie alle wandten sie beim Studium der Entwicklung der Gewerkschaften und der Einschätzung der Begrenztheit dieser Organisationsform der Arbeiterklasse an. Durch diese historische und materialistische Herangehensweise hat sich der Marxismus schon immer vom Revisionismus unterschieden.

Für Lenin war der objektive Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Imperialismus und der Degeneration der Sozialdemokratie in seiner gesamten Analyse des Verrats der Zweiten Internationale der zentrale Punkt. Im Vorwort der Ausgabe des »Imperialismus« von 1920 betonte er, daß das Verständnis der objektiven Grundlage des Verrats der Führung der Zweiten Internationale der Schlüssel zur politischen Neuorientierung der internationalen Arbeiterklasse sei.

»Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen.« (Lenin, »Der Imperialismus«, S. 13)

Nicht weniger ist heute erforderlich. Die Verrätereien, die Entartung und der Zusammenbruch aller alten Arbeiterorganisationen muß im Zusammenhang mit den ökonomischen Prozessen verstanden werden, die ihnen zugrunde liegen.

Diese marxistische Herangehensweise lehnt die Spartacist League ab. Sie weigert sich strikt, eine historische Einschätzung der Gewerkschaften zu treffen. Stattdessen geht sie von einem rein subjektiven Standpunkt aus, der in ihrer Aussage zusammengefaßt ist: »Der Niedergang der amerikanischen Arbeiterbewegung ist nicht von objektiven Auswirkungen der ›Globalisierung‹ verursacht, sondern von der defätistischen und verräterischen Politik der AFL-CIO-(Irre-)Führer.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Und um noch deutlicher zu machen, daß für sie die offiziellen Gewerkschaften lebensfähige Instrumente des Klassenkampfes bleiben und lediglich ihre Politik und ihre Führer militanter werden müssen, zitieren die Spartakisten eine Erklärung von ihnen selbst, die sie 1984 unter

dem Titel »Zum Sieg muß die Arbeiterbewegung mit harten Bandagen kämpfen« [»Labor's Gotta Play Hardball to Win«] veröffentlicht haben.

Phantasien über eine militante Bürokratie

Was sie danach ins Blaue hinein zusammenphantasieren, zeigt nur ihre Kriecherei vor der Gewerkschaftsbürokratie und die im wesentlichen reformistische Orientierung, die notwendigerweise mit ihrer nationalistischen Politik einhergeht. Sie führen als Beispiel einen Bauarbeiterstreik an, der letzten Winter in New York City stattfand und bei dem die Arbeiter durch 15.000 Streikbrecher ersetzt wurden. Die Arbeiten auf den Baustellen wurden fast ungestört fortgesetzt. In *Workers Vanguard* wird nun erklärt, daß dieser Streik ein glückliches Ende hätte nehmen können, wenn sich nur die Gewerkschaftsführer entschlossen hätten, das Richtige zu tun.

Die Spartakisten schreiben: »Aber stellen wir uns einmal vor, was passiert wäre, wenn sich die organisierte Arbeiterbewegung entschlossen hätte, die arbeitende Bevölkerung von New York City zu organisieren, an die verarmten Bewohner der New Yorker Ghettos zu appellieren und die größtenteils farbigen und eingewanderten Bauarbeiter aktiv zu unterstützen.« Weiter träumen sie: »Dutzende und Hunderte von Streikenden, gewerkschaftlich organisiert oder nicht, hätten – zusammen mit schwarzen und Hispanic-Jugendlichen – jedes größere Bürogebäude in New York blockieren können.«

Dies hätte ihrer Meinung nach ausgereicht, um Wall Street auf die Knie zu zwingen. »David North zum Trotz hätten die Vorstände der amerikanischen Multis nicht mit der Schließung ihrer Zentralen in New York und der Verlagerung nach Delhi oder Mexiko City reagiert. Vielmehr hätte die Polizei die Streikposten angegriffen, den Streik zu brechen versucht und militante Arbeiter und ihre Unterstützer verhaftet. Das Ergebnis wäre davon abhängig gewesen, ob die Arbeiterbewegung von New York City erfolgreich öffentliche Unterstützung, besonders unter den Schwarzen und Hispanics, organisiert hätte.«

Dann der Höhepunkt: »Ein eintägiger Streik des Nahverkehrs etwa hätte die Herrschenden in der Weltfinanzmetropole überzeugt, die Immobilienhaie zu einem Tarifabschluß im Interesse der Bauarbeiter zu bewegen.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Hier ist die Kriecherei vor der Bürokratie und der kleinbürgerliche Reformismus, der sich aus der subjektiven und nationalistischen Politik der Spartacist League ergibt, mit Händen zu greifen. Ein pathetisches Szenario: Erst läutern sich die Gewerkschaftsbürokraten, geben ihre organische Feindschaft gegenüber dem Klassenkampf auf – und mobilisieren die Massen. Sie rufen sogar einen Streik des Nahverkehrs aus. (Keinen unbefristeten Streik, nur einen eintägigen. Selbst die Phantasie der Spartakisten paßt sich dem kläglichen Format ihrer Politik an.)

Dies reicht jedoch schon aus, daß die Banker die Nerven verlieren. Sie lassen sich umstimmen und wirken ihrerseits wieder auf die Bauherren ein. Der Kreis persönlicher Entscheidungen hat sich geschlossen. Alle haben es sich noch einmal überlegt, und alle Probleme sind gelöst. Die Bauarbeiter haben gewonnen, Kapital und Arbeit sind wieder versöhnt.

Somit gibt es auch, der Spartacist League zufolge, keinen Grund, warum die bitteren Erfahrungen der Arbeiter mit dem AFL-CIO Anlaß sein sollten, wesentliche Schlußfolgerungen über den Klassencharakter und die politische Rolle der offiziellen Gewerkschaften zu ziehen oder die Lebensfähigkeit nationaler Organisationsformen und nationaler Programme überhaupt zu überdenken.

Die einzig erlaubte Schlußfolgerung ist die, daß der AFL-CIO irgendwie dazu gebracht werden muß, eine militantere Taktik anzuwenden – größere Streikposten und aggressiveren Druck auf Unternehmer und Regierung. Die Autorität der bestehenden

Gewerkschaftsorganisation in Frage zu stellen, ist jedoch streng verboten. Alle Kämpfe der amerikanischen Arbeiter müssen unter der Schirmherrschaft des AFL-CIO stattfinden.

In ihrem Perspektivdokument von 1994 weist die Spartacist League auf die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiter, besonders der jüngeren und eher für sozialistische Perspektiven aufgeschlossenen Schichten, mit den AFL-CIO-Gewerkschaften hin. In diesem Dokument heißt es weiter, daß gerade jüngere Arbeiter, die an »weitergehenden politischen und sozialen Fragen interessiert sind«, kaum Interesse am Kuhhandel ihrer Gewerkschaft mit den Unternehmern und ihren internen Machenschaften haben. Anstatt diese Anzeichen für wachsendes politisches Interesse zu begrüßen und darin den Willen zu sehen, sich aus dem bürokratischen Würgegriff zu befreien, versucht Spartacist im Gegenteil, diese Arbeiter zurückzuhalten und sie wieder unter das Joch des AFL-CIO zu bringen.

Sie schreiben: »Nach den vielen verlorenen Streiks, von PATCO bis Caterpillar, sehen viele Arbeiter, besonders die jüngere Generation, ihre Gewerkschaft nicht als eine potentielle Kampforganisation an, sondern bestenfalls als Dienstleistungsunternehmen, das sich um ihre besonderen Anliegen kümmert. Daher finden wir heute junge Arbeiter, die an weitergehenden politischen und sozialen Fragen interessiert, aber am Innenleben der Gewerkschaften nicht beteiligt sind und sich darüber auch keine Gedanken machen. Ebenso treffen wir auf eingewanderte Arbeiter, deren Erfahrungen in einer klassenbewußteren Arbeiterbewegung in ihrem Heimatland sie gegenüber revolutionärer Politik aufgeschlossener gemacht haben. Es ist notwendig, solche Arbeiter, die möglicherweise mit einer sozialistischen Perspektive sympathisieren könnten, davon zu überzeugen, daß die Gewerkschaftsbewegung in ein militantes Kampfinstrument gegen die bürgerliche Ordnung verwandelt werden kann und muß.«

Man kann sich kaum einen eindeutigeren Versuch vorstellen, als Gegenmittel zum anwachsenden sozialistischen politischen Bewußtsein in der Arbeiterklasse Gewerkschaftertum zu propagieren. Dieser Absatz zeigt den diametralen Gegensatz zwischen den politischen und sozialen Tendenzen der Spartacist League und denen des Internationalen Komitees und der amerikanischen Socialist Equality Party (SEP).

Der SEP geht es darum, die instinktiven Bestrebungen der Arbeiterklasse – besonders ihrer bewußteren und militanteren Schichten – zum Ausdruck zu bringen, die einen Ausweg aus der Sackgasse der Gewerkschaften suchen. Die SEP versucht, den Zusammenhang zwischen dem Bankrott des AFL-CIO und den organischen Grenzen des Gewerkschaftertums aufzuzeigen, und der Arbeiterklasse die Notwendigkeit klarzumachen, auf der Grundlage einer revolutionären, sozialistischen und internationalistischen Strategie den politischen Kampf aufzunehmen. Sie ermutigt die Entwicklung einer Rebellion gegen die Arbeiterbürokratie und sieht im immer schärferen Konflikt zwischen der Arbeiterklasse und dem AFL-CIO die Grundlage für neue, militantere und revolutionäre Organisationsformen der Arbeiterklasse.

Die Spartacist League dagegen reagiert auf die Anzeichen für einen Zusammenstoß zwischen der Arbeiterklasse und dem Gewerkschaftsapparat alarmiert und feindselig.

Sie versucht, den Apparat zu verteidigen und die Arbeiterklasse zurückzuhalten. Sie ist sich wohl bewußt, daß genau die Arbeiter, die dem Gewerkschaftsapparat feindselig gegenüberstehen und nach einer revolutionären Alternative suchen, vom politischen Programm der Socialist Equality Party angezogen werden. Das ist der Grund, warum sie die SEP so abgrundtief haßt. Ihre Feindschaft gegenüber der marxistischen Partei widerspiegelt die Angst und den Haß der Gewerkschaftsbürokratie selbst.

Marxismus und Gewerkschaftsfrage

Die marxistische Bewegung kann auf eine lange Geschichte von theoretischen und politischen Diskussionen über die Gewerkschaften und deren Beschränktheit zurückblicken. Die Spartacist League setzt sich damit nicht auseinander. Stattdessen schreibt sie dem Marxismus eine schönfärberische Haltung zu den Gewerkschaften und deren angeblich revolutionärem Potential zu, die nicht nur der marxistischen Doktrin zuwiderläuft, sondern vor allem den langen und bitteren Erfahrungen der Arbeiterklasse mit den Gewerkschaften ins Gesicht schlägt.

Die Spartacist League faßte ihre Ansichten über das Verhältnis der marxistischen Bewegung zu den Gewerkschaften im Juli 1993 in einem *Workers Vanguard*-Artikel zusammen, der den Titel trug: »Workers League gegen die Gewerkschaften« [Die Workers League war die Vorläuferin der SEP]. Darin erklärten sie, daß »für Kommunisten das Hauptziel der Arbeiterbewegung« darin bestehe, »die Gewerkschaften in ein Werkzeug des revolutionären Willens der Proletariats zu verwandeln«.

Diese Behauptung ist von Grund auf falsch. Die revolutionären Marxisten haben es niemals als ihr »Hauptziel« angesehen, die Gewerkschaften zu Instrumenten des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse zu machen. Im Gegenteil, die größten marxistischen Führer haben betont, daß die Gewerkschaften von ihrem ganzen Charakter her bestenfalls als Verteidigungsorganisationen der Arbeiterklasse dienen können, um die im Rahmen des kapitalistischen Systems bestmöglichen Löhne und Arbeitsbedingungen herauszuholen. Mit welcher Taktik die Marxisten auch immer in die Gewerkschaften eingriffen, sie gingen dabei in ihrer Strategie im Prinzip immer von dem engen und beschränkten Charakter des gewerkschaftlichen Kampfes aus. Ihnen ging es immer darum, Arbeitern die Notwendigkeit des Aufbaus unabhängiger politischer Parteien klarzumachen, die sich auf die Perspektive des sozialistischen Internationalismus, des Kampfs um die politische Macht und die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutung gründen sollten.

Die Versuche der Spartakisten, Marx auf ihre eigene politische Mühle umzulenken, führen mitunter zu ausgesprochen lächerlichen Ergebnissen. So weisen sie an einer Stelle auf die Notwendigkeit hin, dem »engstirnigen, national beschränkten Gewerkschaftertum« eine »internationalistische *Perspektive des Klassenkampfes*« (Hervorhebung im Original) entgegenzusetzen. Spartacist zufolge ist das Instrument für die Umsetzung einer solchen Perspektive jedoch nicht eine sozialistische Partei der Arbeiterklasse, sondern vielmehr – die Gewerkschaften, welche aus Organisationen, die von ihrer ganzen Geschichte her zutiefst vom Geist des Nationalismus und der Klassenzusammenarbeit durchdrungen sind, irgendwie in ihr revolutionäres und internationalistisches Gegenteil verwandelt werden.

Dann die folgende verblüffende Aussage: »Tatsächlich war einer der Gründe für den Aufbau der Ersten Internationale durch Karl Marx, zwischen den Arbeitern in Großbritannien und denen auf dem europäischen Kontinent gewerkschaftliche Solidarität herzustellen.«

Mit anderen Worten, Marx gründete die Erste Internationale nicht als internationale revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, der die Gewerkschaften vollständig untergeordnet sein sollten, sondern als Instrument, um die Gewerkschaften aufzubauen und ihre Aktivitäten europaweit zu koordinieren. So versucht die Spartacist League, das Bild von Marx ihrem eigenen anzugleichen, und degradiert ihn zu einem Gewerkschaftsberater.

Wir haben bereits gesehen, welchen theoretischen Unsinn die Spartakisten in Bezug auf die Frage von Lohnkämpfen verbreiten. Man sollte auch im Gedächtnis behalten, mit welcher vollkommen ahistorischer Methode sie sich über die Debatte über das »eherne Lohngesetz« aus den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts verbreiten, um damit etwa 140 Jahre später die Analyse des Internationalen Komitees anzugreifen. Sie steht beispielhaft für das völlige Versagen, politische Fragen in ihrem historischen Zusammenhang und ihrer geschichtlichen

Entwicklung zu betrachten, das für die formale und anti-marxistische Methode der Spartakisten und der kleinbürgerlichen »Linken« insgesamt so charakteristisch ist.

Als Marx und Engels über den ökonomischen Kampf schrieben, kam das Gewerkschaftertum gerade erst auf. In England blühte die kapitalistische Industrie, auf dem Kontinent stand sie erst in ihren Anfängen. Die moderne nationalstaatliche Struktur Europas und Amerikas bildete sich noch heraus. Die sozialistischen Massenparteien der Zweiten Internationale waren noch Zukunftsmusik. Die Arbeiterklasse fing erst an, ihre Erfahrungen mit den Gewerkschaften zu machen. Deren prinzipielle Beschränktheit konnte zwar mit einem wissenschaftlichen Verständnis der Klassenbeziehungen in der kapitalistischen Gesellschaft erfaßt, aber nicht mit absoluter Präzision für die zukünftige Entwicklung der Gewerkschaften vorhergesagt werden.

Seit damals ist eine ganze historische Epoche vergangen. Der Kapitalismus hat sich von der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus und Imperialismus gewandelt. Die Menschheit hat zwei Weltkriege, die Russische Revolution, das Aufkommen des Stalinismus, den Triumph des Faschismus in Europa, den Zusammenbruch der Sowjetunion und Jahrzehnte von gewerkschaftlichem Reformismus und Korporatismus erlebt. Man muß schon ein hoffnungsloser Doktrinär à la Spartacist sein und nicht die leiseste Ahnung von der historisch-materialistischen Methode haben, um anzunehmen, all diese gewaltigen historischen Ereignisse und Erfahrungen würden die heutige marxistische Einschätzung der Gewerkschaften nicht berühren. In Wirklichkeit fiel sogar das Urteil über das Gewerkschaftertum durch Marx und Engels selbst wesentlich schärfer aus, und im Hinblick auf die organische Feindschaft der Gewerkschaft gegenüber dem revolutionären Sozialismus war es kategorisch.

Gewerkschaften und Lohnsystem

Setzt man sich mit den Schriften der wichtigsten marxistischen Theoretiker einmal ernsthaft auseinander, wird man bald sehen, daß die Behauptung von Spartakist, es sei die Hauptaufgabe von Sozialisten, die Gewerkschaften in Instrumente des revolutionären Kampfes zu verwandeln, mit Marxismus nichts zu tun hat. In Wirklichkeit betonten Marx und Engels, daß die Gewerkschaften aufgrund ihrer wesentlichen ökonomischen Funktion das Lohnsystem nicht bekämpften, sondern es vielmehr durchzusetzen halfen.

Worin besteht diese ökonomische Funktion? Mittels der gewerkschaftlichen Organisationsform vereinigen die Arbeiter eines bestimmten Industriezweigs ihre Kräfte, um beim Verkauf ihrer Arbeitskraft den Kapitalisten die günstigsten Bedingungen abzutrotzen. Zum einen liegt darin der Versuch der Arbeiter, ihre Position gegenüber den Unternehmern zu behaupten. Gleichzeitig wird dadurch jedoch, da es auf der Grundlage des Lohnsystems stattfindet, das kapitalistische Lohngesetz durchgesetzt, d.h. auf dem Arbeitsmarkt werden die Löhne beständig annähernd auf der Höhe des Marktpreises der Arbeitskraft gehalten.

So schrieb Marx: »Den trade unions [Gewerkschaften] geht es um nichts anderes, als das Absinken der Löhne unter die traditionelle Höhe in den verschiedenen Industriezweigen zu verhindern. Anders gesagt, sie wollen verhindern, daß der Preis der Arbeitskraft unter seinen Wert fällt. ...« (Zitiert nach: »Marx and Engels on the Trade Unions«, Kenneth Lapides (Hrsg.) New York, Praeger, S.89; aus dem Englischen)

Und Engels schrieb 1881 in dem Artikel »Das Lohnsystem«: »Das Lohngesetz wird durch den gewerkschaftlichen Kampf nicht verletzt; im Gegenteil, er bringt es zur vollen Geltung.« (MEW 19, S. 253)

Rosa Luxemburg entwickelte 1899 in ihrer Polemik gegen den Bernstein'schen Revisionismus den gleichen Gedanken ausführlicher: »Um bei den Gewerkschaften anzufangen, so besteht ihre wichtigste Funktion ... darin, daß sie auf Seiten der Arbeiter das

Mittel sind, das kapitalistische Lohngesetz, d.h. den Verkauf der Arbeitskraft nach ihrem jeweiligen Marktpreis, zu verwirklichen. Worin die Gewerkschaften dem Proletariat dienen, ist, die in jedem Zeitpunkte gegebenen Konjunkturen des Marktes für sich auszunutzen. Diese Konjunkturen aber ... liegen außerhalb der Einwirkungssphäre der Gewerkschaften. Sie können deshalb das Lohngesetz nicht umstürzen; sie können im besten Falle die kapitalistische Ausbeutung in die jeweilig ›normalen‹ Schranken weisen, keineswegs aber die Ausbeutung selbst stufenweise aufheben. ... Was aber die rein ökonomische Seite, ›den Kampf der Lohnrate mit der Profitrate‹ betrifft, wie Bernstein es nennt, so wird dieser Kampf, wie gleichfalls bereits gezeigt, nicht in dem freien blauen Luftraum, sondern in bestimmten Schranken des Lohngesetzes ausgefochten, das er nicht zu durchbrechen, sondern bloß zu verwirklichen vermag.« (»Sozialreform oder Revolution«, in: »Schriften zur Theorie der Spontaneität«, Hamburg 1970, S. 20, 46)

Indem die Spartakisten das Lohngesetz im Kapitalismus ignorieren, es praktisch leugnen und den Gewerkschaften unbegrenzte Möglichkeiten zuschreiben, Lohnerhöhungen zu erkämpfen, verneinen sie damit unbeschadet ihrer Vorliebe für revolutionäre Phrasendrescherei die objektive Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und des Aufbaus einer politischen Partei der Arbeiterklasse, die sich auf den Marxismus stützt. Denn warum sollten sich Arbeiter, wenn sie durch gewerkschaftliche Kämpfe ihre Löhne unbegrenzt erhöhen können, auf einen Kampf um die Macht und die Abschaffung des Kapitalismus einlassen? Bestenfalls wird der Sozialismus dann zu einem moralischen Ideal, der wissenschaftliche Sozialismus wird durch den utopischen ersetzt.

Der Spartacist League ist die reformistische Logik ihrer Position nicht vollständig entgangen. Deshalb fügt sie in der eklektischen Art aller vorgeblichen Anhänger des Marxismus in ihren Angriff auf die Socialist Equality Party und das Internationale Komitee einen Absatz ein, der ihr als theoretischer Deckmantel dienen soll. »Dem gewerkschaftlichen Kampf, wie militant er auch sein mag, sind natürlich Grenzen gesetzt. Wenn die Arbeitskosten einen bestimmten Punkt übersteigen, werden die Kapitalisten mit der Schließung zu wenig profitabler Unternehmen, Einführung neuer, Arbeitskräfte sparenden Technologien und auch der Verlagerung einiger Betriebe in Billiglohnländer reagieren.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Tatsächlich ist dieses Zugeständnis an das Lohngesetz theoretisch falsch. Es versucht den Eindruck zu erwecken, als wäre die Einführung neuer Technologien, mit denen der Anteil der Arbeitskraft im Verhältnis zum konstanten Kapital gesenkt werden soll, einfach ein nebensächlicher Aspekt der kapitalistischen Produktion, eine bloße Abwehrmaßnahme gegen steigende Löhne. Es ist zwar richtig, daß Kapitalisten neue Technologien bewußt und gezielt gegen die Kämpfe von Arbeitern einsetzen; dies ist jedoch bloß ein Aspekt der Sache. Wie Marx und Engels bereits im Kommunistischen Manifest erklärt hatten, ist die ständige Umwälzung des Produktionsprozesses ein zentraler Bestandteil des Kapitalismus. Sie wird nicht nur vom Druck der Arbeiterklasse diktiert, sondern von dem durch den kapitalistischen Markt hervorgebrachten Wettbewerb zwischen konkurrierenden Kapitalisten.

Noch deutlicher tritt die subjektive Methode von Spartacist gleich im nächsten Absatz hervor: »Die Arbeiterbürokratie verweist deshalb auf die Möglichkeit der Kapitalisten, mit solchen Mitteln gewerkschaftliche Errungenschaften rückgängig zu machen, um die Arbeiter zu überreden, ihre derzeitigen Arbeitsbedingungen oder sogar noch schlechtere ohne Kampf zu akzeptieren, und Arbeiter in anderen Ländern zu beschuldigen, sie würden ›amerikanische Arbeitsplätze wegnehmen‹.«

Nachdem die Spartacist League also ein grundlegendes objektives Merkmal des Gewerkschaftertums zugegeben hat, das ständige Steigerung der Löhne unmöglich macht,

beeilt sie sich umgehend, die Schuld daran nicht dem Gewerkschaftertum, sondern allein den niederträchtigen Absichten einzelner Gewerkschaftsfunktionäre zuzuschreiben. Die SEP wäre natürlich die letzte, die den korrupten Charakter und die niedrigen Beweggründe der Gewerkschaftsführer bestreiten würde, aber es ist und bleibt eine Tatsache, daß Arbeitskämpfmaßnahmen, die auf rein gewerkschaftliche Perspektiven beschränkt bleiben, dem ständigen Druck der kapitalistischen Produktion auf Löhne und Rechte der Arbeiter nichts Wirksames entgegensetzen können. Und genau das verschleiert die Spartacist League.

Die theoretischen Einsichten in das Wesen des Gewerkschaftertums, die aus der marxistischen Analyse der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und aus Jahrzehnten historischer Erfahrung gewonnen wurden, zeigen, daß die gewerkschaftliche Organisationsform sich von Natur aus in eine dem Klassenkampf feindliche Richtung entwickelt. Die Tatsache, daß sich die Gewerkschaften historisch aus dem Klassenkampf entwickelt haben, heißt noch lange nicht, daß man diesen Kampf auch mit ihrer Hilfe gewinnen kann. Im Gegenteil: Ihre Rolle war im wesentlichen immer die von Instrumenten, mit denen Arbeiter kollektiv den Preis ihrer Arbeitskraft aushandelten. Die dieser Rolle entsprechende Organisationsform trieb sie unausweichlich in die Klassenzusammenarbeit und Sozialpartnerschaft.

Gegensatz zwischen Gewerkschaften und revolutionärem Marxismus

Deshalb wurzelt der Gegensatz zwischen der revolutionären marxistischen Partei und den Gewerkschaften – eine Erscheinung, die überall zu beobachten ist, wo sich Industriekapitalismus entwickelt hat – im objektiven Charakter der gewerkschaftlichen Organisationsform. Die marxistische Partei verkörpert die historische Mission der Arbeiterklasse als der revolutionären Aufhebung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die Gewerkschaften stützen sich letztlich auf eben diese Produktionsverhältnisse.

Was sind die entscheidenden Merkmale der gewerkschaftlichen Organisationsform? Zunächst organisieren Gewerkschaften die Arbeiter nach bestimmten Berufen oder Industriezweigen, das heißt entsprechend der Nachfrage des kapitalistischen Marktes nach Arbeitskräften. Sie vertreten die Arbeiterklasse also schon von Natur aus nicht als vereinte gesellschaftliche und revolutionäre Kraft. Stattdessen unterteilen sie die Arbeiter in eine Reihe verschiedener Interessengruppen, die der Funktionsweise des kapitalistischen Marktes entsprechen und nicht der historischen Notwendigkeit, diesen Markt zu überwinden. Letztlich verkörpern die Gewerkschaften die Arbeiterklasse als unterdrückten und ausgebeuteten Bestandteil der Gesellschaft, nicht als revolutionäre Klasse.

Aus eben diesem Grund reagieren die Gewerkschaften auch so reaktionär auf den technischen Fortschritt. Entweder versuchen sie, ihn aufzuhalten, um das bestehende Niveau von Beschäftigung und Löhnen zu sichern, oder sie verteidigen Arbeitsplätze und Löhne nicht mehr und beteiligen sich auf Kosten ihrer Mitglieder an der Einführung neuer Produktionsformen. Die Gewerkschaften können nicht gleichzeitig den technischen Fortschritt begrüßen – der den langfristigen, historischen Interessen der Arbeiterklasse dient – und gleichzeitig die unmittelbaren Interessen der Arbeiter verteidigen, die von diesem Fortschritt bedroht sind. Diese Aufgabe kann nur auf der Grundlage einer revolutionären sozialistischen Perspektive gelöst werden. Eine solche Perspektive mobilisiert die Arbeiter unablässig zur Verteidigung ihrer unmittelbaren Interessen, aber gleichzeitig macht sie ihnen die Notwendigkeit klar, daß das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft und Technologie und alle Hebel der Wirtschaft in gesellschaftliches Eigentum überführt werden müssen, damit im Interesse der menschlichen Bedürfnisse, und nicht für den Profit, produziert werden kann.

In »Sozialreform oder Revolution« faßt Rosa Luxemburg die Haltung der Gewerkschaften zur technologischen Entwicklung folgendermaßen zusammen: »Insofern sich die Gewerkschaft in

die technische Seite der Produktion einmischen kann, kann sie offenbar nur ... im Sinne der direkt interessierten einzelnen Arbeitergruppe handeln, also sich Neuerungen widersetzen. In diesem Fall handelt sie aber nicht im Interesse der Arbeiterklasse im ganzen und ihrer Emanzipation, das vielmehr mit dem technischen Fortschritt, d.h. mit dem Interesse des einzelnen Kapitalisten übereinstimmt, sondern gerade entgegengesetzt, im Sinne der Reaktion.« (a.a.O. S. 21)

Außerdem müssen die Gewerkschaften rechtlich bindende Vereinbarungen mit den Unternehmern über den Verkauf der Arbeitskraft abschließen. So weit sie versuchen, diese Vereinbarungen durchzusetzen, setzen sie das Prinzip der bürgerlichen Legalität durch und versuchen, friedliche und stabile Beziehungen zwischen Unternehmer und Arbeiter herzustellen. Jegliche Rebellion der Arbeiter gefährdet diese Beziehungen, und die soziale Revolution bedeutet die Vernichtung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, auf die sich die Gewerkschaften stützen.

Welche weiteren Konsequenzen hat es, den Status der Arbeiter als bloße Verkäufer ihrer Arbeitskraft zu akzeptieren? Es zwingt die Gewerkschaften unweigerlich, sich den veränderten Bedürfnissen des Kapitals nach neuen, auf höherer Ausbeutung beruhenden Formen der Arbeit anzupassen. Wenn neue Methoden und Formen der kapitalistischen Produktion einen neuen Typus von Arbeitern erforderlich machen – einen, der keinen relativ sicheren Arbeitsplatz hat, keinen Achtstundentag, keine feste Arbeitsplatzbeschreibung, Alterszulagen, anständige Rente, Gesundheitsversorgung etc. – wenn sie stattdessen flexible Teilzeit- und Zeitarbeit verlangen, wobei Löhne und Sozialleistungen auf dem armseligsten Niveau bleiben sollen, müssen die Gewerkschaften diesen Erfordernissen des Marktes entweder nachkommen – oder ihren Laden zumachen.

Die historische Erfahrung hat die organische Feindschaft der Gewerkschaften gegenüber dem Klassenkampf und der sozialen Revolution immer wieder praktisch bewiesen. In diesem Zusammenhang sind die Beispiele Großbritanniens und Deutschlands am lehrreichsten, den beiden klassischen Ländern gewerkschaftlicher Modelle. In Großbritannien entstanden und blühten die Gewerkschaften nach dem Zusammenbruch des Chartismus, einer revolutionären politischen Bewegung der Arbeiterklasse. Sie entwickelten sich als rein wirtschaftliche Organisationen und gerieten rasch unter den Einfluß der Industriebourgeoisie. In Deutschland wurden die Massengewerkschaften von der Sozialdemokratie geschaffen. Sie entwickelten sich ursprünglich als der Arm der Partei auf wirtschaftlichem Gebiet und unterstützten offiziell das marxistische Programm. Nichtsdestotrotz wurden die Gewerkschaften in beiden Ländern zu konservativen Verteidigern des Status quo.

Engels und die englischen Gewerkschaften

Engels legte in seinen Schriften über die englische Arbeiterklasse von 1840 beträchtliche Begeisterung über das Wachstum der Streikkämpfe und der Gewerkschaften an den Tag. Aber selbst in diesem frühen Stadium kritisierte er die Beschränktheit der Gewerkschaften und erblickte im Chartismus die höhere und fortgeschrittenere Kampfform. In seinen späteren Schriften verband er den Aufstieg der Gewerkschaften mit dem politischen Niedergang der Arbeiterbewegung, der auf den Zusammenbruch der chartistischen Bewegung nach 1848 folgte. Er wurde zunehmend mißtrauischer in Bezug auf die Gewerkschaften und beschrieb ihre Wandlung von Instrumenten der aufständischen Arbeiterklasse in wohlbestallte Institutionen des offiziellen Status quo.

In einem Brief an Bernstein hielt Engels 1879 mit seiner Meinung über den Zustand der englischen Arbeiterbewegung nicht hinter dem Berg. Er schrieb: »Die englische Arbeiterbewegung dreht sich seit einer Reihe von Jahren auswegslos im engen Kreis der Strikes um Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, und zwar nicht als Notbehelf und Mittel

der Propaganda und Organisation, sondern als letzten Zweck. Die Trades Unions schließen sogar prinzipiell und statutenmäßig jede politische Aktion aus und damit die Teilnahme an jeder allgemeinen Tätigkeit der Arbeiterklasse als Klasse...

Es kann also von einer Arbeiterbewegung hier nur insofern die Rede sein, als hier Strikes vor sich gehen, die, siegreich oder nicht, die Bewegung keinen Schritt weiterführen. Solche Strikes, die dabei in den schlechten Geschäftsjahren oft genug von den Kapitalisten absichtlich herbeigeführt wurden, um einen Vorwand zu haben, ihre Fabriken zu schließen, solche Strikes, bei denen die Arbeiterklasse nicht vom Fleck kommt, zu welthistorischen Kämpfen aufzubauschen, wie es z.B. in der hiesigen ›Freiheit‹ geschieht, kann meiner Ansicht nach nur schaden. Es darf nicht verschwiegen werden, daß in diesem Augenblick eine eigentliche Arbeiterbewegung, im kontinentalen Sinn, hier nicht besteht, und daher glaube ich nicht, daß Sie viel verlieren, wenn Sie vorläufig keine Berichte über das Treiben der hiesigen Trades Unions erhalten.« (MEW, Berlin 1966, Bd. 34, S. 378)

1881 schrieb er: »Die Trade-Unions sind jetzt eine anerkannte Einrichtung geworden, und ihre Funktion als mitbestimmender Faktor bei Lohnregelungen ist in demselben Maße anerkannt wie die Funktion der Fabrikgesetze als bestimmende Faktoren bei der Regelung der Arbeitszeit.« (MEW, Berlin 1969, Bd. 19, S. 257)

Im gleichen Artikel nahm er die Dringlichkeit neuer politischer Kampfformen vorweg, die den erstickenden Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiterklasse überwinden würden: »Überdies sind eine Menge Anzeichen dafür vorhanden, daß die englische Arbeiterbewegung zu dem Bewußtsein erwacht, geraume Zeit einen falschen Weg gegangen zu sein; daß die gegenwärtigen Bewegungen, ausschließlich für höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit, sie in einen verhängnisvollen Kreis bannen, aus dem es kein Entrinnen gibt; daß das Grundübel nicht in den niedrigen Löhnen liegt, sondern im Lohnsystem selbst. Diese Erkenntnis, einmal in der Arbeiterklasse allgemein verbreitet, muß die Stellung der Trade-Unions wesentlich ändern. Sie werden nicht länger das Vorrecht genießen, die einzigen Organisationen der Arbeiterklasse zu sein. Neben den Verbänden in den einzelnen Industriezweigen oder über ihnen muß ein Gesamtverband, eine politische Organisation der Arbeiterklasse als ganzes entstehen.« (a.a.O. S. 260)

In einem berühmten Artikel unter dem Titel »England 1845 und 1885« beschreibt Engels die Wende in der Haltung der Fabrikbourgeoisie zu den Gewerkschaften in der Folge des rapiden Wachstums der britischen Industrie in den Jahren nach der Aufhebung der Korngesetze (1846):

»So veränderte sich allmählich die gegenseitige Haltung beider Klassen. Die Fabrikgesetze, einst der Popanz aller Fabrikanten, wurden jetzt nicht nur willig von ihnen befolgt, sondern mehr oder minder auf die ganze Industrie ausgedehnt. Die Trades Unions, vor kurzem noch als Teufelswerk verrufen, wurden jetzt von den Fabrikanten kajoliert und protegiert als äußerst wohlberechtigte Einrichtungen und als ein nützliches Mittel, gesunde ökonomische Lehren unter den Arbeitern zu verbreiten. Selbst Strikes, die vor 1848 in die Acht erklärt worden waren, wurden jetzt gelegentlich recht nützlich befunden, besonders, wenn die Herren Fabrikanten zu gelegender Zeit sie selbst hervorgerufen hatten.« (MEW, Berlin 1963, Bd.21, S.192f)

Über die »großen Gewerkschaften« schrieb er: »Sie bilden eine Aristokratie in der Arbeiterklasse; sie haben es fertiggebracht, sich eine verhältnismäßig komfortable Lage zu erzwingen, und diese Lage akzeptieren sie als endgiltig. Sie sind die Musterarbeiter der Herrn Leone Levi und Giffen (und auch des Biedermannes Lujo Brentano), und sie sind in der Tat sehr nette traktable Leute für jeden verständigen Kapitalisten im besonderen und für die Kapitalistenklasse im allgemeinen.« ... »Aber was die große Masse der Arbeiter betrifft, so

steht das Niveau des Elends und der Existenzunsicherheit für sie heute ebenso niedrig, wenn nicht niedriger als je.« (a.a.O. S.194)

Was die Beziehungen zwischen der Ersten Internationale und den Gewerkschaften anging, so waren sie, anders als in der Darstellung der Spartakisten, wesentlich antagonistisch. In einem Brief von 1871 an Carlo Caffero, einen italienischen Sozialisten, der dabei war, eine Sektion der Internationale in Neapel aufzubauen, schrieb Engels: »Die trade-unionistische Bewegung ist unter allen großen, mächtigen und reichen Trade-Unions mehr zu einem Hindernis als zu einem Werkzeug für den Fortschritt der allgemeinen Bewegung geworden, ...« (MEW, Berlin 1966, Bd. 33, S.662)

In einem Brief von 1887 an John Mahon, einen schottischen Sozialisten, sagte er: »Was Sie über die Führer der Trade-Unions sagen, ist ganz richtig. Seit Gründung der *Internationale* mußten wir sie bekämpfen. Ihnen entstammen die Macdonalds, Burts, Cremers und Howells, und *ihr* Erfolg auf parlamentarischem Gebiet ermutigt die kleinen Führer, ihr Verhalten nachzuahmen.« (MEW, Berlin 1967, Bd. 36, S. 678)

Zur Zeit der Ersten Internationale richtete Marx beträchtliche Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Gewerkschaften und Streikämpfe, und er ließ die Möglichkeit offen, daß die Gewerkschaften zur revolutionären Befreiung der Arbeiterklasse beitragen könnten. Er hegte jedoch keine Illusionen, sie könnten als Ersatz für die unabhängige politische Organisation der Arbeiterklasse dienen. So sprach er zum Beispiel auf der Basler Konferenz der Internationalen gegen eine Resolution, in der ein französischer Delegierter die Einrichtung eines internationalen Gewerkschaftsverbandes vorgeschlagen hatte. Ein solcher Verband, erklärte der Delegierte, würde »die wahre Kommune der Zukunft« darstellen.

Ein Teilnehmer berichtete, daß Marx in seiner Rede »bestritt, daß es die Kommune der Zukunft sei, weil dieses Projekt immer noch auf der Arbeitsteilung beruhe, was doch eine entscheidende Ursache der Arbeitssklaverei sei. Es könne das Los der Arbeiter zwar etwas erleichtern, aber man könne es nicht als ein Ideal hinstellen«. (Aus »Marx and Engels on the Trade Unions«, S. 196, aus dem Englischen)

Einem anderen Bericht zufolge habe Marx folgendes gesagt: »Die Gewerkschaften sind auf sich allein gestellt machtlos – sie werden eine Minderheit bleiben. Sie haben nicht die Proletariernmassen hinter sich, während die Internationale diese Menschen direkt beeinflusst; die Internationale braucht die Organisation der Gewerkschaften nicht, um die Arbeiter zu gewinnen – die Ideen der Internationalen inspirieren sie unmittelbar. Es ist die einzige Vereinigung, die unter den Arbeitern volles Vertrauen genießt.« (»Marx and Engels on the Trade Unions«, S. 82)

In seinen letzten Lebensjahren hoffte Engels, daß die Entstehung neuer Gewerkschaften unter den stärker unterdrückten Arbeiterschichten, besonders den verarmten Arbeitern im Londoner Stadtteil East End, und auch Kämpfe wie der große Hafenarbeiterstreik von 1889 eine neue, militantere Gewerkschaftswelle ankündigten, die zur Entwicklung einer sozialistischen Massenbewegung der britischen Arbeiter beitragen würde. Die Tochter von Marx, Eleanor, spielte eine führende Rolle in den frühen Kämpfen einer dieser Gewerkschaften, der der Gasarbeiter, und beteiligte sich an der politischen Agitation, die der Gründung der Labour Party vorausging. Kurz vor seinem Tod 1895 jedoch konstatierte Engels bitter die gleiche Neigung der Führer dieser »neuen Trade-Unions«, den selben konservativen Weg zu gehen wie ihre Vorgänger.

Die Lehren der deutschen Sozialdemokratie

Unter deutschen Sozialdemokraten bezeichnete man im allgemeinen die britischen Gewerkschaften als bürgerliche Gewerkschaften. Man war der Meinung, daß die deutschen

Gewerkschaften, die aus der sozialistischen Bewegung hervorgingen und offiziell zum revolutionären Lager zählten, eine ganz andere Rolle spielen würden. Aber als die deutsche Industrie sich besonders in der zweiten Hälfte der 1890er Jahre rasch entwickelte und die Mitgliedschaft und Kassen der Gewerkschaften anschwellen, legten diese schnell die gleichen reaktionären Tendenzen an den Tag wie ihre britischen Gegenstücke.

Eduard Bernstein, der zwanzig Jahre im Exil in England gelebt hatte, gründete seine revisionistischen Theorien zum großen Teil auf die »Erfolge« der britischen Gewerkschaften. Er behauptete, daß die englischen Gewerkschaften die Fähigkeit des gewerkschaftlichen Reformismus und des Parlamentarismus bewiesen hätten, schrittweise die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitalismus zu überwinden und schließlich zu einem friedlichen Übergang zum Sozialismus zu führen.

Während die Führung der Sozialdemokratie, unter ihnen anfangs auch die Gewerkschaftsführer, die Angriffe Bernsteins auf marxistische Prinzipien offiziell zurückwies, drückte doch sein opportunistisches Programm die sozialen Interessen und politischen Neigungen der deutschen Gewerkschaften aus. Die letzteren wurden bald zu einer Basis für opportunistische Tendenzen in der Sozialdemokratie. Im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts nahm die Parteiführung selbst immer mehr die rechte Politik der Gewerkschaften an, und dieser Prozeß spielte eine wichtige Rolle bei der politischen Degeneration, die 1914 im Zusammenbruch der deutschen Sozialdemokratie gipfelte.

Rosa Luxemburg stand im politischen und theoretischen Kampf des marxistischen Parteiflügels gegen die nationale, opportunistische Tendenz an erster Stelle, und oft nahm sie ihre Exponenten im Gewerkschaftsapparat ins Visier. Ihre brillante Polemik gegen Bernstein, »Sozialreform oder Revolution«, war zum großen Teil eine Antwort auf den Versuch, dem Gewerkschaftertum eine revolutionäre Dynamik zuzuschreiben. Zwar gab sie zu, daß die Gewerkschaften notwendig seien, sie nannte deren Anstrengungen jedoch eine »Sisyphusarbeit« und erklärte, daß ihre Erfolge am Ende von der ökonomischen und Handelskonjunktur abhängig seien. Errungenschaften, die in einer Periode gewonnen würden, gingen in der nächsten wieder verloren. Außerdem erklärte sie, je mehr sich die Wirtschaft international entwickeln werde, desto weniger sei es möglich, den nationalen Weg der Gewerkschaften zu gehen.

Als die Mitgliedschaft der Gewerkschaften parallel zum Wachstum der deutschen nationalen Industrie anstieg, begannen die Gewerkschaftsführer für »Gleichberechtigung« [der Gewerkschaften und der Partei] zu agitieren. Sie argumentierten, ihre Rolle als Organisatoren des Tageskampfes mache es nötig, daß sie von den Entscheidungen der Partei unabhängig seien. Rosa Luxemburg bekämpfte ein solches Konzept.

In den ersten zehn Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts wurde dieser Konflikt immer intensiver, besonders nach der russischen Revolution von 1905. Luxemburg begrüßte die Revolution begeistert und bestand darauf, daß sie den Ausbruch der proletarischen Revolution nicht nur in Rußland, sondern in ganz Europa bedeute. Die Gewerkschaften reagierten im Gegensatz dazu mit Schrecken auf die Ereignisse in Rußland. Sie sahen darin eine unmittelbare Bedrohung ihrer Perspektive des friedlichen und schrittweisen Wachstums im Rahmen des deutschen Kapitalismus.

Als Luxemburg erklärte, daß die politischen Massenstreiks, die die zaristische Selbstherrschaft erschütterten, die Form des revolutionären Kampfs der Arbeiterklasse darstellten, und darauf bestand, daß die Sozialdemokratie sich bewußt auf den Ausbruch von Massenstreiks in Deutschland vorbereiten müsse, reagierten die Gewerkschaften mit wütenden Angriffen. Auf einem Gewerkschaftskongreß verabschiedeten sie eine Resolution, die jede weitere Diskussion über die Taktik des Massenstreiks untersagte.

In »Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, geschrieben 1906, vertiefte Rosa Luxemburg ihre Kritik an der Gewerkschaft und warnte vor deren opportunistischen Zügen, ihrer Tendenz, die unterdrücktesten Schichten der Arbeiterklasse auszuschließen, und dem wachsenden Bürokratismus in ihren Reihen. Sie bestand auf der Vorherrschaft der revolutionären Partei über die Gewerkschaften und zeigte den Zusammenhang der gewerkschaftlichen Forderung nach Autonomie und der opportunistischen Tendenz unter Führung von Bernstein auf.

»Die Gewerkschaften vertreten die Gruppeninteressen und eine Entwicklungsstufe der Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie vertritt die Arbeiterklasse und ihre Befreiungsinteressen im ganzen. Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Sozialdemokratie ist demnach das eines Teiles zum Ganzen, und wenn unter den Gewerkschaftsführern die Theorie von der ›Gleichberechtigung‹ der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie so viel Anklang findet, so beruht das auf einer gründlichen Verkennung des Wesens selbst der Gewerkschaften und ihrer Rolle im allgemeinen Befreiungskampfe der Arbeiterklasse.« (»Massenstreik, Partei und Gewerkschaften«, R. Luxemburg, »Politische Schriften«, Leipzig 1970, S. 208)

»Die Theorie von der ›Gleichberechtigung‹ der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie ist also kein bloßes theoretisches Mißverständnis, keine bloße Verwechslung, sondern sie ist ein Ausdruck der bekannten Tendenz jenes opportunistischen Flügels der Sozialdemokratie, der den politischen Kampf der Arbeiterklasse auch tatsächlich auf den parlamentarischen Kampf reduzieren und die Sozialdemokratie aus einer revolutionären proletarischen in eine kleinbürgerliche Reformpartei umwandeln will. Wollte die Sozialdemokratie die Theorie von der ›Gleichberechtigung‹ der Gewerkschaften akzeptieren, so würde sie damit in indirekter Weise und stillschweigend jene Verwandlung akzeptieren, die von den Vertretern der opportunistischen Richtung längst angestrebt wird.« (a.a.O. S. 209-10)

In klaren und deutlichen Sätzen, die eine gedrängte und leidenschaftliche Zusammenfassung der politischen Verantwortung der Marxisten im Kampf gegen den Gewerkschafts-Fetischismus enthalten, entwarf Luxemburg eine brillante Erwiderung nicht nur auf Bernstein, sondern auch auf seine heutigen politischen Nachfolger. Wie die folgenden Absätze zeigen, bedienten sich die Gegner der Marxisten zur Zeit Rosa Luxemburgs der gleichen demagogischen Argumente wie heute Spartacist gegen das Internationale Komitee. Was ist laut Spartacist League das größte Verbrechen des Internationalen Komitees? Daß es die Behauptung zurückweist, die existierenden Gewerkschaften könnten wieder zum Leben erweckt und in militante, ja sogar revolutionäre Arbeiterorganisationen verwandelt werden, dadurch verbreitet es angeblich Defätismus unter den Arbeitern.

Hier ist die Antwort, die Rosa Luxemburg auf solche Anschuldigungen gab: »Und schließlich wird aus dem Verschweigen der dem gewerkschaftlichen Kampfe gezogenen objektiven Schranken der bürgerlichen Gesellschaftsordnung eine direkte Feindseligkeit gegen jede theoretische Kritik, die auf diese Schranken im Zusammenhang mit den Endzielen der Arbeiterbewegung hinweist. Die unbedingte Lobhudelei, der grenzenlose Optimismus werden zur Pflicht jedes ›Freundes der Gewerkschaftsbewegung‹ gemacht. Da aber der sozialdemokratische Standpunkt gerade in der Bekämpfung des kritiklosen gewerkschaftlichen Optimismus, ganz wie in der Bekämpfung des kritiklosen parlamentarischen Optimismus besteht, so wird schließlich gegen die sozialdemokratische Theorie selbst Front gemacht: Die Gewerkschaftsbeamten suchen tastend nach einer ›neuen Theorie‹, die *ihren* Bedürfnissen und *ihrer* Auffassung entsprechen würde, das heißt nach einer Theorie, die den gewerkschaftlichen Kämpfen im Gegensatz zur sozialdemokratischen Lehre auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung ganz unbeschränkte Perspektiven des wirtschaftlichen Aufstiegs eröffnen würde.« (a.a.O. S.218-19)

Luxemburg zeigte weiter, wie sich hinter dem zur Schau getragenen Optimismus der Opportunisten eine tiefe Skepsis in die revolutionären Fähigkeiten der Arbeiterklasse verbarg, und zugleich Feindschaft gegen die politische Aufgabe der Marxisten, die Arbeiter mit dem theoretischen Rüstzeug zu versehen, damit sie ihre eigenen Erfahrungen kritisch bewerten und dadurch ein wissenschaftliches Verständnis der gesellschaftlichen Beziehungen im Kapitalismus und der Notwendigkeit seiner revolutionären Überwindung gewinnen können.

Der folgende Absatz von Rosa Luxemburg ist gleichzeitig eine vernichtende Verurteilung der Spartacist League und ihrer Verachtung für jede ernsthafte theoretische und historische Einschätzung des Gewerkschaftertums (oder jeder anderen Grundfrage, ob es sich um das Wesen der Weltwirtschaft, den Stalinismus oder die nationale Frage handelt) und ihren Versuch, die Arbeiter im Gegenteil davon abzuhalten, irgend eine grundlegende Lehre aus ihren Erfahrungen zu ziehen.

»Im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die gerade auf der Einsicht der Masse in die Widersprüche der bestehenden Ordnung und in die ganze komplizierte Natur ihrer Entwicklung, auf dem kritischen Verhalten der Masse zu allen Momenten und Stadien des eigenen Klassenkampfes ihren Einfluß basiert, wird der Einfluß und die Macht der Gewerkschaften nach dieser Theorie auf der Kritik- und Urteilslosigkeit der Masse gegründet. ›Dem Volke muß der Glaube erhalten werden‹ – dies ist der Grundsatz, aus dem heraus manche Gewerkschaftsbeamten alle Kritik an den objektiven Unzulänglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung zu einem Attentat auf diese Bewegung selbst stempeln.« (a.a.O. S. 220)

Lenin war in der Frage der Gewerkschaften ganz und gar einer Meinung mit Luxemburg; das geht aus seinem Kampf gegen die russischen Ökonomen um die Jahrhundertwende eindeutig hervor. Er nannte sie eine Abart des Bernsteinianischen Revisionismus. »Was tun« ist eine ausgedehnte Polemik gegen den Versuch, den Marxismus auf das Niveau des Gewerkschaftertums zu degradieren, das Lenin bekanntermaßen »das bürgerliche Bewußtsein der Arbeiterklasse« bezeichnete.

Die Tatsache ist nicht unwichtig, daß die russischen Gewerkschaften in der Oktoberrevolution keine nennenswerte Rolle spielten. Tatsächlich arbeitete die große Eisenbahnergewerkschaft, die von den Menschewiken beherrscht wurde, aktiv gegen die sozialistische Machteroberung.

Einen wichtigen Beitrag zur marxistischen Analyse der Gewerkschaften leistete Trotzki 1915 in »Der Krieg und die Internationale«. Er betonte deren historische Unterordnung unter die nationale Wirtschaft und den Staat, als er schrieb: »Unmittelbar an die Entwicklung der nationalen Industrie angelehnt, ihren Erfolgen auf dem nationalen und Weltmarkt angepaßt, die Bewegung der Preise für Rohmaterialien und Fertigfabrikate kontrollieren, bildeten sich die mächtigen zentralisierten Berufsverbände Deutschlands.« ... »Die Taktik der Gewerkschaften war, bei unbestrittener Überlegenheit der deutschen Organisation, prinzipiell ein und dieselbe in Berlin und London: ihre Krönung bestand in dem System der Tarifverträge.« (L. Trotzki: »Europa im Krieg«, Essen 1998, S. 439)

Wie dieser kurze geschichtliche Rückblick zeigt, haben sich die Gewerkschaften in einer opportunistischen Richtung entwickelt, ungeachtet ob sie unabhängig von der marxistischen Partei entstanden oder von ihr gegründet worden waren. Wie das »neue Gewerkschaftertum« [»new unionism«] in England außerdem zeigte, nahmen sie sogar dort, wo sie die unterdrückteren Schichten der Arbeiter vertraten, schnell einen feindlichen Standpunkt gegen den Klassenkampf und die sozialistische Revolution ein.

Die Geschichte hat darüber hinaus gezeigt, daß die Gewerkschaften gerade dann am erfolgreichsten sind, wenn der nationale Markt am besten geschützt ist und die nationale Bourgeoisie eine außergewöhnlich günstige Position auf dem Weltmarkt innehat. Dies sind

Zeiten, in denen der Klassenkampf allgemein abebbt und das politische Bewußtsein und die Aktivität der Arbeiterklasse sinken. Das war so in England auf der Höhe seines industriellen Monopols im 19. Jahrhundert, in Deutschland in der Zeit seines explosiven industriellen Wachstums um die Jahrhundertwende und in den USA zur Zeit ihrer ökonomischen Vormachtstellung nach dem Zweiten Weltkrieg.

Je mehr der Klassenkampf sich in Richtung einer revolutionären Konfrontation mit der Bourgeoisie entwickelt hat, desto mehr sind die Arbeiter in Wirklichkeit mit den Gewerkschaften in Konflikt gekommen. So in Deutschland in der Zeit vor Ausbruch des Weltkriegs, als die Arbeiter sich unabhängig von den Gewerkschaften zu regen begannen und neue Kampfformen wie die Arbeiterräte entwickelten. Und als die proletarische Revolution in Deutschland am Ende des Krieges ausbrach, spielten die Gewerkschaften eine entscheidende Rolle in der konterrevolutionären Unterdrückung der Massenbewegung durch die Sozialdemokratie. Es ist kein Zufall, daß Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht im Januar 1919 ermordet wurden, als Friedrich Ebert – der aus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitze stammte – erster Präsident der Weimarer Republik geworden war.

Der historische Niedergang des Gewerkschaftertums

Man sollte im Kopf behalten, daß die großen Marxisten des ausgehenden 19. Jahrhunderts und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts über Gewerkschaften schrieben, die trotz all ihrer schwerwiegenden Beschränktheiten eine weitaus größere Rolle im täglichen Leben der Arbeiterklasse spielten als die heutigen verkommenen Gewerkschaftsorganisationen. Besonders die deutschen Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg sorgten für viele soziale Einrichtungen und waren ein Mittelpunkt des kulturellen Lebens der Arbeiter. Zumindest offiziell unterstützten sie die sozialistischen Bestrebungen der Arbeiterklasse; breite Schichten von Arbeitern betrachteten sie als ihre Führung und nahmen an ihren Aktivitäten teil. Die Führer der deutschen Massengewerkschaften waren von der Partei ausgebildet worden und bezeichneten sich als Marxisten.

Selbst in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg beriefen sich die größeren Gewerkschaften Europas in verschiedener Form auf den Sozialismus, und in den USA war der AFL-CIO immer noch bis zu einem gewissen Grad Kristallisationspunkt militanter Verteidigungskämpfe von Arbeitern gegen die Übergriffe des Kapitals. Es war eine Sache, wenn die revolutionäre Partei unter diesen Bedingungen als eine ihrer Haupttaktiken Forderungen an die Gewerkschaftsführung stellte, um die Gewerkschaftsbürokratie vor den Arbeitern zu entlarven. Heute, nach zwei Jahrzehnten, in denen die Gewerkschaften ihren Niedergang im wesentlichen vollendet, die grundlegendsten Interessen der Arbeiterklasse verraten und sich offensichtlich in verlängerte Arme der Unternehmer und des Staates verwandelt haben, ist es etwas völlig anderes.

In dem 1937 geschriebenen Artikel »Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?« antwortete Trotzki auf all diejenigen, die argumentierten, die Verbrechen der stalinistischen Bürokratie und ihre totalitären Methoden hätten die Charakterisierung der Sowjetunion durch die Vierte Internationale als degenerierten Arbeiterstaat hinfällig gemacht. Er schrieb: »Der Klassencharakter eines Staates ist durch sein Verhältnis zu den Formen des Eigentums an den Produktionsmitteln bestimmt.« (L. Trotzki, Schriften, Band 1.2, Hamburg 1988, S. 1125) Soweit sich daher das sowjetische Regime weiterhin auf die von der Oktoberrevolution geschaffenen verstaatlichten Eigentumsformen stütze, bleibe es ein Arbeiterstaat. Gleichzeitig betonte Trotzki, daß diese Einschätzung nicht zeitlos sei. Wenn der grauenhaften Entartung des sowjetischen Staates nicht Einhalt geboten werde, indem die sowjetische Arbeiterklasse Stalins Regime stürze und das nationalistische Programm des Kreml durch das internationale

revolutionäre Programm des Bolschewismus ersetzt würde, vollende die Bürokratie unweigerlich ihre konterrevolutionäre Rolle und würde den Kapitalismus wiederherstellen.

Zur Illustration zog Trotzki einen Vergleich mit den Gewerkschaften heran. »Der Charakter einer Arbeiterorganisation wie etwa einer Gewerkschaft ist durch ihr Verhältnis zur Verteilung des Nationaleinkommens bestimmt. Der Umstand, daß Green [damaliger Präsident des AFL] und Konsorten das Privateigentum an den Produktionsmitteln verteidigen, kennzeichnet sie als Bourgeois. Verteidigten diese Herren zudem noch die Einkünfte der Bourgeoisie gegen alle Angriffe der Arbeiter, d.h. führten sie einen Kampf gegen Streiks, gegen Lohnerhöhungen und gegen die Arbeitslosenunterstützung, dann hätten wir eine gelbe [Streikbrecher-]Organisation und keine Gewerkschaft vor uns.« (a.a.O. S. 1125f)

Betrachtet man die Rolle, die der AFL-CIO und seine internationalen Pendanten in letzter Zeit gespielt haben, und mißt man sie an Trotzki's Maßgabe, daß eine Gewerkschaft insoweit eine Arbeiterorganisation ist, wie sie den Anteil der Arbeiter am Nationaleinkommen verteidigt, dann ist klar, daß das aufgestellte Kriterium von diesen Organisationen schon seit einer ganzen Weile nicht mehr erfüllt wird. Seit geraumer Zeit hat der AFL-CIO aktiv mit der Bourgeoisie zusammengearbeitet, um den Lebensstandard der Arbeiterklasse zu senken, Streiks zu sabotieren und Arbeiter ins Gefängnis oder auf die Straße zu werfen. Vor kurzem hat er außerdem die »Reform des Sozialstaats« begrüßt, mit der die herrschende Klasse Millionen Arbeitslose in ein neues Reservoir extrem ausgebeuteter Billigarbeitskräfte verwandeln will.

Arbeiter sind heute in Gewerkschaftsorganisationen gefangen, die zu korporatistischen Syndikaten verkommen sind und von kleinbürgerlichen Bürokratien beherrscht werden, deren Interessen zur Verteidigung des Anteils ihrer Basis am Nationaleinkommen nicht mehr die geringste Beziehung haben.

5. Glorifizierung des CIO

Wenn die Spartacist League die Krise der Arbeiterbewegung damit lösen will, daß der AFL-CIO »Dampf macht«, dann verwandelt sie die Geschichte der amerikanischen Gewerkschaften in einen Mythos. Sie stützt ihre Position auf eine völlig einseitige und falsche Darstellung der Ursprünge und frühen Entwicklung des CIO. In Wirklichkeit sind die Keimzellen der künftigen Degeneration der Gewerkschaften schon in den politischen Grundlagen des CIO angelegt worden.

Es stimmt, daß die CIO-Gewerkschaften (Congress of Industrial Organisations) in der zweiten Hälfte der 30er Jahre aus einer Massenbewegung der Arbeiterklasse in der Industrie entstanden. Die Depression verlieh dieser sozialen Bewegung revolutionäre Ausmaße. Die soziale Katastrophe führte nicht nur zu explosiven Unruhen, sondern untergrub auch das Vertrauen von Millionen und Abermillionen in das kapitalistische System selbst.

Es war allerdings in keiner Weise abzusehen, daß sich die Bewegung auf einen Kampf für Industriegewerkschaften beschränken würde. Sie hätte ebenso eine revolutionäre politische Tendenz hervorbringen können, die sich bewußt gegen das kapitalistische System richtet. Die Tatsache, daß der Aufschwung der Kämpfe über eine enge gewerkschaftliche Form nicht hinausging und zu einer institutionalisierten Arbeiterbewegung führte, die das Profitsystem verteidigte und die Arbeiterklasse den kapitalistischen Parteien unterordnete, war in erster Linie auf die Rolle der CIO-Führung zurückzuführen. Sie arbeitete mit der Roosevelt-Regierung zusammen und stützte sich politisch auf die stalinistische Kommunistische Partei.

Diejenigen AFL-Führer, die mit ihren Kollegen in der Bürokratie brachen, um 1935 den CIO zu gründen, wie John L. Lewis, Sidney Hillman und andere, versuchten, die zunehmende Militanz der Arbeiter in der Massenproduktion in die Bahnen einer Gewerkschaftsorganisation zu lenken, die loyal zum Profitsystem stand und den offiziellen Segen des kapitalistischen Staates hatte. Sie reagierten auf deutliche Anzeichen, daß sich die Bewegung in eine revolutionäre Richtung zu entwickeln begann und sozialistische Tendenzen mehr Einfluß bekamen. Im Jahr davor hatten Generalstreiks drei große Städte, San Franzisko, Toledo und Minneapolis, erschüttert. In allen drei Fällen spielten Sozialisten, Stalinisten und Trotzisten eine führende Rolle.

Roosevelt reagierte darauf mit dem Wagner-Gesetz, das die gesetzliche Grundlage für die Bildung von Gewerkschaften schuf. Er errichtete die National Labor Relations Board, die Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen, die die Regeln für den Aufbau von Industriegewerkschaften festlegte und die Kontrolle des Staates über ihren politischen Charakter sicherte. Es gibt keinen Zweifel, daß Roosevelts Regierung Lewis und Co. in ihren Bemühungen bestärkte, eine Bewegung von Industriegewerkschaften zu schaffen, die den Interessen des amerikanischen Kapitalismus diene. Dies war Bestandteil seiner New-Deal-Reformen, die letztlich das Profitsystem gegen die Gefahr einer sozialistischen Revolution verteidigen sollten und weitsichtiger waren, als viele führende amerikanische Kapitalisten damals erkannten. Die führenden CIO-Funktionäre unterstützten dieses Ziel. Daß sie in der Lage waren, den CIO zu festigen, hing letztlich mit der Sympathie der Roosevelt-Regierung zusammen.

Eine detaillierte Analyse der frühen Jahre des CIO kann dieses Dokument nicht leisten. Aber die bekanntesten Tatsachen beweisen, in welchem Ausmaß die Errichtung von Industriegewerkschaften in den USA von der Unterstützung der Regierung abhing. Nach dem Sieg der Sitzstreiks bei General Motors 1937, die fast unabhängig von den führenden CIO-Funktionären ausbrachen und von örtlichen militanten Führern und Sozialisten geleitet wurden, endeten die meisten Kämpfe unter der Führung des CIO in Niederlagen.

Den einzigen Durchbruch, den der CIO in der Stahlindustrie bis 1941 erreichte, war die Anerkennung der Gewerkschaft SWOC durch den Konzern US Steel im März 1937, wenige Wochen nach dem Sieg der Autoarbeiter bei GM. Auch war dies nicht einfach das Ergebnis des Streiks, sondern einer bewußten Entscheidung des US-Steel-Vorstands, der zur Schlußfolgerung gelangte, die SWOC könnte ein stabilisierender Faktor in den Stahlwerken werden.

Der Versuch, die zweite Runde größerer Stahlproduzenten gewerkschaftlich zu organisieren, die sogenannten »Little Steel«-Unternehmen wie Bethlehem, Republic und Inland, stieß auf heftigen Widerstand der Unternehmer und brach im Sommer 1937 zusammen. Zu diesem Zeitpunkt geriet der CIO als ganzes in die Krise. Der fundamentale Widerspruch zwischen der rechten politischen Perspektive und Klassenkollaboration der CIO-Führung und den Bestrebungen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse wurde bereits offensichtlich.

1938 forderte Leo Trotzki, die Socialist Workers Party, die damalige trotzkistische Bewegung in den USA, solle vom CIO den Bruch von Roosevelt und den Aufbau einer Arbeiterpartei verlangen. Auch sollte sie ein sozialistisches Programm von Übergangsforderungen für eine solche Partei ausarbeiten. Er schlug damit der SWP einen taktischen Schritt vor, der die Massenbewegung vom lähmenden Einfluß des reformistischen Gewerkschaftertums befreien könnte. Die neue Gewerkschaftsbewegung sei in eine Sackgasse geraten, argumentierte Trotzki. Der Aufschwung der Arbeiterbewegung werde entweder eine unabhängige politische Form annehmen, oder sie werde zurückgeschlagen und demoralisiert.

Zwei Jahre später schrieb er: »Die Gründung der CIO ist der unwiderlegliche Beweis für die revolutionären Tendenzen innerhalb der arbeitenden Massen. Im höchsten Grade bezeichnend und bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, daß die neue 'linke' Gewerkschaftsorganisation, kaum gegründet, schon in die eiserne Umarmung durch den imperialistischen Staat fiel. Der Kampf zwischen den Leitungen der alten und der neuen Föderation kann weitgehend auf den Kampf um Roosevelts und seines Kabinettes Sympathie und Unterstützung reduziert werden.« [Trotzki, *Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs*, in: Leon Trotsky, *Marxismus und Gewerkschaft*, Essen 1976, S. 16]

Vor 1941 blieb die Mitgliederzahl des CIO immer unter der zwei-Millionen-Grenze. Zu Beginn jenes Jahres gehörten rund 40 Prozent der beitragszahlenden Mitglieder zu den United Mine Workers (Bergarbeitergewerkschaft) und den Amalgamated Clothing Workers (Textilarbeitergewerkschaft), die das Rückgrat des CIO bei seiner Gründung bildeten. Die Gesamtzahl der Arbeiter, die der CIO bis dahin gewonnen hatte, erreichte nur knapp eine Million. Die United Auto Workers (Autoarbeitergewerkschaft), SWOC (Stahlarbeitergewerkschaft) und United Rubber Workers (Gewerkschaft der Gummiindustrie) brachten es zusammen nur auf knapp 200.000 beitragszahlende Mitglieder, weniger als die Amalgamated Clothing Workers allein.

Im Laufe des Jahres 1941 konnte sich der CIO schließlich konsolidieren. Der Dachverband und seine Einzelgewerkschaften konnten Tarifverträge bei Ford, den Little Steel Fabriken, den größten Elektronikproduzenten und anderen wichtigen Industriebereichen aushandeln. Reine Gewerkschaftsbetriebe, die automatisch die Beiträge einzogen, entwickelten sich ebenso wie Antistreikparagraphen, Schlichtungsverfahren und andere Maßnahmen, die dazu dienten, die Militanz der Basis im Zaum zu halten.

Je mehr jedoch die CIO-Gewerkschaften wuchsen und sich stabilisierten, umso mehr zeigte sich ihre Abhängigkeit von der Regierung, und ihr staatstragender Charakter wurde zur immer festeren Einrichtung. Die Entwicklung der neuen Gewerkschaften ging nämlich Hand in Hand mit den Vorbereitungen des amerikanischen Imperialismus, in den Zweiten Weltkrieg einzutreten. Die Roosevelt-Regierung unterstützte die Gewerkschaftserfolge Anfang 1941 und schmeichelte der CIO-Führung, weil sie im CIO eine nützliche und entscheidende Kraft für die Mobilisierung der Industriearbeiter für den Krieg sah. Sie sollte zudem die Arbeitsdisziplin im Krieg durchsetzen.

Die CIO-Führung ihrerseits suchte und akzeptierte bereitwillig die massive Unterstützung der Regierung. Sie argumentierte, die Anerkennung der Gewerkschaften und die Tarifverträge würden die Heimatfront stabilisieren und den amerikanischen Interessen an der internationalen Front dienen. Schon 1940 legte der Vorsitzende der UAW, Walter Reuther, einen Plan vor, der die Zusammenarbeit der Gewerkschaft mit dem Management und der Regierung bei der Steigerung und Koordination der Kriegsproduktion vorsah. Im Mai desselben Jahres ernannte Roosevelt Hillman zum Mitglied der nationalen Verteidigungskommission.

Während des Krieges spielte der CIO hauptsächlich die Rolle, die Arbeitsdisziplin aufrechtzuerhalten. Unmittelbar nach Pearl Harbor akzeptierten sowohl der CIO als auch der AFL freiwillig Streikverbote und stimmten Lohnkontrollen zu. Der CIO arbeitete durch seine Beteiligung an der nationalen Kriegsbehörde für Arbeitsbeziehungen mit den Großunternehmen und der Regierung zusammen, um die Arbeiterklasse in Schach zu halten. Nach wie vor gab es eine starke Militanz unter den Arbeitern, was sich in der Zahl der Streiks trotz Streikverbot ausdrückte.

Der CIO spielte den patriotischen Juniorpart bei der Kriegsvorbereitung und ganz allgemein bei der Unterstützung des amerikanischen »way of life«. CIO-Vorsitzender Phillip Murray

und andere CIO-Führer forderten in öffentlichen Erklärungen eine ständige Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften, Unternehmern und der Regierung. Unter anderem traten sie für die Errichtung von Arbeitsgerichten und anderen gemeinsamen Institutionen von Gewerkschaft und Arbeitgebern ein.

Als Gegenleistung für die Unterdrückung des Klassenkampfes verlangte der CIO den Ausbau und die Institutionalisierung von Maßnahmen zur Stärkung des Gewerkschaftsapparats, wie den 'closed shop' (Betriebe, in denen alle Arbeiter Gewerkschaftsmitglieder sein müssen), Tarifverträge und vor allem die automatische Einbehaltung der Gewerkschaftsbeiträge bei der Entlohnung. Dies sei notwendig, um die Arbeiter unter Kontrolle zu halten, erklärte der CIO. Wörtlich heißt es in einer gewerkschaftlichen Erklärung dieser Zeit: »Die Gewerkschaft übernimmt die Verantwortung, Arbeitsunterbrechungen zu verhindern und dafür zu sorgen, daß alle Arbeiter den Tarifvertrag einhalten und Konflikte friedlich beilegen. Auch sorgt sie dafür, daß Löhne und andere Kostenfaktoren während der Laufzeit des Tarifvertrags stabil bleiben.« (zitiert nach: Robert H. Zieger, *The CIO: 1935-55*, Chapel Hill, University of North Carolina Press, S. 146; Aus dem Englischen übersetzt)

Ohne gewerkschaftlich organisierte Betriebe und automatische Einziehung der Beiträge, so argumentierte der CIO weiter, wären die Funktionäre gezwungen, sich den unzufriedenen Arbeitern anzupassen, die durch Nichtzahlung ihrer Beiträge Druck ausüben könnten.

Auf dieser korporatistischen Grundlage nahm die Mitgliedschaft des CIO während des Kriegs enorm zu, ebenso wie die Einnahmen des CIO und seiner Einzelgewerkschaften. Die Bürokratie verstärkte ihre Kontrolle über die Masse der Arbeiter auf der Grundlage ihres neugewonnenen Einkommens und des offiziellen Segens des Staates.

Mit Beginn des Kalten Kriegs ließ der CIO seine radikalen Phrasen fallen, verbündete sich fest mit dem amerikanischen Kapitalismus und unterstützte seinen antikommunistischen Kreuzzug. Säuberungen von linken und sozialistischen Elementen in der Gewerkschaft gingen Hand in Hand mit der Beteiligung an den amerikanischen Unterwanderungsversuchen radikaler und pro-sowjetischer Arbeiterorganisationen auf der ganzen Welt. Dies war nur die logische Konsequenz der politischen Orientierung des CIO von Anfang an.

Die Spartacist League verteidigt den AFL-CIO

Um ihre Position aufrechterhalten zu können, muß die Spartacist League die tatsächliche Entwicklung des AFL-CIO beschönigen. Vor allem betrifft dies die letzten zwanzig Jahre, eine ganze historische Periode, in denen die Gewerkschaften mit der herrschenden Klasse zusammengearbeitet und drastische Rückschläge für die Arbeiterklasse organisiert haben. Spartacist muß die vielen Anzeichen für eine veränderte Beziehung zwischen Arbeitern und Bourgeoisie ignorieren.

Sie muß die empirischen Fakten für den Niedergang des AFL-CIO übergehen und die Tatsache vom Tisch wischen, daß die Degeneration der Gewerkschaften nicht einfach ein amerikanisches, sondern ein allgemeines, ein weltweites Phänomen ist. Ebenso muß sie die historische Haltung von Marxisten zu den Gewerkschaften grob verfälschen.

Die nationalistische Politik der Spartakisten treibt sie zur politischen Unterstützung der amerikanischen Gewerkschaftsbürokratie, der rückständigsten und reaktionärsten Arbeiterbürokratie auf der Welt. Die allgemeine Tendenz der Gewerkschaften zum Bürokratismus, zur Klassenzusammenarbeit und Integration in den kapitalistischen Staat drückt sich in der amerikanischen Bürokratie am krassesten aus.

Als soziale Schicht zeichnet sich die AFL-CIO-Bürokratie durch ihre Kurzsichtigkeit aus, durch Skrupellosigkeit bei der Verfolgung ihrer persönlichen Interessen, Parasitentum, Kriecherei vor der Bourgeoisie, Furcht und Haß vor der Arbeiterklasse und richtiggehende

Kriminalität. Die Gewerkschaften werden von kleinbürgerlichen Elementen geführt, die regelrechte Abscheu vor ehrlicher Arbeit haben und Gewerkschaftsposten anstreben, um sich Vermögen und Status anzueignen, die ansonsten für sie aufgrund ihrer beschränkten Talente und Intelligenz unerreichbar wären. In ihrer Gesamtheit verkörpert die Bürokratie eine Schicht, die man normalerweise in den Reihen der organisierten Kriminalität antrifft. Es ist kein Zufall, daß die amerikanischen Gewerkschaften so enge Beziehungen zur Mafia haben.

Ungeachtet seiner kläglichen Leistungen bei der Verteidigung der Interessen der Mitglieder bleibt das Führungspersonal der Bürokratie Jahr für Jahr im wesentlichen unverändert. Während Firmenmanager normalerweise abgesetzt werden, wenn sie die Erwartungen der Aktionäre nicht erfüllen, überstehen die AFL-CIO-Führer ein Debakel nach dem andern. Kein seriöses mittelständisches Unternehmen würde die Unfähigkeit, die die AFL-CIO-Führung an den Tag legt, tolerieren. Die Tatsache, daß innerhalb der Gewerkschaften derartige Inkompetenz ungestraft bleibt, demonstriert die Fäulnis dieser Organisationen.

Erstens gibt es in ihnen keinerlei Demokratie. Arbeiter, die der Politik der Führung widersprechen, werden regelmäßig eingeschüchtert und nicht selten tätlich angegriffen. In keinem anderen Bereich des amerikanischen Lebens sind die Arbeiter so rechtlos wie in den Gewerkschaften. Zweitens ist die Unbeweglichkeit der AFL-CIO-Führung auch Ausdruck der tiefen Entfremdung der Mitglieder vom gesamten Gewerkschaftsapparat. Die Kluft zwischen der Bürokratie und der Mitgliedschaft, ganz zu schweigen von der Distanz zu größeren Teilen der Arbeiterklasse, die nicht in den Gewerkschaften organisiert sind, ist darin ausgedrückt, daß Arbeiter im allgemeinen Mißtrauen und sogar Abscheu für diese Organisationen empfinden.

Die Spartacist League häuft Widersprüche auf Widersprüche, die sie nicht beantworten kann, nur um jede objektive Grundlage für die Degeneration der Gewerkschaften leugnen zu können. Sie fordert, daß der AFL-CIO alle möglichen militanten Aktionen durchführt, wie Massenkundgebungen, Massenstreiks, internationale Streiks, etc. Aber warum sollte jemand annehmen, der AFL-CIO sei willens und fähig, derartige Maßnahmen zu ergreifen, nachdem er in den letzten Jahren immer mehr auch die beschränktesten Formen des Klassenkampfes zurückgewiesen hat? Warum bewegt sich der AFL-CIO zur Zeit genau in die entgegengesetzte Richtung?

Wäre es nicht angebracht, ernsthaft darüber nachzudenken, warum seit Jahren die Streiks zurückgehen und 1996 ihre Zahl ein historisches Tief von 37 größeren Streiks erreicht hat, statt den Arbeitern zu empfehlen, sie sollen ihre Energie dafür einsetzen, daß der AFL-CIO zu Massenstreiks gezwungen wird?

In ihrem Perspektivdokument fordert die Spartacist-Tendenz als zentralen Punkt ihrer Strategie, daß der AFL-CIO eine Massenkampagne zur Organisierung des amerikanischen Südens durchführt. Dies könnte den Gewerkschaften ihr verlorenes Ansehen in der Arbeiterklasse zurückbringen, behauptet sie.

Aber es gibt ein Problem, das sie dabei nicht berücksichtigt. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg hatte der CIO mit großem Getöse eine Kampagne zur Organisierung des Südens angekündigt. Es wurde ein klägliches Fiasko. Und dies unmittelbar in der Zeit nach der Streikwelle von 1945-46, dem massivsten Aufschwung der Kämpfe in der amerikanischen Geschichte. Noch dazu waren zu diesem Zeitpunkt 70 Prozent der Arbeiter in den Schlüsselindustrien gewerkschaftlich organisiert, der CIO hatte noch nicht seine antikommunistische Säuberung radikaler und sozialistischer Elemente durchgeführt und der Kampfgeist der großen Besetzungstreiks der späten 30er Jahre lebte noch fort.

Wie kann man die Unfähigkeit des CIO, Mitte bis Ende der 40er Jahre den Süden zu organisieren, erklären? Und wenn die offizielle Arbeiterbewegung der damaligen Zeit nicht in

der Lage war, diese Aufgabe durchzusetzen, weshalb sollten dann ihre heutigen degenerierten Nachfolger dieser Herausforderung gewachsen sein?

Zu erklären, es sei nur eine Frage schlechter Führer, beantwortet gar nichts. Wenn man die vergangenen zwei Jahrzehnte von verratenen und ausverkauften Streiks, zerschlagenen Gewerkschaften, Zugeständnissen an die Arbeitgeber und sinkenden Mitgliederzahlen nur mit den schlechten subjektiven Qualitäten der Gewerkschaftsführer erklärt, dann muß man zum Schluß kommen, daß die vorherigen Führer – George Meany, Walter Reuther, I.W. Abel, usw., die die Gewerkschaften in der Zeit steigender Löhne und viel größerer Mitgliedszahlen führten – »gute Führer« waren. Will man eine solche Unterscheidung der Führer nicht machen, muß man sich der Frage stellen, wie es zu einer solchen Degeneration kommen konnte und warum die ganze Gewerkschaftsführung eine derart verräterische Politik akzeptiert hat.

Die Degeneration der Gewerkschaften – ein internationales Phänomen

Außerdem, warum betreiben die Gewerkschaften auf der ganzen Welt eine ähnliche Politik? Warum arbeiten sie so eng mit den Unternehmern zusammen und händigen ihnen Errungenschaften aus, die frühere Generationen der Arbeiterklasse erkämpft hatten? Im einleitenden Artikel ihrer Serie über die Globalisierung gab die Spartacist-Tendenz beiläufig den internationalen Charakter dieses Prozesses zu. Sie stellte fest:

»Vom amerikanischen Mittleren Westen bis zum deutschen Ruhrgebiet erklären Gewerkschaftsbürokraten den Arbeitern: ‘Wenn ihr nicht einen Lohnstopp oder sogar eine Lohnkürzung und Abbau von Zulagen akzeptiert, werden die Bosse euren Betrieb schließen und die Produktion nach Indien oder Mexiko verlagern.’« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Die sinkenden Mitgliederzahlen und schwindende Stärke der Gewerkschaften sind eindeutig ein internationales Phänomen. Am spektakulärsten war diese Entwicklung in den amerikanischen Gewerkschaften, deren Mitgliedschaft von ihrem höchsten Stand von 35 Prozent der Beschäftigten in der Zeit unmittelbar nach dem Krieg auf 14,8 Prozent im Jahr 1996 fiel. Wenn man nur die Beschäftigten der Privatindustrie nimmt, so fällt der Rückgang noch drastischer aus. 1996 waren nur noch 10,6 Prozent der Arbeiter in solchen Betrieben gewerkschaftlich organisiert, weniger als selbst die alte American Federation of Labour noch erreicht hatte.

Derselbe Trend ist in Europa, Japan und Australien zu beobachten. Zwischen 1980 und 1990 fiel die Mitgliedschaft in Großbritannien von 47 Prozent auf 34 Prozent der Beschäftigten. Bis 1996 ging diese Zahl auf 25 Prozent zurück. Im Verlauf der 80er Jahre fiel die Zahl der Mitglieder in Frankreich von 17,5 auf 9,8 Prozent. Die Gesamtmitgliedszahl des Deutschen Gewerkschaftsbunds ging von 11.8 Millionen im Vereinigungsjahr 1990 auf 8.973.000 im Jahr 1996 zurück, ein Rückgang um 24 Prozent. In Japan schrumpfte die Mitgliedschaft zwischen 1980 und 1990 von 31.1 Prozent auf 25.4 Prozent. Bis 1996 ist diese Zahl weiter auf 23.3 Prozent zurückgegangen. In der Zeit von 1986 bis 1996 fiel der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Australien von 46 auf 31 Prozent.

Aber wenn dies ein internationales Phänomen ist, bedeutet dies nicht, daß mehr dahinter steckt als nur subjektive Absichten einzelner Führer? Die amerikanischen Gewerkschaften mit ihrem groben Antikommunismus und Chauvinismus und ihrer Gangsterbürokratie sind vielleicht besonders kraß, aber sie verkörpern dennoch allgemeine Eigenschaften der heutigen Gewerkschaften und bringen die reaktionäre Entwicklung des Gewerkschaftertums international zum Ausdruck. Die Spartakisten fragen sich nie nach den Gründen dieser bemerkenswerten internationalen Gleichartigkeit.

Nicht in den subjektiven Absichten der Gewerkschaftsführer sind die Triebkräfte zu finden, die die Degeneration der Gewerkschaften beschleunigt und verstärkt, sowie die potentiell reaktionären Tendenzen der gewerkschaftlichen Organisationsweise ans Tageslicht gebracht haben. Vielmehr liegen die Gründe in den tiefen Veränderungen der Weltwirtschaft im Zusammenhang mit der Globalisierung der Produktion, der internationalen Mobilität des Kapitals und der uneingeschränkten Vorherrschaft des Weltmarkts über jede nationale Wirtschaft.

Die Spartacist-Tendenz lehnt diese Einschätzung der Socialist Equality Party (SEP) in den USA ab. Sie weist die Analyse des Niedergangs der amerikanischen Arbeiterbewegung in den vergangenen zwei Jahrzehnten zurück, ohne irgendeine eigene ernsthafte Analyse vorzulegen. Das allein straft ihren Anspruch, eine marxistische Organisation zu sein, Lügen.

Die bitteren Niederlagen der Arbeiterklasse in der vergangenen Periode sind strategische Erfahrungen, aus denen Lehren gezogen werden müssen, wenn die Arbeiterbewegung auf einer starken politischen und organisatorischen Grundlage wiederbelebt werden soll. Ein Rückblick auf diese Periode zeigt, daß die Beihilfe des AFL-CIO zur Zerstörung aller Errungenschaften der Arbeiterklasse damit zusammenhängt, daß sie auf die wachsende Krise des amerikanischen Kapitalismus reagiert.

Wenige Jahre nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Abkommens 1971, der das Ende der wirtschaftlichen Hegemonie der USA nach dem Zweiten Weltkrieg anzeigte, vollzogen die Autogewerkschaft UAW und andere Gewerkschaften eine Kehrtwende in Richtung neuer korporatistischer Beziehungen mit dem Großkapital. In den frühen 70er Jahren sanken die Marktanteile der drei großen Autoproduzenten auf dem Weltmarkt. Und was vom Standpunkt des amerikanischen Kapitalismus aus noch schlimmer war: Teile des Binnenmarkts wurden durch ausländische Firmen erobert, vor allem durch deutsche und japanische Unternehmen. Eine ähnliche Entwicklung zeichnete sich in der Stahl- und anderen Schlüsselindustrien ab.

Als die Kapitalisten zuerst versuchten, mit Angriffen auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der amerikanischen Arbeiter gegenzusteuern, und die Nixon-Regierung 1971-72 Lohnkontrollen einführte, brachen militante Verteidigungskämpfe aus. Forderungen nach Generalstreik und öffentliche Aufrufe einer ganzen Anzahl von Gewerkschaftsgremien für den Aufbau einer Arbeiterpartei zwangen den AFL-CIO-Vorsitzenden George Meany, sich aus dem nationalen Lohnkontrollausschuß der Nixon-Regierung 1972 zurückzuziehen. In der Autoindustrie brach eine Vielzahl von lokalen Streiks gegen die Versuche aus, die Kosten durch gesteigerten Akkord zu drücken. Nachdem diese Bewegung wieder unter Kontrolle gebracht worden war, startete General Motors auf Initiative der UAW das erste gemeinsame Programm von Gewerkschaft und Management mit den Namen »Qualität des Arbeitslebens«.

1975 stimmten die Gewerkschaften der städtischen Betriebe von New York einem weitreichenden Lohn- und Arbeitsplatzabbau zu, den die Wall Street und die Ford-Regierung gefordert hatten, um den Bankrott der Stadt zu verhindern. Dieses Abkommen lieferte das Modell für eine Reihe von bundesweiten gewerkschaftlichen Zugeständnissen in den folgenden Jahren.

Als Carter 1979 Paul Volcker zum Chef der Federal Reserve Board ernannte, führte die herrschende Klasse eine gezielte Politik der Deflation und Massenarbeitslosigkeit ein. Sie drohte mit Betriebsschließungen und Entlassungen, um den Widerstand der Arbeiterklasse zu brechen. Der AFL-CIO und die UAW verbündeten sich mit dem Großkapital und der Regierung, um die Löhne und Arbeitsbedingungen der Arbeiter herunterzuschrauben. Sie wollten damit den amerikanischen Unternehmern Kostensenkungen und eine erhöhte Ausbeutung der amerikanischen Arbeiter ermöglichen, um wieder wettbewerbsfähig zu sein. Das Startsignal gaben 1979-80 die UAW mit ihrer Zustimmung zu tariflichen

Zugeständnissen und der Chrysler-Vorstand mit seinem Einverständnis, den UAW-Vorsitzenden Douglas Fraser in den Vorstand aufzunehmen. Dies war Bestandteil eines Rettungspakets für den Autokonzern, das auch die Unterstützung der Regierung hatte. Die nationalistische und prokapitalistische Politik der Gewerkschaften hatte so eine Zusammenarbeit mit der Großindustrie gegen die Arbeiterklasse eingeleitet, die bis heute andauert.

Eine Welle von Niederlagen und Verrätereien

Aber der amerikanische Kapitalismus forderte von seinen Arbeiterkommis noch mehr. Als Reagan 1981 die in der Gewerkschaft PATCO organisierten Fluglotsen feuerte – ein Schritt, der zeigte, daß die herrschende Klasse nun zur direkten Zerstörung ganzer Gewerkschaften überging – isolierte der AFL-CIO die streikenden Fluglotsen und ließ die Zerschlagung der PATCO zu. Unter keinen Umständen wollte die Bürokratie einen Kampf unterstützen, der sich gegen den kapitalistischen Staat richtete. Der AFL-CIO versuchte der herrschenden Klasse seine Loyalität zu beweisen und zeigte sich willig, jede Art von Angriff auf die Arbeiterklasse mitzutragen, solange nur die eigene Position gewahrt bliebe.

Nach dem Muster von PATCO werden bis auf den heutigen Tag große und kleinere Streiks niedergeschlagen und verraten, die an die Hunderte zählen. Vor allem in den 80er Jahren kam es zu den bittersten Arbeitskämpfen seit den 20er und 30er Jahren, in denen die Arbeiter versuchten, ihre Löhne, sozialen Leistungen und Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Während die Unternehmer die Tradition der Streikbrecher und privaten paramilitärischen Truppen wiederbelebten und den Tod von streikenden Arbeiter in einer Reihe größerer Streiks sowie Hunderte Verletzte verursachten, isolierte die Gewerkschaftsbürokratie die Streikenden und sabotierte einen Kampf nach dem anderen. Dutzende von Arbeitern wurden zu langen Gefängnisstrafen verurteilt, während die Gewerkschaftsbürokraten sich weigerten, sie zu verteidigen, und sie ihrem Schicksal überließen. Auf diese Weise arbeitete der AFL-CIO systematisch daran, die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zu zermürben und die Interessen der Konzerne durchzusetzen. Der AFL-CIO ließ die Zerschlagung von Streiks und Gewerkschaften zu und gab so den Konzernen die Errungenschaften zurück, die Generationen von Arbeitern erkämpft hatten.

Die Löhne und Zulagen der amerikanischen Arbeiter, einst die höchsten der Welt, fielen unter das Niveau ihrer Kollegen in den meisten europäischen Ländern und in Japan. Mithilfe des AFL-CIO verwandelte die amerikanische herrschende Klasse das Land in ein Billiglohnparadies für das internationale Kapital. Der langandauernde Boom bei Profiten und Aktienwerten in den 90er Jahren stützte sich auf diese Zerstörung des Lebensstandards der Arbeiterklasse.

Als aufgrund des Arbeitsplatzabbaus, der Zerschlagung von Gewerkschaften und der wachsenden Unzufriedenheit von Massen von Arbeitern mit dem AFL-CIO die Mitgliedsbeiträge zurückgingen, versuchte die Bürokratie, eine noch engere Zusammenarbeit mit den Unternehmern zu errichten. Sie nahm ein korporatistisches Programm an und leugnete jeglichen Interessenskonflikt zwischen Kapital und Arbeit. Durch gemeinsame Initiativen von Gewerkschaft und Management und gemeinsame Gremien stellte der AFL-CIO den Gewerkschaftsapparat den Kapitalisten und ihrem Ausbeutungsfeldzug zur Verfügung.

Den politischen Rahmen für diese Zurückweisung jeder Form unabhängigen Kampfs der Arbeiter bildete der Wirtschaftsnationalismus des AFL-CIO, d.h. er forderte die amerikanischen Arbeiter auf, sich mit ihren amerikanischen Ausbeutern gegen die ausländische Konkurrenz zusammenzuschließen. Die AFL-CIO-Erklärungen triefen nur so

von fahnenschwenkendem Chauvinismus und rassistischer Demagogie gegen Arbeiter anderer Länder, die beschuldigt wurden, amerikanische Arbeitsplätze zu stehlen.

Die Gewerkschaftsbürokratie trachtete danach, ihre eigenen ökonomischen und sozialen Interessen vor den Auswirkungen der Wirtschaftskrise und ihrer eigenen verräterischen Politik zu schützen, die sich unter anderem in der sinkenden Mitgliedschaft und dem schrumpfenden Beitragsaufkommen äußerten. Sie schufen neue finanzielle Beziehungen mit Konzernvorständen und Investmentbankiers, so durch Gewinnbeteiligungsabkommen, Beteiligung in Vorstandsgremien, Übernahmen von Betrieben durch die Belegschaften (sogenannte »workers' buyouts«) und »Belegschaftsaktien«, gemeinsame Kassen von Unternehmen und Gewerkschaft, gemeinsame Joint-ventures sowie andere Maßnahmen. Die Gewerkschaft fungierte mehr als Arbeitsvermittler denn als Repräsentant der Arbeiter und benutzte die Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen als Unterpfand für die Verhandlungen, die sie im eigenen Interesse mit dem Management führte. Sie bot Lohnsenkungen und den Abbau von Zulagen im Gegenzug für einen Anteil an den Aktien oder Positionen im Konzernvorstand.

Eine Studie, die Ende 1991 veröffentlicht wurde, zeigt, daß die Gewerkschaftsmitgliedschaft in der Privatindustrie zwischen 1970 und 1987 um 36 Prozent gefallen, das gesamte Einkommen der Gewerkschaften aber um 16 Prozent gestiegen ist. Zum Teil geht diese Steigerung auf die höheren Pro-Kopf-Einnahmen zurück, die die Gewerkschaften von ihren Mitgliedern im Form von Beiträgen, Gebühren und anderen Mitgliedszahlungen direkt eingezogen haben. Weiter hat die Bürokratie die sinkenden Mitgliedszahlen durch direkte Subventionen der Regierung ausgeglichen. Wenn man alle Regierungszuschüsse an die Gewerkschaften zusammenzählt, kommt in einem Jahr etwa eine Milliarde Dollar zusammen. Schließlich erhielt die Bürokratie beträchtliche Zinszahlungen aus ihren Geldanlagen, Dividenden und Mieteinnahmen. Auf diese ökonomischen und politischen Grundlagen, finanzielle Investitionen und direkte Subventionierung durch den kapitalistischen Staat kann sich die privilegierte kleinbürgerliche Schicht der Gewerkschaftsbürokratie stützen.

Auf diese Weise haben in den letzten zwei Jahrzehnten eine ganze Reihe miteinander verbundener quantitativer Veränderungen stattgefunden – die sinkenden Mitgliedszahlen, die organisatorische und finanzielle Verflechtung von gewerkschaftlichen und Managementinteressen, die zunehmende Kluft zwischen den Lebensbedingungen der Arbeiter und den Privilegien der Funktionäre, die wachsende finanzielle Unabhängigkeit der Bürokratie vom Schicksal der Mitglieder – die zusammengenommen zu einer qualitativen Umwandlung der Gewerkschaften geführt haben.

Mit dem AFL-CIO-Apparat steht den Arbeitern eine feindliche Macht gegenüber, deren Wohlergehen abhängig ist von immer schlechteren Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, einschließlich der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder.

Wenn die Spartacist League den AFL-CIO als »die Massenorganisation der Arbeiterklasse« verteidigt, kommt sie über leere Abstraktionen nie hinaus. Jede objektive historische Analyse dieser Organisation demonstriert jedoch, daß sie inzwischen zum Instrument der Gewerkschaftsbürokratie geworden ist. In Wirklichkeit hat der AFL-CIO in den vergangenen 15 Jahren mehr als einmal offen für Streikbruch gesorgt.

Man muß sich nur an einen entscheidenden Kampf der 80er Jahre erinnern, um die wirkliche Beziehung zwischen AFL-CIO und Arbeiterklasse zu begreifen. Als 1985-86 die Fleischpacker der Hormel-Fabrik in Austin, Minnesota, einen faulen Tarifkompromiß zurückwiesen, den die nationale Gewerkschaft ausgehandelt hatte, und versuchten, ihren Streik auf andere Fleischfabriken auszudehnen, verleumdete die nationale Gewerkschaft mit voller Unterstützung des AFL-CIO die streikenden Arbeiter und rief dazu auf, die

Streikpostenkettens zu durchbrechen. Sie setzte die lokale Gewerkschaftsführung ab, übernahm die Kontrolle des Ortsverbands und handelte einen Vertrag aus, der einen Ausverkauf bedeutete. Der Ortsverband wurde mit einer anderen Mitgliedschaft neu konstituiert, die sich aus Hormel-Arbeitern zusammensetzte, die die Streikposten mißachtet hatten und zur Arbeit zurückgekehrt waren. Dieser Verrat demonstrierte nicht einfach die persönliche Verkommenheit der Gewerkschaftsführer, sondern zeigte vielmehr die objektive Verwandlung des AFL-CIO in ein Instrument der Konzerne und des kapitalistischen Staats.

Strategie und Taktik – Marxismus gegen Opportunismus

Außer dem Vorwurf des Defätismus klagt die Spartacist League die SEP und das IKVI der Enthaltensamkeit gegenüber den Kämpfen der Arbeiter in den Gewerkschaften an. Das ist ein Ablenkungsmanöver. Jeder Leser der Publikationen des IKVI weiß, daß unsere Bewegung immer sehr intensiv in den Gewerkschaften eingegriffen und die Interessen der Arbeiter gegen die Attacken der Unternehmer und den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie verteidigt hat.

Was die Spartakisten in Wirklichkeit mit Enthaltensamkeit meinen, ist die Weigerung der SEP, ihr Eingreifen in den Gewerkschaften auf die Taktik zu gründen, Forderungen an die Gewerkschaftsführung zu richten. Wenn wir die Arbeiter nicht auf diesen Weg führen, erklären sie, machen wir uns der Kapitulation vor der offiziellen Gewerkschaftsführung schuldig.

Dieser Vorwurf wirft ein bezeichnendes Licht auf eine grundlegende und prinzipielle Frage, die den Marxismus von den Spartakisten und allen anderen Varianten des kleinbürgerlichen Opportunismus unterscheidet. Marxisten gehen immer von einer revolutionären Strategie aus, die sie von einer historischen Perspektive und einer wissenschaftlichen Analyse der Entwicklung der Weltwirtschaft und des internationalen Klassenkampfes ableiten. Die wichtigste Frage in der Ausarbeitung dieser Strategie ist die Erziehung der Arbeiterklasse. Es geht darum, das politische Bewußtsein der Arbeiter auf die Höhe der objektiven Aufgaben, die die Krise des Kapitalismus stellt, zu heben.

Dabei muß man die Veränderungen in den ökonomischen, sozialen und politischen Beziehungen, von den grundlegenden Formen der Produktion bis zu den Institutionen der Bourgeoisie und den Formen der Organisation der Arbeiterklasse, in Betracht ziehen. Die Ausarbeitung solcher Perspektiven ist nur auf der Grundlage des theoretischen Kapitals der marxistischen Bewegung möglich. Die bloße Anrufung der Vergangenheit und Ansammlung von Zitaten löst nichts. Nur die historische und dialektische materialistische Methode des Marxismus ermöglicht die Entwicklung einer revolutionären Strategie.

Taktiken, so wichtig sie sind, müssen auf der Grundlage einer wissenschaftlich ausgearbeiteten revolutionären Strategie entwickelt werden. Sie müssen mit dieser Strategie übereinstimmen und ihren Zielen dienen.

Solch eine Konzeption ist den kleinbürgerlichen Radikalen wie Spartacist jedoch völlig fremd. Ihre Politik hat einen vollständig konjunkturellen Charakter. Für sie steht nichts höher als die unmittelbare Taktik, die nur nach ihrem politischen Nutzen beurteilt wird. Um ihre opportunistische Praxis zu bemänteln, suchen sie sich marxistische Phrasen eklektisch und ahistorisch zusammen und behandeln den Marxismus als Dogma. Diese Herangehensweise ist der Methode und dem Geist des Marxismus völlig fremd.

Das beste Beispiel ist die unkritische und politisch reaktionäre Haltung der Spartakisten gegenüber den Gewerkschaften, oder genauer gesagt, gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie. Es mag vielleicht in manchen Situationen und unter bestimmten Bedingungen auch in der gegenwärtigen Periode für die Partei notwendig sein, Forderungen an die Gewerkschaften zu richten, aber diese bedingte und beschränkte Taktik zu einer

Strategie zu erheben, bedeutet nicht nur, die Arbeiterklasse politisch nicht zu erziehen und zu stärken, sondern sogar die gefährlichsten Illusionen zu verbreiten und die reaktionärsten Kräfte zu stärken. Arbeitern zu sagen, sie müßten von diesen Organisationen Dinge fordern, die diese weder willens noch fähig sind zu tun, dient nicht der Aufklärung, sondern der Verwirrung, Fehlorientierung und schließlich Demoralisierung der Massen.

Marxisten haben im Gegenteil die Aufgabe, den Arbeitern den Charakter dieser Organisationen, die behaupten, die Arbeiter zu vertreten, sehr klar aufzuzeigen. Sie müssen die Unvermeidlichkeit eines Zusammenstoßes zwischen Arbeiterklasse und Gewerkschaften erklären. Die politische und theoretische Arbeit der SEP zielt darauf ab, die Arbeiterklasse auf diese Konfrontation vorzubereiten und die Grundlage für neue und höhere Formen des Klassenkampfes zu legen.

Sicherlich braucht die Arbeiterklasse Organisationen, die die tägliche Verteidigung ihrer ökonomischen und sozialen Interessen in die Hand nehmen. Aber Gewerkschaften sind nicht die einzig mögliche Organisationsform, mit der Arbeiter ihre unmittelbaren Anliegen vertreten können. Die Geschichte kennt bereits umfassendere, demokratischere und militantere Organisationsformen – wie Fabrikkomitees und Arbeiterräte – die über den beschränkten Rahmen von Lohnkämpfen hinausgehen und sich das Ziel der Arbeiterkontrolle über den Produktionsprozeß setzen.

Über ein Jahrhundert historischer Erfahrung hat gezeigt, daß Gewerkschaften aus sich heraus keinen Kampf gegen das kapitalistische System ermöglichen. Dafür braucht die Arbeiterklasse vor allem eine sozialistische Massenpartei, die international organisiert ist und deren Strategie und Taktik auf die marxistische Theorie gegründet sind.

Die Perspektive der Spartacist League führt unweigerlich zu einer Volksfrontpolitik, d.h. zum politischen Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und »linken« oder liberalen Teilen der Bourgeoisie. Im Verlauf ihrer Polemik gegen das IKVI geht Spartacist ziemlich offen in diese Richtung. So zitieren sie beispielsweise Dan Gallin, den Vorsitzenden der International Union of Food and Allied Workers' Associations (Gewerkschaft u.a. für die Nahrungsmittelindustrie). Gallin klagt, die globale Mobilität des Kapitals entkräfte »den nationalen demokratischen Druck, den Arbeiterparteien und Gewerkschaften ausüben«.

Spartacist kommentiert: »Gallin, der wenigstens intellektuell ehrlicher ist als North, wirbt offen für eine Volksfront-Perspektive einer »breiten Volksbewegung« gegen die Auswirkungen der »Globalisierung«. Aber North wirft den schlechten Gewerkschaftsführern nicht einmal vor, daß sie die ökonomische Stärke der Arbeiterbewegung und politische Unterstützung im Volk nicht gegen die kapitalistische Offensive mobilisieren.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Diese Zeilen der Spartacist Gruppe werfen sofort die Frage auf: Was ist denn der Unterschied zwischen ihrer Perspektive, daß die Gewerkschaften »die ökonomische Stärke der Arbeiterbewegung und politische Unterstützung im Volk gegen die kapitalistische Offensive mobilisieren« sollen, und der Absicht von Gallin, eine »breite Volksbewegung« gegen die Globalisierung zu schaffen? In Wirklichkeit gibt es keinen prinzipiellen Unterschied. Die politische Perspektive der Spartacist Gruppe ist im Grunde die gleiche wie die von Gallin.

Plumpe Verteidigung der Bürokratie

Die Spartacist-Tendenz öffnet nicht nur die reformistische und nationalistische Politik der offiziellen Gewerkschaften nach, sondern verteidigt auch den bürokratischen Apparat gegen die wachsende Wut der Basis. Sie bringen die Befürchtungen der Bürokratie zum Ausdruck, daß die marxistische Bewegung unter unzufriedenen Arbeiter mehr Gehör finden könnte. Eine charakteristische Passage in der Polemik von Spartacist spiegelt diese Beunruhigung der bewußteren Repräsentanten der Gewerkschaftsbürokratie wider:

Spartacist klagt: »Auf der einen Seite prangern sie [IKVI] die Gewerkschaften als »unfähige Organisationen« an und appellieren damit an Arbeiter, die die endlosen Verrätereien der Bürokratie satt haben und angesichts des sinkenden Lebensstandards wütend und frustriert sind. Auf der anderen Seite versuchen sie sich in positivem Licht darzustellen und bekunden Arbeitern ihre Sympathien, wenn diese sich im Kampf befinden.« (*Workers Vanguard*, 24. Januar 1997)

Die Attacke von Spartacist auf das IKVI stellt sich letztendlich als ziemlich langatmiger Versuch heraus, die Gewerkschaftsbürokratie auf die platteste Art und Weise zu entschuldigen. In ihren Artikeln kommen sie der UAW-Bürokratie zu Hilfe und brandmarken das *International Workers Bulletin* [Zeitung der SEP], weil es den UAW-Vorsitzenden Stephen Yokich und die lokale UAW Führer als die wirklichen Streikbrecher bezeichnet hatte, als die Gewerkschaft den Caterpillar-Streik im Dezember 1995 ausverkaufte. Sie greifen die britische Sektion des IKVI an, weil sie die scheinheilige »internationale Solidaritätskampagne« entlarvt hat, mit der stalinistische Vertrauensleute und Gewerkschaftsbürokraten ihren Ausverkauf der Hafearbeiter von Liverpool abzudecken suchten. Und sie schwärmen für Arthur Scargill, den pro-stalinistischen Führer der Bergarbeitergewerkschaft NUM, der die Schlüsselrolle bei der Niederlage des Bergarbeiterstreiks 1984-85 gespielt hat. Seitdem ist die Gewerkschaftsmitgliedschaft von 183.000 auf weniger als 10.000 gesunken.

Schließlich prangern sie die Workers League, die Vorgängerin der SEP in den USA, an, weil sie sich weigerte, die chauvinistische Kampagne des AFL-CIO gegen das nordamerikanische Freihandelsabkommen (NAFTA) in den Jahren 1993-94 zu unterstützen. Die Workers League lehnte das NAFTA-Abkommen ab und charakterisierte es als imperialistischen Plan, die mexikanische Wirtschaft vollständig den Bedürfnissen der amerikanischen transnationalen Konzerne und Wall Street Banken unterzuordnen. Aber die Workers League unterstützte auch nicht den Anti-NAFTA-Kreuzzug des AFL-CIO, der auf ökonomischen Nationalismus und die Förderung rechter Demagogen wie Ross Perot und Patrick Buchanan hinauslief. Die Workers League erklärte, die Kampagne des AFL-CIO drücke weder die Interessen der amerikanischen noch der mexikanischen Arbeiter aus, sondern vielmehr den reaktionären Standpunkt der Gewerkschaftsbürokratie und rückständigerer Teile der kapitalistischen Industrie, die sich durch den Druck der globalisierten Wirtschaft bedroht fühlten. Statt dessen trat die Workers League für die Perspektive eines gemeinsamen Kampfs der amerikanischen, kanadischen und mexikanischen Arbeiter gegen die nordamerikanische Bourgeoisie ein.

Am 20. September 1993 schrieb das *International Workers Bulletin*: »Amerikanische Arbeiter müssen sich mit den Arbeitern in Mexiko und Kanada verbünden, um gemeinsam gegen die nordamerikanische Organisation des Kapitals im NAFTA-Abkommen zu kämpfen. Nordamerikanische Arbeiter müssen ihre Kräfte mit denen der Arbeiter in Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa zusammenschließen, um sich gegen die transnationalen Konzerne, die auf jedem Kontinent operieren, zur Wehr zu setzen. ...

Gemeinsame Aktionen von Arbeiter aus den USA, Kanada und Mexiko, die oftmals von denselben multinationalen Konzernen beschäftigt werden, erfordern vor allem eine Rebellion gegen die offiziellen Arbeiterorganisationen, den AFL-CIO, den Canadian Labour Congress, den mexikanischen CTM. Es müssen direkte Verbindungen zwischen den Arbeitern in allen drei Ländern aufgebaut werden, um Streikaktionen bis hin zu breiteren politischen Kämpfen gemeinsam zu organisieren.«

Die Spartacist League greift diesen Artikel für ihre Attacke heraus. Bezeichnenderweise konzentriert sie ihr Feuer auf den ersten Satz:

»Die amerikanischen Arbeiter sollten nicht für die eine oder andere Seite in der kapitalistischen Debatte um das NAFTA-Abkommen Stellung beziehen, sondern ihren unabhängigen Klassenstandpunkt einnehmen, der die wirklichen, d.h. internationalen Interessen der Arbeiterklasse zum Ausdruck bringt.«

Spartacist bezeichnet eine Opposition der Arbeiterklasse zum NAFTA-Abkommen unabhängig vom AFL-CIO und dessen chauvinistische Politik als »Neutralitäts«haltung gegenüber der Vorherrschaft des US-Imperialismus über Mexiko. Mit anderen Worten, man darf sich einen Kampf der Arbeiter außerhalb des Rahmens des Gewerkschaftsapparats nicht vorstellen und nicht zulassen. Das ist natürlich auch der Standpunkt der Bürokratie selbst und ihrer Unterstützer in der Bourgeoisie.

In der Ablehnung eines unabhängigen Standpunkts der Arbeiterklasse und der Perspektive des Internationalismus konzentrieren sich die zwei Kernpunkte der Politik der Spartacist League: Nationalismus und Unterstützung für die Gewerkschaftsbürokratie.

Noch ein letzter Aspekt der Unterstützung des Gewerkschaftertums und der Gewerkschaftsbürokratie seitens Spartacist verdient Aufmerksamkeit. In den 60er und 70er Jahren, als die Gewerkschaften trotz ihrer reaktionären Führung und politischen Orientierung noch immer ein beträchtliches Element an kämpferischem Geist aus der Vergangenheit bewahrt hatten, kümmerten sich die Spartacist League und die radikale »Linke« generell praktisch gar nicht um die Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung.

Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre gab es eine Vielzahl von Massenstreiks und Revolten in den Betrieben. Nach Nixons Lohnstopp vom August 1971 brachen Streiks in der Autoindustrie, in den Hafengebieten und anderen Industrien aus. Die Opposition der Mitgliederbasis gegen die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsführung mit Nixons Lohnkommission nahm bundesweite Ausmaße an und zwang den AFL-CIO-Vorsitzenden George Meany dazu, die Kommission zu verlassen.

Aber die allgemeine Haltung der Spartacist League und anderer kleinbürgerlicher »Linker« bestand darin, die Industriearbeiter als rassistisch zu beschimpfen und die Gewerkschaften als »Jobkartelle für Weiße« zu charakterisieren. Zu einer Zeit also, als die Arbeiterklasse sich innerhalb der Gewerkschaften politisch radikalisierte und in Opposition zur Bürokratie geriet, und als letztere sich in tiefer Krise befand, erklärte die Spartacist League, politische Forderungen an die Gewerkschaften zu richten, bedeute Meany und die Bürokratie zu unterstützen.

Sie griff die Workers League heftig an, weil diese die Forderung erhob, die Gewerkschaften sollten von der Demokratischen Partei brechen und eine Arbeiterpartei gestützt auf ein sozialistisches Programm aufbauen. Die Workers League dagegen kämpfte für diese Forderung in den Gewerkschaften, um die Bürokratie zu entlarven und Arbeitern die Notwendigkeit für ihre eigene politische Unabhängigkeit klarzumachen. 1971, 1972 und 1973 organisierte die Workers League gut besuchte Konferenzen von Arbeitern und jungen Leuten, um den Kampf für eine unabhängige Partei der Arbeiterklasse mit sozialistischen Grundlagen zu entwickeln. Die Spartakisten dagegen paßten sich an die Kampagne von McGovern und an jene Schichten der kleinbürgerlichen Protestbewegung an, die den Demokraten von South Dakota unterstützen.

Aber je vollendeter die Degeneration der Gewerkschaften, desto begeisterter hängt sich die Spartacist League an den AFL-CIO. Genau in dem Moment, in dem die Bürokratie die letzten Reste von Basisdemokratie zerstört und korporatistische Politik verfolgt, wenn sich der Verfallscharakter der Gewerkschaften sowohl in den sinkenden Mitgliederbeiträgen als auch in ihrem systematischen Verrat aller Arbeitskämpfe zeigt, genau dann werden die Spartakisten

und der Rest der kleinbürgerlichen Ex-Radikalen zu aufrechten Verteidigern der Hegemonie des AFL-CIO über die Arbeiterklasse.

Diese Gemeinsamkeit von Gewerkschaftsbürokratie und »radikaler Linken« drückt objektive Klassenkräfte aus. Hier schließt sich eine ausgeprägte kleinbürgerliche Schicht zusammen, die in erster Linie jede unabhängige Bewegung der Arbeiterklasse ablehnt.

6. Die nationale Frage

Nationalismus ist der Grundstein in der Haltung der Spartacist League zu den unterentwickelten Ländern wie auch zum Klassenkampf in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern. Und genauso wie sie in den USA die angeblichen revolutionären Fähigkeiten der Gewerkschaften rühmt, so schreibt sie in den Ländern, die historisch vom Imperialismus unterdrückt wurden, dem bürgerlichen Nationalismus und den kleinbürgerlichen Guerillabewegungen ähnliche Fähigkeiten zu.

Bevor wir uns mit den Argumenten beschäftigen, die sie in ihrem Angriff auf die Perspektiven des Internationalen Komitees anführen, ist es wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Spartacist-Tendenz genauso wie bei der Frage der Gewerkschaften in der nationalen Frage eine Drehung um 180 Grad vollzogen hat.

Jahrzehntlang zeichnete sich die Spartacist League durch ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Massen in den unterdrückten Ländern aus. Immer wieder vertrat diese Organisation Positionen, die sie trotz ihrer ultralinken Wortwahl auf eine Linie mit dem US-Außenministerium brachten.

Als 1967 die Israelis im Sechs-Tage-Krieg die Westbank, den Gaza-Streifen, Sinai und die Golan-Höhen annektierten, bezeichnete Spartacist den Angriff des von den USA unterstützten israelischen Militärs gegen die halbkolonialen arabischen Staaten Ägypten, Jordanien und Syrien als »nutzlosen und reaktionären Konflikt rivalisierender Nationalismen und ihrer mystischen Ideologien«. Fast ein Jahrzehnt später, als der Bürgerkrieg im Libanon ausbrach, nahm sie eine ähnliche »Verflucht-seien-Beide«-Haltung ein – in einem Konflikt, in dem die PLO und ihr Verbündeter, die Libanesische Nationalbewegung, gegen die maronitische herrschende Klasse und ihre faschistische Phalange-Miliz kämpfte. Spartacist bezeichnete diesen Kampf als »Bürgerkriegsterror von beiden Seiten«.

1982, beim Ausbruch des Kriegs zwischen Großbritannien und Argentinien um die Malwinen-Inseln [die britischen Falklands] sah Spartacist wiederum keinen Anlaß, eine unterdrückte Nation zu verteidigen, die mit einem imperialistischen Angriff konfrontiert war. Die Gruppe erklärte, sie könne »sich nur auf das Schauspiel freuen, wie diese beiden verhassten, rechtsgerichteten Regime gegenseitig ihre Flotten im Meer versenken«. Und sie fügte hinzu: »Es ist durchaus zu begrüßen, wenn sie ihre jeweiligen Militärmaschinerien aufreißern.« Spartacist mußte nicht lange warten. In dem darauf folgenden, einseitigen Konflikt starben Hunderte von argentinischen Matrosen, als die Belgrano versenkt wurde und viele weitere schlecht ausgerüstete und schlecht ausgebildete Rekruten von britischen Kommandos abgeschlachtet wurden.

In ihrem Angriff auf die Perspektiven des Internationalen Komitees der Vierten Internationale präsentiert sich Spartacist jetzt als Kämpfer für die nationale Befreiung und »Selbstbestimmung«. Interessanterweise hat sich ihre Politik gegenüber den nationalen Bewegungen gerade unter Bedingungen geändert, in denen sich diese Bewegungen in einer ganzen Reihe von welthistorischen Ereignissen als unfähig erwiesen haben, dem Streben der unterdrückten Massen nach Befreiung in irgendeiner Weise gerecht zu werden.

Aus gutem Grund gibt Spartacist keine konkrete Einschätzung irgendeiner dieser Bewegungen. Genauso wie bei ihrer Phantasterei, der AFL-CIO könnte einen Generalstreik zur Unterstützung der Bauarbeiter von New York City ausrufen, beschränkt sich die Gruppe darauf, sich vorzustellen »was wäre, wenn...«. Entsprechend ihrer Argumentation, der Nationalstaat sei im Weltkapitalismus allmächtig, erklärt sie folgendes: »Stellen wir uns vor, eine linksgerichtete nationalistische Regierung kommt in Mexiko an die Macht und erkennt die Auslandsschulden des Landes nicht an. Wird die Armee des IWF in Mexiko einfallen und ein Marionettenregime errichten? Wird die Kriegsmarine des IWF Mexikos Häfen blockieren? Werden die Vertreter des IWF die Guthaben der mexikanischen Regierung beschlagnahmen?« (*Workers Vanguard*, 21. März 1997)

Die einfachste Antwort auf diese Träumereien ist natürlich: Nein, der IWF muß nichts dergleichen tun. Er muß Mexiko nur ganz einfach die Kredite sperren.

Auf einer grundsätzlicheren Ebene zeigt dieses Zitat jedoch den Zusammenhang zwischen den falschen theoretischen Konzepten von Spartacist und ihrer bankrotten politischen Orientierung. Dieser Organisation kommt es nie in den Sinn, sich zu fragen, warum es heutzutage eine solche »linksgerichtete nationalistische Regierung« nirgendwo auf der Welt gibt.

Tatsächlich haben alle die alten bürgerlich-nationalistischen Regierungen ihren wirtschaftlichen Nationalismus über Bord geworfen. Politische Programme, die auf Import-Ersatz und Entwicklung der nationalen Industrie basierten, wurden schon vor langer Zeit durch »strukturelle Anpassungsprogramme« ersetzt, die vom IWF überwacht werden. Ihr Ziel ist es, Anreize für das global mobile Kapital zu schaffen, damit es in dem jeweiligen unterentwickelten Land investiert. Die herrschende Partei PRI in Mexiko – sie ist die nationalistische Bewegung, die weltweit schon am längsten an der Macht ist – ist eines der besten Beispiele für diese grundlegende Wandlung. Alle alten nationalistischen Bewegungen sind jedoch im wesentlichen denselben Weg gegangen, von den Peronisten in Argentinien über die Kongreß-Partei in Indien, die Nasser-Anhänger in Ägypten bis zu den vielen Staaten, die durch die Entkolonialisierung in Afrika entstanden sind.

Eine ähnliche, aber noch deutlichere Entwicklung zeigt sich bei der zweiten Welle nationaler Befreiungsbewegungen, bei denjenigen, die sich dem »bewaffneten Kampf« verschrieben hatten und von den 60er bis in die 80er Jahre von der Unterstützung durch die sowjetische stalinistische Bürokratie abhingen. Alle ohne Ausnahme – die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO, der Afrikanische Nationalkongreß ANC, die Sandinistas in Nicaragua, die FMLN in El Salvador – haben ihre radikale, antiimperialistische Rhetorik aufgegeben, die sie vor nicht allzu langer Zeit, noch vor einem Jahrzehnt benutzten. Sie alle haben Abkommen akzeptiert, die ihnen der Imperialismus aufdrängte, und sich die Politik eines Kapitalismus des »freien Marktes« zu eigen gemacht. Gleichzeitig haben sie die grundlegendsten Rechte der Massen preisgegeben, die sie zu vertreten vorgaben.

Wie erklärt Spartacist dieses Phänomen? So wie sie auch an alles andere im politischen Leben herangehen, versuchen sie auch hier nicht, die objektive Grundlage zu finden, die im Produktionsprozeß ihre Wurzeln hat, sondern führen diese Entwicklung der nationalistischen Bewegungen auf subjektives Versagen und »Verrätereien« ihrer Führungen zurück.

Die Tatsache jedoch, daß diese Wende so allgemein ist, macht deutlich, daß sie das Ergebnis des objektiven Charakters der nationalen Bewegungen und ihrer Beziehungen zum globalen Kapital ist. Aber die Rolle einer opportunistischen Organisation wie Spartacist besteht ja gerade darin, den Klassencharakter dieser Bewegungen zu verschleiern und die Katastrophen zu verschweigen, zu denen ihre Politik unweigerlich führen muß.

Die Veränderung der bürgerlich nationalistischen Regime und Bewegungen ist eng verknüpft mit der Entwicklung des Kapitalismus. Die großen nationalen Bewegungen des 18. und 19. Jahrhunderts haben die feudale Kleinstaaterei überwunden und größere wirtschaftliche und soziale Einheiten geschaffen, die Grundvoraussetzungen für die kapitalistische Produktion schufen. Insbesondere schufen sie nationale Märkte, die durch gemeinsame Gesetze und eine gemeinsame Sprache verbunden waren.

In einer früheren Epoche entsprachen die Befreiungsbewegungen in den unterdrückten Ländern einer ähnlichen ökonomischen Notwendigkeit. So lange das produktive Kapital weitgehend innerhalb des nationalstaatlichen Rahmens organisiert blieb, gab es eine wichtige objektive Grundlage für den Konflikt zwischen den nationalen Bourgeoisien in diesen Ländern und dem Imperialismus. Die nationale Bourgeoisie versuchte, die imperialistische Herrschaft abzuschütteln, um die Kontrolle über den nationalen Markt zu erlangen und ihre »eigene« Arbeiterklasse selbst auszubeuten.

Um dieses Ziel zu erreichen, versuchte sie, die Volksmassen hinter sich zu mobilisieren – Indien und China lieferten die klassischen Beispiele für solche Kämpfe. Sie war gezwungen, demokratische Forderungen aufzustellen und sogar eine sozialistische Färbung anzunehmen, während sie gleichzeitig verhindern mußte, daß der Kampf das kapitalistische Privateigentum in Frage stellte.

Die Globalisierung und der »neue Nationalismus«

Die beispiellose globale Integration der kapitalistischen Produktion hat die Bedeutung dieser nationalen Märkte im Vergleich zum globalen Markt, auf den die Produktion mehr und mehr ausgerichtet wird, gewaltig verringert. Statt zu versuchen, das imperialistische Kapital zu vertreiben und nationale Industrien aufzubauen, verfolgen die alten bürgerlich-nationalistischen Regime Spar- und Privatisierungsprogramme, die darauf abzielen, das global mobile Kapital mit billigen Arbeitskräften und unbeschränkten Ausbeutungsbedingungen anzulocken. Gleichzeitig haben die nationalen Bourgeoisien ihr Schicksal direkt mit dem Weltmarkt verbunden, indem sie immer größere Mengen ihres eigenen Kapitals in globale Finanzzentren, wie die Wall Street, exportierten.

Die neuen globalen Wirtschaftsbeziehungen haben außerdem den objektiven Anstoß zur Entstehung eines neuen Typs von nationalistischen Bewegungen gegeben, welche die Zerstückelung existierender Staaten anstrebt. Das global mobile Kapital hat kleineren Regionen die Möglichkeit verschafft, sich direkt an den Weltmarkt anzubinden. Hongkong, Singapur und Taiwan sind zu einem neuen Entwicklungsmodell geworden. Eine kleine Küstenenklave, die über die entsprechenden Transportverbindungen, die Infrastruktur und ein Angebot an billigen Arbeitskräften verfügt, kann sich als attraktiver für das multinationale Kapital erweisen als ein großes Land mit einem weniger attraktiven Hinterland.

Zur gleichen Zeit haben die Sparprogramme des IWF, die die Abschaffung nationaler Entwicklungsprogramme und Vernichtung auch beschränkter Sozialprogramme verlangen, die Regierungen in den unterdrückten Ländern zu Geldeintreibern der ausländischen Banken gemacht. Rivalisierende herrschende Cliques in den Regionen, die über Bodenschätze oder Industrien verfügen und deren Reichtum abgeschöpft wird, um Auslandsschulden zu bezahlen, sehen im Separatismus die Möglichkeit, den Mittelsmann zu beseitigen und ein profitableres Übereinkommen zu erzielen, indem sie selbst direkt mit dem ausländischen Kapital verhandeln.

In Indien und China stellte sich den nationalen Bewegungen die fortschrittliche Aufgabe, grundverschiedene Völker in einem gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus zu vereinen – eine Aufgabe, die unter der Führung der nationalen Bourgeoisie nicht gelöst werden konnte. Die neue Form des Nationalismus macht sich stark für einen Separatismus

nach ethnischen, sprachlichen und religiösen Kriterien, mit dem Ziel existierende Staaten im Interesse lokaler Ausbeuter aufzuspalten. Solche Bewegungen haben nichts mit dem Kampf gegen den Imperialismus zu tun und genausowenig verkörpern sie in irgendeiner Weise die demokratischen Bestrebungen der unterdrückten Massen. Sie dienen dazu, die Arbeiterklasse zu spalten und den Klassenkampf in einen ethnischen Bürgerkrieg umzulenken.

Das Internationale Komitee bekämpft diese Form von bürgerlichem Separatismus. Aus diesem Grund hat Spartacist ihm »Sozialchauvinismus« und »passive Billigung imperialistischer Unterdrückung und Ausbeutung rückständiger Länder« vorgeworfen. Die meisten Vorwürfe sind Wiederholungen aus einer Serie von Artikeln, die 1995 unter dem Titel »David North ‚schafft‘ das Recht auf Selbstbestimmung ‚ab‘« in der Zeitung »Workers Vanguard« erschienen sind.

Im Gegensatz zu den hysterischen Unterstellungen von Spartacist hat der Nationale Sekretär der SEP in den USA weder die Rechte der unterdrückten Völker »abgeschafft«, genausowenig wie er den schon lange verstorbenen Karl Kautsky »umarmt« hat. In den Augen von Spartacist ist das wirkliche Verbrechen des Internationalen Komitees, daß es die marxistische Einstellung gegenüber der nationalen Frage im allgemeinen und in bezug auf die Formel des »Rechts auf Selbstbestimmung« im besonderen neu untersucht hat, und zwar im Lichte der Veränderungen der kapitalistischen Produktionsformen und der konkreten Erfahrungen der Arbeiterklasse und der unterdrückten Massen im Verlauf des 20. Jahrhunderts.

Laut Spartacist ist das unzulässig. Sie lehnen die dialektische materialistische Analyse zugunsten einer rein scholastischen Methode ab und durchsuchen die Schriften von Lenin und Trotzki nach Zitaten, die aus dem Zusammenhang gerissen sind und mit denen sie ihre fortschreitende Anpassung an den bürgerlichen Nationalismus rechtfertigen. In dieser wie auch in anderer Hinsicht öffnet die Spartacist League nur die degenerierten Methoden nach, die der Stalinismus eingeführt hat. Die generelle Stoßrichtung von Spartacists Anklage geht dahin, die Socialist Equality Party wiederhole die Formulierungen von Lenin aus dem Jahr 1913 nicht in ritueller Weise.

Zu Lenins Verteidigung sollte jedoch zunächst einmal festgestellt werden, daß seine Position selbst vor 80 Jahren nichts zu tun hatte mit einer Unterstützung von nationalem Separatismus, dem sich Spartacist und so viele andere Gruppen der kleinbürgerlichen Linken jetzt verschrieben haben.

Für Lenin hatte das Recht auf nationale Selbstbestimmung nur eine einzige Bedeutung – das Recht, einen eigenen, unabhängigen Staat zu bilden. Er betonte wiederholt, daß dieses Recht für die bolschewistische Partei eine »negative« Bedeutung habe. Das heißt, auch wenn die Bolschewiki dieses Recht anerkannten, so empfahlen sie nicht, nationalen Separatismus zur Handlungsmaxime zu machen. Vielmehr wurde dieses Recht ins Programm aufgenommen, um klar zu machen, daß die Partei gegen den Einsatz militärischer Macht durch das Zarenregime kämpfte, mit dem dieses Regime unterdrückte Nationalitäten zwang, innerhalb der Grenzen des Russischen Reichs zu verbleiben.

Lenin betonte, es sei notwendig, das Recht auf Selbstbestimmung anzuerkennen, um das Vertrauen der unterdrückten Nationalitäten in die Führung der Arbeiterklasse zu gewinnen. Gleichzeitig bekämpfte er alle Äußerungen von nationalem, separatistischem Einfluß auf die Arbeiterklasse selbst und beharrte auf der politischen Unabhängigkeit und der Einheit der Arbeiter im gesamten russischen Reich unter der Führung einer gemeinsamen allrussischen Partei.

Spartacist und die anderen kleinbürgerlichen Linken, die heute für den nationalen Separatismus eintreten, gehen von einer diametral entgegengesetzten Perspektive aus. Ihr Ziel ist nicht, das Vertrauen der Unterdrückten in die Arbeiterklasse und in eine sozialistische

Lösung zu gewinnen. Wenn diese Gruppen überhaupt jemals Vertrauen in die Arbeiterklasse und den Sozialismus hatten, dann haben sie es schon vor langer Zeit verloren. Sie treten für den nationalen Separatismus als »realistischeres« Mittel im Kampf gegen den Imperialismus ein. Sie versuchen, ihn mit einem nicht existierenden revolutionären Potential auszustatten, um die Arbeiterklasse politisch besser den nationalistischen Bewegungen unterordnen zu können.

Lenins bedingte Haltung gegenüber der Selbstbestimmung

Die außerordentlich bedingte Form, in der Lenin sich auf das Recht auf Selbstbestimmung bezog, kam klar in seinem Buch von 1913 über dieses Thema zum Ausdruck. Daß er diesem Recht keine ewige oder universelle Bedeutung beimaß, wird daran deutlich, daß er zwischen drei verschiedenen Kategorien von Ländern unterschied.

Es gab, schrieb er, »I. Die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Westeuropas und die Vereinigten Staaten von Amerika. Die bürgerlich-fortschrittliche nationale Bewegung ist hier längst beendet.« (Lenin, »Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen«, *Lenin Werke*, Bd. 22, Berlin 1988, S. 152)

Als Lenin schrieb »längst« meinte er damit einen Zeitraum von weniger als einem halben Jahrhundert seit der Vereinigung Deutschlands und der Niederlage der Südstaaten im amerikanischen Bürgerkrieg. Damit war die Epoche der bürgerlichen Revolutionen abgeschlossen und die Möglichkeit, das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung in diesen Teilen der Erde anzuwenden, bestand nicht mehr.

Fast zweimal so viele Jahre trennen unsere Epoche von der Lenins, und die Veränderungen in bezug auf die nationale Frage waren in ihrem Ausmaß radikaler und weltumspannend. Man muß sich nur die zweite und dritte Kategorie von Nationen ansehen, diejenigen, in denen laut Lenin die Forderung nach Selbstbestimmung 1913 noch angewandt werden konnte.

Die zweite Kategorie, schrieb Lenin, besteht aus »Osteuropa: Österreich, der Balkan und insbesondere Rußland. Hier hat das 20. Jahrhundert besonders die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen entwickelt und den nationalen Kampf verschärft. Das Proletariat dieser Länder kann die Aufgaben der konsequenten Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution nicht erfüllen und den sozialistischen Revolutionen der anderen Länder nicht beistehen, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu verteidigen.« (a.a.O. S. 153)

Dieser Teil des Erdballs hat wahrscheinlich die größten revolutionären Erschütterungen des zwanzigsten Jahrhunderts erlebt, darunter die Oktoberrevolution in Rußland. Die Entstehung neuer nationaler, separatistischer Bewegungen in der früheren Sowjetunion, auf dem Balkan und in Osteuropa ist eng verknüpft mit den Bestrebungen, in der gesamten Region den Kapitalismus wiederherzustellen.

Man kann nicht behaupten, daß die ethno-nationalistischen Bewegungen, die in diesen Ländern entstanden sind »bürgerlich-demokratische nationale Bewegungen« sind oder irgend etwas zu tun haben mit der Aufgabe, die »bürgerlich-demokratische Revolution« konsequent durchzuführen. Sie werden zum großen Teil von ehemaligen stalinistischen Bürokraten angeführt und versuchen, ethnisch homogene Territorien durch Verfolgungen, Massenvertreibungen und Massaker zu schaffen. Sie drücken die sozialen Interessen von skrupellosen Cliques einheimischer aufstrebender Kapitalisten aus, die eine direkte Verbindung mit dem internationalen Finanzkapital anstreben.

In die dritte Kategorie ordnete Lenin die »Halbkolonien, wie China, Persien und die Türkei, und alle Kolonien, mit einer Bevölkerung von 1000 Millionen Menschen«, ein. Er erklärte: »Die bürgerlich-demokratischen Bewegungen sind hier teilweise kaum im Anfangsstadium,

teilweise noch lange nicht beendet«. Er betonte, es sei die Pflicht von Sozialisten, die »bedingungslose und sofortige Befreiung der Kolonien« zu fordern, eine Forderung, die, wie er sagte, »nichts anderes als die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen« bedeutet. (a.a.O. S.153)

Speziell in dieser dritten Kategorie gab es in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ungeheure Veränderungen. Afrika, Asien und der Nahe Osten, die zu Lenins Tagen unter kolonialer Herrschaft standen, haben mit Ausnahme weniger Gebiete schon vor langer Zeit ihre Unabhängigkeit erlangt. Nationalistische Bewegungen haben in vielen dieser Länder bis zu einem halben Jahrhundert lang regiert. Tatsächlich ist es der Untergang der ursprünglichen nationalistischen Projekte, der die neuen separatistischen Bewegungen hervorgebracht hat, die heute versuchen, bestehende Staaten in den früheren Kolonialländern aufzuteilen.

In der Geschichte der marxistischen Bewegung ist es schon oft vorgekommen, daß Formulierungen und Losungen, die in einer Periode einen fortschrittlichen und revolutionären Inhalt hatten, in einer anderen Epoche einen völlig andere Bedeutung bekamen. Die nationale Selbstbestimmung ist genau so ein Fall.

Das Recht auf Selbstbestimmung hat eine völlig neue Bedeutung bekommen im Vergleich zu der Definition, die Lenin ihm vor mehr als 80 Jahren gab. Nicht nur die Marxisten fordern nun das Recht auf Selbstbestimmung, sondern auch die nationale Bourgeoisie in den rückständigen Ländern und die Imperialisten selbst. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs berief sich so manche imperialistische Macht auf dieses »Recht«, um ihr Ziel zu rechtfertigen, ein bestehendes Land zu zerstückeln.

Das »Recht auf Selbstbestimmung« zu fordern, ist heute weltweit gleichbedeutend mit der Befürwortung von nationalem Separatismus und der Schaffung eines neuen Staats. Die »negative« Bedeutung, die Lenin und die Bolschewiki diesem Recht gaben – sie kämpften gegen den bürgerlichen Separatismus – ist durch die weitverbreitete Nutzung dieser Losung durch den Imperialismus, die bürgerlichen Nationalisten und ihre Verteidiger innerhalb der kleinbürgerlichen Linken verwischt worden. Wie wir sehen werden, setzt Spartacist selbst dieses »Recht« mit der Unterstützung von nationalem Separatismus gleich.

Wo Spartacist für die Selbstbestimmung eintritt

Der Artikel in der Zeitung *Workers Vanguard* griff das Internationale Komitee ausdrücklich deshalb an, weil es sich in Bezug auf die folgenden vier Gebiete weigert, dieses Recht anzuerkennen: Bosnien, die indischen Staaten Kaschmir und Punjab, Quebec und Sri Lanka. Wir wollen den Inhalt dieser Forderung in jedem dieser konkreten Fälle prüfen.

Was sind die Konsequenzen, wenn man das Recht auf »Selbstbestimmung« in Bosnien verkündet? Das sollte mittlerweile völlig klar sein. Eine solche Forderung dient nicht dazu, das Vertrauen der Arbeiterklasse in eine sozialistische Perspektive zu gewinnen, sondern rechtfertigt nur die blutigen Taten rivalisierender ethnisch-nationalistischer Führungen.

Spartacist erklärt nicht, von wessen Selbstbestimmung sie genau spricht. Von Bosniens Selbstbestimmung als ganzem oder von den Moslems, Kroaten und Serben, die auf diesem Gebiet leben? Und wenn man die marxistische Auffassung der Selbstbestimmung ernst nimmt, d. h. das Recht einen eigenen Staat zu bilden, wie soll das in Bosnien verwirklicht werden? Die Geschichte hat die Antwort schon gegeben. Separate, unabhängige Staaten im ehemaligen Jugoslawien, die auf ethnischer oder religiöser Identität beruhen, können nur durch die Ausrottung oder Vertreibung ganzer Bevölkerungsteile entstehen.

Deshalb hat die marxistische Bewegung seit Ende des 19. Jahrhunderts die Forderung nach der sozialistischen Föderation des Balkans entwickelt, und zwar nicht deshalb, um ihn in neue Gebiete aufzuteilen, sondern vielmehr um die nationalen Spaltungen zu überwinden, die die

Region in Rückständigkeit und Gewalt versinken ließen. Zusammen mit anderen kleinbürgerlichen Linken weist Spartacist eine solche sozialistische und proletarische Lösung der Krise in dieser Region zurück.

Spartacist behauptet weiterhin, die SEP sei »gegen das Recht auf Selbstbestimmung für Kaschmir, den Punjab und andere Nationen, die in dem Völkergefängnis eingesperrt sind, das der indische bürgerliche Staat darstellt.«

Indien als »Völkergefängnis« zu bezeichnen, ist, gelinde gesagt, fragwürdig. Die Redewendung ist aus einer früheren Epoche übernommen, als sie benutzt wurde, um das alte zaristische Reich zu beschreiben, in dem unterworfenen Völker unterdrückt und ihnen grundlegende Rechte verweigert wurden.

Indien ist jedoch das mißratene Ergebnis eines nationalen Kampfs. Es gab in der Tat keine indische Nationalität, Sprache oder ethnische Identität. Der Kampf für die Unabhängigkeit von Großbritannien beinhaltete das fortschrittliche Ziel, das ungeheuer große Land und seine Einwohner zu vereinen und seine Zerstückelung in ungefähr 500 Fürstentümer aufzuheben.

Diese Aufgabe konnte jedoch nicht unter der Führung der nationalen Bourgeoisie und ihrem politischen Instrument, der Indischen Kongreßpartei, vollendet werden. Die Folge war die Teilung Indiens anhand von Religionszugehörigkeiten, die Schaffung eines moslemischen Pakistan und die ungeheuren Pogrome und Vertreibungen, die damit einhergingen.

Die Marxisten haben die Indische Kongreßpartei nicht deshalb verurteilt, weil sie nicht in der Lage war, jede Menge einzelner ethnisch begründeter Nationalstaaten zu schaffen, sondern vielmehr, weil sie unfähig war, den Kampf gegen den Kolonialismus zu Ende zu führen und eine wirklich demokratische Vereinigung herbeizuführen.

50 Jahre nach der Unabhängigkeit befindet sich das ganze nationale Projekt in Indien in einem fortgeschrittenen Stadium des Zerfalls. Die Kongreßpartei und sämtliche Sektionen der indischen Bourgeoisie haben die alten nationalen Entwicklungsprogramme zugunsten der Integration in den Weltmarkt aufgegeben. Die Schranken für ausländisches Kapital werden eingerissen und nationalisierte Industrien privatisiert.

Das Ergebnis sind wachsende soziale Ungleichheit und regional unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen. Das sind die treibenden Kräfte sowohl hinter den neuen national-separatistischen Bewegungen, die überall auf dem Subkontinent entstanden sind, als auch hinter dem wachsenden Hindu-Chauvinismus, der sich im Aufstieg der BJP-Bewegung ausdrückt.

Sowohl in Kaschmir als auch im Punjab basieren die national-separatistischen Bewegungen auf der Religion. Im Punjab fordern die nationalen Separatisten die Gründung von Khalistan, einem Staat, der den großen Bevölkerungsteil von Nicht-Sikhs, der die Region bewohnt, ausschließen würde. In Kaschmir wird die Herrschaft des Islam gefordert. Der kaschmirische Nationalismus steht in engem Zusammenhang mit dem anhaltenden Konflikt zwischen Indien und Pakistan. Der militärische Geheimdienst Pakistans übt großen Einfluß auf die aktivsten bewaffneten Gruppen in diesem Gebiet aus, die zum Jihad, dem heiligen Krieg mit dem Ziel, Kaschmir mit Pakistan zu vereinen, aufrufen.

Wie alle diese Bewegungen, hat die Agitation der Kaschmir-Separatisten Unterstützung in der Bevölkerung gewonnen, indem sie soziale Unzufriedenheit und soziale Forderungen in religiöse und ethno-chauvinistische Kanäle gelenkt haben. Die Entstehung des Kaschmir-Separatismus wurde durch das Anwachsen einer gebildeten Mittelschicht in dieser Region ohne entsprechend wachsende Beschäftigungsmöglichkeiten gefördert. Das Ergebnis war ein immer schärfer werdender Konkurrenzkampf um Posten in der Regierung, im Bildungswesen etc. Die Forderung, daß diese Ämter der Mehrheit der Moslem-Bevölkerung vorbehalten

bleiben sollen, ging einher mit einer Anti-Pandit-(Hindu-)Agitation und führte schließlich zur Vertreibung von fast einer Viertelmillion Hindus aus dieser Region. Der Teufelskreis von bewaffneten Guerillaaktionen und Unterdrückungsmaßnahmen durch die Regierung hat breite Schichten der Bevölkerung staatlicher Gewalt ausgesetzt, was die separatistischen Gefühle weiter angeheizt hat.

Selbst zu Lenins Zeiten zog die marxistische Bewegung eine scharfe Grenze zwischen dem, was sie als legitime nationalistische Bewegung ansah, und solchen Bewegungen, die sich auf die Religion stützten. Die Kommunistische Internationale kämpfte ganz speziell gegen die Panislamistischen Bewegungen jener Tage, nannte sie reaktionär und warnte davor, daß der Imperialismus Konflikte zwischen »national-religiösen Sekten« schüre. Für Spartacist und andere kleinbürgerliche Exradikale ist diese Unterscheidung nicht mehr gültig. Durch die Unterstützung der Selbstbestimmung für Kaschmir und den Punjab verleiht sie einem national-religiösen Konflikt einen angeblich demokratischen und revolutionären Inhalt.

Die zentrale Frage ist hier, wie reagiert die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse auf den Zerfall der alten bürgerlich nationalistischen Bewegungen? Sollen die Massen in diesen Ländern ihre Interessen durch neue separatistische Bewegungen geltend machen, die sich auf Absplitterungen von diesen durch die Entkolonialisierung entstandenen Staaten und auf religiöser Kleinstaaterei gründen?

Wir lehnen eine solche Perspektive kategorisch ab. Solche Kleinstaaten weisen der Arbeiterklasse und den unterdrückten Massen in Indien oder wo auch immer keinen Weg vorwärts. Bestenfalls schaffen sie Profite für eine dünne Schicht der privilegierten Klassen, wenn diese in der Lage sind, Freihandelszonen zu schaffen und ihre eigenen Abkommen mit dem transnationalen Kapital zu schließen. Den Massen bieten sie nur die Aussicht auf ethnische Blutbäder und verstärkte Ausbeutung.

Unterstützung für den Nationalismus in Quebec

Das nächste Gebiet, für das die SEP verurteilt wird, weil sie das Recht auf Selbstbestimmung nicht verteidigt, ist Quebec. Hier haben wir es mit einem der entwickelten kapitalistischen Länder zu tun, in dem, wie Lenin schon 1913 erklärte, die bürgerlich-nationalen Bewegungen und damit auch die Anwendbarkeit des Rechts auf Selbstbestimmung schon »längst« beendet waren.

Dennoch sind nicht nur in Quebec, sondern auch in anderen Teilen der entwickelten kapitalistischen Welt neue national-separatistische Bewegungen entstanden: etwa in Schottland, Belgien und Italien. Spartacist, wie der Rest der kleinbürgerlichen Linken, hat sich an diese Entwicklung angepaßt.

Was ist der objektive Inhalt dieser Bewegungen, unabhängig von den besonderen politischen Ansichten ihrer Führer? Haben sie etwas mit dem Kampf gegen den Imperialismus zu tun, und verkörpern sie die demokratischen Bestrebungen der Massen, sich von Unterdrückung zu befreien?

Quebec ist ein geradezu klassischer Fall. Der Quebecer Separatismus entspringt den kontroversen Interessen verschiedener Teile der Bourgeoisie unter den Bedingungen eines fortschreitenden regionalen Zerfalls Kanadas. Die wirtschaftlichen Beziehungen einzelner kanadischer Regionen mit ausländischen Märkten, insbesondere den USA, sind heute enger als zwischen den Regionen selbst. Teile der Quebecer Bourgeoisie versprechen sich durch eine Abtrennung eine vorteilhaftere Beziehung mit dem US-amerikanischen Kapitalismus.

Die Anforderungen der globalen Wirtschaft geraten in scharfen Konflikt mit der überholten nationalstaatlichen Form Kanadas. Die Frage, die sich stellt, ist: Wird dieser Konflikt von oben gelöst, dadurch, daß die Bourgeoisie auf der einen Seite den Anglo-Chauvinismus und

auf der anderen Seite den Quebecer Separatismus schürt, oder von unten, durch den gemeinsamen Kampf der nordamerikanischen Arbeiterklasse, der dem Kapitalismus ein Ende setzt?

Die Quebecer Nationalisten sind keineswegs Gegner des Imperialismus. Im Gegenteil, sie haben wiederholt Garantien dafür geboten, daß ein unabhängiges Quebec Washingtons treuer Juniorpartner sowohl in den NATO- als auch den NAFTA-Abkommen bleiben wird. Kurzum, wenn Quebec sein Recht auf »Selbstbestimmung« ausüben würde, würde das die Bildung eines dritten imperialistischen Staats auf dem nordamerikanischen Kontinent bedeuten, gegründet auf nationaler Ausschließlichkeit.

Was die soziale Frage angeht, so ist die Parti Québécois (PQ), das politische Instrument des nationalen Separatismus, eine Partei des Kapitals, die an der Spitze der Angriffe der gesamten kanadischen Bourgeoisie auf Arbeitsplätze, Löhne und soziale Errungenschaften der Arbeiterklasse stand. Beim Referendum von 1995, das die PQ-Provinz-Regierung über die Abtrennung Quebecs abgehalten hatte, unterstützte die Partei die Abtrennung auf einer offen kapitalistischen Basis und argumentierte, die nationale Unabhängigkeit würde bessere Bedingungen schaffen, um die Produktionskosten zu senken, die Profite zu erhöhen und einen besseren Zugang zum Markt zu bekommen. Die Forderungen der Quebecer Nationalisten sind in ihrem Wesen antidemokratisch. Sie streben nicht nach Gleichberechtigung für alle Sprachen, sondern vielmehr nach der Schaffung eines einsprachig französischen Quebec.

Was Spartacist unter »Selbstbestimmung« versteht, fand seinen klarsten Ausdruck in diesem Referendum, bei dem sie dazu aufrief, mit Ja zu stimmen, und den Plan der PQ für ein unabhängiges Quebec unterstützte.

Es ist erwähnenswert, daß beim letzten Mal, als von der PQ ein solches Referendum abgehalten wurde, Spartacist zusammen mit dem Großteil der kleinbürgerlichen Linken zu einem Boykott aufrief, mit der Begründung, mit Ja zu stimmen sei ein unzulässiges Zeichen politischen Vertrauens in diese kapitalistische Partei. Zu dieser Zeit hatte der Quebecer Nationalismus und sogar die PQ selbst eine viel »linkere« Fassade als heute. Aber während die PQ dramatisch nach rechts gegangen ist, sind die kleinbürgerlichen Exradikalen sogar noch viel schneller und weiter gegangen und sind jetzt in einem politischen Block mit der Quebecer Bourgeoisie vereint.

Was sind die Konsequenzen einer solchen Politik? Innerhalb der Arbeiterklasse wird sie benutzt, um die Arbeiter von einer Klassenreaktion auf die kapitalistische Ausbeutung abzulenken. Sie stellt die Bedingungen, die vom Kapital in jedem Winkel in dieser Erde geschaffen werden, als das angebliche Resultat nationaler Unterdrückung dar, in diesem Fall als das Resultat der Unterdrückung der Quebecer durch das englisch sprachige Kanada. Den Arbeitern wird erzählt, sie hätten mehr Gemeinsamkeiten mit den französisch sprechenden Kapitalisten als mit den englisch sprechenden Arbeitern im restlichen Nordamerika. Die Unterstützung für den nationalen Separatismus in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern, wie z. B. Großbritannien (d.h. beim schottischen und walisischen Nationalismus) und Belgien, spielt die gleiche Rolle.

Keineswegs zufällig bildet die Quebecer Gewerkschaftsbürokratie eine der Hauptsäulen des Quebecer Nationalismus, so wie ihr Gegenstück im englischsprachigen Kanada ein Bollwerk des kanadischen Nationalismus darstellt. Beide stellen sich im Streit um Privilegien und Profite, die nichts mit den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung zu tun haben, hinter ihre entsprechenden Teile der kanadischen Bourgeoisie. Und Spartacist, die auf diese Bürokratie orientiert ist und ihre Feindschaft gegen jede unabhängige Bewegung der Arbeiterklasse teilt, stellt sich direkt hinter die Bürokratie.

Sri Lanka und die tamilische Frage

Und schließlich ist da die Frage von Sri Lanka und der tamilischen Separatisten-Bewegung unter der Führung der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE). Hier ist die Entwicklung der nationalen Frage aufs engste mit der historischen Entwicklung der trotzkistischen Bewegung selbst verbunden. Die srilankische Sektion des Internationalen Komitees der Vierten Internationale, die Socialist Equality Party von Sri Lanka, betrachtet es als ihre Aufgabe, die Arbeiterklasse, sowohl die tamilische Minderheit als auch die singhalesische Mehrheit, in einem gemeinsamen Kampf für den Sozialismus zu vereinen. Sie ist die einzige Partei in Sri Lanka, die seit ihrem Bestehen einen unversöhnlichen Kampf zur Verteidigung der tamilischen Minderheit gegen die nationale Unterdrückung und den rassistischen Krieg der singhalesischen Bourgeoisie geführt hat.

Die Forderung nach einer unabhängigen tamilischen Nation entstand nicht aus irgendeiner zeitlosen Sehnsucht des tamilischen Volks nach Abtrennung und Selbstbestimmung. Sie ist das Ergebnis eines imperialistischen Vertrags über die formale Unabhängigkeit von Sri Lanka, der die Diskriminierung der Tamilen beinhaltete, und – was noch mehr zählt – das Ergebnis der Kapitulation der Arbeiterführer vor diesem Pakt.

In den Jahren unmittelbar nach der Unabhängigkeitserklärung war der Kampf gegen die Diskriminierung der Tamilen direkt mit den Kämpfen der Arbeiterklasse verbunden, die damals unter Führung der trotzkistischen Lanka Sama Samaja Party (LSSP) stand. Die LSSP vertrat eine proletarische, internationalistische und sozialistische Alternative zu dem ethnischen Chauvinismus, den die singhalesische Bourgeoisie verbreitete, weil sie ihre eigene Position festigen und die Arbeiter spalten wollte.

Die nationalistische Degeneration der LSSP änderte diese enge Beziehung der Arbeiterbewegung zur tamilischen Frage von Grund auf. Die LSSP paßte sich an die nationalistischen Ziele der singhalesischen Bourgeoisie und konsequenterweise an den singhalesischen Chauvinismus an. Diese Wende wurde 1964 durch den Eintritt der LSSP in die bürgerliche Koalitionsregierung und ihre Unterstützung der chauvinistischen Verfassung von 1972 gekrönt.

Die logische Konsequenz war die Entstehung des tamilischen Separatismus und schließlich der bewaffnete Kampf der LTTE. Er entstand im tamilischen Kleinbürgertum, weil alle Hoffnungen auf einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter und Unterdrückten Sri Lankas – und dadurch auch auf eine Lösung der ethnischen Probleme und der sprachlichen Diskriminierung – enttäuscht worden waren.

Der Charakter der tamilischen Separatisten-Bewegung unter Führung der LTTE hat sich im letzten Jahrzehnt deutlich entlarvt. Es ist keine Bewegung, die sich gegen den Imperialismus richtet, sondern sie strebt vielmehr eine imperialistische Intervention an, um ihre eigenen partikularistischen Ziele durchzusetzen – wie ihre Unterstützung einer indischen Intervention 1987 und die kürzlichen Appelle an die Clinton-Regierung gezeigt haben.

Es ist keine Bewegung, die demokratische Ziele vertritt, sondern vielmehr ethnische Exklusivität. Sie führt Krieg gegen die singhalesischen und moslemischen Unterdrückten, um ein ethnisch homogenes Gebiet im Norden und Osten der Insel zu schaffen. Ihre terroristischen Aktivitäten im Süden richten sich gegen die singhalesische Arbeiterklasse. Besonders deutlich wurde das beim Bombenanschlag auf das Gebäude der Zentralbank in Colombo 1996. Gleichzeitig setzen sie Waffengewalt und Mord ein, um jede politische Opposition unter den Tamilen zu unterdrücken.

Heute die Losung von der »Selbstbestimmung für das tamilische Volk« in Sri Lanka zu vertreten, kann vom praktischen politischen Standpunkt nur eine einzige Bedeutung haben. Es bedeutet, das national-separatistische Vorhaben der LTTE zu unterstützen und den tamilischen Arbeitern und Unterdrückten zu erklären, daß die Errichtung eines Staats durch diese

Bewegung irgendwie günstigere Bedingungen für die Massen und für die Entwicklung des Kampfs für den Sozialismus in Sri Lanka schaffen werde.

Das Internationale Komitee und seine Sektion in Sri Lanka lehnen diese Perspektive kategorisch ab. Sie warnen das tamilische Volk davor, daß die Errichtung eines Tamil-Eelam-Staates keines ihrer Probleme lösen wird. Jede Regierung, die von der LTTE gebildet wird, wird vollständig dem Imperialismus untergeordnet sein und eine Diktatur sowie Ausbeutungsbedingungen schaffen, die genauso schlimm oder noch schlimmer sind wie die augenblicklichen Bedingungen unter der singhalesischen Bourgeoisie. Die Verwirklichung der Ziele der LTTE würde keine »Unabhängigkeit« oder »Befreiung« der Massen bedeuten, sondern würde dazu führen, im Norden eine neue Freihandelszone abzutrennen, um das transnationale Kapital und eine dünne Schicht der tamilischen Bourgeoisie zu bereichern.

Die srilankische Socialist Equality Party vertritt einen Standpunkt des bedingungslosen Defätismus in Bezug auf den Krieg des singhalesischen Staats gegen die Tamilen. Sie allein hat gegen jeglichen Einsatz von militärischer Gewalt dieser Regierung im Norden und Osten gekämpft.

Die srilankischen Trotzisten lehnen jedoch jeden Versuch der kleinbürgerlichen Linken ab, diesen Kampf den national-separatistischen Plänen der LTTE unterzuordnen. Statt dessen treten sie dafür ein, die singhalesischen und tamilischen Arbeiter und Unterdrückten auf der Grundlage eines sozialistischen Programms zu vereinen. Im Gegensatz zu beidem, dem srilankischen Staat wie dem angestrebten tamilischen Kleinstaat im Norden und Osten, kämpfen sie für eine sozialistische Republik von Sri Lanka und Tamil Eelam.

Das zentrale Problem, das sich im Zusammenhang mit der nationalen Frage stellt, ist dies: Auf welcher Grundlage werden die großen Fragen der Menschheit – Unterdrückung, soziale Ungleichheit, die Drohung eines Kriegs – gelöst werden? Vor mehr als 80 Jahren warnte Trotzki, daß keines dieser Probleme im nationalen Rahmen oder durch die Schaffung neuer nationaler Staaten gelöst werden könnte. Der Erste Weltkrieg hat bereits bewiesen, daß sich die Produktivkräfte selbst in einem unversöhnlichen Konflikt mit dem Nationalstaat befanden. Um wieviel mehr trifft das heute zu, angesichts der Entwicklung einer global koordinierten Produktion und dem Export von produktivem Kapital auf der ganzen Welt?

Spartacist erklärt: »Trotzki und die Vierte Internationale, die er gründete, betrachteten den Kampf für nationale Unabhängigkeit in den rückständigen Ländern als einen integralen und wichtigen Bestandteil der sozialistischen Weltrevolution. Die North-Anhänger behaupten nun, daß in der angeblich neuen Epoche »globalisierter« kapitalistischer Produktion nationale Unabhängigkeit unmöglich und in der Tat reaktionär geworden ist...« (*Workers Vanguard*, 21. März 1997)

Trotzki war niemals, wie Spartacist behauptet, ein leidenschaftlicher Anhänger kleinbürgerlicher nationaler Bewegungen und genausowenig ein bedingungsloser Verteidiger nationaler Souveränität. Er lehnte jegliche fetischistische Einstellung gegenüber nationalen Kämpfen ab und betonte, daß »nationale Unabhängigkeit« in der imperialistischen Epoche ein politisches Hirngespinnst sei.

Im Manifest »Krieg und die Vierte Internationale« von 1934 schrieb er: »Man muß sich aber von vornherein klar Rechenschaft darüber ablegen, daß die verspäteten Revolutionen in Asien und Afrika nicht imstande sind, eine neue Blütezeit des Nationalstaats heraufzubeschwören. Die Befreiung der Kolonien wird nur eine grandiose Episode sein in der sozialistischen Weltrevolution, wie die verspätete demokratische Umwälzung in Rußland, das auch ein halbkoloniales Land war, nur die Einleitung der sozialistischen Umwälzung bildete.... Das nationale Problem verknüpft sich allenthalben mit dem sozialen. Nur die Eroberung der Macht durch das Weltproletariat vermag *allen* Nationen unseres Erdballs wirkliche und

unerschütterliche Entwicklungsfreiheit zu sichern.« (Leo Trotzki, »Lenin und Trotzki über Krieg«, Essen 1983, S. 53-54)

Und 1940 erklärte die Vierte Internationale ihre Unterstützung für die Unabhängigkeitskämpfe Indiens, Chinas und anderer kolonialer Länder, warnte aber die unterdrückten Länder, »daß ihre verspäteten Nationalstaaten nicht mehr auf eine unabhängige demokratische Entwicklung rechnen können. Vom verfallenden Kapitalismus umgeben und im Netz imperialistischer Gegensätze gefangen, wird die Unabhängigkeit eines zurückgebliebenen Staates notwendigerweise halb fiktiv sein, und unter dem Einfluß innerer Klassengegensätze und äußeren Drucks wird das politische Regime unweigerlich zu einer Diktatur gegen das Volk herabsinken« (»Der imperialistische Krieg und die proletarische Weltrevolution«, in: Leo Trotzki, »Das Übergangsprogramm«, Essen 1997, S. 235)

In einer anderen Erklärung betonte Trotzki erneut, daß es außerhalb der sozialistischen Weltrevolution keine Möglichkeit gibt, die imperialistische Vorherrschaft abzuschaffen: »Die Hoffnungen auf die Befreiung der kolonialen Völker sind deshalb noch entschiedener als jemals mit der Emanzipation der Arbeiter der ganzen Welt verknüpft. Die Kolonien werden politisch, ökonomisch und kulturell nur dann befreit werden, wenn die Arbeiter der entwickelten Länder der kapitalistischen Herrschaft ein Ende bereiten und zusammen mit den rückständigen Völkern daran gehen, die Weltwirtschaft auf einer neuen Ebene zu reorganisieren und sie auf die sozialen Bedürfnisse und nicht auf die Profite der Monopole auszurichten.« (»Documents of the Fourth International – The Formative Years (1933-40)«, New York 1973, S.395. Aus dem Englischen)

Die mexikanische Krise: Marxismus gegen kleinbürgerlichen Nationalismus

Die Spartakisten kämpfen ganz offen gegen diese Perspektive. Ein großer Teil ihres Angriffs auf die Socialist Equality Party konzentriert sich auf die Krise in Mexiko 1994-1995 und die Weigerung der SEP, sich dem kleinbürgerlichen Nationalismus im allgemeinen und der von Subcommandante Marcos angeführten Zapatista-Rebellion im besonderen unterzuordnen.

Daher greifen sie eine Erklärung an, die im *International Workers Bulletin* veröffentlicht wurde. Darin hieß es: »Die Ereignisse in Mexiko zeigen erneut, daß der einzige Weg vorwärts für die Arbeiterklasse in den unterdrückten Ländern darin besteht, sich mit ihren Klassenbrüdern und Schwestern in den imperialistischen Zentren zu vereinen, in einem gemeinsamen Kampf für den Sturz der kapitalistischen Ausbeutung und die Errichtung des Sozialismus.« (*International Workers Bulletin*, 16. Januar 1995)

In ihrer Erwiderung schreibt Spartacist: »Aber was sollen die mexikanischen Arbeiter laut den North-Anhängern tun, bis die Masse der Arbeiter in den USA in Bewegung kommt und das kapitalistische System stürzt? Die Antwort lautet: nichts. Indem sie den tatsächlichen Kämpfen der Arbeiter, Landarbeiter und unterdrückten Völker ein abstraktes Konzept des sozialistischen Internationalismus gegenüberstellt, vertritt die North-Tendenz unweigerlich eine defätistische Politik gegenüber diesen Kämpfen...« (*Workers Vanguard*, 21. März 1997)

Diese Art der Argumentation ist das typische Kennzeichen kleinbürgerlicher ex-radikaler Opportunisten. Die Arbeiterklasse ist nicht unmittelbar in revolutionäre Kämpfe verwickelt, und deshalb ist die Perspektive des sozialistischen Internationalismus »abstrakt« und nicht zu verwirklichen. Man muß eine »konkretere« Lösung in den »tatsächlichen Kämpfen« anderer Klassenkräfte finden.

Natürlich entwickeln sich revolutionäre Kämpfe in verschiedenen Ländern in unterschiedlichen Geschwindigkeiten, und die revolutionäre Partei muß darauf mit einer konkreten Politik und einem konkreten Programm reagieren. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß sich in Mexiko noch vor den USA eine sozialistische Revolution entwickelt, obwohl auch das Gegenteil möglich ist. Die entscheidende Frage ist, wie diese Entwicklung verstanden wird und auf welcher Grundlage die Antwort der revolutionären Partei ausgearbeitet wird.

Der Klassenkampf in jedem beliebigen Land kann nur verstanden werden, wenn er in einem internationalen Zusammenhang gesehen wird und man auf der Grundlage einer internationalen Strategie an ihn herangeht, die sich auf den Aufbau einer Weltpartei der Arbeiterklasse gründet. Spartacist geht ausschließlich vom engen nationalstaatlichen Rahmen aus, und als Konsequenz ist ihre Politik immer an den Klasseninteressen des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie ausgerichtet.

Im Fall von Mexiko war die »konkretere« Kraft, die Spartacist entdeckt hatte, die Zapatistische Nationale Befreiungsarmee (EZLN). Daß eine kleinbürgerlich nationalistische Tendenz wie Spartacist sich hinter die Zapatistas stellt, ist nur natürlich. Die Zeitschrift *Workers Vanguard* schreibt mit atemloser Begeisterung über die Ereignisse in Chiapas im Jahr 1994: »Diese unerwartete, von Linken angeführte Revolte fesselte die Aufmerksamkeit der Welt. Aber nicht die Anhänger von North.« (a.a.O.)

Der Artikel gibt keine Klasseneinschätzung dieser Bewegung, und genauso wenig untersucht er die Geschichte ähnlicher Bewegungen in ganz Lateinamerika.

Die lateinamerikanische Arbeiterbewegung hat vier Jahrzehnte Erfahrung mit Guerillabewegungen hinter sich. Sie hat einen schrecklichen Preis für die Illusion bezahlt, daß heroische Aktionen kleiner bewaffneter Gruppen, die Teile der Bauernschaft hinter sich führen, den bewußten sozialistischen Kampf der Arbeiterklasse ersetzen könnten.

Ob es nun Commandante Che Guevara oder Subcommandante Marcos ist, der Bankrott der Guerilla ist einwandfrei erwiesen. Nach der kubanischen Revolution kamen eine ganze Menge dieser Guerillabewegungen in Zentral- und Südamerika auf. Ungeachtet des individuellen Heldenmuts derjenigen, die sich einer solchen Guerilla anschlossen, ist darin nicht der revolutionäre sozialistische Kampf der Arbeiterklasse ausgedrückt. Im Gegenteil, die Guerilla gründet sich auf die ausdrückliche Zurückweisung einer proletarischen Perspektive.

Die unermüdliche Schwärmerei der kleinbürgerlichen Linken für diese Art von Bewegung hat eine eindeutige Klassengrundlage. Was sie in dieser Form des Kampfes sehen, ist die Chance für das Kleinbürgertum, die Arbeiterklasse zu beherrschen und eine scheinbar unabhängige Rolle zu spielen. Die Perspektive der Guerilla leugnet die Notwendigkeit, sich der Arbeiterklasse zuzuwenden und den schwierigen und langen Kampf für die Entwicklung von sozialistischem Bewußtsein gegen die bestehenden Bürokratien zu führen. Stattdessen versucht die kleinbürgerliche Guerilla, die Gesellschaft durch ihre eigene spontane Tätigkeit zu revolutionieren. Die Anziehungskraft einer solchen Perspektive für ehemalige radikale Studenten und kleinbürgerliche Protestler in einer Organisation wie Spartacist ist unbestreitbar.

Tausende lateinamerikanischer Arbeiter, Jugendlicher und Bauern haben ihr Leben in selbstmörderischen Abenteuern verloren, weil sie diesen Bewegungen folgten. Politisch führte dies dazu, daß jeder Versuch, die Krise der revolutionären Führung zu lösen, in die Irre geleitet wurde, und dadurch die stalinistischen und übrigen Bürokratien ihre Kontrolle festigen und die Arbeiter dem Staat unterordnen konnten. So hat die Guerilla entscheidend dazu beigetragen, daß rechte Militärdiktaturen den Kontinent jahrzehntelang beherrschen konnten.

In letzter Zeit hat sich eine dieser Bewegungen nach der anderen an den Imperialismus angepaßt. In Venezuela wurde der frühere Guerillachef Minister, der dafür verantwortlich ist, die Sparpolitik des IWF durchzusetzen. In Kolumbien gab die Gruppe M-19 den bewaffneten Kampf auf und schloß ein Abkommen, das ihren Führern politische Posten und ihren Mitgliedern kleine Geschäftskredite verschaffte. Andere haben den bewaffneten Kampf fortgesetzt, ohne politisches Programm oder Ideologie, aber mit finanziellen Erfolgen: sie wurden Bodyguards für Drogenhändler oder kamen durch Entführungen und Erpressung an

Geld. In Mittelamerika haben sämtliche Guerilla-Organisationen – die Sandinistas in Nicaragua, die FMLN in El Salvador und die URNG in Guatemala – Abkommen akzeptiert, die die Forderungen der Massen preisgaben, Mörder in Militär und Polizei schützten und den Guerilla-Führern Parlamentssitze verschafften.

Eine sorgfältige Untersuchung der Politik solcher Organisationen zeigt hinter den Kulissen immer den Einfluß des einen oder anderen Teils der nationalen Bourgeoisie oder sogar dieser oder jener imperialistischen Macht. Subcommandante Marcos stützt sich nicht auf die unabhängige Macht der Arbeiterklasse, sondern auf einen Teil der ausgebeuteten Bauernschaft. Aber ausschlaggebender ist seine Fähigkeit, die Unterstützung von Teilen der mexikanischen und internationalen Bourgeoisie zu mobilisieren.

Zwischen der EZLN und dem mexikanischen Staat wurde durch die Schaffung bestimmter staatlicher Einrichtungen ein »Dialog« institutionalisiert. Die vagen Forderungen von Marcos nach Demokratisierung, Dezentralisierung und einem Ende der Korruption haben sich die kleinbürgerliche Linke, Teile der herrschenden PRI und sogar die rechte Oppositionspartei PAN zu eigen gemacht. Die »von Linken angeführte Revolte« in Chiapas hat den mexikanischen Arbeitern und Unterdrückten keinesfalls einen Weg vorwärts gewiesen, sondern wurde zu einem weiteren Instrument der internen Intrigen in der mexikanischen herrschenden Klasse.

Eine ähnliche Tendenz war in der Besetzung der japanischen Botschaft in Lima durch die MRTA-Guerillas erkennbar – eine Aktion, die begeisterte Loblieder von Spartacist auslöste. Diese Aktion hatte nicht zum Ziel, einen revolutionären Schlag gegen den Kapitalismus in Peru zu führen, sondern vielmehr den japanischen Imperialismus unter Druck zu setzen, damit er seinen Einfluß bei der Fujimori-Regierung für eine gemäßigttere Politik geltend mache. Sie endete zwangsläufig in einer Katastrophe.

Die marxistische Bewegung kann gegenüber solchen Organisationen nicht nachsichtig sein. Dafür hat es zu viele Erfahrungen mit dem Guerillatum gegeben, viel zu viele Niederlagen und Verrätereien, die auf dieser Grundlage organisiert wurden. Die trotzkistische Bewegung scheut sich durchaus nicht, die bittere Wahrheit über diese Art von kleinbürgerlichen Bewegungen zu sagen. Die Antwort auf die Probleme des mexikanischen Volks findet man nicht im bewaffneten Kampf, der auf der Grundlage der Bauernschaft organisiert wird, sondern vielmehr nur durch den Aufbau einer unabhängigen politischen Bewegung der Arbeiterklasse.

Die gesamte Geschichte Mexikos, einschließlich der Zapatista-Revolution von 1919-1924, beweist dies deutlich. Die Bewegungen, die von Emiliano Zapata und Pancho Villa angeführt wurden, bestanden aus bewaffneten Bauernmassen. Sie stützten sich auf die engstirnigen Interessen der Bauern, Zapata im Norden und Villa im Süden. Sie waren zwar in der Lage, Mexico City zu erobern, jedoch unfähig, eine Alternative zum bestehenden Staat zu schaffen. Letztendlich wurde die Revolution unterdrückt und die Macht in den Händen der nationalen Bourgeoisie gefestigt.

Was das politische Programm und die Perspektiven angeht, bietet die Bewegung von Subcommandante Marcos nichts Neues. Ihre Entwicklung hat nur noch einmal, wenn auch in wesentlich kleinerem Maßstab, die Unfähigkeit des Kleinbürgertums und der Bauernschaft bewiesen, eine unabhängige revolutionäre Rolle zu spielen.

Die Aufgabe, vor der die mexikanische Arbeiterklasse steht, ist der Aufbau einer unabhängigen politischen Partei, die in der Lage ist, die unterdrückten ländlichen Massen in einer sozialistischen Revolution hinter sich zu versammeln. Diese Partei muß in einem Bündnis mit und als Teil der Klassenbewegung der nordamerikanischen und der gesamten

lateinamerikanischen Arbeiterklasse aufgebaut werden. Das erfordert den Aufbau einer Sektion des Internationalen Komitees in Mexiko.

Die Perspektive der permanenten Revolution

Spartacist schreibt: »In gewisser Hinsicht haben North & Co. die *stalinistische Karikatur* des Trotzismus wiederbelebt und übernommen, nämlich daß die internationale sozialistische Revolution die gleichzeitige Revolution in allen größeren kapitalistischen Ländern, sowohl den entwickelten als auch den rückständigen, bedeute.« (*Workers Vanguard*, 21. März 1997, Hervorhebung im Original)

Es ist viel naheliegender, daß Spartacist zur Verteidigung ihres Nationalismus dieselben primitiven ideologischen Methoden wiederbelebt, die der Stalinismus bei seinem Angriff auf den Trotzismus und speziell auf die Theorie der permanenten Revolution benutzte.

Trotsky entwickelte diese Theorie auf der Grundlage einer tiefgehenden Analyse der kapitalistischen Entwicklung in Rußland und vor allem deren Beziehung zur Weltwirtschaft und zum internationalen Klassenkampf.

Die Theorie der permanenten Revolution beinhaltet ein dialektisches Verständnis der kombinierten und ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus. Rußland, das rückständigste kapitalistische Land, hatte aufgrund seiner Beziehung zum Weltmarkt und dem Eindringen ausländischen Kapitals die entwickeltsten Formen der Produktion und sämtliche gesellschaftlichen Widersprüche des modernen Kapitalismus übernommen.

Trotsky betonte, daß nur die Arbeiterklasse die Aufgaben der bürgerlichen Revolution zu Ende führen könne, und daß sie dazu die große Masse der Bauern anführen und als Befreierin dieser Klasse auftreten müsse. Nach ihrem Sieg müsse die Arbeiterklasse ihre eigene Diktatur errichten und sozialistische Maßnahmen einleiten, die die Grundlagen des bürgerlichen Eigentums in Frage stellen.

Auf diejenigen, die eine solche Prognose ablehnten, weil eine sozialistische Revolution im Rahmen des rückständigen Rußlands nicht möglich sei, erwiderte Trotsky, das isolierte Rußland als Rahmen zu nehmen, sei in sich selbst ein grundlegender Fehler. Der Verlauf und das Schicksal der russischen Revolution würden vor allem von den internationalen Bedingungen und vom weltweiten Klassenkampf bestimmt.

Eine siegreiche Revolution in Rußland, prophezeite er, würde Schockwellen um die Erde schicken und revolutionäre Kämpfe der Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern auslösen. Rußlands Rückständigkeit schloß zwar die Errichtung des Sozialismus innerhalb der Grenzen einer isolierten russischen Wirtschaft aus, die objektiven Bedingungen für die Abschaffung des Kapitalismus als globales System hatten sich jedoch im Weltmaßstab entwickelt.

Das Überleben der russischen Revolution würde davon abhängen, ob ihr siegreiche proletarische Revolutionen jenseits ihrer Grenzen folgen würden. Nur die sozialistische Revolution im Westen konnte letztendlich Rußland vor der Gefahr einer kapitalistischen Restauration schützen und die Mittel für die Verwirklichung des Sozialismus zur Verfügung stellen.

Die Kraft von Trotskys Perspektive lag gerade in ihrer internationalen Achse. Sie begann nicht bei den Besonderheiten Rußlands, sondern begriff die kommende russische Revolution als eine einzigartige Kombination aus den Bedingungen und Merkmalen des Kapitalismus als Weltsystem.

Die organische Unfähigkeit der russischen Bourgeoisie, ihre eigene Revolution durchzuführen und Demokratie, Agrarreformen und eine wirtschaftliche Entwicklung innerhalb Rußlands

durchzusetzen, war der besondere Ausdruck eines allgemeineren Phänomens, das auch heute noch besteht. Die Produktivkräfte, die der Kapitalismus entwickelt hatte, waren schon zu Beginn dieses Jahrhunderts über die Grenzen des Nationalstaats hinausgewachsen. Die nationalstaatliche Form war schon zu einem unerträglichen Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung geworden. Unter diesen Bedingungen war es unmöglich, die historischen Probleme Rußlands oder irgendeines Lands auf dieser Erde auf nationaler Grundlage zu lösen.

Spartacists Erklärung der permanenten Revolution geht von einem völlig anderen Standpunkt aus. Sie stellt dieses Konzept der Weltrevolution lediglich als eine von Trotzki für das zaristische Rußland entwickelte und später auf die »dritte Welt« übertragene Theorie dar, die besagt, daß es in rückständigen Ländern Revolutionen geben kann, bevor sie sich in den fortgeschrittenen Ländern entwickeln.

Die Schlußfolgerungen, die sich aus dieser nationalistischen Entstellung der permanenten Revolution ergeben, kommen sehr klar in dem zum Ausdruck, was Spartacist über Mexiko schreibt. Der Artikel in *Workers Vanguard* zitiert die Äußerung Lenins, daß Rußland das »schwache Glied« in der imperialistischen Kette darstellte, und erklärt, Mexiko stelle ein solches schwaches Glied in der gegenwärtigen imperialistischen Ordnung dar. Aber während Lenin diese Formulierung benutzte, um darauf hinzuweisen, daß die russische Revolution nur der Anfang der Weltrevolution sei, entwickelt Spartacist eine völlig andere Prognose:

»Ein Volksaufstand in Mexiko, der die neokoloniale PRI-Regierung stürzen würde, hätte eine mächtige radikalisierte Wirkung auf Millionen spanisch sprechender Arbeiter in den USA, von denen viele immer noch starke Familienbindungen an Mexiko oder Zentralamerika haben.« (a.a.O.)

Sie sehen keine sozialistische Revolution der mexikanischen Arbeiterklasse voraus, sondern vielmehr einen »Volksaufstand«, der die »neokoloniale PRI-Regierung« beseitigen würde. Die Wortwahl ist nicht zufällig. Lenin und Trotzki sagten richtig voraus, daß eine siegreiche russische Revolution revolutionäre Kämpfe der internationalen Arbeiterklasse entfachen würde. Spartacist prognostiziert als Folge eines ähnlichen Ereignisses in Mexiko etwas völlig anderes. Sie sieht keine internationale Bewegung der Arbeiterklasse voraus, sondern vielmehr nur eine Radikalisierung der spanischstämmigen Arbeiter in den USA aufgrund ihrer »starken Familienbindungen« an diese Region. Mit anderen Worten: Sie geht davon aus, daß eine solche Revolution nur die nationalistischen Gefühle in diesen Schichten stärken würde.

Nation, Rasse und ethnische Zugehörigkeit, das sind für Spartacist die »konkreten« bestimmenden Faktoren im politischen Leben. Internationalismus und der unabhängige Kampf der Weltarbeiterklasse sind nur Abstraktionen.

7. Spartacist und der Stalinismus

In der Artikelserie in *Workers Vanguard* wird im Nachhinein die Kreml-Bürokratie verherrlicht. Die nationalistische Perspektive, die wir bereits in sämtlichen Aussagen von Spartacist kennengelernt haben, liefert uns auch die Erklärung, warum der Stalinismus eine solche Attraktion auf diese Organisation ausübt.

Nach dem Zusammenbruch der kleinbürgerlichen Protestbewegung der 60er und 70er Jahre vollzog die Spartacist League eine scharfe Wende hin zur stalinistischen Bürokratie, warb für deren angeblich revolutionäres Potential und rechtfertigte ihre Verbrechen.

1979 pries die *Workers Vanguard* die sowjetische Invasion in Afghanistan mit der Schlagzeile »Hoch die Rote Armee«. Während der Konfrontation zwischen der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Solidarnosc und der Diktatur Jaruzelskis in Polen forderte sie eine

Militärintervention Moskaus und verpflichtete sich im voraus, alle Greuelthaten zu verteidigen, welche die Stalinisten gegen die polnischen Arbeiter verüben würden. Und 1984 erschien aus Anlaß des Todes des früheren sowjetischen KGB- und Parteichefs Juri Andropow auf ihrer Titelseite eine schwarz umrahmte Todesanzeige. Der Zusammenbruch seines Regimes hat Spartacists Bewunderung für den Stalinismus keinen Abbruch getan.

In ihrem Bemühen, die Bedeutung der Globalisierung zu leugnen, behauptet Spartacist, die Ursache für die enormen Veränderungen in den Klassenbeziehungen weltweit läge nicht in diesen ökonomischen Prozessen, sondern vielmehr im Zusammenbruch der Sowjetunion.

Sie erklärt ganz begeistert, die Moskauer Bürokratie habe »den zweitstärksten Staat der Welt« aufgebaut und als »Gegengewicht« gegen die »weltweite Vorherrschaft des amerikanischen Imperialismus« gewirkt. Das Verschwinden dieses Gegengewichts, argumentiert *Workers Vanguard*, ebnete den Weg für den »Triumph der kapitalistischen ›Globalisierung‹«, worunter Spartacist nur eine Steigerung kapitalistischer Investitionen in den früheren Kolonialländern versteht.

Laut ihrer These entwarfente das Entfallen der sowjetischen Unterstützung die bürgerlichen nationalistischen Regime angesichts der »verheerenden Macht der Kriegsmaschinerie des Pentagons«; sie kapitulierten deshalb vor dem Eindringen des ausländischen Kapitals. Diese veränderte Beziehung wurde angeblich durch den Golfkrieg angekündigt.

Wie wir schon gesehen haben, ist die Tatsache, daß Spartacist die Rolle der Streitkräfte zum entscheidenden Motor der Geschichte macht, ein Kennzeichen ihrer kleinbürgerlichen Politik. Den Golfkrieg und die Auflösung der Sowjetunion zum Katalysator für die Veränderungen in der Wirtschaftspolitik der früheren Kolonialländer zu machen, ist offenkundig absurd. In Wirklichkeit gab es diese Veränderungen schon während der Zeit, als *Workers Vanguard* das reaktionäre Abenteuer der Moskauer Bürokratie in Afghanistan bejubelte und nach einem Massaker an den polnischen Arbeitern schrie.

Die Auslandsschulden-Krise zusammen mit dem Einbruch der Warenpreise Anfang der 80er Jahre bekräftigte die überwältigende Vorherrschaft des Weltmarkts über die rückständigen Wirtschaften der früheren kolonialen Länder. Eine Regierung nach der anderen ließ die nationalen Entwicklungspläne fallen, um die strukturellen Anpassungsprogramme des IWF und der Weltbank zu erfüllen.

Nicht die Angst vor Raketen war der Grund für die wirtschaftlichen Veränderungen, die die nationale Bourgeoisie in diesen Ländern durchsetzte. Vielmehr hatte die globale Integration der kapitalistischen Produktion die alte nationalistische Politik unmöglich gemacht, und der Versuch, sie weiter aufrechtzuerhalten, hätte die Macht und Privilegien der nationalen Bourgeoisie selbst bedroht.

Als das Internationale Komitee 1992 erklärte, die Sowjetunion sei liquidiert worden und könne nicht mehr als »degenerierter Arbeiterstaat« betrachtet werden, verurteilte Spartacist das als »Verrat«. Auf einmal waren sie gezwungen, sich der Logik der Tatsachen anzupassen, und sprachen von der »Zerstörung des bürokratisch degenerierten sowjetischen Arbeiterstaats«, ohne jemals zu erklären, wie das passiert sei.

Obwohl sie die Zerstörung der UdSSR zur Ursache sämtlicher Veränderungen in der Weltwirtschaft und in den gesellschaftlichen Beziehungen machen, bieten sie keine materialistische Erklärung für dieses welthistorische Ereignis an. Die Artikel im *Workers Vanguard* weisen ausdrücklich jeden Versuch zurück, die Krise des Stalinismus auf die zugrundeliegenden wirtschaftlichen und sozialen Widersprüche zurückzuführen.

Statt dessen betonen sie, daß Gorbatschow und ... die trotzkistischen Parteien des Internationalen Komitees der Vierten Internationale die Schuld am Zusammenbruch der

Sowjetunion tragen! Der erstere, weil er »den Rückzug der sowjetischen weltweiten Macht« organisiert habe, und die letzteren, weil »sie alles in ihrer Macht Stehende getan haben, um die Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa voranzutreiben«.

Nachdem sie das IKVI zum Zentrum der Verschwörung gemacht haben, mit der die UdSSR zu Fall gebracht wurde, greift Spartacist das IKVI an, weil es die Frechheit besitze, anzudeuten, die Wiedereinführung des Kapitalismus dort sei »objektiv bedingt«.

Sie zitieren einen Absatz aus den Perspektiven der Workers League von 1993 mit dem Titel »Die Globalisierung der kapitalistischen Produktion und die internationalen Aufgaben der Arbeiterklasse«, wo es heißt: »Der Zusammenbruch der Sowjetunion war nur die erste große politische Erschütterung, die durch die Veränderung der Produktionsformen ausgelöst wurde. Die qualitativen Fortschritte in der Integration der Weltwirtschaft versetzten der nationalistischen Autarkie-Politik des stalinistischen Regimes den Todesstoß.«

Die Auflösung der UdSSR und die Krise des Kapitalismus

Das heißt mit anderen Worten, der sowjetische Staat wurde wegen seiner lang anhaltenden wirtschaftlichen Isolation das erste Opfer der globalen ökonomischen Prozesse, die den Widerspruch zwischen der Weltwirtschaft und dem nationalstaatlichen System verschärft haben. Dieselben Prozesse bereiten jedoch ungeheure Krisen und revolutionäre Erschütterungen innerhalb der kapitalistischen Länder selber vor. Das war die wesentliche Perspektive, die das Internationale Komitee entwickelt hatte.

Die demoralisierte Reaktion von Spartacist auf die Vernichtung der Sowjetunion schloß jeglichen Zusammenhang zwischen der Zerstörung der UdSSR und einer umfassenderen globalen Krise aus. Hinter ihrer radikalen Rhetorik paßte sie sich der Propaganda vom »Ende des Sozialismus« an, die von der Bourgeoisie entwickelt worden war.

Workers Vanguard behauptete, durch seinen Hinweis auf die objektive Ursache der stalinistischen Krise habe das Internationale Komitee »effektiv das Programm der proletarischen politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie in diesem angeblich neuen Zeitalter der ›globalisierten‹ kapitalistischen Produktion selbst als historische Möglichkeit abgeschrieben«. Sie behaupten weiter, daß für das IKVI »die sowjetische Arbeiterklasse als mögliche Kraft bei der Entscheidung über das Schicksal der Sowjetunion ganz einfach nicht existiert«. (*Workers Vanguard*, 21. Februar 1997)

Diese Behauptung wird durch Dokumente widerlegt, die beweisen, daß das Internationale Komitee dafür gekämpft hat, die sowjetische und die internationale Arbeiterklasse auf die bevorstehenden Gefahren aufmerksam zu machen. Als Gorbatschow von den kleinbürgerlichen Radikalen überall auf der Welt gelobt und sein Programm von Glasnost und Perestroika als politische Revolution begrüßt wurde, hat das Internationale Komitee in Wirklichkeit als einzige Partei davor gewarnt, daß das Programm der Bürokratie die Wiederherstellung des Kapitalismus zum Ziel habe.

Die Arbeiterklasse war im Verlauf der Ereignisse nicht in der Lage, die Bürokratie zu stürzen, bevor das stalinistische Regime den Kapitalismus restaurierte und anfang, sich selbst als eine Art Kompradorenbourgeoisie in die Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft zu integrieren und die Reichtümer der früheren Sowjetunion zu plündern.

Keine noch so gigantische Denunziation des Internationalen Komitees durch Spartacist kann die grundlegende Frage vertuschen, die Spartacist sich nicht zu stellen wagt: Was waren die objektiven Ursachen für den Zusammenbruch der Sowjetunion? Wenn sie den Versuch, diese Ursachen aufzudecken, mit einer Zurückweisung der Perspektive der politischen Revolution gegen den Stalinismus gleichsetzt, legt Spartacist nur die Logik ihrer eigenen Position offen.

Die Einschätzung, daß die Krise der Sowjetunion mit internationalen ökonomischen Prozessen zusammenhängt, stellt sicherlich keine neuartige Revision des Trotzismus dar. Vor mehr als 70 Jahren erklärte Trotzki den tiefen Widerspruch zwischen dem globalen Charakter der durch den Kapitalismus geschaffenen Produktivkräfte und dem beschränkten nationalen Charakter des sozialistischen Aufbaus in der UdSSR. Gestützt auf dieses Verständnis wies er die stalinistische Theorie vom »Sozialismus in einem Land« zurück.

Sowohl Lenin als auch Trotzki schrieben wiederholt, daß die Degeneration und Zerstörung der Oktoberrevolution nicht nur »objektiv bedingt«, sondern unvermeidlich sei, wenn die UdSSR isoliert und eingekreist von einer feindlichen kapitalistischen Welt bleibe.

Sie betonten im Gegensatz zu der antimarxistischen Konzeption vom »Sozialismus in einem Land«, daß die Sowjetunion die Mittel, die sie brauche, um die vom Zarismus ererbte Rückständigkeit zu überwinden und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, nur durch die internationale Ausdehnung der sozialistischen Revolution bekommen könne.

Es gab genau zwei Möglichkeiten, den Widerspruch zwischen der Weltwirtschaft und dem national isolierten Arbeiterstaat zu lösen: Entweder auf sozialistische Weise, d. h. dadurch, daß die Arbeiterklasse in den übrigen kapitalistischen Ländern die Macht übernahm und eine sozialistische Weltrepublik errichtete, oder dadurch, daß die Bürokratie das Privateigentum wiederherstellte und die UdSSR in die Struktur des Weltkapitalismus integrierte. In diesem internationalen Zusammenhang wurde die Notwendigkeit einer politischen Revolution in der UdSSR verstanden.

Das Internationale Komitee, das sich auf das gesamte theoretische Erbe Trotzkis gründet, geht davon aus, daß die Zerstörung der UdSSR ihre Ursachen in der Veränderung der Produktionsweise hat, die den nationalistischen Methoden der stalinistischen Bürokratie das Genick brachen.

Trotzki hatte erklärt, kurzfristig stelle eine Militärintervention der imperialistischen Mächte eine unmittelbare Gefahr für die Sowjetunion dar. Aber auf lange Sicht sei die größte Gefahr, daß die Arbeitsproduktivität in den entwickelten kapitalistischen Ländern höher sei und weiterhin viel höher bleiben würde als die in der Sowjetunion. Eine viel größere Gefahr als die Militärintervention seien die billigen Waren in ihrem Gefolge.

An einigen grundlegenden Fragen kann man auch hier den Bankrott der subjektivistischen Methode von Spartacist und ihrer Verherrlichung der rein militärischen Macht erkennen: Wie war es möglich, daß die Sowjetunion in der Lage war, die Intervention von 14 imperialistischen Nationen nach der Revolution zu besiegen und 20 Jahre später die Nazi-Invasion zurückzudrängen, – und dennoch Ende der achtziger Jahre zusammenbrach? Heute steht die Wirtschaft der früheren Sowjetunion unter dem Diktat von IWF und Weltbank, ohne daß ein einziger Schuß gefallen wäre. Was weder die imperialistischen Armeen noch die Nazis erreichen konnten – die Plünderung der Reichtümer Rußlands und der übrigen ehemaligen sowjetischen Republiken – wird jetzt durch den Einfluß des kapitalistischen Finanzsystems durchgesetzt.

Auch an der Geschichte Vietnams kann man erkennen, daß es viel einfacher ist, die Armeen der imperialistischen Mächte zu besiegen, als die Vorherrschaft des internationalen Finanzsystems abzuschütteln. Die vietnamesischen Arbeiter und Bauern waren in der Lage, die Interventionen zuerst des französischen und dann des amerikanischen Imperialismus in einem 10.000 Tage währenden Krieg militärisch zurückzuschlagen. Aber Vietnam ist heute noch fester in der Hand des internationalen Finanzkapitals als in der Zeit, als es von der amerikanischen Armee besetzt war.

Nationalstaatlicher Sozialismus

Wenn die Spartakisten jede objektive Ursache für die Krise des Stalinismus zurückweisen, so liefern sie damit den Beweis, daß sie im Prinzip mit der stalinistischen Theorie vom Sozialismus in einem Land übereinstimmen. Im Stalinismus sahen sie die Möglichkeit für einen nationalen Sozialismus, ein Konzept, das eine deutliche Anziehungskraft auf kleinbürgerliche Radikale ausübt. Von Beatrice und Sydney Webb in den 30er bis James Robertson in den 80er Jahren sah diese sozio-politische Schicht in der stalinistischen Bürokratie »einen starken Staat«, der eine vermittelnde Rolle zwischen den Exzessen des Kapitalismus und der Gefahr einer Revolution spielen könne.

So wie Spartacist die Formulierung »politische Revolution« benutzte, hat sie nichts mit der Perspektive zu tun, die Trotzki entwickelt hatte. Spartacist ging nicht davon aus, daß die bürokratische Diktatur durch die unabhängige Mobilisierung der sowjetischen Arbeiter als Teil der sozialistischen Weltrevolution hätte gestürzt werden müssen. Stattdessen vertrat sie die Perspektive eines »Sozialismus«, der mit Gewehr und Panzer durchgesetzt wird. Sie setzte ihre Hoffnungen auf einen Teil der Bürokratie selbst und hoffte, dieser würde die Wiedereinführung des Kapitalismus verhindern. Sie richtete ihre Appelle nicht an die Arbeiterklasse, sondern an die Fraktion der stalinistischen Hardliner und an die Unterdrückungsapparate, und drängte diese zu einem neuerlichen harten Durchgreifen.

Spartacist erklärt, die Sowjetunion sei der »zweitstärkste Staat auf der Welt« gewesen, als wenn das eine Quelle großen Stolzes für Marxisten sein sollte, die ganz im Gegenteil die Verwirklichung des Sozialismus nicht mit mächtigen Staaten, sondern vielmehr mit dem fortschreitenden Absterben des Staats in Verbindung bringen.

Die Spartakisten erklären nie, daß die Hauptfunktion dieses mächtigen Staates die Unterdrückung der Arbeiterklasse und die Ausrottung ihrer revolutionären Führung war, und daß er dazu diente, die Arbeiter Rußlands von der internationalen Arbeiterklasse zu isolieren und die Grenzen der UdSSR hermetisch gegen den Einfluß billiger westlicher Waren abzuriegeln. Er war weit davon entfernt, die Massen innerhalb seiner Grenzen vom Druck des Imperialismus zu befreien. Im Gegenteil bewies der Staatsapparat der Sowjetunion und seine mehr oder weniger abgeriegelten Grenzen, wie stark der Einfluß war, den der Imperialismus auf die UdSSR ausübte.

Das Anwachsen dieses Staates entsprach der wachsenden Kluft zwischen den Interessen der privilegierten Bürokratie, die ihn verwaltete, und den sowjetischen arbeitenden Bevölkerung. Je größere Fortschritte die sowjetische Industrie aufgrund Planung und Verstaatlichung machte, um so dringender war sie auf modernste Technologien angewiesen, und um so abhängiger wurde sie vom Welthandel.

Was ist nach Ansicht von Spartacist der wirkliche Grund für den Zusammenbruch der Sowjetunion? Trotzki stellte über das künftige Schicksal der UdSSR eine Prognose mit zwei Alternativen auf. Er sagte voraus, daß sich die Frage danach entscheiden würde, ob die Arbeiterklasse fähig sei, die Bürokratie zu stürzen, bevor die Bürokratie den Arbeiterstaat vernichte.

Es hat sich gezeigt, daß die Bürokratie in der Lage war, den Arbeiterstaat zu vernichten. Die führenden Köpfe der Bürokratie beschritten den Weg, das Privateigentum wiederherzustellen und sich selbst in kapitalistische Eigentümer zu verwandeln. Für Spartacist sah das genau umgekehrt aus: In ihren Augen war die Arbeiterklasse für die Konterrevolution verantwortlich, und von der Bürokratie erwartete sie ihre Unterdrückung.

Der Artikel in *Workers Vanguard* erklärt: »Weit verbreitete Apathie und Zynismus wie auch, bis zu einem gewissen Maß, Illusionen in westliche, bürgerliche Demokratien unter den Massen machten es möglich, daß in Rußland konterrevolutionäre Kräfte um Boris Jelzin und in den nicht-russischen Republiken anti-sowjetische Nationalisten an die Macht kamen.«

Spartacist schreibt weiter: »... unsere Tendenz hat unzweideutig und unbeirrbar zur bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus und die interne Konterrevolution aufgerufen, so wie wir das heute in bezug auf die verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten, Kuba, China, Nord-Korea und Vietnam, tun.« (a.a.O.)

Diese Losung der »bedingungslosen militärischen Verteidigung« ist eine Ausgeburt von Spartacists Phantasie. Trotzki und die Vierte Internationale haben die Verteidigung der Sowjetunion immer als eine Taktik angesehen, die der Strategie der sozialistischen Weltrevolution untergeordnet und von ihr abhängig war; dazu gehörte auch der Sturz der Kreml-Bürokratie .

Wie das Manifest der Vierten Internationale über den imperialistischen Krieg und die proletarische Weltrevolution erklärte, das bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verfaßt wurde: »Die Vierte Internationale kann die Sowjetunion nur mit den Methoden des revolutionären Klassenkampfes verteidigen.« (Leo Trotzki, »Das Übergangsprogramm«, Essen 1997, S. 231)

Spartacists Aufruf, »bedingungslose militärische« Methoden zur Verteidigung der Sowjetunion und der anderen erwähnten Staaten zu benutzen, richtete sich nicht an die Arbeiterklasse, und diese Gruppe hatte sicherlich nicht die Mittel, um diese Taktik selbst anzuwenden. Statt dessen lief es auf einen hysterischen Aufruf an die stalinistische Bürokratie selbst hinaus, im Ausland eine aggressivere militärische Haltung einzunehmen und zu Hause die politischen Gegner, in der Hauptsache die Arbeiterklasse, gewaltsam zu unterdrücken.

Der chinesische »Arbeiterstaat«

Spartacist fordert heute die Verteidigung der Volksrepublik China mit »bedingungslosen militärischen« Mitteln. Sie behauptet, dieses Regime »... ist immer noch ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat« und stelle deshalb eine große Errungenschaft der Arbeiterklasse dar.

Das Internationale Komitee weist diese Behauptung kategorisch zurück. Der Begriff »deformierter Arbeiterstaat« wurde von der trotzkistischen Bewegung in den 40er Jahren entwickelt, um die neuen Regime zu beschreiben, die vom Stalinismus in China und in Osteuropa geschaffen worden waren. Er wurde benutzt, um Staaten zu beschreiben, die von ihrer Entstehung an von einer parasitären und totalitären Bürokratie verkrüppelt worden waren, und die unausweichlich die begrenzten Errungenschaften, die die Arbeiterklasse gewonnen hatte, zerstören würden, wenn sie nicht gestürzt würden.

Diese im höchsten Maße bedingte und gewissermaßen behelfsmäßige Definition haben Organisationen wie Spartacist begierig als Gütesiegel aufgegriffen. Die Entstehung dieser neuen Staatsformen bestärkte sie in ihrer Überzeugung, der Sozialismus könne ohne bewußten revolutionären Kampf der Arbeiterklasse eingeführt werden.

In China kam das maoistische Regime nicht durch die Arbeiterklasse an die Macht, sondern mit Hilfe einer Bauernarmee, geführt von der stalinistischen Kommunistischen Partei, die die Städte besetzte und sämtliche unabhängigen Arbeiterorganisationen unterdrückte. Mehr als ein Vierteljahrhundert lang hat das stalinistische Regime in der Weltarena eine offen proimperialistische Politik verfolgt. Seit den späten 70er Jahren hat das Pekinger Regime unentwegt daran gearbeitet, China wieder in den kapitalistischen Weltmarkt zu integrieren, indem es ausländischen Kapitalinvestitionen Tür und Tor geöffnet und verstaatlichte Betriebe privatisiert hat.

Ein Artikel, der kürzlich in der Zeitschrift *Foreign Affairs* erschienen ist, gibt eine ziemlich anschauliche Beschreibung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse in diesem »bürokratisch deformierten Arbeiterstaat«. Sie zitiert eine Zeitung aus Peking, die *Workers*

Daily heißt und über die Bedingungen in einem kapitalistischen Joint-Venture-Betrieb, der Zhao Zhi Schuhfabrik, in der Provinz Guangdong berichtet:

»Die Firma schlägt, mißbraucht und demütigt die Arbeitskräfte nach Gutdünken. Zu den täglichen Bestrafungen gehört, die Arbeiterinnen zu zwingen, mit dem Gesicht zur Wand, auf einem Schemel oder draußen in der Sonne zu stehen. Entgegen den Gesetzen werden die Beschäftigten manchmal gezwungen, die ganze Nacht durchzuarbeiten, um einen eiligen Auftrag fertigzustellen. Sie arbeiten unter 24stündiger Bewachung von hundert Sicherheitskräften.« So sieht der Arbeiterstaat von Spartacist aus.

Der Artikel berichtet, daß »etwa 17 Millionen Chinesen in den Küstenregionen in Fabriken arbeiten, die von ausländischen Investoren finanziert werden, größtenteils aus Taiwan, Hongkong und Südkorea. Die Arbeiter, in der großen Mehrzahl Frauen aus ländlichen Gebieten, stellen Schuhe, Spielzeug, Kleider und andere Exportartikel her und zwar alle unter schlimmsten Ausbeutungsbedingungen. Niedrige Löhne sind nicht das größte Problem der Arbeiter. Der widerwärtigste Mißbrauch ist die physische Bestrafung, wozu Schläge von den Aufsehern oder Sicherheitskräften gehören. Einige von ihnen tragen Elektro-Stöcke. Das führt dazu, daß sogar verbale Drohungen einschüchternd wirken. In einigen Fällen sind Zwangsvorschriften, die das Management den Arbeitern während und nach der Arbeit auferlegt, unglaublich detailliert: es ist verboten zu reden, selbst beim Essen; es gibt genau gekennzeichnete Wege, auf denen sie sich innerhalb der Fabriksunterkünfte bewegen müssen; es ist verboten, das Betriebsgelände ohne spezielle Genehmigung zu irgendeiner Zeit zu verlassen; es ist verboten, schwanger zu werden, sich zu verheiraten oder zu verloben. In einer der Fabriken verliert jeder, der pro Arbeitstag mehr als zweimal die Toilette aufsucht, etwa ein Fünftel seines Monatslohns. Im November 1993 brach in einer Fabrik in Guangdong ein Feuer aus, bei dem 87 Arbeiterinnen und Arbeiter getötet und 60 verletzt wurden. Und wieder einmal wurde diese Tragödie dadurch verschlimmert, daß die Fluchtwege durch vergitterte Fenster und verschlossene Türen blockiert waren.«

In dem Artikel wird gefragt: »Warum erlaubt die chinesische Regierung ausländischen Firmen, ihre Bürger so abscheulich zu mißbrauchen?« und er zitiert einen Geschäftsführer aus Hongkong, der über seine Verhandlung mit der Regierung berichtet. Er erklärte: »Wir haben ihnen gesagt, das sei Kleinkram. Wenn ihr uns nicht erlaubt, die Dinge so zu regeln, wie wir das wollen, dann schließen wir die chinesischen Fabriken und gehen nach Thailand. Taiwanesische Geschäftsleute dort, die wir kürzlich interviewt haben, sprachen davon, nach Vietnam zu gehen, wo die Arbeitskosten noch niedriger sind.« (*Foreign Affairs*, Bd. 76 Nr.2, März/April 1997, S.106-7)

Seitdem Spartacist seine Polemik gegen das Internationale Komitee veröffentlicht hat, haben die Ereignisse ihre Behauptung, die Volksrepublik China sei ein »Arbeiterstaat«, der »bedingungslos verteidigt« werden müsse, weiter bloßgestellt. Weniger als zwei Monate, nachdem die *Workers Vanguard* ihren vierteiligen Angriff auf das Internationale Komitee beendet hatte, verkündete Präsident Jiang Zemin, daß die herrschende Bürokratie ein umfangreiches Privatisierungsprogramm durchführen werde und auf allen Gebieten mit Ausnahme strategischer Sektoren wie Waffenproduktion, Chemie und Getreide-Verteilung das Staatseigentum abschaffen werde. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 1997 verloren zehn Millionen Arbeiter ihren Arbeitsplatz bei staatlichen Unternehmen. Massendemonstrationen, Streiks und Zusammenstöße zwischen Sicherheitskräften und Arbeitern, die gegen Entlassungen protestieren, sind mittlerweile in China an der Tagesordnung.

Unterdessen hat der Pekingener »Arbeiterstaat« seine enge Bindung an den Kapitalismus bewiesen, indem er in die neuerlichen Tumulte auf den asiatischen Finanzmärkten interveniert

hat, mit dem Ziel, die Börse in Hongkong zu stabilisieren und die krisengeschüttelte Wirtschaft der indonesischen Militärdiktatur zu retten.

8. Schluß

Um wirklich zu verstehen, warum Spartacist den Nationalstaat verteidigt und die revolutionären Konsequenzen der Globalisierung der Produktion leugnet, muß man den Ursprung und die Entwicklung dieser Organisation untersuchen. In der Entwicklung politischer Tendenzen sind manchmal Jahrzehnte notwendig, bis die Logik bestimmter Positionen klar zum Vorschein kommt. Im Fall der Spartacist League handelt es sich um die vollendete Form einer Tendenz, die von ihrem Anbeginn an durch extremen Subjektivismus und kleinbürgerlichen amerikanischen Nationalismus gekennzeichnet war.

Die Spartacist League ist aus einer Auseinandersetzung in der amerikanischen Socialist Workers Party zu Anfang der 60er Jahre hervorgegangen. Es ging dabei um die Wiedervereinigung der SWP mit dem Internationalen Sekretariat der Vierten Internationale, das von Michel Pablo und Ernest Mandel geführt wurde.

1953 hatte die SWP unter der Führung von James P. Cannon einen Offenen Brief an die trotzkistische Weltbewegung herausgegeben, der dazu aufrief, Pablo und seine Anhänger aus der Führung der Vierten Internationale zu entfernen. Die darauf folgende Spaltung entzündete sich an der grundlegendsten Frage überhaupt: der Rolle der Vierten Internationale. Der wesentliche Kern der politischen Positionen von Pablo und Mandel war die Liquidierung der organisierten trotzkistischen Bewegung mit der Begründung, die Krise des Imperialismus führe dazu, daß der Druck der Massen die stalinistischen Parteien zwingt, »eine revolutionäre Orientierung anzunehmen« und den sozialistischen Umsturz durchzuführen. Mit anderen Worten: die Vierte Internationale sei überflüssig.

Ungeachtet der zentralen Rolle, die sie bei der Verteidigung der Vierten Internationale gespielt hatte, geriet die SWP unter denselben Druck, der zur Entstehung der pablistischen Tendenz geführt hatte. Mehr als ein Jahrzehnt politischer Isolierung, die Entwicklung des Nachkriegsbooms und die Ausbreitung des Antikommunismus im Kalten Krieg hatten dazu geführt, daß sich derselbe liquidatorische Druck innerhalb der SWP zu entwickeln begann. Er manifestierte sich in der Bewunderung für Castro und den Castroismus und der Erklärung, Kuba sei ein Arbeiterstaat.

Der Kampf gegen die Führung der SWP wurde von den britischen Trotzkiisten der Socialist Labour League angeführt, die in einer Serie von Dokumenten und Berichten in den frühen 60er Jahren die Fehlorientierung der SWP aufdeckten und den Kampf gegen die ihr zugrunde liegende liquidatorische Perspektive des Pablismus vertieften.

Innerhalb der SWP entwickelte sich eine Minderheitstendenz, die sich mit dem Kampf der britischen SLL solidarisierte. Diejenigen Führer der Minderheitstendenz, die später die Spartacist League gründeten, weigerten sich jedoch, ihren Kampf innerhalb der SWP als Teil einer internationalen Tendenz zu führen, obwohl sie behaupteten, sie würden mit den Perspektiven der SLL übereinstimmen. Das führte zu einer Spaltung in der Minderheit zwischen einer wirklich internationalistischen Tendenz und der im Grunde nationalistischen Spartacist-Gruppe.

Trotz ihrer öffentlich bekundeten Opposition zum Pablismus stimmte die Spartacist-Gruppe nicht gegen die Wiedervereinigung mit der Pablo-Mandel-Organisation, sondern enthielt sich der Stimme. Folglich waren sie bereit, sich der pablistischen Führung der SWP unterzuordnen, und sie weigerten sich, als Teil einer internationalen Fraktion zu arbeiten, weil

dies bedeuten konnte, daß sie auf das verzichten mußten, was sie als ihre nationalen Vorrechte betrachteten.

1964, nach der Wiedervereinigung von 1963, wurden beide Tendenzen – die Spartacist-Gruppe unter der Führung von James Robertson und das Amerikanische Komitee für die Vierte Internationale (ACFI), angeführt von Tim Wohlforth – aus der SWP ausgeschlossen. Das ACFI wurde ausgeschlossen, weil es in der SWP eine Diskussion über den Eintritt der LSSP, der srilankischen Sektion der pablistischen Internationale, in die bürgerliche Regierung von Frau Bandaranaike im Juni 1964 gefordert hatte.

Nachdem beide Tendenzen aus den Reihen der SWP ausgeschlossen waren, versuchte die Führung des Internationalen Komitees eine Vereinigung der beiden Gruppen auf einer prinzipiellen Basis zu erreichen. Auf dieser Grundlage schickte die Spartacist League eine Delegation mit ihrem Führer James Robertson zum Dritten Kongreß des Internationalen Komitees, der im April 1966 in London abgehalten wurde.

Die zentrale Frage auf diesem Kongreß war die Einschätzung des Kampfs gegen den Pablismus. Robertsons Beitrag machte klar, daß er tiefgehende Differenzen mit der politischen Richtung hatte, die im Hauptbericht auf dem Kongreß zum Ausdruck kam. Nachdem Robertson jedoch seine Darstellung gegeben hatte, weigerte er sich, an der anschließenden Diskussion teilzunehmen. Die Konferenz verlangte einstimmig seine Anwesenheit und forderte ihn auf, sich bei der Konferenz für seine Abwesenheit zu entschuldigen. Robertson weigerte sich. Er wurde daraufhin aufgefordert, die Konferenz zu verlassen. Der Rest seiner Delegation folgte ihm.

In Robertsons schließlichem Bruch mit dem Internationalen Komitee kam seine nationalistische Orientierung zum Ausdruck, die Spartacist von Anfang an auszeichnete. Seine Weigerung, die Autorität des Kongresses anzuerkennen, war kein Zufall – dieser Stil war typisch für ihn und die Gruppe –, sondern ein Ausdruck der Politik dieser Organisation. Sein Beitrag auf dem Kongreß machte deutlich, daß sie den programmatischen Prinzipien der Vierten Internationale und dem Kampf des Internationalen Komitees für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse zutiefst feindlich gegenüberstanden.

Eine der zentralen Aufgaben dieses Kongresses – dem ersten seit der Wiedervereinigung der SWP mit den Pablisten – war eine Einschätzung des Kampfs gegen den Revisionismus innerhalb der Vierten Internationale. Robertson ging in seinem Beitrag auf diese Frage ein.

»Der Pablismus«, erklärte er, »ist eine revisionistische Antwort auf neue Probleme, die durch die stalinistische Expansion in der Zeit nach 1943 gestellt wurden. Und der Pablismus wurde innerhalb der Bewegung durch eine schädliche ›Orthodoxie‹ bekämpft, die bis in die letzten Jahre durch Cannon repräsentiert wurde... Der Druck, der den Pablismus hervorgebracht hat, begann 1943, nachdem Trotzki's Prognose vom Zusammenbruch der Sowjet-Bürokratie und neuer Oktoberrevolutionen nach dem Krieg nicht eingetroffen war. Dieses Fehlschlagen war ein Resultat der Unfähigkeit, revolutionäre Parteien zu schaffen. Nach 1950 beherrschte der Pablismus die Vierte Internationale. Erst als die Folgen des Pablismus klar wurden, machte ein Teil der Vierten Internationale einen Rückzieher. Unserer Meinung nach muß die ›orthodoxe‹ Bewegung sich erst noch mit den neuen theoretischen Problemen auseinandersetzen, die sie von 1943-1959 für Pablismus anfällig gemacht und die 1952-1954 zu einer undurchdachten Spaltung geführt haben.«

Aus Robertsons These in bezug auf die Ursprünge des Pablismus ging unmißverständlich hervor, daß Trotzki und die von ihm in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg entwickelte falsche Perspektive dafür verantwortlich seien. Robertson wiederholte Ansichten, die von diversen skeptischen Tendenzen entwickelt worden waren, die die Vierte Internationale nach dem Krieg mit der Begründung verlassen hatten, Trotzki's »Versprechungen« in bezug auf den

Zusammenbruch der stalinistischen Bürokratie und neuer Oktoberrevolutionen hätten sich nicht erfüllt. Trotzki hatte natürlich keine solchen Versprechungen abgegeben. Tatsächlich hatte er kurz vor seinem Tod vor einer solchen Methode gewarnt.

»Jede historische Prognose ist immer bedingt, und je konkreter die Prognose ist, um so bedingter ist sie. Eine Prognose ist kein Wechsel, den man an einem bestimmten Tag einlösen kann. Prognosen umreißen nur einen bestimmten Trends der Entwicklung.«

In einigen seiner letzten Artikel hatte Trotzki versucht, eine historische Einschätzung des imperialistischen Kriegs und des Kampfs zur Lösung der Krise der proletarischen Führung zu geben:

»Der zweite imperialistische Krieg stellt die ungelöste Aufgabe auf einer höheren historischen Ebene. Er prüft erneut nicht nur die Festigkeit der bestehenden Regimes, sondern auch die Fähigkeit des Proletariats, sie zu ersetzen. Die Ergebnisse dieser Prüfungen werden zweifellos eine entscheidende Bedeutung für unsere Einschätzung der modernen Epoche als Epoche der proletarischen Revolution haben. Wenn es entgegen aller Wahrscheinlichkeit der Oktoberrevolution mißlingt, im Laufe des gegenwärtigen Krieges oder sofort danach ihre Fortsetzung in einem der fortgeschrittenen Länder zu finden, und wenn im Gegenteil das Proletariat überall und an allen Fronten zurückgeworfen wird – dann müßten wir zweifellos die Frage stellen, ob wir unsere Vorstellung von der gegenwärtigen Epoche und ihren treibenden Kräften revidieren müssen.« (Leo Trotzki, »Verteidigung des Marxismus«, Berlin 1973, S. 20-21)

Der tatsächliche Verlauf der Ereignisse entpuppte sich als wesentlich komplexer, als Trotzki's Prognose es hatte erkennen lassen. Die Arbeiterklasse und die unterdrückten Massen führten zahlreiche revolutionären Kämpfe, aber aufgrund der Verrätereien der stalinistischen Führungen – deren politische Autorität durch den Sieg der Sowjetarmee über die faschistischen Armeen gestärkt worden waren – wurde der Sturz des Kapitalismus in den entwickelten Ländern Westeuropas verhindert. Das Proletariat schaffte keine neuen Oktoberrevolutionen, aber es wurde genausowenig zurückgeworfen. In dieser komplexen Situation schafften es die stalinistischen Bürokraten nicht nur, an der Macht zu bleiben, sondern sie festigten ihre Herrschaft und dehnten sie nach Osteuropa aus.

Die sozialistische Revolution war nicht vorangeschritten, aber genausowenig hatte die Arbeiterklasse eine historische Niederlage erlitten. Und entgegen allen Erwartungen, einschließlich ihren eigenen, war die Bourgeoisie in der Lage, eine Reihe von politischen und wirtschaftlichen Vorkehrungen zu treffen, die zu einer neuen Periode kapitalistischer Expansion führten.

Diese komplexe und widersprüchliche objektive Situation übte starken Druck auf die Vierte Internationale aus. Dieser Druck fand seinen politischen Ausdruck in den Theorien von Pablo und dann Mandel, die den stalinistischen Bürokratien revolutionäre Fähigkeiten zuschrieben. Darüber hinaus versuchte der Pablismus, die gesamte Theorie von Lenin und Trotzki über die Partei zu revidieren, die auf der entscheidenden Rolle einer bewußten revolutionären Führung für die sozialistische Umgestaltung bestand. Sie wurde durch die Auffassung ersetzt, daß der Kapitalismus durch das Wirken objektiver Prozesse gestürzt werde, die ihren Ausdruck in denjenigen Kräften fänden, die gerade die Arbeiterklasse dominierten.

Der Offene Brief von 1953 zog eine deutliche Trennungslinie zwischen dem Pablismus und dem Programm der Vierten Internationale und betonte: »Der Graben zwischen Pablos Revisionismus und dem orthodoxen Trotzkiismus ist so tief, daß weder ein politischer noch ein organisatorischer Kompromiß möglich ist.« (zitiert nach: David North, »Das Erbe, das wir verteidigen«, Essen 1988, S. 240)

Diesen entscheidenden Kampf tat Robertson als »undurchdachte Spaltung von 1952-54« ab. Das sollte zum Markenzeichen einer Reihe von opportunistischen Tendenzen werden, die alle bestrebt waren, prinzipiellen Fragen aus dem Weg zu gehen.

Die zynische Haltung sämtlicher kleinbürgerlicher, radikaler Gruppen gegenüber theoretischen und politischen Auseinandersetzungen in den Reihen der revolutionären Bewegung kam in Robertsons Einschätzung der Bedeutung der Vierten Internationale zum Ausdruck:

»Wir bestreiten die Ansicht«, erklärte er, »daß die gegenwärtige Krise des Kapitalismus so scharf und so tief ist, daß ein trotzkistischer Revisionismus gebraucht wird, um die Arbeiter zu zähmen, vergleichbar mit der Degeneration der Zweiten und Dritten Internationale. Der Ausgangspunkt einer solchen falschen Auffassung wäre eine enorme Überschätzung unserer gegenwärtigen Bedeutung und wäre folglich desorientierend.«

Das war eine glatte Zurückweisung der gesamten Analyse, mit der Trotzki die Schaffung der Vierten Internationale begründet hatte, und eine Umarmung der pablistischen Perspektive. Trotzki hatte betont, daß es außerhalb der Kader der Vierten Internationale, so begrenzt sie ihrer Zahl nach auch seien, auf dem ganzen Planeten keine revolutionäre Tendenz gebe, die dieses Namens würdig sei.

Die Bedeutung der Auseinandersetzungen innerhalb der Vierten Internationale liegt darin, daß es keine andere Bewegung gibt, die das Proletariat als revolutionäre Klasse repräsentiert. Nur die Vierte Internationale stellt sich der komplexen Aufgabe, diese Klasse von der Vorherrschaft der bürokratischen Agenturen des Kapitals zu befreien und ihr die Erfüllung ihrer historischen Aufgabe möglich zu machen.

Besonders entlarvend sind Robertsons Bemerkungen, wonach die Entstehung von Opportunismus innerhalb der Vierten Internationale für den Imperialismus keine entscheidende Bedeutung habe, wenn man sie vor ihrem damaligen politischen Hintergrund betrachtet. Weniger als zwei Jahre zuvor, im Juni 1964, war die LSSP, von Pablo und Mandel als »größte trotzkistische Partei der Welt« bejubelt, in die bürgerliche Koalitionsregierung von Frau Bandaranaike eingetreten, um einer drohenden revolutionären Krise die Spitze zu brechen. Wie die Premierministerin selbst erklärte, mußte ihre Regierung die Entscheidung treffen, entweder eine Militärherrschaft über die Arbeiterklasse zu verhängen oder Arbeiterführer in die Regierung zu bringen. Es gibt keinen Zweifel daran, daß der Verrat der LSSP in Sri Lanka eine entscheidende Rolle dabei spielte, nicht nur die Bourgeoisie in diesem Land zu retten, sondern auch die kapitalistische Herrschaft in der gesamten südostasiatischen Region und auf dem indischen Subkontinent zu stabilisieren.

Die politische Krise in Sri Lanka 1964 zeigte wie in einem Brennglas, welche Rolle die Pablisten in den sozialen und politischen Erschütterungen des folgenden Jahrzehnts noch spielen sollten. So spielten die Pablisten 1968 in Frankreich eine zentrale Rolle, als es darum ging, den politischen Kampf gegen die KP-Führung zu sabotieren, die das gaullistische Regime und den französischen Kapitalismus retteten. In den Vereinigten Staaten trug die Socialist Workers Party, die sich 1963 mit den Pablisten wiedervereinigt hatte, entscheidend dazu bei, daß sich die aufwallenden Proteste der Bürgerrechtsbewegung und später der Bewegung gegen den Vietnamkrieg nicht in eine revolutionäre Richtung bewegten.

Eine umfassende Geschichte der Verbrechen des Pablismus in Lateinamerika muß erst noch geschrieben werden. Sie wird aber die Rolle der Pablisten aufdecken, der dazu beitrug, Zehntausende von Jugendlichen in der Sackgasse der Guerilla in Chile, Argentinien, Bolivien und andernorts zu liquidieren. Überall spielten die Pablisten in der Periode der Radikalisierung der Arbeiterklasse zwischen 1968 und 1975 eine Schlüsselrolle dabei, die Entstehung revolutionärer Tendenzen unter den Arbeitern und Jugendlichen zu blockieren, die eine Alternative zu den Verrätereien von Sozialdemokratie und Stalinismus suchten.

Wie das Internationale Komitee in seiner Perspektivresolution von 1988 erklärte: »Durch den Beistand, den er dem Stalinismus, der Sozialdemokratie und dem bürgerlichen Nationalismus leistete, trug der Opportunismus

der pablistischen Zentrismen entscheidend dazu bei, dem Imperialismus in den kritischen Jahren von 1968 bis 1975, als seine Weltordnung von wirtschaftlichen Turbulenzen und einem internationalen Aufschwung der Arbeiterklasse und der unterdrückten Massen in den rückständigen Ländern erschüttert wurde, das Überleben zu ermöglichen. Es bestätigte Trotzki's Einschätzung des Zentrismus als eine zweitrangige Agentur des Imperialismus.« (»Die kapitalistische Weltkrise und die Aufgaben der Vierten Internationale«, Essen 1988, S. 11)

Die organische Feindschaft der Spartacist League gegen die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse und gegen das marxistische Programm, mit dem die revolutionäre Partei für diese Unabhängigkeit kämpft, wurde nie klarer ausgedrückt als in Robertsons Rede vor dem IKVI-Kongreß 1966.

Während er erklärte, er stimme mit der Hauptresolution überein, kritisierte er die Führer des Internationalen Komitees, weil sie sich weigerten, im Kleinbürgertum und dessen Führung eine neue revolutionäre Kraft für die sozialistische Umwälzung zu erkennen. Robertson erklärte: »Die Pablisten wurden ... durch die naive Reaktion des IKVI gestärkt, das die Möglichkeit der sozialistischen Umgestaltung durch das Kleinbürgertum leugnet, um die Richtigkeit und Notwendigkeit der revolutionären marxistischen Bewegung zu verteidigen.«

Unter der Stärkung der Pablisten verstand Robertson, daß sie durch die Bezeichnung Kubas als Arbeiterstaat und Castros als »natürlichen Marxisten« in der Lage waren, eine gewisse Anhängerschaft unter Teilen des radikalen Kleinbürgertums in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu gewinnen. Was er als »naive Reaktion« von Seiten des Internationalen Komitees abtat, war in Wirklichkeit das Festhalten an dem historischen Kampf der Marxisten für die politische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Rolle. Diesen Kampf zurückzuweisen, bedeutet den gesamten Marxismus zurückzuweisen, denn wenn die Arbeiterklasse nicht als revolutionäre Kraft verstanden wird, dann ist der Marxismus nichts anderes als eine »Kritik« am Kapitalismus. Dann unterscheidet er sich nicht von anderen Kritiken vor ihm, die zur Verwirklichung einer Utopie aufriefen.

Als Karl Marx in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts die einzigartige revolutionäre Rolle der Arbeiterklasse entdeckte, konnte er den Sozialismus – der bis dahin nur in verschiedenen utopischen Formen existierte – auf eine wissenschaftliche Grundlage stellen. Andere gesellschaftliche Klassen, die Bauernschaft und ganz allgemein das Kleinbürgertum, können nicht dieselbe historische Rolle wie die Arbeiterklasse spielen, nicht weil sie vom Kapital weniger unterdrückt würden, sondern weil sie eine andere Beziehung zu den Produktionsmitteln haben.

Außerdem ist die Arbeiterklasse nicht die revolutionäre Klasse, weil sie ausgebeutet wird, sondern weil sie das wahre Geschöpf der modernen Industrie ist. Die Bauernschaft ist das Produkt einer früheren geschichtlichen Periode und dazu ausersehen, mit dem Fortschreiten der kapitalistischen gesellschaftlichen Beziehungen proletarisiert zu werden. Das Kleinbürgertum als Ganzes kann die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse nicht stürzen, weil seine gesamte Existenz mit deren Aufrechterhaltung verbunden ist.

Im Kampf gegen die Haltung der SWP zu Kuba stand nichts anderes auf dem Spiel als die Aufgabe des Marxismus und die Liquidierung der revolutionären Partei. Wie die Führung der SLL in einem Dokument deutlich machte, das sie 1961 an die SWP schickte, enthielt deren Haltung zu Kuba eine unerbittliche Logik, die dazu führen mußte, daß sie die marxistische Überzeugung aufgab, daß »die Emanzipation der Arbeiterklasse die Aufgabe der Arbeiterklasse selbst ist«.

»Wenn die kleinbürgerliche Führung in Kuba durch die objektive Logik der Ereignisse dazu gezwungen wurde, das Proletariat an die Macht zu führen (die SWP sagt, Kuba sei ein ›Arbeiterstaat‹, was nur die Diktatur des Proletariats bedeuten kann), dann müssen wir fordern, daß eine Analyse der gegenwärtigen Weltlage vorgelegt wird, die erklärt, wie ein solches Ereignis möglich wurde, und somit die leninistische Theorie von der Beziehung

zwischen Klasse, Partei und Macht hinfällig wird.« (zitiert nach: David North, »Das Erbe, das wir verteidigen«, Essen 1988, S.374)

Der Kampf des kleinbürgerlichen Radikalismus gegen den Marxismus – egal ob als »Kampf gegen Sektierertum«, der Unterstützung von »Flexibilität« gegen »Dogmatismus« oder der Verdammung von wichtigen theoretischen Prinzipien als »naive Reaktion« – zielt darauf ab, die Arbeiterklasse den bestehenden Führern und Parteien und durch sie der Bourgeoisie selbst unterzuordnen.

Die Bedeutung des Kampfs, den das Internationale Komitee gegen diese Tendenzen geführt hat – der Höhepunkt war die Auseinandersetzung mit dem pablistischen Opportunismus –, kann man jetzt deutlich erkennen. Es war die unentbehrliche theoretische und politische Vorbereitung auf die revolutionären Kämpfe, vor denen die Arbeiterklasse heute steht.

Die Theorien des Opportunismus basieren auf ganz klaren materiellen Grundlagen: In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg prägten ganz besondere wirtschaftliche und soziale Beziehungen das Gleichgewicht des Weltkapitalismus. Jetzt sind jedoch die Grundlagen dieses Gleichgewichts – und die politischen Beziehungen, die darauf aufbauten – durch den schonungslosen expansionistischen Drang des Kapitalismus buchstäblich zerschmettert worden. Das ist die revolutionäre Bedeutung der Entwicklung der globalisierten Produktion.

Kleinbürgerlich radikale Tendenzen wie Spartacist, die unter den Nachkriegsbedingungen herangewachsen sind, spüren jetzt, wie ihnen der Boden unter den Füßen weggezogen wird. All ihre Theorien von der »progressiven« Rolle des Stalinismus, den revolutionären Fähigkeiten des Maoismus, der Dynamik der kleinbürgerlichen Guerilla und der Möglichkeit, die Gewerkschaften und ihre Apparate »zu revolutionieren«, liegen in Scherben.

Mehr als drei Jahrzehnte sind vergangen, seit die Spartacist-Tendenz unwiderruflich mit der trotzkistischen Bewegung gebrochen hat. In den Jahren seither hat sie sich mehr und mehr in Richtung des kleinbürgerlichen Opportunismus‘ entwickelt. Wie wir schon festgestellt haben, ist ihre Politik durchgängig von Nationalismus und Subjektivismus gekennzeichnet. Der Zusammenbruch der Nachkriegsordnung und die Vertiefung des Widerspruchs zwischen der Weltwirtschaft und dem nationalstaatlichen System sorgen dafür, daß diese Gruppe immer mehr in die Nähe von extrem rechten Kräften getrieben wird.

Da die ihnen vertraute Welt in die Luft fliegt – eine Welt, in der der Klassenkampf durch die Vorherrschaft der bürokratischen Apparate unterdrückt wurde – schlagen die Spartacisten wütend auf die »Globalisierung« ein, beschimpfen das Internationale Komitee und versuchen verzweifelt, sich selbst zu versichern, daß trotz allem die alte Ordnung bestehen bleibt. Vergeblich. Ihre Verzweiflung ist nur das sicherste Zeichen für kommende soziale und politische Erschütterungen.